

Einsicht 2018
*Bulletin des
Fritz Bauer Instituts*



Fritz Bauer Institut
*Geschichte und Wirkung
des Holocaust*

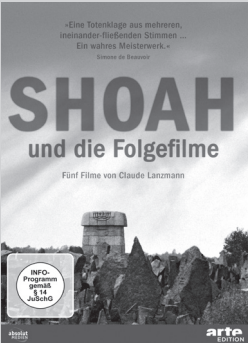
Die Radikalisierung der NS-Judenpolitik 1938
Österreich, das »Altreich« und das Sudetenland

Der Holocaust in europäischen Geschichtsmuseen
Polen, Kroatien, Tschechien



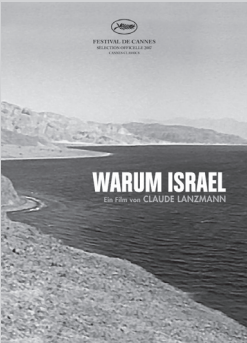
VIER SCHWESTERN
Vierteiliger Dokumentarfilm von **Claude Lanzmann**
Vier Frauen, die den Holocaust überlebten.
Sein letzter Film.

2 DVD, 264 Min., Farbe
empf. VK: € 19,90



SHOAH UND DIE FOLGEFILME
Fünf Filme von **Claude Lanzmann**
Das Hauptwerk in restaurierter Fassung und seine vier Fortschreibungen.

6 DVD im Schubel, 985 Min., Farbe
Booklet, PDF-Materialien
empf. VK: € 39,90



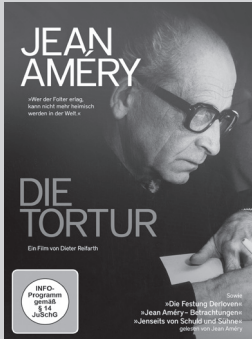
WARUM ISRAEL
Ein Film von **Claude Lanzmann**
Eines der bemerkenswertesten Zeitdokumente über den Staat Israel und sein Selbstverständnis.

2 DVD, 195 Min., + Extras, Farbe
Booklet
empf. VK: € 24,90



TSAHAL
Ein Film von **Claude Lanzmann**
Israels Armee ist seit 70 Jahren seine Lebensversicherung.

2 DVD, 316 Min., + Bonus, Farbe
Booklet
empf. VK: € 24,90



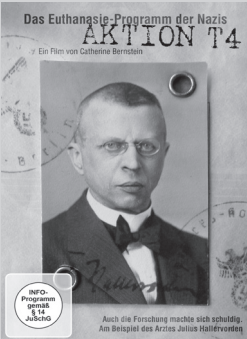
JEAN AMÉRY – DIE TORTUR
Ein Film von **Dieter Reifarth**
Sowie: »Die Festung Derloven« + »Jean Améry - Betrachtungen« und vier Radio Lesungen.

DVD, 58 Min., + 86 Min., Farbe
empf. VK: € 14,90



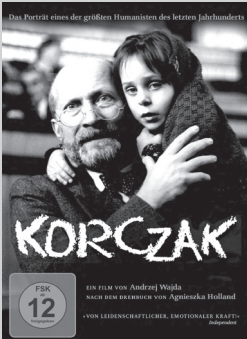
DIE GRAUEN DER SHOAH
Dokumentiert von sowjetischen Kameramännern
Der Holocaust, dokumentiert in bislang unveröffent-lichten Archivaufnahmen.

DVD, 52 Min + Bonusfilm., s/w
empf. VK: € 14,90



AKTION T4 – DAS EUTHANASIE PROGRAMM DER NAZIS
Ein Film von **Catherine Bernstein**
Auch die Forschung machte sich schuldig.
Am Beispiel des Arztes Julius Hallervorden.

54 Min., Farbe
empf. VK: € 14,90



KORCZAK (restaurierte Fassung)
Ein Film von **Andrzej Wajda**
Drehbuch: Agnieszka Holland
Janusz Korczak und seine 200 Waisenkinder im Warschauer Ghetto.

Blu-ray, ca. 113 Min., + 60 Min. Bonus, s/w
empf. VK: € 19,90
DVD, ca. 113 Min., + 60 Min. Bonus, s/w
empf. VK: 7030, € 14,90



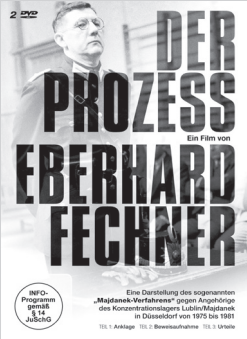
FRITZ BAUER: GESPRÄCHE, INTERVIEWS UND REDEN AUS DEN FERNSEHARCHIVEN 1961-1968
Erstveröffentlichung historischer Fernsehaufnahmen.
Redaktion: Bettina Schulte Strathaus

2 DVD, 298 Min., s/w
ausführliches Booklet, PDF-Materialien
empf. VK: € 19,90



AUSCHWITZ VOR GERICHT (2013) / STRAFSACHE 4 KS 2/63 (1993)
Teil 1: Die Ermittlung | Teil 2: Der Prozess
Teil 3: Das Urteil. Zwei Dokumentationen von **Rolf Bickel** und **Dietrich Wagner**

2 DVD, 45 Min., + 180 Min., Farbe + s/w
ergänzende PDF-Materialien
empf. VK: € 24,90



DER PROZESS (EBERHARD FECHNER)
Das Majdanek-Verfahrens in Düsseldorf
1975-1981. Teil 1: Anklage | Teil 2: Beweisaufnahme
Teil 3: Urteile

2 DVD, 270 Min., Farbe
Booklet
empf. VK: € 24,90



MONOWITZ UND ANDERE TATORTE
Die zeitgeschichtlichen Filme von **Alfred Jungraith-mayr**. DVD1: Das Frankfurter Würfelstein / Warschauer Leben | DVD 2: Deckname Dr. Friedrich / Monowitz – ein Tatort

2 DVD, 291 Min., s/w + Farbe
Extras: Hörspiele und Bio
empf. VK: € 24,90

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

im November 2018 jähren sich die Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland zum achtzigsten Mal. Die brutalen Gewaltexzesse des November 1938 waren ein Wendepunkt in der Geschichte der nationalsozialistischen Judenverfolgung und der Auftakt zur systematischen Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung. Des 9. November wird zwar seit Jahrzehnten gedacht, dagegen steht die vorangegangene Radikalisierung der nationalsozialistischen Judenpolitik selten im Mittelpunkt. In einem Themenschwerpunkt dieses Heftes geht es um die Vorgeschichte der Novemberpogrome und um die Entfesselung der Gewalt gegen die Juden im Verlauf des Jahres 1938. Während Markus Roth die Entwicklung im »Altreich« beleuchtet, richten die anderen Beiträge

Fragestellungen verbindet. Dieser Text ist eine erweiterte Fassung der Antrittsvorlesung, die Sybille Steinbacher am 2. Mai 2018 an der Goethe-Universität Frankfurt am Main gehalten hat, wo sie seit 2017 den neu eingerichteten Lehrstuhl zur Erforschung der Geschichte und Wirkung des Holocaust innehat, der mit der Leitung des Fritz Bauer Instituts verbunden ist.

Schließlich enthält diese Ausgabe der *Einsicht* einen Beitrag von Stefanie Fischer, die im Sommersemester 2018 die Gastprofessur für interdisziplinäre Holocaustforschung am Fritz Bauer Institut und an der Goethe-Universität innehatte. Im Kontext ihres aktuellen Forschungsvorhabens, das sich mit der Geschichte der jüdischen Friedhöfe im Nachkriegsdeutschland befasst, behandelt Stefanie Fischer

in diesem Text die komplizierte Beziehungsgeschichte zwischen Juden und Nichtjuden in den Jahren nach dem Holocaust. Konkret beschreibt sie die Besuche, die überlebende Juden – aus ganz unterschiedlichen Gründen – ihren ehemaligen Heimatorten abstatteten, und interpretiert diese Begegnungsgeschichten in der deutschen Provinz als einen noch kaum erforschten Bereich der deutschen und der jüdischen Nachkriegsgeschichte.

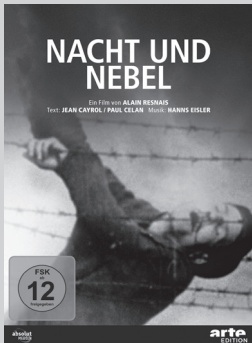
Die neue Nummerierung »Einsicht 2018« zeigt an, dass das Bul-

letin des Fritz Bauer Instituts künftig einmal im Jahr erscheinen wird, jeweils im Herbst. Neben Aufsätzen und dem Rezensionsteil enthielt die Einsicht bislang auch Informationen über die Forschungsprojekte und Publikationen des Instituts, über öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen sowie über die vom Fritz Bauer Institut angebotenen universitären Lehrveranstaltungen, Ausstellungen und pädagogischen Angebote. Diese Informationen sind nun in einem neuen Publikationsformat zusammengefasst: einem Jahresbericht, der in jedem Frühjahr herausgegeben wird und der die Arbeit des Instituts ausführlicher und umfassender dokumentiert, als dies bislang möglich war. Als erste Ausgabe ist im Mai dieses Jahres der *Jahresbericht 2017* erschienen. Sie können ihn, wie die *Einsicht*, kostenlos beziehen und als pdf-Datei von der Website des Fritz Bauer Instituts herunterladen. In der *Einsicht* entsteht dadurch mehr Raum sowohl für eine größere Zahl von Rezensionen als auch für eine größere Zahl von wissenschaftlichen Beiträgen.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Neben diesen Schwerpunkten enthält dieses Heft einen Beitrag, in dem Sybille Steinbacher auf der Basis neu edierten Quellenmaterials die Dimensionen des Massenmords an den Juden in Griechenland analysiert und mit einem Blick auf den Stand der aktuellen Holocaustforschung sowie auf deren zukünftig lohnende

Prof. Dr. Sybille Steinbacher und Dr. Tobias Freimüller
Frankfurt am Main, im Oktober 2018



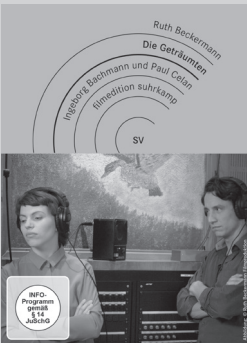
NACHT UND NEBEL
Ein Film von **Alain Resnais**
Das Meisterwerk. Musik: Hanns Eisler
Deutscher Text: Paul Celan

DVD, 30 Min., Farbe + s/w, Booklet
empf. VK: € 9,90
Blu-ray, 30 Min., Farbe + s/w, Booklet
empf. VK: € 14,90



GOTTES ZERSTREUTE FUNKEN – JÜDISCHE MYSTIK BEI PAUL CELAN
Ein Film von **Rüdiger Sünner**
Die Kabbala als Theologie, die auch nach dem Holocaust bestehen konnte.

DVD, 67 Min., Farbe
Booklet
empf. VK: € 14,90



DIE GETRÄUMTEN INGBORG BACHMANN – PAUL CELAN
Ein Film von **Ruth Beckermann**
Die Liebesgeschichte der beiden Poeten, die sich im Wien der Nachkriegsjahre erstmals begegnen.

DVD, 89 Min., Farbe
Booklet
empf. VK: € 19,90

absolut
MEDIEN

Im Buch- oder Fachhandel oder direkt bei
absolut MEDIEN GmbH

Am Hasenberg 12, D – 83413 Fridolfing
Telefon: 030 285 398 70
<https://absolutmedien.de>

Fotos: Helmut Fricke

Die Radikalisierung der
NS-Judenpolitik 1938
*Österreich, das »Altreich«
und das Sudetenland*

- 4 Einführung
- 6 Antijüdische Gewalt nach dem »Anschluss«. Der März 1938 und seine Folgen für die jüdische Bevölkerung in Österreich
Regina Fritz und Katrin Hammerstein
- 16 Radikalisierung durch Expansion. Die Judenverfolgung in Deutschland zwischen »Anschluss« und Pogromnacht
Markus Roth
- 24 »... die Judenfrage etwas radikaler durch das Jahr 1938 gelöst«. Das Schicksal der Juden im Sudetenland
Jörg Osterloh

Der Holocaust in europäischen
Geschichtsmuseen
Polen, Kroatien, Tschechien

- 34 Einführung
- 36 Der Holocaust im nationalen Geschichtsbild Polens. Die Dauerausstellung im Danziger Museum des Zweiten Weltkriegs und ihre Revisionen
Paweł Machcewicz
- 46 Nationales Schandmal und »Zugpferd nach Europa«. Das kroatische Gedenkmuseum Jasenovac
Ljiljana Radonić
- 56 Die »»Arisierung« der toten Juden«. Zum Umgang mit dem Holocaust in der tschechischen Erinnerungskultur seit 1945
Peter Hallama

Aufsätze

- 66 »In ganz Europa wird die Judenfrage Schritt für Schritt, aber beharrlich geregelt. In Griechenland ist diesbezüglich noch nichts Entscheidendes geschehen.« Zur Dimension des Massenmords an den europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg
Sybille Steinbacher
- 78 Mit gemischten Gefühlen. Besuche von Holocaust-Überlebenden in ihren ehemaligen Heimatgemeinden
Stefanie Fischer

Rezensionen

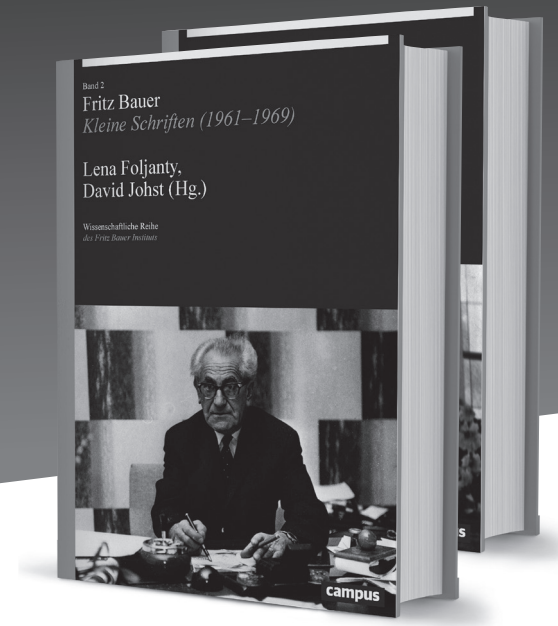
- 86 **Jochen Thies:** Evian 1938. Als die Welt die Juden verriet
Susanne Heim
- 87 **Moritz von Bredow (Hrsg.):** Woher der Wind wehte. Familienchronik und Exiltagebücher der Charlotte Baerwald, geb. Lewino
Sabine Fröhlich
- 88 **Ina Lorenz, Jörg Berkemann:** Die Hamburger Juden im NS-Staat 1933 bis 1938/39
Jörg Osterloh
- 90 **Janosch Steuwer:** »Ein Drittes Reich, wie ich es auffasse«. Politik, Gesellschaft und privates Leben in Tagebüchern 1933–1939
Markus Roth
- 91 **KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.):** »Euthanasie«-Verbrechen. Forschungen zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik
Dietmar Schulze
- 92 **Johannes Schwartz:** »Weibliche Angelegenheiten«. Handlungsräume von KZ-Aufseherinnen in Ravensbrück und Neu-Brandenburg
Andrea Rudorff
- 93 **Oliver von Wrochem (Hrsg.):** Repressalien und Terror. »Vergeltungsaktionen« im deutsch besetzten Europa 1939–1945
Ingolf Seidel
- 94 **Jörn Wendland:** Das Lager von Bild zu Bild. Narrative Bildserien von Häftlingen aus NS-Zwangslagern
Ole Frahm
- 95 **Hans-Christian Jasch, Christoph Kreutzmüller (Hrsg.):** Die Teilnehmer: Die Männer der Wannsee-Konferenz
Peter Klein: Die »Wannsee-Konferenz« am 20. Januar 1942. Eine Einführung
Kurt Pätzold: Die Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942. Geschichte und Geschichtsschreibung
Alexander Korb
- 98 **Kim Christian Priemel:** The Betrayal. The Nuremberg Trials and German Divergence
Jürgen Matthäus
- 99 **Helmut König:** Elemente des Antisemitismus. Kommentare und Interpretationen zu einem Kapitel der Dialektik der Aufklärung von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno
Laura Soréna Tittel
- 100 **Regina Fritz, Éva Kovács, Béla Rásky (Hrsg.):** Als der Holocaust noch keinen Namen hatte. Zur frühen Aufarbeitung des NS-Massenmordes an den Juden
Christoph Dieckmann
- 101 **Tom Segev:** David Ben-Gurion. Ein Staat um jeden Preis
Stefan Vogt

- 102 **Susanne Hantke:** Schreiben und Tilgen. Bruno Apitz und die Entstehung des Buchenwald-Romans »Nackt unter Wölfen«
Sascha Feuchert
- 103 **Dirk van Laak, Dirk Rose (Hrsg.):** Schreibtischtäter. Begriff – Geschichte – Typologie
Jörg Ganzenmüller
- 104 **Katrin Hammerstein:** Gemeinsame Vergangenheit – getrennte Erinnerung? Der Nationalsozialismus in Gedächtnisdiskursen und Identitätskonstruktionen von Bundesrepublik Deutschland, DDR und Österreich
Maximilian Graf
- 105 **Ekaterina Makhotina:** Erinnerungen an den Krieg – Krieg der Erinnerungen. Litauen und der Zweite Weltkrieg
Christoph Dieckmann
- 106 **Georg D. Falk:** Entnazifizierung und Kontinuität. Der Wiederaufbau der hessischen Justiz am Beispiel des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main
Katharina Rauschenberger
- 107 **Hans-Christian Jasch, Wolf Kaiser:** Der Holocaust vor deutschen Gerichten. Amnestieren – Verdrängen – Bestrafen
Kirsten Goetze
- 108 **Neal Adams, Rafael Medoff, Craig Yoe (Hrsg.):** We Spoke Out. Comic Books and the Holocaust
Markus Streb
- 109 **Raphael Rauch:** »Visuelle Integration«? Juden in westdeutschen Fernsehserien nach »Holocaust«
Tobias Freimüller
- 110 **Lea Wohl von Haselberg:** Und nach dem Holocaust? Jüdische Spielfilmfiguren im (west-)deutschen Film und Fernsehen nach 1945
Johannes Rhein
- 111 **Monika Heinemann:** Krieg und Kriegserinnerung im Museum. Der Zweite Weltkrieg in polnischen historischen Ausstellungen seit den 1980er-Jahren
Daniel Logemann
- 112 **Philipp Mitnik:** Holocaust-Darstellung in Schulbüchern. Deutsche, österreichische und englische Schulbücher im Vergleich
Martin Liepach
- 113 **Andreas Nachama, Uwe Neumärker (Hrsg.):** Gedenken und Datenschutz. Die öffentliche Nennung der Namen von NS-Opfern in Ausstellungen, Gedenkbüchern und Datenbanken
Johannes Klaas Beermann

Fritz Bauer Institut im Überblick

- 114 Das Institut / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter / Gremien
- 116 Impressum

»Ein Humanist und
Demokrat ... ein Visionär des
Rechtsstaats« *Heribert Prantl, SZ*



Fritz Bauer ist als der Staatsanwalt in die Geschichte der Bundesrepublik eingegangen, der den Auschwitz-Prozess initiiert und in einer Vielzahl weiterer Fälle die Verfolgung von NS-Verbrechen in die Wege geleitet hat. In Büchern, Aufsätzen, Zeitungsartikeln, Interviews und Reden in Hörfunk und Fernsehen reflektierte er die gesellschaftliche und politische Lage der Bundesrepublik in der Nachkriegszeit. Bauer hat in seinen »Kleinen Schriften« oft Positionen bezogen, die für seine Zeit ungewöhnlich waren; zugleich zeigen sie, wie eng er dem Denken seiner Zeit verbunden war. Sie führen eindrucksvoll vor Augen, wie sich Bauer als Jurist, Remigrant, jüdischer Intellektueller und Sozialdemokrat einmischte und Gehör verschaffte.

Dez. 2018. Ca. 1800 Seiten in zwei Teilbänden
Gebunden. € 78. Auch als E-Book erhältlich
www.campus.de





Die Radikalisierung der NS-Judenpolitik 1938 *Österreich, das »Altreich« und das Sudetenland*

Nach einer Phase relativer Zurückhaltung in der nationalsozialistischen Judenpolitik, vor allem wegen der Olympischen Spiele in Garmisch-Partenkirchen im Februar und Berlin im August 1936, nahm das NS-Regime die Juden im Deutschen Reich wieder ins Visier und rückte die »Judenfrage« Ende 1937 schließlich ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Während in den Jahren zuvor die NSDAP mit ihren Gliederungen immer wieder die treibende Kraft bei der Terrorisierung der jüdischen Bevölkerung gewesen war, forcierte jetzt der Staat die Judenverfolgung. Reichspropagandaminister Joseph Goebbels notierte nach einem Gespräch mit Adolf Hitler im November 1937: »lange über die Judenfrage diskutiert. [...] Die Juden müssen aus Deutschland, ja aus ganz Europa heraus. Das dauert noch eine Zeit, aber geschehen wird und muß das. Der Führer ist fest entschlossen dazu.«¹ Die »Judenabteilung« des Sicherheitsdienstes (SD) der SS hatte kurz zuvor die Zahl der »Volljuden« in Deutschland auf 392.000, die der »Halb-« und »Vierteljuden« auf 280.000 geschätzt. 107.000 Juden, so hieß es, hatten das Land seit Anfang 1933 bereits verlassen. Auch der SD erklärte die »[v]ollkommene Ausschaltung der Assimilation und Förderung der Auswanderung« zum Ziel seiner künftigen »Judenpolitik«.²

Dem Plan, Deutschland »judenrein« zu machen, lief allerdings die territoriale Expansion des Reiches im Jahr 1938 zuwider. Der »Anschluss« Österreichs Mitte März hatte weitere rund 190.000 Juden in das Herrschaftsgebiet des NS-Regimes gebracht.³ Damit lebten im Frühjahr 1938 mehr Juden im Deutschen Reich als zu Beginn des Jahres 1933. In jenem »Schicksalsjahr 1938« (Avraham Barkai) radikalisierte sich daher die »Judenpolitik« der Nationalsozialisten durch das Zusammenwirken von (eruptiver) Gewalt und legislativen Maßnahmen erheblich. Die Judenverfolgung in Österreich im Frühjahr 1938 übertraf die Vorgänge in Deutschland in den vorangegangenen fünf Jahren bei weitem an Brutalität und Dynamik. Insbesondere für die rund 165.000 jüdischen Einwohner Wiens begann eine Schreckenszeit. Das ungezügelte Vorgehen der österreichischen Nationalsozialisten hatte zudem eine radikalisierende Auswirkung

auf die Judenverfolgung im »Altreich« (also Deutschland in den Grenzen von 1937), wo es im Sommer 1938 ebenfalls immer wieder zu Gewalttaten gegen Juden kam.⁴ Durch das Münchner Abkommen vom 29. September 1938 erweiterte das nationalsozialistische Deutschland sein Herrschaftsgebiet um das Sudetenland (die überwiegend von Deutschen besiedelten böhmischen und mährischen Grenzregionen). Dort lebten rund 29.000 Juden, die nun auch in die Mühlen der NS-Judenverfolgung gerieten.⁵

Die drei Beiträge dieses Themenschwerpunkts der *Einsicht* nehmen die Entwicklung der nationalsozialistischen Judenverfolgung im Zeitraum von Mitte März bis Anfang November 1938 in den Blick und leuchten die Bezüge und Wechselwirkungen zwischen dem »Altreich«, Österreich und dem Sudetenland aus. Regina Fritz (Bern/Wien) und Katrin Hammerstein (Heidelberg) beschreiben die Ereignisse in Österreich nach dem »Anschluss« an Deutschland, vor allem die zügellose Gewalt gegen Juden und den hemmungslosen Bereicherungswettbewerb um deren Besitz. Markus Roth (Gießen) skizziert die Auswirkungen der Ereignisse in der »Ostmark« auf die Entwicklung der Judenverfolgung im »Altreich«. Dort entlud sich der Judenhass ebenfalls immer wieder in Gewalt. Zugleich trieb der NS-Staat aber die legislative Einengung des Lebensraumes der jüdischen Bevölkerung bereits im Vorfeld der Novemberpogrome voran. Jörg Osterloh (Fritz Bauer Institut) beschreibt in seinem Beitrag zunächst die Rückwirkungen vor allem des »Anschlusses« von Österreich an das Deutsche Reich auf das Vorgehen der Sudetendeutschen Partei gegen die jüdische Bevölkerung in den böhmischen und mährischen Grenzgebieten bis zum Münchner Abkommen. Die im Sommer 1938 bereits verbreiteten Übergriffe auf Juden nahmen nach »München« erheblich zu. Das NS-Regime instrumentalisierte die Gewalt, um binnen kurzer Zeit so viele Juden wie möglich nach Innerböhmen zu vertreiben.

Die Gewaltwelle des Jahres 1938 im nunmehr »Großdeutschen Reich« kulminierte schließlich in den Novemberpogromen. Die anschließende antijüdische Gesetzgebung setzte der bürgerlichen Existenz der Juden in Deutschland ein Ende.⁶

1 *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, hrsg. von Elke Fröhlich. Teil I, Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 4: März–November 1937, München 2000, S. 429 (Eintragung vom 30.11.1937).

2 »SD-Hauptamt II 112, Kurzbericht für [Heydrich] über das Judentum, 12.11.1937«, in: Otto Dov Kulka, Eberhard Jäckel (Hrsg.), *Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945*, Düsseldorf 2004, S. 245 f. (Dok. 288).

3 »Einleitung«, in: *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945*, Bd. 2: *Deutsches Reich 1938–August 1939*, bearb. von Susanne Heim, München 2011, S. 13–63, hier S. 27.

4 Vgl. Peter Longerich, *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*, München, Zürich 1998, S. 165.

5 Vgl. Jörg Osterloh, *Nationalsozialistische Judenverfolgung im Reichsgau Sudetenland 1938–1945*, München 2006, S. 11–12, 50–57.

6 Vgl. etwa Longerich, *Politik*, S. 208–217.

Links: Die SS räumt bei einer Razzia das Gebäude der Israelitischen Kultusgemeinde Wien in der Seitenstettengasse, 18. März 1938. Foto: bbk/Friedrich Franz Bauer

Antijüdische Gewalt nach dem »Anschluss«

Der März 1938 und seine Folgen für die jüdische Bevölkerung in Österreich

Von Regina Fritz und Katrin Hammerstein



Dr. Regina Fritz ist Postdoc-Assistentin an der Universität Bern, Lektorin an der Universität Wien und wissenschaftliche Bearbeiterin des Bandes Ungarn 1944–1945 der Edition Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Veröffentlichungen (Auswahl): zus. mit Béla Rásky und Éva Kovács (Hrsg.), Als der Holocaust noch keinen Namen hatte. Zur frühen Aufarbeitung des NS-Massenmords an Jüdinnen und Juden, Wien 2016.



Dr. Katrin Hammerstein ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Heidelberg im Projekt »Beamte nationalsozialistischer Reichsministerien« und wissenschaftliche Projektmitarbeiterin im Bereich Provenienzforschung im Landesarchiv Baden-Württemberg/ Staatsarchiv Freiburg. Veröffentlichungen (Auswahl): Gemeinsame Vergangenheit – getrennte Erinnerung? Der Nationalsozialismus in Gedächtnisdiskursen und Identitätskonstruktionen von Bundesrepublik Deutschland, DDR und Österreich, Göttingen 2017.

»When I came to Dachau ... compared to the Kenyongasse, Dachau was a ... ein Erholungsheim.«¹ Mit diesen Worten charakterisierte der 1918 geborene Emanuel

Fuchs seine Zeit in der provisorisch eingerichteten Sammelstelle im ehemaligen Schulgebäude in der Kenyongasse 4 in Wien. Zusammen mit hunderten anderen Personen wurde er nach dem Novemberpogrom 1938 dort als Jude inhaftiert und nach wenigen Tagen in das Konzentrationslager Dachau deportiert. Für Fuchs stellte die Zeit im Notarrest den Höhepunkt seiner Verfolgungserfahrung dar, die 1939 mit seiner Emigration in die USA enden sollte: »That place [in der Kenyongasse] was the beginning of a ... where you really could foresee ... if you had enough foresight, you could predict what this regime was going to come to, because the brutality that was committed in that place was just incredible.«

Tatsächlich wird sowohl in der Historiographie als auch in den Erinnerungsberichten die Gewalt, der die nach dem Novemberpogrom inhaftierten Personen jüdischer Abstammung in diesem Notarrest ausgesetzt waren, als besonders brutal beschrieben. Mindestens fünf der insgesamt 27 Jüdinnen und Juden, die in Zusammenhang mit dem Novemberpogrom in Wien ermordet wurden, kamen dort ums Leben. So gehen aus einer Meldung des Polizeipräsidenten Karl Vitzthum an Gauleiter Josef Bürckel drei Todesfälle eindeutig hervor: »Am 12. November 1938, im Laufe des Nachmittags wurden in den Notarrest 7., Kenyongasse 4 [...] 2.062 jüdische Häftlinge eingeliefert. Ein Jude, der einem wachhabenden SS Mann das Bajonett von rückwärts herausziehen wollte, wurde von diesem erschossen. Ein zweiter Jude, der einen anderen SS Mann tötlich angriff, wurde

¹ Austrian Heritage Collection, Leo Baeck Institut, New York, AHC 2060, Interview mit Emanuel Fuchs am 3.11.2001, Interviewer: Andreas Barth. Wir danken Philipp Rohrbach, dass er uns das Interview zur Verfügung gestellt und uns bei der Fertigstellung dieses Beitrags unterstützt hat.

von einem zur Assistenz herbeieilenden SS Kameraden erschossen. Durch diesen Schuß wurde auch ein dritter unbeteiligter Jude getötet und ein anderer Jude durch Kopfschuß schwer verletzt.«²

In den Totenbeschaubefunden werden zwei weitere Todesopfer aufgeführt, darunter der im Bericht erwähnte verletzte jüdische Mann, der noch am selben Tag an den Folgen der Kopfschussverletzung starb.³

Trotz dieser Brutalität unterschied sich, wie der Historiker Doron Rabinovici betont, der Novemberpogrom, der für die deutschen Juden im »Altreich« eine entscheidende, die Gewaltbereitschaft des NS-Regimes offenbarende Zäsur darstellte, »in Österreich nicht so sehr in der Qualität wie vielmehr in der Quantität der vorherigen Gewalttaten«.⁴ Denn hier waren seit dem »Anschluss« im März 1938, und nochmals gesteigert seit Oktober 1938, Übergriffe auf die jüdische Bevölkerung an der Tagesordnung. Die Formen und Besonderheiten des sich in Österreich nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten vollziehenden antijüdischen Radikalisierungsprozesses sind Gegenstand der folgenden Ausführungen.

Spontane Gewalt: Die »Anschluss«-Pogrome

Der »Anschluss« Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 bedeutete für die österreichischen Jüdinnen und Juden einen massiven Einschnitt in ihrem bisherigen Lebensalltag. Obwohl Antisemitismus auch vor 1938 in der österreichischen Gesellschaft tief verankert war und das Leben zahlreicher Juden beeinträchtigte, waren sowohl das Dollfuß- als auch später das Schuschnigg-Regime in den meisten Fällen aktiv gegen antisemitische Ausbrüche aufgetreten.⁵

Der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich am 12. März 1938 wurde von einer Welle der spontanen Gewalt gegen Juden begleitet, die wochenlang andauerte und auch von den Behörden nicht gebändigt werden konnte.⁶ Der jüdische Arzt David Schapira beschrieb nach seiner Emigration in die USA im Jahr 1940 die pogromartigen Zustände in Wien: »Schon an demselben Tage [des

² Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) R 9535, Bericht des Wiener Polizeipräsidenten, Karl Vitzthum, an Gauleiter Josef Bürckel am 13. November 1938.
³ Wiener Stadt- und Landesarchiv, Totenbeschreibamt, Karton A 1 697 und 698, Totenbeschreibbefund 37.755/38: Mendel Greif. Vgl. dazu Regina Fritz, Philipp Rohrbach, »Das Novemberpogrom 1938 und der Notarrest Kenyongasse – Spurensuche im Rahmen eines Schulprojekts«, in: Gedenkdienst 2011 (1a), Seite 1 f.
⁴ Doron Rabinovici, Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938–1945. Der Weg zum Judenrat, Frankfurt am Main 2000, S. 124.
⁵ Vgl. Gerhard Botz, Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39, Wien 2008, S. 134.
⁶ Zu ersten antisemitischen Exzessen kam es bereits einen Tag vor dem »Anschluss«. Siehe Rabinovici, Instanzen, S. 57.

»Anschlusses«] sah der antisemitische Pöbel seine Zeit für gekommen. Juden wurden auf den Strassen blutig geschlagen, angespuckt und beschimpft. Juden mit gebrochenen Rippen, blutigen Schädeln, ausgebrochenen Zähnen kamen in Massen in die Ambulanz des jüdischen Spitals. – Um nur ein Beispiel anzuführen, wurden eines Nachmittags die Juden in der Hauptallee, ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht, zusammengetrieben und gezwungen »Froschhüpfen zu machen« und selbst zu rufen »Juda verrecke« oder »Ich bin ein Saujud«. Sie mussten Spiessrutenlaufen und ähnliches. – Demütigungen von Juden waren auf der Tagesordnung.«⁷

Fotografien jüdischer Männer und Frauen, die unter den neugierigen, oft belustigten und schadenfrohen Blicken der Öffentlichkeit gezwungen werden, von den Gehsteigen und den Wänden Parolen für die noch von Kanzler Kurt Schuschnigg geplante Volksbefragung zur Unabhängigkeit Österreichs am 13. März zu entfernen, brannten sich tief in das kollektive Bildgedächtnis Österreichs ein. Diese »Reibpartien« avancierten zum Sinnbild der antisemitischen Exzesse, die mit dem »Anschluss« einhergingen. »Man hat sich buchstäblich nicht auf die Straße getraut, weil man nicht sicher war, wie es dann enden wird«, erinnerte sich Otto Vogel, Sohn einer orthodoxen Familie.⁸ Harry Weber, der während eines Spaziergangs selbst Opfer einer »Reibpartie« wurde, schrieb in seiner Autobiographie: »Es war direkt neben dem Cafe Gartenbau [...] Als ich damals vorbeiging, sah ich von weitem viele Leute stehen, lachend und grölend, das Ganze war damals für viele Wiener ein Riesenspaß. Ich sah einige alte, bärtige Männer, Juden natürlich, kniend, mit Kübeln und Fetzen, die von nazistischen Rüpel, jung und alt, angetrieben wurden, die Straße von politischen Schreibereien der Vaterländischen Front und anderen Antinazischriften aus den Tagen vor dem Umbruch zu reinigen. Ich verstand sofort, was da vor sich ging, und wechselte auf die andere Straßenseite, um der Sache aus dem Weg zu gehen. Das nützte mir selbstverständlich gar nichts. Auch auf dieser Seite standen einige der lieben Wiener mit Hakenkreuzbinden am Arm. Weil sie bemerkten, dass ich so plötzlich auswichte [sic], kam sofort die Frage: »Bist a Jud?« Ich antwortete mit Ja. Also brachte man mich auf die andere Seite, schon hatte ich auch einen Kübel, Fetzen und Bürste in der Hand und durfte die Straße reinigen.«⁹

Auch wurden Jüdinnen und Juden in den Tagen nach dem »Anschluss« zu demütigenden »körperlichen Übungen« gezwungen,

⁷ Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland (VEJ), Band 2: Deutsches Reich 1938–August 1939, bearb. von Susanne Heim, München 2009, Dok. 17, S. 114.
⁸ Zit. in Dieter J. Hecht, Eleonore Lappin-Eppel, Michaela Raggam-Blesch, Topographie der Shoah, Gedächtnisorte des zerstörten jüdischen Wien, Wien 2015, S. 24.
⁹ Zit. in ebd., S. 23.

willkürlich verhaftet und Opfer von Plünderungen.¹⁰ David Schapira blieben die illegalen »Requirierungen« eindrücklich in Erinnerung: »Dabei wurde Wäsche, Kleider, Schmuck, Pelze, Teppiche, Radioapparate, kurz alles, was nicht niet- und nagelfest war, mitgenommen, und zwar nur deswegen, weil angeblich nur kommunistische Flugschriften oder Waffen gesucht wurden.«¹¹ Die Zentrale und Filialen des Wiener Papierwarengroßhändlers Julius Kraus beispielsweise wurden unmittelbar nach dem »Anschluss« ausgeraubt: Stündlich seien deutsche Lastautos vorgefahren, um Warenvorräte und Maschinen zu verladen – unter »Lebensbedrohung durch uns vorgehaltener Revolver«.¹²

Die österreichischen Jüdinnen und Juden reagierten mit Entsetzen auf die gewalttätigen Übergriffe, viele suchten einen Weg, um das Land zu verlassen, andere nahmen sich das Leben wie der Schriftsteller Egon Friedell, der aus dem Fenster sprang, um seiner Verhaftung zu entgehen, und zwei Tage später seinen Verletzungen erlag.¹³ Eine Besonderheit stellten in Österreich die »wilden Arisierungen« nach dem »Anschluss« dar. So wurden jüdische Frauen und Männer willkürlich und ohne Rechtsgrundlage aufgefordert, ihre Wohnungen zu räumen und diese für Parteigenossen, NS-Sympathisanten oder andere Personen freizumachen. Jüdische Geschäfte und Unternehmen wurden von selbst ernannten »kommissarischen Leitern« übernommen, die den Eigentümern ihre Betriebe weit unter Wert abpressten.¹⁴ Hans Fischböck, Minister für Handel und Verkehr, schätzte die Zahl der Kommissare, die in den ersten Wochen nach dem »Anschluss« unbefugt jüdische Betriebe erwarben, auf 25.000.¹⁵

Treibende Kraft hinter den »wilden Arisierungen« und den »Anschluss«-Pogromen waren österreichische Nationalsozialisten, die nach vielen Jahren der Illegalität¹⁶ nun die Stunde der Abrechnung und Kompensation für die vermeintlichen Leiden der »Kampfzeit« gekommen sahen. Dies mag auch die selbst für NS-Funktionäre aus dem »Altreich« überraschende Vehemenz des Gewaltausbruchs unmittelbar nach dem »Anschluss« in Österreich zum Teil erklären.¹⁷

10 Die Ausrufung eines allgemeinen Boykotts jüdischer Geschäfte am 22. und 23. April 1938 hatte eine neue Welle antisemitischer Gewalt zur Folge; vgl. ebd., S. 31.

11 *VEJ*, Bd. 2, Dok. 17, S. 115.

12 Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Freiburg P 303/4 591, Julius Kraus, Ergänzung zur Anmeldung von rückerstattungsrechtlichen Ansprüchen gegen das Deutsche Reich, 10.12.1959.

13 Vgl. Kurt Bauer, *Die dunklen Jahre. Politik und Alltag im nationalsozialistischen Österreich 1938–1945*, Frankfurt am Main 2017, S. 106 f.

14 Vgl. Botz, *Nationalsozialismus*, S. 313.

15 Vgl. Bauer, *Dunkle Jahre*, S. 149.

16 Die NSDAP war 1933 in Österreich verboten worden.

17 Vgl. Bauer, *Dunkle Jahre*, S. 111; Hecht u.a., *Topographie*, S. 28; Frank Bajohr, »Die wirtschaftliche Existenzvernichtung und Enteignung der Juden. Forschungs-

Reaktionen von Staat und Partei

Die spontane Aneignung jüdischen Eigentums in Österreich wurde von der Staats- und Parteiführung in Berlin mit Missbilligung beobachtet und alsbald zu unterbinden versucht – freilich nicht aus Mitgefühl mit der jüdischen Bevölkerung, sondern aus ökonomischen Gründen. Angesichts der unkontrollierten »Arisierungen« und Plünderungen befürchteten die Reichsstellen eine Schädigung der ohnehin angeschlagenen österreichischen Wirtschaft sowie den Verlust der jüdischen Vermögenswerte, die dem Staat zugutekommen und nicht »Eigenspekulation[en]«¹⁸ dienen sollten. Bereits am 14. März wurden Beschlagnahmen und Verhaftungen durch Parteigenossen oder SA-Männer ohne Genehmigung des Gauleiters oder des SA-Gruppenführers von Wien »auf das strengste« verboten.¹⁹ In den offiziellen Verlautbarungen wurden die Übergriffe »kommunistischen Parteigängern unter Mißbrauch der parteiamtlichen Uniformen«²⁰ zugeschrieben, keinesfalls sollten Parteigenossen oder SA-Angehörige als Täter erscheinen.

Am 21. März telegrafierte schließlich auch das Reichsinnenministerium nach Wien, dass die unbefugten »Arisierungsmaßnahmen« zu unterbleiben hätten.²¹ Wenige Tage später gab der Beauftragte für den Vierjahresplan Hermann Göring dann vor Ort die Order aus, »in aller Ruhe jene Maßnahmen zur sachgemäßen Umleitung der jüdischen Wirtschaft zu treffen, das heißt zur Arisierung des Geschäfts- und Wirtschaftslebens, und diesen Prozeß nach unseren Gesetzen rechtlich, aber unerbittlich durchzuführen«²². Entsprechend gab der mit der »Arisierung« beauftragte Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Gauleiter Josef Bürckel, Ende April bekannt, dass er »die notwendigen Maßnahmen auf absolut gesetzlicher Grundlage,

bilanz und offene Fragen«, in: *Theresienstädter Studien und Dokumente* 13 (2006), S. 348–363, hier S. 357.

18 So Bürckel, der in diesem Verhalten einer »gewisse[n] Sorte von Volksgenossen« ein Sich-zu-eigen-Machen »jüdische[r] Gepflogenheiten« sah; Aufruf des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem deutschen Reich, Gauleiter Josef Bürckel, 28.4.1938, in: DÖW (Hrsg.), »*Anschluß*« 1938. *Eine Dokumentation*, Wien 1988, S. 571 f., Zitate S. 572.

19 Zit. nach Botz, *Nationalsozialismus*, S. 130.

20 Zit. nach Gabriele Anderl, Edith Blaschitz, Sabine Loitfellner, »Die Arisierung von Mobilien und die Verwaltungsstelle für jüdisches Umzugsgut«, in: Österreichische Historikerkommission (Hrsg.), »*Arisierung*« von Mobilien, Wien 2004, S. 9–249, hier S. 33.

21 Vgl. Hans Safrian, »Beschleunigung der Beraubung und Vertreibung. Zur Bedeutung des »Wiener Modells« für die antijüdische Politik des »Dritten Reiches« im Jahr 1938«, in: Constantin Goschler, Jürgen Lillteicher (Hrsg.), »*Arisierung*« und *Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Deutschland und Österreich nach 1945 und 1989*, Göttingen 2002, S. 61–89, hier S. 70

22 Rede Görings am 26.3.1938 in der Nordwestbahnhalle in Wien, Auszug abgedruckt in: DÖW (Hrsg.), »*Anschluß*«, S. 568.



Oben: Unmittelbar nach dem »Anschluss« Österreichs wurden Juden in Wien einerseits vielfach gezwungen, Straßen und Gehwege zu reinigen (sogenannte Reibepartien) ... Foto: IMAGNO/Votava/Süddeutsche Zeitung Photo



Links: ... andererseits aber auch Geschäfte und Wohnhäuser von Juden selbst zu kennzeichnen. Foto: bpk

aber umso gründlicher einleiten«²³ werde. An Ausschreitungen und Übergriffen beteiligten Mitgliedern der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen und ihren Vorgesetzten drohte er mit dem Partei- bzw. SA-Ausschluss.²⁴

Zwei Wochen zuvor hatte Bürckel das »Gesetz über die Bestellung von kommissarischen Verwaltern und kommissarischen Überwachungspersonen«²⁵ erlassen, das die Einsetzung bzw. Genehmigung von kommissarischen Verwaltern durch den Reichsstatthalter festlegte und sich scheinbar gegen das sich im Zuge der »wilden Arisierungen« etablierte »Kommissars-Unwesen« richtete, tatsächlich dieses aber im Nachhinein legalisierte.²⁶ In einem Schreiben an Göring rechtfertigte er dieses Vorgehen damit, dass es »zu schweren Ausschreitungen geführt hätte, die der Rechtssicherheit und dem Ansehen des Reiches [...] geschadet hätten«, wenn dieser Zustand rückgängig gemacht worden wäre. Und er fügte, die »Wiedergutmachungsansprüche« der ehemaligen »Illegalen« würdigend, hinzu: »Wenn sich auch die Ausschreitungen gegen jüdische Geschäfte nicht ganz vermeiden ließen, ist es durch die getroffenen Maßnahmen immerhin bei wenigen Einzelaktionen geblieben, was angesichts der Bedrückung des deutschen Volkstums durch die Juden während der Systemzeit anzuerkennen ist.«²⁷

Institutionalisierung der Gewalt

Obleich sich die Staats- und Parteiführung vom Ausmaß der im März 1938 spontan ausgebrochenen Gewalt überrascht zeigte und mit der Legalisierung der »wilden Arisierungen« der Entwicklung gewissermaßen hinterherhinkte, ergriff sie selbst unmittelbar nach dem »Anschluss« ebenfalls erste diskriminierende Maßnahmen, die auf den Ausschluss der Juden aus dem öffentlichen Leben abzielten. »[W]as in Deutschland in fünf Jahren an antijüdischen Unterdrückungsmaßnahmen durchgesetzt« worden war, wurde in Österreich »innerhalb von fünf Tagen« implementiert – telegraphierte der Vertreter des Joint Distribution Committee, Bernhard Kahn, im März 1938 nach New York.²⁸

Bereits am 15. März – und damit noch vor Inkrafttreten der »Nürnberger Gesetze« in Österreich am 20. Mai 1938²⁹ – verloren die jüdischen Beamten mit dem Erlass zur Vereidigung der Beamten

des Landes Österreichs auf Hitler, von der die jüdischen Beamten explizit ausgenommen waren, ihre Stellungen.³⁰ Jüdische Richter und Staatsanwälte wurden ebenfalls ihres Amtes enthoben und den Rechtsanwälten ein Berufsverbot erteilt, wobei einige als »Konsulenten« für die jüdische Bevölkerung tätig bleiben durften. Ähnlich erging es den jüdischen Ärzten, die nach und nach aus den Spitälern entlassen wurden und denen im September schließlich auch die Approbation entzogen wurde; lediglich einige »Krankenbehandler« durften noch jüdische Patienten versorgen.³¹ Zahlreiche Jüdinnen und Juden waren so ihrer Einkommensgrundlage beraubt worden. Die sukzessive Entrechtung der jüdischen Bevölkerung betraf nicht nur das Berufsleben, es fand auch eine zunehmende soziale Segregation statt: Jüdische Schüler wurden in Wien abgesondert und auf »rein jüdische« Schulen geschickt, Jüdinnen und Juden durften ab dem Sommer 1938 keine Parkanlagen und Badeanstalten mehr betreten. Ab Juni wurden jüdische Geschäfte mit einem Davidstern oder der Aufschrift »Jude« gekennzeichnet. Der 1938 über Dänemark und Kuba in die USA geflohene Otto Schneider beschrieb rückblickend, welche Einschränkungen diese Verbote für sein Alltagsleben bedeuteten:

»Bis zu meiner Ausreise lebte ich wie in einem Vakuum. Kino durfte man nicht besuchen, Kaffeehäuser ebenfalls nicht. Plakate mit dem Wortlaut: ›Aussätzigen, Hunden und Juden Eintritt verboten!‹ waren keine Seltenheit. Auf vielen Parkbänken durfte man nicht sitzen, mein Faltboot, mein Fahrrad konnte ich nicht mehr verwenden. Den Juden war der Wienerwald und die Donau verboten. Es war wirklich ein Vakuum. Man hat im Kreise seiner engsten Familie gelebt, denn man hat sich auch nicht getraut auszugehen.«³²

Die Einführung der verpflichtenden zweiten Vornamen »Sarah« und »Israel« für Jüdinnen und Juden im August sowie der Kennkarte mit dem eingestempelten roten »J« im Oktober verstärkten die öffentliche Stigmatisierung zusätzlich.

Die Behörden und polizeilichen Organe bauten überdies durch Beschlagnahmungen und gezielte Verhaftungen massiven Druck auf die jüdische Bevölkerung auf. So befanden sich unter den am 1. April nach Dachau abtransportierten 150 Häftlingen, die nach dem »Anschluss« vom NS-Regime in »Schutzhaft« genommen worden waren, 63 Juden. Nach Listen, die in Berlin eigens dafür angelegt worden waren, wurden Repräsentanten jüdischer Organisationen in Österreich inhaftiert, so auch die leitenden Funktionäre der Israeli-tischen Kultusgemeinde (IKG) Wien.³³ Besonders brutal gingen die

Behörden gegen die im Grenzgebiet zu Ungarn lebenden burgenländischen Juden vor, die bereits direkt nach dem »Anschluss« aus ihren Wohnorten vertrieben wurden. Zusammen mit staatenlosen Juden wurden viele von ihnen über die Grenze geschoben. Da sich weder die ungarische noch die tschechoslowakische Regierung bereit erklärten, sie aufzunehmen, saßen hunderte Personen teilweise wochenlang im Niemandsland fest, bis ihre Ausreise ins Ausland möglich wurde.³⁴

Die IKG wurde am 18. März geschlossen, das Amtsgebäude besetzt und eine Razzia durchgeführt. Erst nach einer »Strafzahlung« von 500.000 Reichsmark erfolgten am 2. Mai 1938 die Wiedereröffnung der Kultusgemeinde und die Freilassung des Amtsdirektors Josef Löwenherz.³⁵ Der Mitarbeiter des »Judenreferats« des SD, Adolf Eichmann, der sich seit 16. März in Wien befand, nahm die Institution sodann vollkommen unter seine Kontrolle, indem er nicht nur die Maßnahmen zu deren Neuorganisation bestimmte, sondern auch die von ihm selbst zensierte *Zionistische Rundschau* als Mitteilungsorgan einführte.³⁶ Am 8. Mai berichtete er seinem Vorgesetzten nicht ohne Stolz: »Jedenfalls habe ich die Herrschaften auf den Trab [sic!] gebracht [...]. Morgen kontrolliere ich wieder den Laden der Kultusgemeinde und der Zionisten. Dies mache ich jede Woche mindestens einmal. Ich habe sie hier vollständig in der Hand, sie trauen sich keinen Schritt ohne vorherige Rückfrage bei mir zu machen. So ist es auch in Ordnung wegen der besseren Kontrollmöglichkeit.«³⁷

Ende Mai erfolgte eine zweite, brutale Verhaftungswelle, bei der rund 2.000 jüdische Männer in »Notarresten« inhaftiert und während der nächsten Wochen in das KZ Dachau ge[ver]bracht wurden.³⁸ Die Verhaftungen gingen auch mit erneuten Plünderungen einher. Julius Kraus berichtete: »Bei meiner Ende Mai 1938 stattgefundenen Verhaftung [...] waren 8 Gestapooffiziere anwesend, die mit Deutscher [sic] Gründlichkeit 4 Stunden lang jeden Winkel der Wohnung durchsuchten. Ich musste alle Schränke etc. aufsperrn, es wurden Leintücher ausgebreitet[,] verbündelt wurden. Ich musste mir nur wiederholt ihre hysterischen Ausrufe anhören: ›Da schaut[,] wie diese reichen Saujuden gewohnt haben, so Etwas [sic] haben wir im Leben noch nicht gesehen!!!‹«³⁹

Um jüdische Vermögenswerte für das Reich zu sichern und den »wilden Arisierungen« Einhalt zu gebieten, wurden bald neue gesetzliche Maßnahmen ergriffen. Ab dem 26. April hatten Jüdinnen und Juden ebenso wie deren »nichtarische« Ehepartner Vermö-genswerte über 5.000 Reichsmark anzumelden. Diese »Verordnung zur Anmeldung des Vermögens von Juden«⁴⁰ galt reichsweit, war aber in Österreich ausgearbeitet worden.⁴¹ Mit der Einrichtung einer »Vermögensverkehrsstelle« beim österreichischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit am 18. Mai 1938 wurde die »Verstaatlichung der Raubzüge«⁴² auch institutionalisiert.

Diese Stelle, die unter der Leitung des Staatskommissars für Pri-vatwirtschaft und Gauwirtschaftsberaters der Wiener NSDAP, Walter Rafelsberger, stand, fungierte als »Zentralinstanz der Enteignungs-politik« (Hans Witek).⁴³ Hierbei war sie neben den Vermögensan-

.....

⁴⁰ *Gesetzblatt für das Land Österreich*, 102/1938, 27.4.1938, S. 249 f.

⁴¹ Vgl. Safrian, Witek, *Und keiner war dabei*, S. 26 f., 57.

⁴² Rabinovici, *Instanzen*, S. 66.

⁴³ Hans Witek, »Arisierungen« in Wien. Aspekte nationalsozialistischer Enteignungspolitik 1938–40«, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.), »*Wieder gut machen?*« *Enteignung, Zwangsarbeit, Entschädigung, Restitution. Österreich*

HENTRICH & HENTRICH Der Verlag für Jüdische Kultur und Zeitgeschichte

Düstere Vorahnungen Deutschlands Juden am Vorabend der Katastrophe (1933–1935)



Wie konnte es dazu kommen? Wie haben die Juden die Ereignisse vor und nach der sogenannten Machtübernahme durch Hitler und die Nationalsozialisten wahrgenommen? Wie haben sie auf die systematische Ausgrenzung reagiert? Wurde der organisierte Massenmord, wie von manchen vermutet, bereits in den Anfängen des Hiiler-Regimes vorge-dacht?

Mit diesen und anderen Fragen zur Lage der deutschen Juden in den Anfangsjahren des NS-Regimes beschäftigt sich der Potsdamer Historiker Julius H. Schoeps.

Julius H. Schoeps
Düstere Vorahnungen
Deutschlands Juden am Vorabend der Katastrophe (1933–1935)
616 Seiten, Hardcover
ISBN 978-3-95565-273-9, € 35,00
Erscheint im Oktober 2018
www.hentrichhentrich.de

²³ Ebd., S. 572.

²⁴ Vgl. Hans Safrian, Hans Witek, *Und keiner war dabei. Dokumente des alltäglichen Antisemitismus*, Wien 2008, S. 40.

²⁵ *Gesetzblatt für das Land Österreich*, 80/1938, 13.4.1938, S. 141.

²⁶ Vgl. Botz, *Nationalsozialismus*, S. 325 f.

²⁷ Zit. nach ebd., S. 319.

²⁸ Zit. in *VEJ*, Bd. 2, Einleitung, S. 35 f.

²⁹ »Verordnung über die Einführung der Nürnberger Rassengesetze im Lande Österreich vom 20.5.1938«, in: *Reichsgesetzblatt I*, 1938, S. 594 f.

³⁰ *Gesetzblatt für das Land Österreich*, 15.3.1938, § 3, S. 251. Vgl. auch Rabinovici, *Instanzen*, S. 61; Hecht u.a., *Topographie*, S. 83.

³¹ Vgl. Hecht u.a., *Topographie*, S. 97–99.

³² Zit. nach Dieter J. Hecht u.a. (Hrsg.), 1938. *Auftakt zur Shoah in Österreich. Orte – Bilder – Erinnerungen*, Wien 2008, S. 23.

³³ Vgl. Hecht u.a., *Topographie*, S. 19.

meldungen, die bis Ende Juni bzw. im Falle ausländischer Staatsangehöriger Ende Juli 1938 abzugeben waren, vor allem auch für die Organisation und Kontrolle der »Entjudung der ostmärkischen Wirtschaft«, also die Zwangsenteignung der jüdischen Klein- und Mittelbetriebe, zuständig. Im Rahmen eines standardisierten Verfahrens wurde anhand von Formularen, Prüfungen und Gutachten über die Liquidation von Unternehmen oder ihre »Arisierung« und deren Konditionen, insbesondere auch den Kaufpreis und die Eignung der »Ariseure«, entschieden.⁴⁴

Damit ging man in Österreich weiter als im »Altreich«, wo man sich zu dieser Zeit auf Behördenebene noch auf die Anmeldung des jüdischen Vermögens beschränkte.⁴⁵ Der Großteil der jüdischen Geschäfte und Unternehmen wurde in Österreich nicht an neue Eigentümer übertragen, sondern aufgelöst, was die Modernisierung der österreichischen Wirtschaft vorantreiben sollte.⁴⁶ Bei der »Arisierung« der übrigen Betriebe wurde zwischen dem vom Käufer gezahlten Verkehrswert und dem Sachwert, den der ehemalige jüdische Eigentümer »erhielt«, unterschieden. Da der Sachwert in der Regel weit unter dem Realwert lag und von diesem noch »Arisierungskosten«, gegebenenfalls (angebliche) Steuerrückstände und im Fall der Auswanderung die »Reichsfluchtsteuer«⁴⁷ sowie nach dem Novemberpogrom die sogenannte »Judenvermögensabgabe« abgezogen wurden, blieb den jüdischen Verkäufern nur ein geringer Betrag, der überdies auf einem Sperrkonto gutgeschrieben wurde, über das nur mit Genehmigung der staatlichen Stellen verfügt werden konnte. So verloren die jüdischen Geschäftsleute durch die »Arisierung« ihrer Betriebe nicht nur ihre Einkommensquelle, sondern waren auch weitgehend ihrer Existenzgrundlage beraubt.

Die »Arisierungen« betrafen auch jüdische Wohnungen und Häuser. Bereits unmittelbar nach dem »Anschluss« war vielen jüdischen Mietern gekündigt worden. Oftmals nutzten Privatpersonen die Gunst der Stunde, um an bessere Wohnräume zu kommen, aber auch die Wohnungsämter beteiligten sich an der Vertreibung von Jüdinnen und Juden aus ihren Domizilen. Diese »negative Sozialpolitik« (Gerhard Botz) sollte auch bei der insbesondere in Wien herrschenden Wohnungsnot Abhilfe schaffen.⁴⁸ Der in die USA emigrierte Jurist Robert B. Lawrence hielt 1940 fest: »Sie [die

Nationalsozialisten] kamen, sahen die Wohnung, kauften sie, das heisst, versprachen einen gewissen Betrag, und als es zum Zahlen kam, kamen sie mit einer Gruppe von S.A.-Männern und warfen die Besitzer der Möbel einfach vor die Türe. Proteste waren zwecklos, wurden auch in den meisten Fällen gar nicht versucht, da die Betroffenen nur riskierten, die Wut des betreffenden Parteigenossen zu reizen und im Konzentrationslager zu landen.«⁴⁹

Institutionalisierung der Vertreibung

Die gewaltvollen antijüdischen Übergriffe, der Verhaftungsterror, die Zerstörung der Lebensgrundlagen durch Entlassungen und wirtschaftliche Enteignungen trieben die österreichischen Jüdinnen und Juden verstärkt in die Emigration.⁵⁰ Die Vertreibung der Juden aus Österreich avancierte dabei zu einem weiteren zentralen Ziel der antijüdischen Politik der Nationalsozialisten, zu der die Ausbeutungspolitik allerdings auch in Widerspruch stand. Denn die potentiellen Aufnahmestaaten zeigten wenig Bereitschaft, mittellose Juden in ihrem Land aufzunehmen.⁵¹

Um die Vertreibung der österreichischen Juden zu forcieren, wurde im August 1938 die »Zentralstelle für jüdische Auswanderung« eingerichtet.⁵² Diese wurde offiziell vom SD-Führer des SD-Oberabschnitts Donau, Franz Walter Stahlecker, geleitet, de facto aber von Adolf Eichmann geführt, und zwar so effizient, dass die Stelle zum Vorbild für die im Februar 1939 errichtete »Reichszentrale für jüdische Auswanderung« in Berlin wurde.⁵³ Der Gründung der Wiener »Zentralstelle« waren Bemühungen von jüdischer Seite vorausgegangen, den Emigrierenden die »Hölle des Anstellens«⁵⁴ zu ersparen. Anschaulich hat beispielsweise der Schriftsteller Leo Perutz die anstrengenden Bedingungen und die Vielzahl der Ämter, die für eine Ausreisegenehmigung aufzusuchen waren, beschrieben: »Manche dieser Ämter zeigten den vor ihren Türen dichtgedrängten und todmüden Wartenden ein menschliches Gesicht, andere wiesen ihnen ihre höhnische Fratze. Eine Behörde gab der in den Gängen und auf den Treppen eingekeilten Menge Gelegenheit, sich die lange



Links: Warteschlange von Juden vor dem polnischen Konsulat am Rennweg 1 in Wien, undatierte Aufnahme (1938)
Foto: Österreichische Nationalbibliothek

Unten:
Einsatzbesprechung im Hof des Wiener Innenministeriums in der Herrengasse vor der Razzia in der Israelitischen Kultusgemeinde (Erster von rechts in Uniform: Adolf Eichmann), 18. März 1938
Foto: bpk/Friedrich Franz Bauer



Wartezeit durch das Studium der an den Wänden befestigten Plakate zu vertreiben, die die Juden darüber belehrten, welche Unsumme schlechter Eigenschaften ihre Rasse aufzuweisen habe.«⁵⁵

Die Effizienz der neu gegründeten »Zentralstelle« beruhte vor allem auf der Rationalisierung des bürokratischen Prozesses. Hier waren die verschiedenen Behörden wie Zoll-, Devisen-, Steuer- und Passämter, von denen die »Auswanderungswilligen« Bescheinigungen und Bestätigungen benötigten, unter einem Dach zusammengefasst, und Eichmann installierte eine Art »Fließband-system«, um möglichst viele Auswanderer in möglichst kurzer Zeit zu »produzieren«.⁵⁶ Ein Vertreter der Reichsvereinigung der Juden beschrieb dieses System nach einer Besichtigung der Behörde wie folgt: » [E]s ist wie ein automatisch laufender Betrieb, wie eine Mühle, in der Getreide zu Mehl vermahlen wird und die mit einer Bäckerei gekoppelt ist. Auf der einen Seite kommt der Jude herein, der noch etwas besitzt, einen Laden oder eine Fabrik oder ein Bankkonto. Nun geht er durch das ganze Gebäude, von Schalter zu Schalter, von Büro zu Büro, und wenn er auf der anderen Seite herauskommt, ist er aller Rechte beraubt, besitzt keinen Pfennig, dafür aber einen Paß, auf dem steht: ›Sie haben binnen 14 Tagen das Land zu verlassen, sonst kommen Sie ins Konzentrationslager.«⁵⁷

Tatsächlich stellte die »Zentralstelle« mit der erteilten Ausreise-erlaubnis dieses Ultimatum und beschleunigte damit die Auswan-derung zusätzlich.⁵⁸ Allein im September, also einen Monat nach ihrer Gründung, konnte die Behörde 10.000 Ausgewanderte melden. Zum Vergleich: In der Zeit zwischen dem »Anschluss« im März und Juli 1938 waren 18.000 Juden aus Wien ausgewandert, in den Monaten August bis Oktober weitere 32.000.⁵⁹ In dem Zitat des Vertreters der Reichsvereinigung der Juden deutet sich aber auch an, dass die Behörde gleichzeitig als (weitere) Beraubungsinstitution fungierte. So hatten die Emigranten durch verschiedene zu entrichtende Gebüh-ren einen Großteil ihres Vermögens abzugeben. Teile davon flossen einem Fonds zu, mit dem die Auswanderung mittelloser Jüdinnen und Juden finanziert werden sollte.⁶⁰ In den Vorgang der Berechnungsbemessung der Abgaben an die »Zentralstelle« war auch die IKG involviert, was auf ein zweites wesentliches Prinzip hinweist, auf das Gerhard Botz aufmerksam gemacht hat: die erzwungene Einbindung der Juden und ihrer Institutionen in die Organisation und Beschleunigung ihrer Auswanderung, die diese zugleich noch

55 Zit. nach Rabinovici, *Instanzen*, S. 80.

56 Vgl. Botz, *Nationalsozialismus*, S. 338; *VEJ*, Bd. 2, S. 40. Zum Ablauf vgl. Anderl, Rupnow, *Zentralstelle*, S. 157–159.

57 Zit. nach Hannah Arendt, *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen*, 3. Aufl., München 2012, S. 74.

58 Vgl. Rabinovici, *Instanzen*, S. 112.

59 Vgl. Botz, *Nationalsozialismus*, S. 340, 342.

60 Vgl. Anderl, Rupnow, *Zentralstelle*, S. 158, 184; Hecht u.a., *Topographie*, S. 57, 179 f.

selbst finanzierten.⁶¹ Diese Nötigung zur Beteiligung an ihrer eigenen Verfolgung zeigt, wie perfide die nationalsozialistischen Behörden vorgingen.

Gewalterfahrungen vor und während des Novemberpogroms

Im Oktober 1938 brachen erneut pogromartige Ausschreitungen in Wien aus: Wieder wurden Geschäfte demoliert, Synagogen verwüstet sowie zahlreiche Juden misshandelt und aus ihren Wohnungen vertrieben. Ein Wiener Jude berichtete rückblickend: »Es wurde nun immer schlimmer, telefonisch wurden Einzelnen Pogrome angedroht, Villenbesitzer verprügelt und Laubhütten geschlossen. In Synagogen wurden Fensterscheiben eingeworfen, Rabbiner misshandelt und aus Thorarollen Laufteppiche gemacht. Hetzartikel [...] lösten eine neue Verhaftungswelle [...] aus. Wohnungen wurden mit 14-tägigen Fristen gekündigt, [...] in der Presse und auch von Bürckel gehetzt. Schließlich wurde es so schlimm, dass man sich nicht mehr auf die Straße wagen konnte.«⁶²

Im 2. Wiener Bezirk wurde der Leopoldstädter Tempel Opfer eines Brandanschlags. In der Nacht zum jüdischen Feiertag Jom Kipur wurden in mehreren Stadtteilen Jüdinnen und Juden gezwungen, ihre Wohnungen zu verlassen und sich an den Bahnhöfen einzufin-den, von wo sie, wie es hieß, »Züge kostenlos und ohne Reisepass aus dem Reichsgebiet bringen würden«⁶³. Wie im Sudetenland sollte die jüdische Bevölkerung über die Grenze getrieben werden.⁶⁴ Am darauffolgenden Nachmittag ließ man sie wieder in ihre Wohnungen zurückkehren. Jene antisemitische Gewalt, die sich unmittelbar nach dem »Anschluss« im März in Österreich Bahn gebrochen hatte, flammte im Herbst erneut auf – einen Monat bevor sie infolge des Pariser Attentats von Herschel Grynszpan auf Ernst vom Rath am 7. November das gesamte Reich erfassen sollte.

Welch bedrückende Atmosphäre am Vorabend des Novem-berpogroms in Wien herrschte, hielt die Gymnasiastin Ruth Maier eindrücklich in ihrem Tagebuch fest: »Es ist wieder gedrückte Stim-mung, die Luft dick u. voll Traurigkeit. Die Juden schleichen an den Mauern wie gehetzte Tiere. Jetzt ist es tot. Niemand, kein Jude geht außer Haus. Wir haben alle Angst, sie werden uns schlagen, weil ein poln. Juden [sic!] einen Deutschen töten wollte.«⁶⁵

Mit dem Pogrom in der Nacht vom 9./10. November, der als »spontaner« Gewaltausbruch von der nationalsozialistischen Füh-rung inszeniert wurde, sollte die Verfolgung der im »Großdeutschen

61 Vgl. Botz, *Nationalsozialismus*, S. 324, 338.

62 Zit. nach Hecht u.a., *Topographie*, S. 141 f.

63 So berichtete es Josef Löwenherz, zit. nach ebd., S. 142.

64 Vgl. ebd.

65 *VEJ*, Bd. 2, Dok. 121, S. 358.

Reich« lebenden Jüdinnen und Juden schließlich ihren ersten (vor-läufigen) Höhepunkt erreichen: Dabei prägte die Radikalisierung, die die Verfolgung der österreichischen Juden seit dem »Anschluss« kennzeichnete, auch das Novemberpogrom. So wurde es in Öster-reich und insbesondere in Wien von weit größerer Gewalt beglei-tet als in den meisten Teilen des Reichs. In der Nacht vom 9. auf den 10. November wurden in Wien sämtliche Synagogen zerstört, verwüstet oder unbenutzbar gemacht. Jüdische Geschäfte wurden demoliert und geplündert, ebenso 1.950 Wohnungen. Es kam zu tätlichen Angriffen und Mordanschlägen auf Juden. In Wien wurden 6.547 Juden verhaftet, im restlichen Österreich weitere etwa 1.250, zwischen 3.500 und 4.800 von ihnen wurden in das KZ Dachau deportiert.⁶⁶ »Mit dem Novemberpogrom war geklärt, daß die anti-semitische Hetze in Österreich nicht bloß eine regional und zeitlich begrenzte Episode nach dem ›Anschluß‹ bleiben sollte«, resümiert Doron Rabinovici: »Im Gegenteil: Die österreichischen Zustände

66 Vgl. Botz, *Nationalsozialismus*, S. 522.

hatten nur ein Vorspiel für die Entwicklung im gesamten Deutschen Reich abgegeben.«⁶⁷

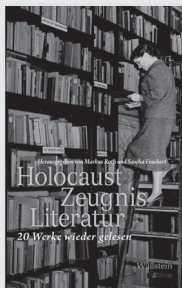
In diesem Sinne kann die antisemitische Gewalt unmittelbar nach dem »Anschluss« als Vorzeichen jener Gewaltwelle gelten, die das »Großdeutsche Reich« ab November 1938 erfassen sollte. Ähn-lich wie bei anderen antijüdischen Maßnahmen, etwa dem Aufbau der »Zentralstelle für jüdische Auswanderung« oder der Einrichtung der Vermögensverkehrsstelle, übernahm Österreich auch im Fall des Novemberpogroms eine Vorreiterrolle. Der sich an der »Peripherie« des Reichs vollziehende spezifisch österreichische Radikalisierungs-prozess hatte demnach auch auf das übrige Reichsgebiet deutliche Auswirkungen.⁶⁸

67 Rabinovici, *Instanzen*, S. 129.

68 Vgl. dazu ebd., S. 124; Botz, *Nationalsozialismus*, S. 666; Albert Lichtblau, »Österreich«, in: Wolf Gruner, Jörg Osterloh (Hrsg.), *Das »Großdeutsche Reich« und die Juden. Nationalsozialistische Verfolgung in den »angegliederten Gebie-ten«*, Frankfurt am Main, New York 2010, S. 77–106, hier S. 104.

HolocaustZeugnisLiteratur

20 Werke wieder gelesen

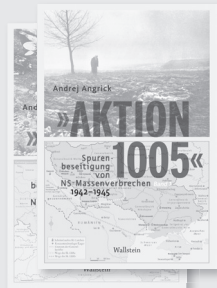


Hg. von Markus Roth und Sascha Feuchert
263 S., geb., Schutzumschlag
29,90 € (D); 30,80 € (A)
ISBN 978-3-8353-3292-8

Im Exil, in den Lagern und Gettos sowie in der freien Welt schrieben Menschen über den Holo-caust. Auch heute, über 70 Jahre nach dem Krieg, ist er ein wichtiger Topos der Gegen-wartsliteratur.

Sascha Feuchert und Markus Roth haben namhafte Autorinnen und Autoren gebeten, über zentrale Texte der Holocaustliteratur zu schreiben.

Andrej Angrick »Aktion 1005« – Spuren-beseitigung von NS-Massenverbrechen 1942–1945



1381 S., 45 Abb.,
geb., Schutzumschlag,
2 Bände im Schuber
79,00 € (D); 81,30 € (A)
ISBN 978-3-8353-3268-3

Hinter der Tarnbezeichnung »Aktion 1005« verbirgt sich einer der ungeheuerlichsten und geheimsten Vorgänge des »Dritten Reichs«: Im Jahr 1942 gab die oberste Führung an das »Reichssicherheitshauptamt« die Order aus, sämtliche Massengräber im deutsch besetzten Europa unkenntlich zu machen.

Als Ergebnis jahrelanger Forschung ist es Andrej Angrick gelungen, den Umfang der Ver-tuschungsaktionen so weit wie möglich zu rekonstruieren.

Jacques Semelin Das Überleben von Juden in Frankreich 1940–1944



Mit einem Vorwort von Serge Klarsfeld. Aus dem Französischen übersetzt von Susanne Wittek
364 S., 5 Karten, geb., Schutzumschlag
34,90 € (D); 35,90 € (A)
ISBN 978-3-8353-3298-0

Obwohl Frankreich bereits 1940 von den Deut-schen besetzt wurde, konnten 75 Prozent der Juden in diesem Land die Shoah überleben.

Der Historiker Jacques Semelin, Experte auf dem Gebiet des zivilen Widerstandes und der Massenverbrechen, untersucht die Rahmen-bedingungen, die es so vielen Juden in Frank-reich ermöglichten, der Deportation zu ent-kommen.

www.wallstein-verlag.de

Radikalisierung durch Expansion

Die Judenverfolgung in Deutschland zwischen »Anschluss« und Pogromnacht

Von Markus Roth



Dr. Markus Roth ist stellvertretender Leiter der Arbeitsstelle Holocaustliteratur an der Justus-Liebig-Universität Gießen. *Veröffentlichungen (Auswahl):* Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen – Karrierewege, Herrschaftspraxis und Nachgeschichte, *Göttingen 2009; zus. mit Andrea Löw, Juden in Krakau unter deutscher Besatzung 1939–1945, Göttingen 2011; zus. mit Andrea Löw, Das Warschauer Getto. Alltag und Widerstand im Angesicht der Vernichtung, München 2013.*

Für die Juden in Deutschland markierte das Jahr 1938 nach Monaten relativer Ruhe einen erneuten tiefen Einschnitt, der weit über den des Jahres 1935 hinausging. Nach Jahren der zunehmenden Isolierung und Stigmatisierung schwand die Hoffnung auf eine Besserung oder gar nur Stabilisierung ihrer Lage. Victor Klemperer empfand Ende 1937 ein »hoffnungslose[s] Vegetieren«¹; Anfang 1938 sah er sich total vereinsamt, jedes Vertrauen in seine Mitmenschen schien ihm abhandengekommen zu sein: »Was auch kommen mag, ich werde nie wieder Zutrauen, nie wieder Zugehörigkeitsgefühl haben. Es ist mir sozusagen retrospektiv ausgetrieben; zu vieles, was ich in der Vergangenheit leicht nahm, als partielle peinliche Erscheinung auffaßte, halte ich jetzt für gemeingermanisch und typisch.«² Auch zu Silvester 1938 zog Klemperer Bilanz. Hatte er vor einem Jahr schon den Tiefpunkt gewähnt, musste er nunmehr bitter feststellen, dass das ausklingende Jahr doch noch sehr viel schlimmer gewesen war. Dass es noch schrecklicher werde kommen können, mochte er nun nicht mehr ausschließen. Die jüdische Ärztin Hertha Nathorff sah in Berlin ebenfalls niedergeschlagen auf das Jahr zurück. In ihrem Tagebuch schreibt sie Silvester: »Es hat mir alles genommen, was mein Leben froh und glücklich machte.«³ Wo Klemperer noch zweifelte, war sie sich schon sicher – sie wollte weg aus Deutschland, hatte ihre Auswanderung bereits energisch betrieben. Victor Klemperer und Hertha Nathorff stehen exemplarisch für viele Juden in Deutschland, die hin- und hergerissen waren in der Frage »Gehen oder bleiben?«. An diesem Grundproblem hat das Jahr

1938 nicht viel geändert. Geändert hatte sich jedoch die Dringlichkeit, mit der sich die Frage stellte, ebenso wie die Schwierigkeiten, die sich denjenigen, die sich schließlich zum Verlassen des Landes entschließen konnten, in den Weg stellten – sei es durch Maßnahmen der deutschen Behörden oder aber durch die rigide Flüchtlingspolitik und Einwanderungspraxis der allermeisten Staaten der Erde. Der Wendepunkt in der Entwicklung war bereits für die Zeitgenossen leicht auszumachen gewesen – der »Anschluss« Österreichs und die damit einhergehende zügellose antijüdische Gewalt in Wien und zahlreichen anderen Orten. Gegen Ende des Jahres 1938 fasste der sozialdemokratische Journalist Konrad Heiden dies in seinem Pariser Exil zusammen, als er in einem Buch über den Novemberpogrom dessen Vorgeschichte skizzierte: »Oesterreich fiel in deutsche Hand; dort begann ein entsetzliches Wüten gegen die jüdische Bevölkerung, und dies Beispiel steckte das übrige Deutschland an.«⁴ Zu Beginn des Jahres 1938 schien es vielen Juden und Beobachtern noch so, als sei die Lage in Deutschland etwas zur Ruhe gekommen. Die Stabilisierung der NS-Diktatur, ihre außenpolitischen Erfolge sowie die Erfahrungen der letzten Jahre ließen die Aussicht auf eine Änderung der Situation jedoch in unerreichbare Ferne gerückt erscheinen. Victor Klemperer war nach dem »Anschluss« deprimiert und glaubte, das Ende des NS-Regimes nicht mehr zu erleben. Dies ging einher mit direkten antisemitischen Anfeindungen und der Angst vor noch Schlimmerem: »[S]eit gestern klebt an jedem Pfeiler unseres Zauns ein breiter gelber Zettel mit Davidstern: Jude. Warnung vor der fahnenlosen Pestbaracke. »Der Stürmer« hat seinen üblichen Ritualmord ausgegraben; ich würde mich wahrhaftig nicht wundern, wenn ich nächstens eine Kinderleiche im Garten fände.«⁵ Gleichwohl hofften andere darauf, sich nun in diesen zwar schwierigen Verhältnissen einrichten zu können. Auch Klemperers Gefühlslage schwankte zwischen Resignation und Zuversicht. Der Rückhalt Hitlers und des NS-Regimes in der Bevölkerung war enorm, die Isolation der jüdischen Bevölkerung durch zahllose Einschränkungen im Beruflichen wie im Privaten so weit fortgeschritten, dass Zeichen der Hilfe und Solidarität kaum noch zu erwarten waren.

»Flüchtlingskrise« anno 1938

Die Judenpolitik der Nationalsozialisten schien Ende 1937/38 schon in eine Sackgasse geraten zu sein und in ihren eigenen Widersprüchen heillos gefangen. Auf der einen Seite strebten sie die Steigerung der Auswanderung von Juden an, auf der anderen Seite legten sie

diesen durch zahllose Maßnahmen und durch die gezielte Verarmung und Ausplünderung Steine in den Weg. In den potenziellen Aufnahmeländern erhöhte dies nicht gerade die ohnehin schon sehr begrenzte Aufnahmewilligkeit. Die Auswanderung stagnierte daher, Abhilfe sollte eine Radikalisierung der Verfolgungspolitik schaffen, um den Druck auf die Juden in Deutschland zu erhöhen. Nachdem der Ton bereits im Zuge des Reichsparteitags im September 1937 erheblich verschärft und mancherorts wieder antijüdische Übergriffe und Boykotte initiiert worden waren, erwies sich die Annexion Österreichs im März 1938 als Katalysator der Judenpolitik. Zugleich spitzte sich aus Sicht der führenden Akteure nun die Problemlage zu, denn von einem Tag auf den anderen kamen zu den Ende 1937 noch im Reich lebenden circa 400.000 Juden weitere 190.000 hinzu. Über die österreichischen Juden brach in den ersten Wochen und Monaten nicht nur der entfesselte Straßenterror des Mobs von Nationalsozialisten und anderen Bürgern herein, sondern auch eine Welle antisemitischer Verordnungen, die im alten Reichsgebiet über Jahre schrittweise eingeführt worden waren. »Österreich«, brachte Jochen Klepper die Situation auf den Punkt, »erlebt nun fünf Jahre Nationalsozialismus konzentriert in wenigen Wochen.«⁶ In manchen Hauptstädten nicht nur in Europa setzte aufgrund dieser Ereignisse, die in zahlreichen Berichten in der ganzen Welt aufgegriffen wurden, nun auch ein langsames Umdenken in der Einwanderungspolitik ein; die Signale blieben jedoch widersprüchlich. Die britische Regierung beeilte sich, aus Sorge vor Flüchtlingen für Österreich die Visumpflicht einzuführen. Frankreichs Grenzen waren auch weitgehend verschlossen, gerade einmal 600 bis 700 Juden konnten dorthin fliehen. Der US-amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt ließ immerhin die Einwanderungsquoten für Deutschland und Österreich zusammenlegen, damit ungenutzte »deutsche Plätze« den akuten Bedarf in Österreich etwas abfedern konnten.⁷ Was viele bislang von einer Auswanderung abgehalten hatte, waren unter anderem ihre festen Bindungen an Deutschland, die immer wiederkehrende Hoffnung auf eine Stabilisierung ihrer Situation und schließlich die restriktiven Einwanderungsgesetze der meisten Staaten. Eine Auswanderung wäre immer mit dem Verlust fast des gesamten Vermögens verbunden gewesen, und für viele bestand nur wenig Aussicht, sich eine einigermaßen erträgliche Existenz im Ausland aufbauen zu können. Das betraf vor allem Rechtsanwälte, Lehrer und ähnliche Berufsgruppen, aber auch Ärzte stießen auf erhebliche Schwierigkeiten, Anstellungen zu bekommen. Die Weltwirtschaftskrise, an deren Folgen viele Länder noch über Jahre litten, erschwerten die Ausreisemöglichkeiten für deutsche Juden zusätzlich.

1 Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1941*, hrsg. von Walter Nowojski unter Mitarbeit von Hadwig Klemperer, 7. Aufl., Berlin 1996, S. 390 (Eintrag vom 28.12.1937).
2 Ebd., S. 393 (Eintrag vom 18.1.1938).
3 *Das Tagebuch der Hertha Nathorff. Berlin – New York. Aufzeichnungen 1933 bis 1945*, hrsg. von Wolfgang Benz, Frankfurt am Main 1988, S. 142 (Eintrag von Silvester 1938).

4 Konrad Heiden, *Eine Nacht im November 1938. Ein zeitgenössischer Bericht*, hrsg. von Markus Roth, Sascha Feuchert und Christiane Weber, Göttingen 2013, S. 19
5 Klemperer, *Zeugnis*, S. 399 (Eintrag vom 20.3.1938).

6 Jochen Klepper, *Unter dem Schatten deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932–1942*, Stuttgart 1971, S. 354 (Eintrag vom 8.5.1938).
7 David Cesarani, »Endlösung«. *Das Schicksal der Juden 1933–1948*, Berlin 2016, S. 209–211.

Je nachdem, wie Juden in Deutschland die aktuelle politische Situation und ihre Aussichten einschätzten, und abhängig von Bestimmungen der Aufnahmeländer schwankten die Zahlen erheblich: Im ersten Jahr des NS-Regimes gingen circa 37.000 Juden ins Ausland. Nachdem die Zahlen zwischenzeitlich stark gesunken waren, verursachten der Terror des Sommers 1935 und die Verabschiedung der Nürnberger Gesetze einen deutlichen Anstieg; 1936 gingen 25.000 Juden ins Ausland, im Jahr darauf waren es rund 23.000.⁸ Der »Anschluss« Österreichs, der antijüdische Terror dort und die forcierte Vertreibung der österreichischen Juden durch Adolf Eichmann und seine Männer ließen die Zahlen in die Höhe schnellen und brachten das Thema jüdische Auswanderung auf die internationale Agenda.

Präsident Roosevelt lud in das französische Évian zu einer Konferenz, auf der die Flüchtlingsfrage besprochen werden sollte. Die Vertreter von 32 Staaten berieten im Juli eine Woche lang, enttäuschten aber die in sie gesetzten Erwartungen weitgehend: Alle lehnten die Aufnahme zusätzlicher jüdischer Flüchtlinge vor allem aus wirtschaftspolitischen Gründen ab. Einzig zur Gründung eines Intergovernmental Committee for Refugees, das Lösungen finden und mit der deutschen Regierung verhandeln sollte, konnten sie sich durchringen. Das eklatante Missverhältnis zwischen Aufwand und hehren Worten sowie dem mageren Ergebnis brachte Leopold Schwarzschild im Pariser Exil mit seiner ätzenden Kritik auf den Punkt: »In Sachen der politisch Vertriebenen leidet diese Welt peinlich an ihrem schlechten Gewissen. [...] Einundreißig [sic!] Regierungen entsandten angenehm berührt ihre Delegation – jede und jede von der Hoffnung beseelt, daß die dreißig anderen sowohl die Situation wie die Schande beseitigen würden.«⁹

Die jüdische *C.V.-Zeitung* sah jedoch einen gewissen Erfolg, da mit einer umfassenden Lösung doch nicht hätte gerechnet werden können. Sie erkannte einen grundsätzlichen Fortschritt: »32 Staaten aus allen Teilen der Welt haben ihre prinzipielle Bereitschaft ohne Rückhalt und ohne Einschränkungen erklärt, an der Lösung eines Problems mitzuarbeiten, das, von Europa ausgehend, zu einem Weltproblem geworden ist.«¹⁰ Die Erfahrungen der letzten Jahre hatten offenkundig die Erwartungen an die Welt auf ein sehr bescheidenes Maß heruntergedrückt.

Den Nationalsozialisten spielte die Ergebnislosigkeit auf der einen Seite in die Hände, konnten sie diese doch weidlich in ihrer Propaganda auskosten. Auf der anderen Seite aber wäre ihnen an einer umfassenden Lösung gelegen gewesen. Doch mit den Widersprüchen

ihrer Judenpolitik hatten sie diese letztlich in eine Sackgasse manövriert. Frühere »Erfolge« der Nationalsozialisten, also die vermehrte Auswanderung von Juden, erschwerten weitere Fortschritte: Die jüdische Bevölkerung im Deutschen Reich vergreiste zusehends, immer mehr Juden waren auf Unterstützung durch die Wohlfahrt angewiesen. An Auswanderung war angesichts der enormen bürokratischen – meist finanziellen – Hürden, die die Verwaltung errichteten, für viele schon allein deswegen nicht zu denken. Das blieb den ausländischen Beobachtern keinesfalls verborgen. Eduardo Labougle, der argentinische Gesandte in Berlin, berichtete genau diese fatalen Zusammenhänge an seine Regierung; auch die Exil-SPD legte dies früh offen.¹¹ Und dennoch: Trotz all der Hindernisse und Hemmungen verdoppelte sich 1938 im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der jüdischen Auswanderer aus dem Deutschen Reich (ohne Österreich) nahezu.¹²

Eine neue Welle der Gewalt

Für einen erhöhten (gewollten) Auswanderungsdruck sorgte auch eine neue Welle antisemitischer Gewalt, denen Juden in vielen Orten des Deutschen Reiches ausgesetzt waren. Sie ging von verschiedenen lokalen Akteuren aus, die meist aus eigenem Ermessen handelten, ohne auf Befehle höherer Instanzen zu warten oder diese einzuholen.

Mitunter sind die lokalen Initiativen, sich – auf welchen Wegen auch immer – der Juden zu entledigen, direkt auf die Ereignisse in Österreich zurückzuführen. Der Regierungspräsident von Unterfranken und Aschaffenburg berichtete am 9. April von Ausschreitungen gegen Juden in einigen Orten »anlässlich der Eingliederung Österreichs«¹³. Es seien »Schaufenster und Fenster in Privatwohnungen und Synagogen eingeworfen« worden. Dies verurteilte der Regierungspräsident – allerdings nicht aus moralischen Gründen. Vielmehr schreibt er: »Wie sinnlos derartige Ausschreitungen sind, ergibt sich daraus, daß diese Schäden nicht etwa die Juden, sondern die deutschen Versicherungsunternehmen treffen, da die Juden gegen solche Schäden in der Regel versichert sind.« Diese Art von Kollateralschaden antijüdischer Gewalt für die »Arier« wusste man einige Monate später, nach der Reichspogromnacht, bereits »besser« zu regeln.

.....

11 Vgl. den Bericht Labougles vom 13. August 1938, in: Frank Bajohr, Christoph Strupp (Hrsg.), *Fremde Blicke auf das »Dritte Reich«*. *Berichte ausländischer Diplomaten über Herrschaft und Gesellschaft in Deutschland 1933–1945*, Göttingen 2011, S. 488; ferner den Bericht für Februar 1938 der Exil-SPD, in: *Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940*, 1938 (Jg. 5), 7. Aufl., Salzhausen, Frankfurt am Main 1989, S. 182.

12 Ein Teil dieser Steigerung fiel allerdings in die Wochen nach der Reichspogromnacht. Dennoch ist von einer signifikanten Steigerung auszugehen.

13 Bericht des Regierungspräsidenten Unterfranken und Aschaffenburg für März 1938, 9.4.1938, in: Otto Dov Kulka, Eberhard Jäckel (Hrsg.), *Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945*, Düsseldorf 2004, S. 268. Die folgenden Zitate ebd.

8 Zahlen nach: Juliane Wetzels, »Auswanderung aus Deutschland«, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*, München 1993, S. 413–498, hier S. 417 f.

9 Leopold Schwarzschild, »Bemerkungen nach Evian«, in: *Das Neue Tage-Buch* 6 (1938), Heft 30, S. 705–706, hier S. 705.

10 »Schöpferische Pause?«, in: *C.V.-Zeitung*, 28.7.1938, S. 1.



Oben links: Der Berliner Polizeipräsident Wolf-Heinrich Graf von Helldorf spricht vor der Presse, undatierte Aufnahme (1938)
Foto: bpk

Oben rechts: Jüdische Schüler und Studenten bei der Abfahrt nach Palästina (Jugend-Allijah), undatierte Aufnahme (1938)
Foto: bpk/Herbert Sonnenfeld

Unten links: Ausweisung polnischer Juden aus Nürnberg, 28.10.1938
Foto: Bundesarchiv, Bild 146-1982-174-27

Nach erheblichen Reibungen zwischen den Berliner Akteuren und Heydrich nutzten von Helldorff und Goebbels die Mitte Juni

Im August 1938 meldete André François-Poncet, der französische Botschafter in Berlin, der Pariser Zentrale zusammenfassend zahlreiche antijüdische Gewaltakte und Diskriminierungen im gesamten Reichsgebiet. Er führte dies auf innenpolitische Schwierigkeiten zurück und erkannte ein System hinter den Konjunkturen antijüdischer Politik und Gewalt: »Es ist in der Tat erstaunlich, zu beobachten, wie diese Ausbrüche von Judenhass in der Regel mit Zeiten politischer Spannung zusammenfallen. Sie dienen als Ventil.

A black and white photograph showing a group of people, primarily men in suits, standing in a line outside a brick building. Above the entrance is a sign that reads "JUDEN ist der Zutritt untersagt." (Jews, entry is prohibited). The building has three numbered signs (1, 2, 3) above the entrance. The people are standing on a paved area, and their shadows are cast on the ground.

19 Bericht des französischen Botschafters André François-Poncet, 9.8.1938, in: ebd., S. 487.

Nachdem jüdische Ärzte und Rechtsanwälte schon seit 1933 in ihrer Berufsausübung empfindlich eingeschränkt gewesen waren, folgte im Sommer 1938 der Schlusspunkt. Mit der Vierten Verordnung zum Reichsbürgergesetz wurde jüdischen Medizinerinnen zum September ihre Approbation entzogen. Nur fast jeder Vierte der insgesamt rund 3.200 Ärzte durfte als sogenannter Krankenbehandler weiter praktizieren, aber ausschließlich jüdische Patienten behandeln. Eine weitere Verordnung hatte wenig später zur Folge, dass

16 *Pariser Tageszeitung*, 3.6.1938, in: ebd., S. 198

18 Bericht des italienischen Botschafters Bernardo Attolico, 21.6.1938, in: Bajohr, Strupp (Hrsg.), *Fremde Blicke*, S. 483.

20 »Einleitung«, in: *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945* (VEJ), Band 2: *Deutsches Reich 1938–August 1939*, bearbeitet von Susanne Heim, München 2009, S. 17 f. Einen Abriss zur »Arisierung« gibt Tim Schanetzky, »Kanonen statt Butter«. *Wirtschaft und Konsum im Dritten Reich*, München 2015, S. 161–175.

nur noch etwa zehn Prozent der rund 1.750 jüdischen Anwälte als »Konsulenten« für Juden tätig sein durften.²¹

Neben solchen Verfolgungen im Berufs- und Wirtschaftsleben waren Juden zahllosen Diskriminierungen und Anfeindungen im Alltag ausgesetzt. Im täglichen »Miteinander« in den Dörfern und Städten erfuhren viele ihre Ausgrenzung und Verfolgung als ein Projekt, das aus der Mitte der Gesellschaft heraus kam und sich der Zustimmung – stillschweigend oder lautstark artikuliert – einer Mehrheit gewiss sein konnte. Ein Beispiel aus dem Hessischen, aus Hanau, steht für viele andere. Mitte Mai hatten dort Unbekannte in der Nacht auf einen Samstag sämtliche Eingänge der Synagoge »kunstvoll zugemauert«.²² Der Gottesdienst musste daher in die jüdische Gemeindeschule verlegt werden. In den darauffolgenden Tagen fand die jüdische Gemeinde keinen Maurer, der bereit war, die Eingänge wieder freizulegen. Von den Steinen wusste man, dass sie von umliegenden Baustellen gestohlen worden waren, weswegen, wie der SD-Berichterstatter fast genüsslich vermerkt, jedoch niemand Anzeige erstattet habe.

Am gleichen Tag fand in Hanau eine Aktion statt, im Zuge derer Posten vor jüdischen Geschäften aufmarschierten und die Kundschaft am Eintritt zu hindern versuchten. Wer dennoch jüdische Geschäfte betrat, wurde fotografiert und mit Schildern, auf denen etwa »Ich bin ein Judenknecht« stand, durch die Straßen geführt. Diese Aktionen wiederholte man in der Woche darauf; diesmal mit mehr Erfolg. Die jüdischen Geschäfte, so der SD, hätten an diesem Tag fast keine Kundschaft mehr gehabt; auch hätten zwei Geschäftsinhaber Verkaufsverhandlungen begonnen, »die schnellstens zum Abschluß gebracht werden sollen«.²³

Auch die Geschichte der zugemauerten Synagoge hatte noch ein Nachspiel. Ein Jude habe einen Handwerker beauftragt, die Steine zu entfernen, und diesem vorgegaukelt, es handele sich um eine Anordnung der Polizei. Die Reaktion hierauf war harsch: Der Jude wurde verhaftet und gegen die Firma ein Boykott verhängt, staatliche Aufträge wurden ihr entzogen. Bedauernd vermerkte der SD aber zum Ausgang des Verfahrens: »Leider endete das Verfahren mit einem Freispruch des Juden, der jedoch zum Schutze seiner eigenen Person in Schutzhaft genommen wurde, da die Gefahr besteht, daß derselbe im Falle seiner Freilassung von der Bevölkerung angegriffen wird.«²⁴ Dieser massiven Abkehr von Nachbarn und anderen begegneten Juden überall. Auch die Kinder waren davor in den Schulen nicht sicher. Hugo Moses berichtete nach der geglückten Emigration davon, wie sein Sohn 1938 in der Schule zu leiden

hatte. Er habe alleine in einer Bank sitzen müssen, sei nie aufgerufen worden und habe nicht am Schwimmunterricht teilnehmen dürfen. »Geh in den Jordan mit deinen Plattfüßen, deutsches Wasser darfst du nicht verunreinigen«, fuhr der Lehrer ihn an.²⁵

Solche Erfahrungen verschärften die Isolation der Juden enorm. Die Zahl jüdischer Schülerinnen und Schüler an nichtjüdischen Schulen ging stetig zurück. 1938 waren weit über die Hälfte von ihnen an jüdische Schulen gewechselt, bevor sie Mitte November von den allgemeinen Schulen ausgeschlossen wurden. Dieses Mittel der Isolation und Diskriminierung hatte jedoch mitunter auch eine andere Seite. Hans Winterfeldt kam 1938 auf eine jüdische Schule, nachdem er zuvor ständigen Drangsalierungen ausgesetzt gewesen war. Er erinnert sich kurze Zeit später an ein befreiendes Gefühl, das damit einherging: »Obwohl man vielen Kindern ihre jüdische Herkunft ansah, konnte ich nicht recht verstehen, daß sie Juden waren, denn sie spielten während der Pausen auf dem Hof, unterhielten sich laut und benahmen sich absolut nicht so, wie man es von jüdischen Kindern in der Öffentlichkeit in der Provinz erwartete. Ich war plötzlich in einer anderen Welt, die ich noch nicht akzeptieren konnte – zu schön, um wahr zu sein. Dazu kam noch, daß alle Lehrer Juden waren.«²⁶

Solch eine relative Unbeschwertheit war jedoch 1938 die Ausnahme im Deutschen Reich. Im Gegenteil: Das Leben der Juden wurde immer stärker eingeengt und erschwert. Im August 1938 erging zum Beispiel die Verordnung, dass ab dem darauffolgenden Jahr Juden einen zusätzlichen »jüdischen« Vornamen tragen müssen, vornehmlich Sarah für Frauen und Israel für Männer. »Es wäre zum Lachen, wenn man nicht den Verstand darüber verlieren könnte«, kommentierte Victor Klemperer diesen neuen Einfall einer antisemitischen Bürokratie.²⁷ Nach dieser und all den vorangegangenen antijüdischen Maßnahmen, so schreibt der argentinische Gesandte Eduardo Labougle treffend nach Buenos Aires, »scheint es, dass der einzige Beruf, den ein Jude in Deutschland haben kann, sein wird, im Steinbruch eines Konzentrationslagers zu arbeiten, wo sich viele zur Zeit befinden«.²⁸

Fazit

Diese Entwicklung der Judenpolitik im Deutschen Reich war weit weniger das Ergebnis einer zielgerichteten planvollen Politik.

25 Hugo Moses, »Das Leiden eines Kindes«, in: Margarete Limberg, Hubert Rübsaat (Hrsg.), *Sie durften nicht mehr Deutsche sein. Jüdischer Alltag in Selbstzeugnissen 1933–1938*, Frankfurt am Main, New York 1990, S. 210.

26 Hans Winterfeldt, »Ein Kind erlebt die Ausgrenzung«, in: ebd., S. 215.

27 Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen*, S. 419 (Eintrag vom 24.8.1938).

28 Bericht des argentinischen Gesandten Eduardo Labougle, 13.8.1938, in: Bajohr, Strupp (Hrsg.), *Fremde Blicke*, S. 487.

Vielmehr entsprang sie oft lokalen und regionalen Initiativen, die von der NS-Führung in Berlin aufgegriffen und – mitunter abgemildert, bisweilen auch in radikalerer Form – für alle Landesteile gesetzt wurden. Hitler und die Führungsspitze waren gleichwohl keine Getriebenen radikaler Vorreiter der Provinz. Vielmehr kamen ihnen deren Vorstöße, die unter Umständen auch von Berlin aus angestoßen worden waren, gelegen, um manches voranzutreiben. Dieses hier sehr schematisch vereinfachte, keinesfalls durchgängig wirksame Muster führte die Judenpolitik im Herbst 1938 tiefer in eine Sackgasse und zu einer Lage, die in den Worten Uwe Dietrich Adams »grotesk und kennzeichnend für die Planlosigkeit [war], mit der alle an der Judengesetzgebung beteiligten Stellen ihre jeweils eigenen Lösungsversuche zu diesem Problem beigetragen hatten«.²⁹

Die Erweiterung des Deutschen Reiches um Österreich im Frühjahr 1938 und die Entwicklung dort verschärften diese inneren Widersprüche in der Judenpolitik massiv und hatten ihre direkte Radikalisierung zur Folge. Vor allem war Österreich der Umweg, über den der SD seine Position stärken und seinem Führungsanspruch mehr Geltung verschaffen konnte. Der SD war eine relativ kleine Behörde, in der vor allem junge, gut ausgebildete Juristen und andere Akademiker arbeiteten, die dem Radauantisemitismus im Stile des fränkischen Gauleiters Julius Streichers und anderer einen vermeintlich sachlichen Antisemitismus der Vernunft vorzogen. Sie verfochten die Auswanderung der Juden als oberstes Ziel, dem sich alles andere unterzuordnen habe. Bestand ihre Arbeit bislang in erster Linie darin, Informationen zu sammeln und in Lageberichten zusammenzufassen, wollten die ehrgeizigen SD-Mitarbeiter in Österreich nun auch tatkräftig in das Geschehen eingreifen.³⁰ Federführend war hier Adolf Eichmann, der in Wien keinesfalls als der subalterne technokratische Bürokrat auftrat, als der er sich nach dem Krieg mit gewissem Erfolg stilisierte, sondern als entschlossener und initiativfreudiger Vorkämpfer. Mit diesem zupackenden Handeln verband der SD seine bisherige Rolle als konzeptioneller Vordenker am Schreibtisch mit einer radikalen Praxis vor Ort und konnte so seinen Führungsanspruch in der Judenpolitik kräftig untermauern. Nach der Pogromnacht und im bald darauf beginnenden Krieg konnten »Eichmann und seine Gehilfen« (Hans Safrian) schließlich vollends die Führungsrolle übernehmen und im deutsch besetzten Europa ihre mörderische Praxis entfalten.

29 Uwe Dietrich Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 2003 (zuerst: Düsseldorf 1972), S. 143.

30 Vgl. hierzu sowie vor allem Michael Wildt, *Die Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002; Ulrich Herbert, *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989*, Bonn 1996.



Gedenkakt
aus Anlass
des
50. Todestages
von
Fritz Bauer

1. Juli 2018
Paulskirche
Frankfurt am Main

Wallstein

Das Buch zur Veranstaltung
des Fritz Bauer Instituts
am 1. Juli 2018 in der Paulskirche
in Frankfurt am Main
mit Fotos und allen Reden

64 S., geb., 11 Abb.
10,00 € (D); 10,30 € (A)
ISBN 978-3-8353-3379-6

WALLSTEIN VERLAG

»... die Judenfrage etwas radikaler durch das Jahr 1938 gelöst«

Das Schicksal der Juden im Sudetenland

Von Jörg Osterloh



Dr. Jörg Osterloh ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Fritz Bauer Instituts und Lehrbeauftragter an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. *Veröffentlichungen (Auswahl):* Ein ganz normales Lager. Das Kriegsgefangenen-Mannschaftsstammlager 304 (IV H) Zeithain bei Riesa/Sa. 1941 bis 1945, *Leipzig 1997*; Nationalsozialistische Judenverfolgung im Reichsgau Sudetenland 1938–1945, *München 2006*; zus. mit Kim Wünschmann (Hrsg.), »... der schrankenlosesten Willkür ausgeliefert«. Häftlinge der frühen Konzentrationslager 1933–1936/37, *Frankfurt am Main, New York 2017*.

Am 29. September 1938 beschlossen die Regierungschefs des Deutschen Reiches, Italiens, Englands und Frankreichs die Abtrennung des sogenannten Sudetenlandes von der Tschechoslowakei.¹ Infolge des Münchener Abkommens fiel eine Fläche von fast 29.000 Quadratkilometer mit über 3,6 Millionen Einwohnern an Deutschland. Unter ihnen befanden sich rund 29.000 Juden.² Wie seit 1933 in Deutschland und seit März 1938 in Österreich wurden ab Oktober 1938 auch im Sudetenland »Rassismus und Antisemitismus zur Staatsdoktrin erhoben«.³ Anfang November berichtete Leo Herrmann, Vertreter der Jewish Agency in London, dem britischen Foreign Office über das Schicksal der Juden im Sudetenland. Er kam zu dem dramatischen Fazit, dass die »antijüdische Politik des Deutschen Reiches [...] mit außergewöhnlicher Brutalität in den abgetretenen Gebieten angewendet« worden sei.⁴

1 Vgl. »Abkommen zwischen Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Italien, getroffen in München am 29. September 1938«, in: *Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1915–1945*. Serie D (1937–1945). Bd. II: Deutschland und die Tschechoslowakei (1937–1938), Baden-Baden 1950, S. 812–814. Dieser Beitrag beruht auf früheren Studien des Verfassers zum Thema, vor allem auf: *Nationalsozialistische Judenverfolgung im Reichsgau Sudetenland 1938–1945*, München 2006. Die Aussage im Haupttitel dieses Beitrags stammt aus: Státní Oblastní Archiv v Litoměřicích (Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz), ŽV NSDAP, Inv.-Nr. 63, Karton 128, Sonderanweisung des Gaupropagandaamtes, OG-Propagandadienst 743 vom 17.5.1943. Zit. nach Volker Zimmermann, *Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung im Reichsgau Sudetenland 1938–1945*, Essen 1999, S. 392.

2 Zur Zahl, Berufsstatistik und sozialen Lage der Juden im Sudetenland vgl. Osterloh, *Judenverfolgung*, S. 50–65. Vgl. zur Zahl der Tschechen Zimmermann, *Die Sudetendeutschen im NS-Staat*, S. 65–67 und 279–281.

3 Ludolf Herbst, *Das nationalsozialistische Deutschland, 1933–1945. Die Entfesselung der Gewalt: Rassismus und Krieg*, Frankfurt am Main 1996, S. 37.

4 National Archives, Foreign Office 371/21586, Bl. 337–342, hier Bl. 338 f., Herrmann an R. M. Makins, FO, 2.11.1938, mit Anlage: Memorandum on the posi-

Die Lage der jüdischen Bevölkerung des Sudetenlandes hatte sich bereits in den Monaten vor dem Münchener Abkommen stetig verschlechtert. Die 1933 gegründete Sudetendeutsche Heimatfront, die sich 1935 auf Geheiß Prags in Sudetendeutsche Partei (SdP) umbenannte, wurde unter der Führung Konrad Henleins schon bald zum wichtigsten politischen Faktor im Sudetenland. Die Partei war antiliberal, antidemokratisch, antislawisch und antisemitisch gesinnt. Ab Herbst 1937 befand sie sich endgültig im Fahrwasser des NS-Regimes und steuerte auf den »Anschluss« an das Deutsche Reich zu.⁵

Dieser Beitrag befasst sich mit der ab März 1938 immer dramatischeren Lage der jüdischen Bevölkerung in den Sudetengebieten. Zunächst wird die im Zuge der »Sudetenkrise« im Frühjahr und Sommer 1938 zunehmende Ausgrenzung der Juden aus der sudetendeutschen Gesellschaft beleuchtet. Anschließend gilt der Blick den unmittelbaren Folgen des »Anschlusses« der Sudetengebiete an das Deutsche Reich für die jüdische Bevölkerung.

Nach »Wien«: Offene Judenfeindschaft der Sudetendeutschen Partei

Der »Anschluss« Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 bedeutete auch für das Sudetenland eine Zäsur. Das Zusammenleben aller Deutschen im Reich, unter Einbeziehung der Menschen im Sudetenland, schien zu diesem Zeitpunkt in greifbare Nähe gerückt. Die sich nun stetig radikalisierende Gangart der SdP äußerte sich auch in der Gründung des Freiwilligen Selbstschutzes (FS) im März/April 1938, einer »Kampfgruppe«, die nach Vorbild von SA und SS organisiert wurde.⁶ Die SdP bekannte sich Ende April auf ihrer Karlsbader »Führertagung« offen zum Nationalsozialismus und bezog nun auch zur »Judenfrage« eindeutig Stellung, indem sie einen »Arierparagraphen« in ihre Satzung aufnahm.⁷ Die Politik der SdP, die im März 1938 rund 760.000 und drei Monate später bereits mehr als 1,3 Millionen Mitglieder zählte, orientierte sich fortan unverhohlen am Dritten Reich, das ihr für die Nazifizierung die »ideologischen Blaupausen« lieferte.⁸

tion of the Jews in and from the Sudeten German Areas.

5 Vgl. ebd., S. 39–57; Ralf Gebel, »Heim ins Reich!«. Konrad Henlein und der Reichsgau Sudetenland (1938–1945), München 2000, S. 25–60.

6 Vgl. Zimmermann, *Die Sudetendeutschen im NS-Staat*, S. 57, 61.

7 Fritz Köllner, »Die Ausrichtung der Bewegung«, in: *Der Lebenswille des Sudetendeutschums. Bericht über die Haupttagung der Sudetendeutschen Partei am 23. und 24. April 1938 in Karlsbad mit der Rede Konrad Henleins*, Karlsbad, Leipzig 1938, S. 55–62.

8 Vgl. Christoph Boyer, Jaroslav Kučera, »Die Deutschen in Böhmen, die Sudetendeutsche Partei und der Nationalsozialismus«, in: Horst Möller, Andreas Wirsching, Walter Ziegler (Hrsg.), *Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich*, München

Seit März 1938 kam es immer wieder zu Ausschreitungen gegen Tschechen, sudetendeutsche Demokraten und Juden. Nach »Karlsbad« begannen viele Juden bereits, ihre Ausreise aus dem Sudetenland vorzubereiten. Mitte Juni versuchten etwa in Marienbad (tschechisch: Mariánské Lázně) mehrere jüdische Hauseigentümer ihren Besitz zu veräußern.⁹ Schon bald machte sich selbst in der Israelitischen Kultusgemeinde von Teplitz-Schönau (Teplice-Šanov), die ursprünglich mehr als 3.000 Mitglieder gezählt hatte und damit die größte im Sudetenland gewesen war, die Abwanderung zahlreicher Juden bemerkbar: Der Religionsunterricht musste im Sommer eingestellt werden, die Gemeinde verarmte aufgrund der ausbleibenden Beitragszahlungen. Viele weigerten sich aber noch immer, die Gefahr zu sehen. Sprach Rabbiner Friedrich Weiß in der Synagoge warnende Worte, erboste er damit nicht wenige Gemeindemitglieder.¹⁰

Die Politik der SdP führte gleichwohl zur Abwanderung zahlreicher jüdischer Geschäftsleute und Fabrikanten, die sich und ihren Besitz schützen wollten. Die »Kohlebarone« und Industriellen Friedrich und Hans Weinmann etwa emigrierten mit ihren Familien nach England.¹¹ Wenn selbst zwei der reichsten Männer der Tschechoslowakei sich mit ihren Angehörigen in ihrer Heimatstadt nicht mehr sicher fühlten, welchen Schutz sollte der jüdische Durchschnittsbürger erwarten? Allein bis Mitte August 1938 hatten schließlich 176 Fabriken und Geschäftshäuser ihren Sitz aus dem Sudetenland nach Innerböhmen verlegt.¹²

Besonders hart war die Lage für diejenigen, die bereits zuvor schon einmal vor dem Terror der Nationalsozialisten geflüchtet waren. Bis März 1938 waren etwa 10.000 Juden aus dem Deutschen Reich in die Tschechoslowakei emigriert, zumeist nach Prag.¹³ Franz

1996, S. 273–285, S. 275 (Zitat), 281–285. Grundlegend: Detlef Brandes, *Die Sudetendeutschen im Krisenjahr 1938*, München 2008.

9 Rossiskij Gosudarstvennyj Voennyj Archiv ve Moskve (RGVA – Russisches staatliches Militärarchiv, Moskau), 500-1-967 II, Bl. 210 f., SD, Lagebericht aus der ČSR, 23.6.1938 – Lagebericht aus Bez. Marienbad.

10 Leo Baeck Archive New York, ME 679, MM Reel 80, Friedrich Weiß, Erinnerungen aus meinen letzten Amtsjahren in Teplitz-Schönau 1933–1938: »Hitler vor den Toren«, S. 25–30.

11 Vgl. Vladimír Kaiser, »Die jüdische Gemeinde in Aussig/Ústí nad Labem im 19. und 20. Jahrhundert«, in: *Židé v Sudetech/Juden im Sudetenland*, hrsg. v. der Česká křesťanský akademie und der Ackermann-Gemeinde, Praha 2000, S. 235–254, hier S. 238 f. mit Anm. 12, Zitat S. 239; Peter Heumos, *Die Emigration aus der Tschechoslowakei nach Westeuropa und dem Nahen Osten 1938–1945. Politisch-soziale Struktur, Organisation und Asylbedingungen der tschechischen, jüdischen, deutschen und slowakischen Flüchtlinge während des Nationalsozialismus. Darstellung und Dokumentation*, München 1989, S. 18. Neben den Weinmanns verließ mit den Petscheks auch die zweite jüdische Großindustriellen-Familie Aussig.

12 Vgl. »Nazis runing Sudetenland«, in: *Jewish Chronicle*, 19.8.1938, S. 19.

13 Vgl. Wilma Iggers, »Die Emigration der deutschen und österreichischen Juden in die Tschechoslowakei«, in: Jörg K. Hoensch u.a. (Hrsg.): *Judenemanzipation – Antisemitismus – Verfolgung in Deutschland, Österreich-Ungarn, den Böhmisches Ländern und in der Slowakei*, Essen 1999, S. 143–154, hier S. 143.

Allers etwa, ein aus Deutschland geflohener Dirigent, leitete seit 1933 erfolgreich die Opernsparte des Aussiger Stadttheaters. Aufgrund der spürbar zunehmenden antisemitischen Hetze verließ er Aussig bereits im Sommer 1938 wieder.¹⁴

Im September 1938 kulminierte mit der »Sudetenkrise« schließlich auch der Druck auf die Juden. Wegweisend für die weitere Radikalisierung der Sudetendeutschen war eine Rede Hitlers auf dem Nürnberger Reichsparteitag der NSDAP, in der er betonte: »Die Deutschen in der Tschecho-Slowakei sind weder wehrlos, noch sind sie verlassen.«¹⁵ Am 15. September verkündete Henlein nach Absprache mit Hitler die Parole »Heim ins Reich«, woraufhin der FS und die SdP von der Prager Regierung verboten wurden. Hitler reagierte hierauf, indem er am 17. September die Aufstellung des Sudetendeutschen Freikorps anordnete.¹⁶ Dies war eine Henlein unterstehende bewaffnete Einheit, die aus ins Reich geflohenen Sudetendeutschen gebildet wurde. Ihre Aufgabe war es, die Sudetendeutschen zu schützen und vor allem weitere Unruhen im Grenzgebiet anzuzetteln.¹⁷

Ab dem 12. September kam es neben den gewünschten Konflikten mit den Tschechen zu den bislang schwersten Übergriffen auf Juden im Sudetenland. Im Zuge der vom SdP-Politiker Karl Hermann Frank organisierten Demonstrationen wurden unter anderem in Eger (Cheb), Karlsbad (Karlovy Vary) und Asch (Aš) jüdische Geschäfte demoliert. Der britische Journalist George Gedye, der auf einer Erkundungsreise durch das Egerland Augenzeuge der Zerstörungswut wurde, schrieb hierüber: »Die Henlein-Sturmtruppen« hätten nach der Hitler-Rede begonnen, »ganz methodisch alle tschechischen, jüdischen oder deutschdemokratischen Geschäfte zu zerstören und jeden politischen Gegner, der ihnen unter die Hände kam, zu misshandeln«.¹⁸

Ein Korrespondent des *Daily Telegraph* taxierte »die Zahl der antinationalsozialistischen Deutschen« im Sudetenland auf 400.000.¹⁹ Zu ihnen zählten fast alle Juden, die dort lebten. Diese

befanden sich in einem Teufelskreis: Um der rassistischen »Judenpolitik« des NS-Regimes zu entgehen, waren sie zumeist loyale Anhänger der Tschechoslowakischen Republik; dadurch wuchs aber zugleich der Unmut vieler Sudetendeutscher gegen sie. Im September setzte eine starke Abwanderung in das Innere der Tschechoslowakei ein – ein Indiz dafür, dass sich die Juden im Sudetenland zu diesem Zeitpunkt bereits weitgehend isoliert und schutzlos sahen. Auf Rückhalt durch die tschechische Regierung konnten sie nicht mehr bauen. Bis Ende September waren schließlich Tausende aus den Sudetengebieten geflohen.²⁰ Die Ortschaften Warnsdorf (Warnsdorf) und Komotau (Chomutov) erklärten sich bereits für »judenfrei«; in Warnsdorf hatten 1930 noch 226 und in Komotau sogar 444 Juden gelebt.²¹

Nach dem »Anschluss«: Terror, Flucht und Vertreibung

Das Münchener Abkommen bestimmte das weitere Schicksal der Menschen im Sudetenland. Vereinbarungsgemäß räumte die tschechoslowakische Armee bis zum 10. Oktober das Abtretungsgebiet, und deutsche Truppen rückten nach. Vorerst übernahm die Wehrmacht die vollziehende Gewalt im Sudetenland. Für die »Neuordnung der Verhältnisse« zeichneten aber in erster Linie die Chefs der Zivilverwaltung (CdZ) verantwortlich, erfahrene Verwaltungsbeamte aus dem »Altreich« und aus Österreich, die mit den Heeresgruppen einmarschiert waren.²²

Während die Mehrheit der Sudetendeutschen die Soldaten der Wehrmacht als »Befreier« begrüßte, begann zugleich die massive Verfolgung tatsächlicher und vermeintlicher Gegner des NS-Regimes.²³ In der kurzen und weitgehend rechtsfreien Phase zwischen dem Abzug der Tschechen und dem Einmarsch der Wehrmacht erfasste ein »ungehemmter Terror«²⁴ das Sudetenland, waren Willkürhandlungen, Ausschreitungen und Racheakte an der Tagesordnung. Schrecken verbreitete zunächst vor allem das Sudetendeutsche Freikorps.²⁵ Neben den sudetendeutschen Anschlussgegnern litten



Links: Aufmarsch von Angehörigen der Sudetendeutschen Partei bei einer Kundgebung mit Reichskommissar Konrad Henlein in Aussig, Oktober 1938
Foto: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

Unten: Angehörige des Sudetendeutschen Freikorps bei der Ausbildung, vermutlich Ende September 1938
Foto: bpk/Boris Spahn



¹⁴ Vgl. Kaiser, »Gemeinde«, S. 248 f. Kaiser bleibt allerdings den Nachweis für die von ihm bereits zu diesem frühen Zeitpunkt angenommene ideologische Kontrolle der Kultur im Sudetenland durch die Reichskulturkammer schuldig.

¹⁵ Max Domarus, *Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. I: Triumph, 2. Halbbd. 1935–1938*, Wiesbaden 1973, S. 896. Zur Rede ebd., S. 897–906, Zitat S. 905; »Deutschlands Forderung für die Sudetendeutschen«, in: *Völkischer Beobachter*, Norddt. Ausg., 14.9.1938, S. 3–5. Siehe auch Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden, Bd. 1: Die Jahre der Verfolgung 1933–1939*, München 1998, S. 270 f.

¹⁶ Vgl. Martin Broszat, »Das Sudetendeutsche Freikorps«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 9 (1961), S. 30–49, hier: S. 34 f.

¹⁷ Vgl. Zimmermann, *Die Sudetendeutschen im NS-Staat*, S. 63.

¹⁸ G[eorge] E[ric] R[owe] Gedye, *Die Bastionen fielen. Wie der Faschismus Wien und Prag überrannte*, Wien 1947 (englischsprachige Erstausgabe: *Fallen Bastions. The Central European Tragedy*, London 1939), S. 395. Vgl. hierzu auch: »Jüdische Geschäfte verwüstet«, in: *Selbstwehr*, 16.9.1938, S. 6.

¹⁹ Zit. nach Gebel, »Heim ins Reich!«, S. 69.

²⁰ Vgl. etwa »Jews leave Sudetenland«, in: *Jewish Chronicle*, 23.9.1938, S. 22.

²¹ Gebel, »Heim ins Reich!«, S. 78; *Čechoslovakische Statistik*, Bd. 98, Reihe VI (Volkszählung 7), Teil I: Volkszählung in der Čechoslovakischen Republik vom 1. Dezember 1930, Prag 1934, S. 84 f., S. 92 f.

²² »Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Verwaltung der sudetendeutschen Gebiete vom 1.10.1938«, in: *Reichsgesetzblatt I*, 1938, S. 1331 f. Siehe hierzu auch Hans Umbreit, *Deutsche Militärverwaltungen 1938/39. Die militärische Besetzung der Tschechoslowakei und Polens*, Stuttgart 1977, S. 32–48.

²³ Gebel, »Heim ins Reich!«, S. 69–80; Zimmermann, *Die Sudetendeutschen im NS-Staat*, S. 71–82.

²⁴ Boyer, Kučera, »Die Deutschen in Böhmen«, S. 285.

²⁵ Vgl. zu den Ausschreitungen des Freikorps: Helmut Krausnick, *Hitlers Einsatzgruppen. Die Truppe des Weltanschauungskrieges 1938–1942*, Frankfurt am Main 1985, S. 21; Zimmermann, *Die Sudetendeutschen im NS-Staat*, S. 96 f.

besonders die Juden und Tschechen in den Grenzgebieten unter den Übergriffen. In Aussig und anderen Städten waren Geschäfte von Juden erneut das Ziel von Attacken. In einigen Orten wurden sie mit Schmähplakaten gekennzeichnet.²⁶

Die zentrale Rolle bei der Bekämpfung aller potenziellen Feinde des NS-Regimes spielten aber – wie bereits in Österreich – die Einsatzgruppen, polizeiliche Sondereinheiten, die unmittelbar im Rücken der Wehrmacht in das Sudetenland einmarschiert waren. Sie übernahmen in der ersten Phase der Besetzung sicherheitspolizeiliche und nachrichtendienstliche Aufgaben, wie etwa »die Festnahme aller als reichsfeindlich bekannten Personen«.²⁷ Ihre Tätigkeit markierte den Übergang zu einer systematischen Verfolgung aller Regimegegner. Der Sicherheitsdienst (SD) der SS hatte bereits im Juni 1938 Listen bekannter NS-Gegner zusammengestellt. Ein Verzeichnis angeblicher Staatsfeinde, das der SD am 23. September von der SdP erhalten hatte, ergänzte diese. Die »E-Kartei« (vermutlich: »Einsatzkartei«) umfasste schließlich über 460 Namen.²⁸ Juden befanden sich aber in der Regel nur darunter, wenn sie zugleich Funktionsträger waren.

Obwohl die Befehle damit noch kein systematisches Vorgehen gegen die jüdische Bevölkerung vorsahen, traf der Terror der Einsatzgruppen viele Juden. Aufgrund der guten Vorbereitung der Terrororgane kam es zu einer großen Verhaftungswelle: Allein die Gestapo-Außenstelle Eger berichtete am 14. Oktober über die Internierung von 971 Personen.²⁹ Sozialdemokraten, Kommunisten, Tschechen und Juden füllten nicht nur die Konzentrationslager im »Altreich« – bis Dezember 1938 wurden etwa in das KZ Dachau 2.500 Sudetendeutsche eingeliefert³⁰ –, sondern auch die Haftanstalten des Sudetenlandes. Insbesondere prominente Juden wurden verhaftet und in Konzentrationslager überstellt, so etwa die Industriellen Levy und Abeles sowie der Rechtsanwalt Gutfreund aus Teplitz-Schönau.³¹ Eine unmittelbare Folge des Terrors und des Vertreibungsdruckes war auch eine nicht genau zu beziffernde Zahl von Selbstmorden von Juden.³²

.....

²⁶ Vgl. Kaiser, »Gemeinde«, S. 239; Gebel, »Heim ins Reich!«, S. 75; *Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Fünfter Jahrgang 1938*, Salzhausen, Frankfurt am Main 1980, S. 1041, 1064, 1068.

²⁷ Zit. nach Krausnick, *Einsatzgruppen*, S. 17. Siehe auch Hans Buchheim, »Die SS – Das Herrschaftsinstrument«, in: ders. u.a., *Anatomie des SS-Staates, Bd. 2*, Olten, Freiburg im Breisgau 1965, S. 13–253.

²⁸ RGVA, 500-1-629, E-Kartei, ohne Datum.

²⁹ Vgl. Zimmermann, *Die Sudetendeutschen im NS-Staat*, S. 93–95; *Deutschland-Berichte* 1938, S. 1042.

³⁰ Vgl. Gebel, »Heim ins Reich!«, S. 72. Diese Zahl schließt aber vermutlich auch die nach den Novemberpogromen verhafteten Juden mit ein.

³¹ Vgl. »Nuremberg laws in Sudetenland«, in: *Jewish Chronicle*, 7.10.1938, S. 29.

³² Vgl. *Deutschland-Berichte* 1938, S. 1180. Bereits in den ersten Tagen nach dem Einmarsch der Wehrmacht hatten beispielsweise der Teplitzer Rechtsanwalt Rudolf Lederer und in der Gemeinde Staab eine vierköpfige Familie Selbstmord

SD und Gestapo wollten die Gunst der Stunde nutzen und möglichst viele Juden zum Verlassen der Anschlussgebiete »bewegen« – in Ermangelung von Alternativen in der Regel nach Innerböhmen und -mähren. Es kam zu systematischen Vertreibungen. Als Vorbild diente in einigen Regionen das Vorgehen der Gestapo im Burgenland im Frühjahr 1938. Dort waren etwa 400 Juden über die österreichische Grenze nach Ungarn und in die Tschechoslowakei gezwungen worden.³³ Ein Indiz hierfür sind die zahlreichen Ausweisungen aus den südmährischen Gebieten, die im Bereich der Einsatzgruppe Wien lagen. Viele der dort eingesetzten Gestapo-Beamten dürften ihre »Erfahrungen« beim Einsatz in Wien, im Burgenland oder anderswo in der »Ostmark« gesammelt haben. In Mährisch Kromau beispielsweise hatten lediglich sieben jüdische Familien den Einmarsch der Wehrmacht erlebt (im gesamten Gerichtsbezirk lebten 1930 noch 359 Juden). Die Gestapo erteilte ihnen sogleich Ausreisebefehle. Kurzerhand verlud man sie in Autobusse und transportierte sie an die neue Grenzlinie zur Tschechoslowakei.³⁴

Ab Ende Oktober 1938 suchten Gestapo-Beamte in einigen Orten die dort ansässigen Juden auf und zwangen sie, Erklärungen zu unterzeichnen, durch die sie sich zur Ausreise aus dem Reichsgebiet binnen sechs Tagen verpflichteten. Um den Druck zu erhöhen, erhielt die Gestapo den Befehl, bei allen Juden Hausdurchsuchungen durchzuführen und nach »staatsfeindlichem Material« und »Hehlergut« zu fahnden. Die Anweisungen waren bewusst vage gefasst, um der Initiative der Beamten keine Steine in den Weg zu legen. Auch begann die Gestapo bereits kurz nach dem »Anschluss«, Juden zu internieren. Teilweise geschah dies in improvisierten Lagern, von denen es vermutlich elf gab, unter anderem in Brüx (Most) und Schlackenwert an der Eger (Ostrov nad Ohří).³⁵ Der Lageraufenthalt sollte den Auswanderungsdruck weiter verstärken. Die »Judenpolitik« im Sudetenland zielte im Oktober 1938 fraglos darauf ab, das Gebiet weitgehend »judenrein« zu machen. Bis Anfang November

.....

begangen. »Jews flee from Sudetenland«, in: *Jewish Chronicle*, 7.10.1938, S. 12.

³³ Zum Burgenland vgl. Peter Longerich, *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*, München, Zürich 1998, S. 164; Herbert Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938–1945*, Wien 1978, S. 45–47; David Bankier, *Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die »Endlösung« und die Deutschen. Eine Berichtigung*, Berlin 1995, S. 115 f. Auch zeitgenössischen Beobachtern fielen die Parallelen zum Burgenland auf. Vgl. Gedye, *Bastionen*, S. 426 f.

³⁴ Bundesarchiv (BArch), Ost-Dokumentation 20/57, III/7, Bl. 127, Stefan Grohsschmiedt über Stadt Mährisch Kromau, o. D.

³⁵ Vgl. Helena Krejčová, »Die jüdische Gemeinde im Sudetenland und ihre Schicksale nach dem Münchener Abkommen – 1938«, in: *Židé v Sudetech*, S. 140–152, hier S. 145; dies., »Spezifische Voraussetzungen des Antisemitismus und antijüdische Aktivitäten im Protektorat Böhmen und Mähren«, in: Hoensch u.a. (Hrsg.), *Judenemanzipation*, S. 175–194, hier S. 177. Vgl. auch Ludomír Kocourek, »Das Schicksal der Juden im Sudetengau im Licht der erhaltenen Quellen«, in: *Theresienstädter Studien und Dokumente*, 1997, S. 86–104, hier S. 88.

waren schließlich mindestens 12.000 Juden nach Innerböhmen geflohen oder vertrieben worden.³⁶

Während sich in den vorangegangenen Monaten die SdP mit ihren Aktionen oftmals am antijüdischen Vorgehen des NS-Regimes im Reich orientiert hatte, nutzte dieses nun die Besetzung des Sudetenlandes und die damit einhergehenden Ausschreitungen sowie die Vertreibungen von Juden für weitere Aktionen aus. Die Konferenz in Évian im Juli 1938 hatte deutlich gemacht, dass die dort vertretenen Staaten nicht gewillt waren, ihre Einwanderungsquoten zugunsten der deutschen und österreichischen Juden zu erhöhen.³⁷ Einerseits hatte sich das NS-Regime bestätigt gefühlt, andererseits war nun endgültig klar geworden, dass die Auswanderung der Juden aus dem Deutschen Reich zu diesem Zeitpunkt nicht nennenswert forciert werden konnte. Daher ergriff es die Gelegenheit, so viele Juden wie möglich in die Tschechoslowakei abzuschieben. Hitler selbst wies Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop Anfang Oktober an, dass zusätzlich zur Ausweisung *aller* noch nicht aus dem Sudetenland geflohenen Juden auch die Abschiebung der 27.000 in Österreich lebenden tschechoslowakischen Juden erwogen werden sollte.³⁸

.....

Erste legislative Verfolgungsmaßnahmen

Der alltägliche Terror ging mit der Neuordnung der staatlichen Verwaltung im Sudetenland einher. Bereits am 1. Oktober 1938 hatte Hitler Konrad Henlein zum Reichskommissar für die sudetendeutschen Gebiete ernannt, ihn unmittelbar seiner Befehlsgewalt unterstellt und ihm die Aufgabe zugewiesen, nach seinen »allgemeinen Weisungen für den politischen Aufbau sowie nach den besonderen Weisungen der Reichsminister für den staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau der sudetendeutschen Gebiete zu sorgen«. Am 21. Oktober endete die Militärverwaltung des Sudetenlandes. Der größte Teil des Gebiets bildete fortan den Sudetengau (ab Mai 1939: Reichsgau Sudetenland). Henlein übernahm die Dienstgeschäfte als Reichskommissar. Am 30. Oktober bestimmte Hitler ihn per Erlass zum NSDAP-Gauleiter im Sudetenland.³⁹

.....

³⁶ Ebd., S. 86 f.; Heumos, »Emigration«, S. 16 f. Nach anderen Angaben, die allerdings nicht von den tschechoslowakischen Statistiken bestätigt werden, waren bereits bis Oktober 1938 17.000 Juden aus dem Sudetenland nach Innerböhmen geflüchtet. Wilma A. Iggers, »Die Emigration der deutschen und österreichischen Juden in die Tschechoslowakei«, in: Hoensch u.a. (Hrsg.), *Judenemanzipation*, S. 153.

³⁷ Vgl. Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden, Bd. 1*, S. 269 f. Vgl. jetzt auch Jochen Thies, *Evian 1938. Als die Welt die Juden verriet*, Essen 2017.

³⁸ Vgl. Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden, Bd. 1*, S. 287.

³⁹ »Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Verwaltung der sudetendeutschen Gebiete vom 1.10.1938«, in: *Reichsgesetzblatt I*, 1938, S. 1.331 f. Vgl. einführend Umbreit, *Militärverwaltungen*, S. 32–45; zur Verwaltungsgliederung Zim-

Berlin begann umgehend, das Reichsrecht und damit auch die judenfeindlichen Gesetze und Verordnungen im Sudetenland einzuführen. Noch vor Abschluss der militärischen Besetzung hatte Reichsinnenminister Frick am 8. Oktober 1938 angeordnet, dass alle künftigen Reichsgesetze auch für das Sudetenland gelten sollten, sofern ihre Inkraftsetzung für dieses Gebiet nicht ausdrücklich vorbehalten sei. Zugleich untersagte Frick den Juden im »Anschlussgebiet« das Hissen der »Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben«.⁴⁰ Der Bürgermeister von Teplitz-Schönau, Franz Czermak, erklärte hierzu, dass »das Zeigen der Reichsfarben, von Bildern des Führers oder Männern der nationalsozialistischen Bewegung, sowie das Zeigen jedes anderen Schmuckes an Häusern oder in Geschäften von Nichtariern verboten und strafbar« sei. Für ihn stellte »ein solches Gebahren [...] eine Beleidigung des Führers und des deutschen Volkes« dar.⁴¹ Auf den ersten Blick erscheinen die Einführung des »Reichsflaggengesetzes« und seine Auswirkungen auf die jüdische Bevölkerung angesichts des allgegenwärtigen Terrors als Lappalie. Jedoch darf nicht übersehen werden, dass das Gesetz im unmittelbaren Kontext der Nürnberger Rassengesetze vom September 1935 stand.⁴² Während die »Volksgenossen« das Sudetenland im Anschlusstaumel in ein (Hakenkreuz-)Flaggenmeer verwandelten, hatte Frick auch im Sudetenland umgehend alle Juden außerhalb der »Volksgemeinschaft« platziert.

Am 11. Oktober erließ der Chef der Zivilverwaltung in Karlsbad, Harald Turner, eine »Verordnung über Eheschließungen«, die bestimmte, dass Standesbeamte sich zukünftig vor einer Trauung davon zu überzeugen hatten, »ob die Ehe in sinngemäßer Anwendung der einschlägigen deutschen Gesetze zulässig sei«.⁴³ Damit unterbanden die Behörden noch vor Einführung der einschlägigen Gesetze weitere »Mischehen«.⁴⁴ Am 19. Oktober dehnte Reichspropagandaminister Goebbels die Reichskulturkammergesetzgebung auf die sudetendeutschen Gebiete aus⁴⁵ und führte am selben Tag dort auch das »Schriftleitergesetz« ein. Damit konnte nur noch journalistisch

.....

mermann, *Die Sudetendeutschen im NS-Staat*, S. 137–142. Einige südböhmische und südmährische Landkreise wurden den Ländern Bayern bzw. Niederdonau und Oberdonau angeschlossen. Das sogenannte Hultschiner Ländchen wiederum wurde dem Regierungsbezirk Oppeln in Schlesien einverleibt. Vgl. zu Henlein Gebel, »Heim ins Reich!«, S. 101.

⁴⁰ »1. Verordnung zum Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Verwaltung der sudetendeutschen Gebiete vom 8.10.1938«, in: *Reichsgesetzblatt I*, 1938, S. 1.345.

⁴¹ »Verbotenes Schmücken«, in: *Teplitz-Schöner Anzeiger*, 16.10.1938, S. 3.

⁴² Vgl. Hans Mommsen, *Auschwitz, 17. Juli 1942. Der Weg zur europäischen »Endlösung der Judenfrage«*, München 2002, S. 41 f.

⁴³ BArch, R 1501/6080, Chef der Zivilverwaltung bei der Heeresgruppe 4 an die Bezirkshauptmannschaften, 11.10.1938.

⁴⁴ Ebd., Chef der Zivilverwaltung bei der Heeresgruppe 4 an das Reichsinnenministerium, 9.10.1938.

⁴⁵ »Verordnung über die Einführung der Reichskulturkammergesetzgebung in den sudetendeutschen Gebieten vom 19.10.1938«, in: *Reichsgesetzblatt I*, 1938, S. 1.447.

tätig sein, wer »deutschen oder artverwandten Blutes ist und, wenn er verheiratet ist, einen Ehegatten deutschen oder artverwandten Blutes hat«.⁴⁶ Goebbels dürfte im Sudetenland aber vor allem propagandistische Ziele verfolgt haben, da es unwahrscheinlich ist, dass es dort zu diesem Zeitpunkt in den Zeitungsredaktionen noch eine größere Zahl jüdischer Mitarbeiter gegeben hatte.

Bei der Eingliederung des Sudetenlandes knüpfte Berlin aber auch an die wenige Monate zuvor in Österreich gemachten Erfahrungen an. Noch unter Militärverwaltung war am 14. Oktober 1938 die Einsetzung eines »Stillhaltekommissars für Organisationen im sudetendeutschen Gebiet« verfügt worden, der alle Vereine und Verbände überprüfen und sie in die entsprechenden Organisationen des Reiches überführen oder auflösen sollte.⁴⁷ Diese Aufgabe übernahm Reichs- amtsleiter Albert Hoffmann, der diesen Posten bereits in Österreich innegehabt hatte.⁴⁸ Der Apparat des Stillhaltekommissars in der Gau- hauptstadt Reichenberg funktionierte schnell, da sich Hoffmann auf ein Team stützen konnte, das teilweise schon bei der »Abwicklung« aller österreichischen Organisationen zusammengearbeitet hatte.⁴⁹ Die Zuständigkeit des Stillhaltekommissars für die südböhmischen Landkreise Markt Eisenstein (Železná Ruda Městys), Bergreichen- stein (Kašperské Hory) und Prachatitz (Prachatice) im Gau Bayerische Ostmark stellte eine Besonderheit dar, weil es sich um das einzige Gebiet im »Altreich« handelte, in dem er tätig werden konnte.⁵⁰ Die Behörde des Stillhaltekommissars löste in den folgenden Wochen und Monaten die jüdischen Vereine auf und zog deren Vermögen ein.⁵¹

Beginn der »Entjudung« der Wirtschaft

1930 hatte es auf dem Gebiet des späteren Reichsgaues Sudetenland etwa 4.000 bis 5.000 jüdische Unternehmen gegeben: vom kleinen Krämerladen bis hin zum international tätigen Industriekonzern.⁵²

.....

46 »Verordnung über die Einführung des Schriftleitergesetzes in den sudetendeut- schen Gebieten vom 19.10.1938«, in: *Reichsgesetzblatt I*, 1938, S. 1.447.
47 *Verordnungsblatt für die sudetendeutschen Gebiete* 1938, S. 18. Vgl. auch BAArch, R 2501/3341, Bl. 56, Deutsches Nachrichtenbüro, Meldung Nr. 1694, 18.10.1938. Zur Funktion von »Reichskommissaren« im NS-Staat vgl. grundlegend: Rüdiger Hachtmann, Winfried Süß (Hrsg.), *Hitlers Kommissare. Sonderge- walten in der nationalsozialistischen Diktatur*, Göttingen 2006.
48 Zu Albert Hoffmann: BAArch, BDC, SS-Offizierspersonal-Akten, Film 107-A.
49 Vgl. zum Aufbau und zur Tätigkeit der Behörde in Österreich grundlegend: Verna Pawlowsky u.a., *Vereine im Nationalsozialismus. Vermögensentzug durch den Stillhaltekommisar für Vereine, Organisationen und Verbände und Aspekte der Restitution in Österreich nach 1945*, Wien, München 2004. Zum Vermögensent- zug bei jüdischen Einrichtungen in Österreich durch den Stillhaltekommisar vgl. Shoshana Duizend-Jenzen, *Jüdische Gemeinden, Vereine, Stiftungen und Fonds. »Arisierung« und Restitution*, Wien, München 2004, S. 95–147.
50 Vgl. Pawlowsky u. a. *Vereine*, S. 43 f.
51 Vgl. hierzu Osterloh, *Judenverfolgung*, S. 263–300.
52 Zur Sozial- und Berufsstruktur der jüdischen Bevölkerung im Sudetenland und zur Zahl der jüdischen Betriebe vgl. ebd., S. 61–65, 302.

Der Kreisleiter der SdP in Karlsbad (Karlovy Vary), Georg Wollner, erklärte bereits am 7. Oktober 1938 das Verschwinden sämtlicher jüdischer Geschäfte für besonders wünschenswert.⁵³ In jenen Wochen im Herbst 1938, in denen das Sudetenland an das Reich »angeschlossen« wurde, läutete Göring in Berlin die ent- scheidende Runde der »Arisierungspolitik« des NS-Regimes ein. Am 14. Oktober umriss er auf einer Sitzung des Generalrats des Vierjahresplans die kommenden Aufgaben der Judenpolitik. Die »Judenfrage«, so Göring, müsse jetzt »mit allen Mitteln« angegangen werden, denn die Juden »müßten aus der Wirtschaft raus«.⁵⁴ Das Reich verfolgte im Sudetenland aber noch weitgehendere wirtschaft- liche Ziele. Insbesondere die Industrie sollte den Bedürfnissen des Reiches entsprechend umstrukturiert werden. Die Gründe liegen auf der Hand: Die wirtschaftliche Kriegsvorbereitung sollte weiter forciert, zur Rüstungsfinanzierung nun auch das jüdische Vermögen herangezogen werden.⁵⁵

Die Satrapen des NS-Regimes standen im Sudetenland aber zunächst vor allem vor dem Problem, Hunderte verlassener Ge- schäfte, Handwerksbetriebe und Industrieunternehmen registrieren, verwalten und verwerten zu müssen. Zahlreiche Arbeitsplätze und in manchen Orten auch die Versorgung der Bevölkerung hingen von der Wiederaufnahme des Geschäftsbetriebs ab. Das Ausmaß der Folgen von Flucht und Vertreibung beschrieb der Teplitz-Schönauer Stadt- archivar Dr. Paul Wanie in der Stadtchronik: »Ende Oktober waren in unserer Stadt [...] 84 Geschäftsläden verlassen, 112 unbenützt, 11 Werkstätten, 147 Magazine und 67 Garagen.«⁵⁶ Insgesamt ge- hörten 89 der 213 Betriebe und zahlreiche Geschäfte in der Stadt Juden.⁵⁷ In vielen sudetendeutschen Städten sah die Lage ähnlich aus. Die »Abwesenheit« der meisten jüdischen Betriebs- und Geschäfts- inhaber determinierte den Ablauf der »Arisierung« und unterschied diese wesentlich von den Vorgängen im »Altreich« und in Österreich: Einerseits mussten die oftmals verlassenen jüdischen Betriebe in Gang gehalten werden, um die Arbeitsplätze in dem von der Wirt- schaftskrise stark gebeutelten Gebiet zu sichern. Andererseits musste unmittelbar nach dem Einmarsch der Wehrmacht die Überleitung der meisten jüdischen Unternehmen in »arischen« Besitz betrieben werden. Rasch entwickelte sich ein Verteilungswettkampf um die jüdischen Betriebe.

Unmittelbar nach dem Einmarsch der Wehrmacht hatten die Chefs der Zivilverwaltung »Sofortmaßnahmen« zur »Sicherung«

.....

53 Vgl. Zimmermann, *Die Sudetendeutschen im NS-Staat*, S. 388.
54 Zit. nach Longerich, *Politik*, S. 194.
55 Vgl. Uwe Dietrich Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972, v.a. S. 209–216.
56 Státní okresní archiv Teplice (Staatliches Kreisarchiv Teplitz-Schönau), inv. č. 462, kniha 473, Die Chronik der Stadtgemeinde Teplitz-Schönau nach der Heim- kehr des Sudetenlandes ins Großdeutsche Vaterland. Verfasst von Dr. Paul Wanie, Stadtarchivar. 1938–1940, S. 23.
57 Ebd., S. 419.



Links: Konrad Henlein (rechts) mit Adolf Hitler in Asch (Aš), 3. Oktober 1938
Foto: SZ-Photo/Süddeutsche Zeitung Photo



Unten: Juden beim Verlassen einer Stadt im Sudetenland, vermutlich Oktober 1938
Foto: Bundesarchiv, Bild 116-116-062

der jüdischen Gewerbebetriebe ergriffen. Schon am 9. Oktober 1938 ordnete Turner an, die Vorschriften über die »Tarnung« jüdischer Gewerbebetriebe »sofort sinngemäß« anzuwenden, da ihm von mehreren Seiten mitgeteilt worden sei, dass die »jüdischen Geschäftsinhaber durch eine fingierte Übertragung der Geschäfte an einen Angestellten« die Weiterführung ermöglichen wollten.⁵⁸ Nur zwei Tage später wies er die Bezirkshauptleute an, die Verordnung sofort umzusetzen.⁵⁹ Sie war damit das erste behördliche Dekret auf dem Weg zur »Entjudung« der sudetendeutschen Wirtschaft.

Am 14. Oktober forderte Göring auf der erwähnten Sitzung des Generalrats des Vierjahresplans, im Reich – und damit auch im Sudetenland – »unter allen Umständen« eine »wilde Kommissar-Wirtschaft, wie sie sich in Österreich herausgebildet hat«, zu unterbinden.⁶⁰ In der »Ostmark« hatten die Behörden im Frühjahr die Auswüchse der »spontanen Volkswut« zunächst toleriert, solange diese die wirtschaftlichen Planungen nicht gefährdeten. Schließlich ließen sich die selbst ernannten Kommissare und deren persönliche Bereicherung aber auch durch einschlägige Befehle nur mit Mühe bändigen. Gerade in Wien hatten zahlreiche Kommissare ihre Aufgabe als »puren Versorgungsposten« verstanden.⁶¹ Unter allen Umständen sollten ähnliche Auswüchse im Sudetenland vermieden werden.

Die in Leitmeritz (Litoměřice) verlegten *Daubaer Nachrichten* verkündeten am folgenden Tag: Wo ein jüdisches Geschäft einen »einwandfreien arischen Geschäftsführer« besitze, solle dieser vorerst mit der kommissarischen Leitung beauftragt werden. Ebenso sollten jüdische »Produktionsstätten« weiterarbeiten, »damit nicht eine Stockung in der Erzeugung eintritt und Arbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren«.⁶² Die SdP hatte bereits in vielen Orten Kommissare in verlassenen Unternehmen eingesetzt. Die geübte Praxis entsprach aber keineswegs den Vorstellungen des Reichswirtschaftsministeriums. Am 20. Oktober hieß es in einem Vermerk: »Es sollen Maßnahmen geplant sein, um die Bestellung der Kommissare in geordnete

.....

58 BArch, R 1501/6080, Chef der Zivilverwaltung bei der Heeresgruppe 4 an das Reichsinnenministerium, 9.10.1938.

59 BArch, R 1501/6079, Chef der Zivilverwaltung bei der Heeresgruppe 4 an die Bezirkshauptmannschaften, 11.10.1938; »Verordnung über die Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe vom 22.4.1938«, in: *Reichsgesetzblatt I*, 1938, S. 404.

60 Zit. nach Longerich, *Politik*, S. 194.

61 Zum Kommissarwesen in Österreich vgl. insbes. Jonny Moser, »Das Unwesen der kommissarischen Verwalter«, in: Helmut Konrad, Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), *Arbeiterbewegung, Faschismus, Nationalbewußtsein*, Wien u. a. 1983; Herbert Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938–1945*, Wien 1978, v. a. S. 60–70, 127; Ulrike Felber u.a., *Ökonomie der Arisierung, Teil 1: Grundzüge, Akteure und Institutionen*, Wien, München 2004, S. 65–81, 171–174, Zitate S. 67, 172. Es soll ungefähr 25.000 »wilde« Kommissare, v.a. in Wien, gegeben haben. Erst im Juli 1938 brachte Reichskommissar Josef Bürckel das Kommissarwesen endgültig unter Kontrolle. Vgl. Moser, »Unwesen«, S. 92.

62 »Großbreinemachen beginnt!«, in: *Daubaer Nachrichten*, 15.10.1938.

Bahnen zu bringen«.⁶³ Deutliche Worte fand an diesem Tag auch der Bezirkshauptmann von Marienbad: »Über das Wesen der treuhänderischen Verwaltung von jüdischem und tschechischem Vermögen besteht in manchen Kreisen offenbar eine falsche Auffassung.«⁶⁴ Schließlich, so der Bezirkshauptmann weiter, ändere die Bestellung von Treuhändern nichts an den eigentumsrechtlichen Verhältnissen der Objekte, sie bedeute weder eine Beschlagnahmung noch den Beginn eines Enteignungsverfahrens. Offenkundig war es auch im Sudetenland angesichts einer fehlenden einheitlichen rechtlichen Grundlage zunächst zu einem »Wildwuchs« des Kommissarwesens gekommen.

Am 28. Oktober griff daher Reichskommissar Henlein ein. Kommissarische Leiter mussten sich künftig durch ihn selbst bestätigen lassen. Personen, die ohne seine Genehmigung tätig waren, bedurften »ohne Rücksicht darauf, von wem sie zum kommissarischen Leiter bestellt worden sind, zur weiteren Ausübung ihrer Tätigkeit einer schriftlichen Bestätigung«. Anträge auf Einsetzung von kommissarischen Betriebsleitern waren entweder beim zuständigen Bezirkshauptmann oder bei der SdP und der zuständigen Fachorganisation einzureichen.⁶⁵

Solange die Behörden noch nicht jeden leer stehenden Betrieb mit einer kommissarischen Leitung versehen hatten und ihnen noch nicht einmal mit Bestimmtheit bekannt war, welche Betriebe »jüdisch« waren, ging es zunächst darum, den drohenden unkontrollierten Ausverkauf des jüdischen Besitzes zu unterbinden. Am 7. November regelte das Reichswirtschaftsministerium den Verkauf von Unternehmen.⁶⁶ In jedem Fall sollte nur ein Interessent eine Verhandlungsgenehmigung erhalten. Als Grundsatz galt, dass »stillgelegte oder von ihrer Leitung verlassene tschechoslowakische und jüdische Unternehmungen« in den sudetendeutschen Gebieten »*in den stark übersetzten Wirtschaftszweigen* nicht wieder eröffnet werden« sollten. Ansonsten sollten »sämtliche in tschechoslowakischem oder jüdischem Besitz befindlichen *wichtigen* Unternehmungen [...] nach und nach entsprechend der Rangfolge ihrer Bedeutung in deutschen Besitz« übernommen werden.⁶⁷

.....

.....

63 RGVA, 1458-10-243, Bl. 3, Reichswirtschaftsministerium, Vermerk, 22.10.1938.

64 »Bekanntmachung, betr.: Treuhänderische Verwaltung von jüdischem und tschechischem Besitz vom 20.10.1938«, in: *Marienbader Zeitung*, 20.10.1938, S. 6.

65 »Kommissarische Betriebsleiter«, in: *Sudetendeutsche Tageszeitung*, 1.11.1938, S. 6.

66 RGVA, 1458-10-220, Bl. 231, Zweite Bekanntmachung über die Voraussetzungen für Genehmigungen nach der Verordnung zum Schutze der sudetendeutschen Wirtschaft vom 15.10.1938 bei wirtschaftlich bedeutsamen Unternehmungen und Betrieben, 7.11.1938.

67 RGVA, 1458-10-219, Bl. 40, Reichswirtschaftsministerium, Rundschreiben, 7.11.1938. Hervorhebungen im Original.

Fazit

Der Terror und die ersten gesetzlichen Verfolgungsmaßnahmen der »Anschlusszeit« gingen im Sudetenland nahtlos in den Novemberpogrom über, der sich nicht von den Vorgängen im übrigen Reich unterschied. Zu den Tätern zählten sowohl Einheimische – zumeist Mitglieder der Partei oder der SA – wie auch Angehörige von Gestapo und SS aus dem »Altreich« und Österreich.⁶⁸ Während dem Pogrom im »Altreich« aber fünf Jahre einer sich stetig radikalisierenden »Judenpolitik« vorangegangen waren, fand er im Sudetenland etwa sechs Wochen nach dem »Anschluss« statt. Die Reaktion der Sudetendeutschen auf die Ausschreitungen glich dennoch jener der Menschen anderswo im Reich. Negative Stimmen ertönten auch im Sudetenland vor allem wegen der sinnlosen Zerstörung von »Werten«. Mitleid mit den Opfern wurde zumindest nicht offen artikuliert.⁶⁹

Die nach dem Pogrom in großer Zahl erlassenen antijüdischen Verordnungen erhielten im Sudetengau parallel zum übrigen Reichsgebiet Gültigkeit, so etwa jene »über eine Sühneleistung der Juden«, die diese zur Abgabe von 20 Prozent ihres Vermögens verpflichtete.⁷⁰ Nun wurden auch die antijüdischen Gesetze und Bestimmungen des Reiches in rascher Folge im Sudetenland in Kraft gesetzt: Am 2. Dezember 1938 erging beispielsweise die »Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden in den sudetendeutschen Gebieten«, die die Grundlagen für die systematische Erfassung des Besitzes von Juden und damit für die »Arisierung« schuf.⁷¹ Am 27. Dezember 1938 wurden im Sudetengau auch die »Nürnberger Rassegesetze« eingeführt.⁷²

Taktische Kompromisse waren kaum noch notwendig: Während sich im Altreich in den vorangegangenen fünf Jahren »ruhige« und rasante Phasen der »Judenpolitik« abgewechselt hatten (bei einer sich stetig radikalisierenden Grundtendenz), gab es im Sudetenland im Herbst 1938 keine retardierenden Momente mehr. Ende 1938 waren die Juden im Sudetenland daher fast vollständig entrechtet. Diese Eskalation stand im unmittelbaren Kontext der außenpolitischen Erfolge des Jahres 1938, namentlich der »Anschlüsse« Österreichs und natürlich des Sudetenlandes selbst an das Deutsche Reich. Mit

.....

68 Vgl. etwa den Erlebnisbericht von Karl Josef Hahn, *Kristallnacht in Karlsbad*, Prag 1998.

69 Vgl. allg. Ian Kershaw, »Antisemitismus und Volksmeinung. Reaktionen auf die Judenverfolgung«, in: *Bayern in der NS-Zeit, Bd. II: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt*, Teil A, München, Wien 1979, S. 281–348, hier S. 318–336.

70 »Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit. Vom 12.11.1938«, in: *Reichsgesetzblatt I*, 1938, S. 1579.

71 *Verordnungsblatt für die sudetendeutschen Gebiete*, 1938, S. 263.

72 »Verordnung über die Einführung der Nürnberger Rassegesetze in den sudetendeutschen Gebieten. Vom 27.12.1938«, in: *Reichsgesetzblatt I*, 1938, S. 1997. Diese Verordnung setzte zum 1.1.1939 das »Reichsbürgergesetz« und das »Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre« vom 15.9.1935 in Kraft. Siehe hierzu auch: »Blutschutzgesetz im Sudetengau«, in: *Duxer Zeitung*, 6.12.1938.

anderen Worten brachte die Annexion des Sudetenlandes nicht nur die Juden dort in den Herrschaftsbereich des NS-Regimes, sondern ermöglichte zugleich eine besonders rabiate Gangart gegen sie.

Der Pogrom mündete auch in einer weiteren Flucht- und Vertreibungswelle. Teilweise mussten Juden unter Zwang Erklärungen über eine »freiwillige Ausreise« binnen weniger Tage unterzeichnen. Die Methoden, mit denen die Juden zur Abwanderung gebracht werden sollten, waren im Sudetenland dieselben wie im »Altreich« und in Österreich. Der entscheidende Unterschied lag darin, dass die jüdische Bevölkerung des Sudetenlandes zur Flucht in die »Resttschechei« gezwungen werden konnte, während es ähnliche »Fluchträume« für die Juden anderswo im nunmehr »Großdeutschen Reich« nicht gab.

Kaum ein anderes Gebiet des Reiches war Ende 1938 bereits in einem ähnlichen Maße »judenrein« geworden wie der Sudetengau. Den Erfolg ihres Vertreibungsdruckes konnten Gestapo, Partei und Behörden den Ergebnissen der Volkszählung des Großdeutschen Reiches vom 17. Mai 1939 entnehmen: Zu diesem Zeitpunkt wurden im Reichsgau Sudetenland nur noch rund 2.400 Juden registriert.⁷³

.....

73 Vgl. *Statistik des Deutschen Reichs*, Bd. 552,4: Volkszählung. Die Bevölkerung des Deutschen Reichs nach den Ergebnissen der Volkszählung 1939: Die Juden und jüdischen Mischlinge im Deutschen Reich, Berlin 1944, S. 4/6 f.

Foto: Marktplatz in Zamość

Reisen in die Wirklichkeit

Geschichte - Literatur - Politik - jüdisches Leben

Krakau • Lublin-Zamość • Danzig • Warschau-Łódź
Lemberg • Czernowitz • Podolien-Wolhynien • Kiew
Charkiw • Ostgalizien-Transkarpatien • Odessa
Waldkarpaten • Georgien • Aserbaidtschan
Armenien • Usbekistan • Kirgistan • Königsberg
St. Petersburg • Moskau • Wolgograd-Rostow
Litauen • Lettland • Estland • Weißrussland
Republik Moldau • Rumänien • Bulgarien
Mazedonien • Bosnien-Herzegowina • Serbien
Albanien • Thessaloniki • New York

Katalog kostenlos:
Ex Oriente Lux Reisen
Neue Grünstr. 38 | 10179 Berlin
Tel. 030/62 90 82 05
Fax: 030/62 90 82 09
www.eol-reisen.de | info@eol-reisen.de

Der Holocaust in europäischen Geschichtsmuseen

Polen, Kroatien, Tschechien

Zum Holocaust in europäischen Geschichtsmuseen startete das Fritz Bauer Institut im Herbst 2016 eine Vortragsreihe. Ausgangspunkt war die Kritik der polnischen Regierung am Konzept der Dauerausstellung für das »Museum des Zweiten Weltkriegs« in Danzig. Gleichzeitig eröffnete in Markowa im Südosten Polens das Museum der Familie Ulma seine Ausstellung, was als Staatsakt gefeiert wurde. Die Familie hatte in den 1940er Jahren Juden versteckt, war deshalb denunziert und erschossen worden – ebenso wie ihre Schützlinge.

So begannen wir, uns dafür zu interessieren, welche Rolle der Holocaust bei der Etablierung nationaler Geschichtsnarrative in denjenigen Ländern spielte, die unter deutscher Besatzung standen und auf deren Boden der systematische Mord stattfand. Wir richteten unsere Aufmerksamkeit zuerst auf die postsozialistischen Länder, weil dort nach Ende des Kalten Krieges neue unabhängige Forschungen möglich geworden waren. Für viele dieser Länder gibt es inzwischen Untersuchungen zur Zeit des Nationalsozialismus, die verstärkt auch den Anteil der eigenen Bevölkerung an der Judenverfolgung thematisieren.¹ Ein kritischer Erinnerungsdiskurs schlägt sich mittlerweile auch in Museumsdarstellungen nieder.² Dieser Trend ist seit einigen Jahren rückläufig, wie die Debatte um das »Museum des Zweiten Weltkriegs« in Danzig zeigt. Inzwischen ist daraus eine politische Auseinandersetzung geworden, in deren Zuge der Leiter des Museums, Prof. Dr. Pawel Machcewicz, entlassen wurde. Machcewicz war im Herbst 2017 am Fritz Bauer Institut zu Gast, berichtete über seine Erfahrungen aus diesem Streit, die nun auch in einem Buch veröffentlicht sind.³

Aber auch in Ungarn, der Tschechischen Republik und Kroatien waren Museumsgründungen oder Neukonzeptionierungen von Ausstellungen Anlass zu aktuellen Diskussionen darüber, welche Rolle der Holocaust heute im nationalen Gedenken einnehmen solle, wie die Vorträge von Dr. Regina Fritz, Dr. Peter Hallama und Dr. Ljiljana

Radonić deutlich machten. Die divergierenden nationalen Deutungsansprüche führen zu heftigen Auseinandersetzungen darüber, wie die Bedeutung des Holocaust im europäischen Geschichtsverständnis zu bewerten ist. Ein Vortrag zum Haus der europäischen Geschichte in Brüssel von Prof. Dr. Oliver Rathkolb, der dem wissenschaftlichen Beirat des Brüsseler Museums angehört, brachte das zum Ausdruck.

Eine Ausnahme bildet in unserem Vortragskonzept die Türkei, die im Zweiten Weltkrieg keine Besatzungserfahrung mit Deutschland gemacht hatte. Der Holocaust wurde daher dort auch nicht Teil eines nationalen Museumsnarrativs. Dennoch spielt die Ermordung der Juden in der Selbstdarstellung des Staates eine Rolle. Rifat N. Bali, Historiker und Publizist aus Istanbul, legte in seinem Vortrag dar, wie die Türkei ihr Image als liberales Aufnahmeland für bedrohte deutsche Juden während des Nationalsozialismus heute pflegt. Gegenwärtige antisemitische Tendenzen bis hin zu Attentaten werden dort jedoch nicht thematisiert, eine Solidarisierung der Bevölkerung mit der jüdischen Minderheit unterbleibt.

Wir konnten nicht alle Vorträge in diesem Heft aufnehmen und haben uns auf Polen, Kroatien und die Tschechische Republik konzentriert. Sie sind eindrucksvolle Beispiele für die Präsenz des Themas in den Museen und zeigen, wie umkämpft die Darstellung des Holocaust ist und welche Rolle sie für die Deutungshoheit über die nationale Identität spielt.

¹ Siehe z. B.: *Gedächtnis im 21. Jahrhundert. Zur Neuverhandlung eines kulturwissenschaftlichen Leitbegriffs*, hrsg. von Ljiljana Radonić und Heidemarie Uhl, Bielefeld 2016; *Nationen und ihre Selbstbilder: Postdiktatorische Gesellschaften in Europa*, hrsg. von Regina Fritz, Göttingen 2008; *Auschwitz im Kontext. Die ehemaligen Konzentrationslager im gegenwärtigen europäischen Gedächtnis*, hrsg. von Bogusław Dybaś, Irmgard Nöbauer und Ljiljana Radonić, Frankfurt am Main 2017.

² *Krieg im Museum. Präsentationen des Zweiten Weltkriegs in Museen und Gedenkstätten des östlichen Europa*, hrsg. von Ekaterina Makhotina u.a., Göttingen 2015.

³ Pawel Machcewicz, *Der umkämpfte Krieg: Das Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig. Entstehung und Streit*, Wiesbaden 2018.

Links: Ausstellung im Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig, Polen (Muzeum II Wojny Światowej, Gdańsk)
Foto: Andrzej Otrębski, CC-BY-SA-4.0

Der Holocaust im nationalen Geschichtsbild Polens

Die Dauerausstellung im Danziger Museum des Zweiten Weltkriegs und ihre Revisionen

Von Paweł Machcewicz



Prof. Dr. Paweł Machcewicz ist Historiker und Professor am Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften. *Veröffentlichungen (Auswahl):* *Reb-
lious Satellite: Poland 1956, Stanford
2009; Spory o historię 2000–2011*
(Streit um die Geschichte 2000–2011),
*Kraków 2012; Poland’s War on Ra-
dio Free Europe, 1950–1989, Stan-
ford 2014; Muzeum, Kraków 2017*
(Deutsch: Der umkämpfte Krieg. Das
Museum des Zweiten Weltkriegs in
Danzig. Entstehung und Streit, Wies-
baden 2018).

Die Vernichtung der europäischen Juden in
der Zeit des Nationalsozialismus ist ein in-
tegraler Bestandteil der Dauerausstellung im
Danziger Museum des Zweiten Weltkriegs.

Es war von Anfang an die Absicht der Museumsmacher, sie in die
Gesamtdarstellung des NS-Terrors aufzunehmen, der auch andere
Opfergruppen betraf. Sie sollte in einer vielschichtigen, multidimen-
sionalen Erzählung über den Krieg präsentiert werden. Um zu
verstehen, wie der Holocaust im Danziger Museum gezeigt wird,
ist es deshalb notwendig, kurz dessen Genese und Entstehungsge-
schichte, aber auch die Form der Ausstellung allgemein darzustellen.

Das Museum des Zweiten Weltkriegs – Genese und Kontext seines Entstehens

Die Geschichte des Museums des Zweiten Weltkriegs begann im
November 2007 mit der Veröffentlichung eines Artikels von mir
in der polnischen Presse, in dem ich den Gedanken an ein solches
Museum erstmals vortrug. Damals war ich als Geschichtsprofessor
an der Universität Thorn und argumentierte, dass in Polen ein Mu-
seum entstehen sollte, das als erstes auf der Welt versuchen müsste,
ein umfassendes Bild des Zweiten Weltkriegs in seinen wichtigsten
Dimensionen zu zeigen. Besonders bedeutsam schien es mir, hier
die polnischen und osteuropäischen Erfahrungen darzustellen, die in
Westeuropa sowie in anderen Teilen der Welt wenig bekannt waren
und kaum verstanden wurden.¹

Das Museum wurde 2008 von der Regierung Donald Tusk ge-
gründet. Das erste Ausstellungskonzept entwarf ich gemeinsam mit
dem Warschauer Historiker Piotr M. Majewski; wir waren beide

anschließend auch für die Entstehung der neuen Institution verant-
wortlich. In dem neuen Museum sollte es danach von besonderer
Bedeutung sein, die Perspektive der Zivilbevölkerung und ihrer
Leiden in dem globalen Konflikt darzustellen. Die Präsentation
verschiedener Formen deutschen Terrors und Völkermords sollte
zu einem der wichtigsten Teile der Ausstellung werden, was die
Erzählung über die Vernichtung der polnischen Juden wie auch der
jüdischen Bürger anderer Staaten einschloss.²

Das Konzept für das Museum des Zweiten Weltkriegs wurde von
Seiten der polnischen national-konservativen Rechten sehr scharf
kritisiert, insbesondere von Kreisen, die der Partei »Recht und Ge-
rechtigkeit« (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) nahestanden. Sie war in
der Regierungszeit der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska) die
größte Oppositionspartei. Uns Verfassern des Konzepts wurde »Kos-
mopolitismus« und »Pseudo-Universalismus« vorgeworfen. Wir
beabsichtigten, so lautete der Vorwurf, die Außergewöhnlichkeit der
polnischen historischen Erfahrung zu verwischen und das Ausmaß
der polnischen Leiden und des polnischen Heldentums zu reduzieren.
Allein schon die Tatsache, dass die polnischen Erfahrungen in einer
Ausstellung neben dem Schicksal anderer Gruppen und Nationen
gezeigt werden sollten, wurde als Bedrohung gesehen. Kritisiert
wurde auch, dass besonders das Schicksal der Zivilbevölkerung
dargestellt werden sollte; man verlangte, dass sich das Museum auf
den Kampf polnischer Soldaten konzentrieren müsse.³ Ähnliche
Angriffe sollten das Museum in den nächsten Jahren begleiten. Der
Vorsitzende der PiS-Partei, Jarosław Kaczyński, beschuldigte das
Museum, es würde nicht den »polnischen Standpunkt« vertreten,
und kündigte an, dass seine Partei nach einer Machtübernahme die
Dauerausstellung verändern würde.⁴

Die Eröffnung des Museums fand im März 2017 unter drama-
tischen Umständen statt. Bei der Parlamentswahl im Oktober 2015
erhielt die PiS-Partei die absolute Mehrheit der Stimmen im Sejm
und stellte ab November die Regierung in Polen. Die Regierung
hatte versucht, das Museum des Zweiten Weltkriegs bereits vor der

Fertigstellung der Bauarbeiten aufzulösen, doch wurden diese Maß-
nahmen mehrere Monate lang vom Gericht aufgehalten, nachdem
ich noch in meiner Funktion als Museumsdirektor zusammen mit
dem Ombudsmann für Bürgerrechtsfragen, Adam Bodnar, Klage
erhoben hatte. Nur aufgrund dieser Gerichtsendscheidung war es
möglich, das Gebäude fertigzustellen und die Ausstellung in der
Form aufzubauen, wie sie seit 2008 von Historikern, Kuratoren und
Szenographen vorbereitet worden war. Die Eröffnung war begleitet
von heftigen Attacken der Regierungspartei gegen das Museum.
Schließlich aber entschied im April 2017, zwei Wochen nach der
Eröffnung, das Oberste Verwaltungsgericht in Warschau, dass der
Rechtsstreit um das Museum nicht in den Zuständigkeitsbereich der
Gerichte falle. Dies ermöglichte es dem Kulturminister, das bisherige
Museum des Zweiten Weltkriegs formal aufzulösen. Dadurch konnte
meine gesetzlich garantierte Amtszeit als Direktor vorzeitig beendet
werden. Der Kulturminister gründete ein neues Museum mit demsel-
ben Namen, aber einem anderen Direktor, der sich den Vorgaben der
Regierung entsprechend anschickte, die Ausstellung zu verändern.
Der Streit um das Museum des Zweiten Weltkriegs wurde zu einer
der aufsehenerregendsten öffentlichen Kontroversen in Polen, aber
auch zu einer der wichtigsten Geschichtsdebatten der letzten Jahre.⁵

Terror

Es war notwendig, die politischen Rahmenbedingungen der Mu-
seumsgründung zu skizzieren, um den gesellschaftlichen Kontext
zu verstehen, in dem es existiert. Das betrifft auch die Abteilung
über die Judenvernichtung. Sie bildet den wichtigsten Teil jenes
Abschnitts der Ausstellung, der sich mit den unterschiedlichen For-
men von Terror und Völkermord während des Zweiten Weltkriegs
beschäftigt.⁶ Andere Teile der Ausstellung behandeln zum Beispiel
den Weg in den Krieg. Hier werden unter anderem der Nationalsozia-
lismus zusammen mit dem NS-Antisemitismus und der Judenverfol-
gung behandelt, der Kommunismus, der Faschismus, der japanische
Militarismus, aber auch Polen zwischen den Weltkriegen, der Spa-
nische Bürgerkrieg oder die Appeasement-Politik der 1930er Jahre.

¹ Paweł Machcewicz, »Muzeum zamiast zasieków« [Museum statt Verstrickun-
gen], in: *Gazeta Wyborcza* vom 8.11.2007.

² Paweł Machcewicz, Piotr M. Majewski, »Muzeum II Wojny Światowej – zarys
koncepcji programowej« [Museum des Zweiten Weltkriegs – Grundlagen eines
Programmkonzepts], in: *Przegląd Polityczny*, Nr. 91/92, 2008, S. 46–51; im sel-
ben Heft diskutierten Historiker darüber (S. 52–62); über die Museumsidee äu-
ßerte sich hier ebenfalls der Historiker und Philosoph Krzysztof Pomian (S. 62–
65).
³ Zu den Diskussionen rund um das Ausstellungskonzept siehe Paweł Machcewicz:
»»Museum statt Stacheldrahtverhau«. Das Museum des Zweiten Weltkriegs in
Danzig – Konzeption und Kontroversen«, in: Włodzimierz Borodziej, Joachim
von Puttkamer (Hrsg.), *Europa und sein Osten. Geschichtskulturelle Herausfor-
derungen*, München 2012, S. 81–103.
⁴ Siehe u.a. Marek Adamowicz, »PiS »chce zmienić kształt« Muzeum II Wojny
Światowej. Jarosław Kaczyński kontra Paweł Machcewicz« [Die PiS »will die
Form« des Museums des Zweiten Weltkriegs ändern. Jarosław Kaczyński gegen
Paweł Machcewicz], in: *Dziennik Bałtycki*, 1. Juli 2013, S. XXX.

⁵ Umfassender zur Entstehung des Museums und zu den damit zusammenhängen-
den Kontroversen in Paweł Machcewicz, *Der umkämpfte Krieg. Das Museum des
Zweiten Weltkriegs in Danzig. Entstehung und Streit*, Wiesbaden 2018.
⁶ Die gesamte Ausstellung im Überblick im Katalog: Rafał Wnuk, Paweł Machce-
wicz, Oliwia Galka-Olejko, Lukasz Jasiński (with cooperation of Jan Daniluk),
Museum of the Second World War. Catalogue of the Permanent Exhibition, trans-
lated by Maya Latynski, Gdańsk 2016; siehe auch die eingehenden Analysen der
gesamten Ausstellung in Monika Heinemann, *Krieg und Kriegserinnerung. Der
Zweite Weltkrieg in polnischen historischen Ausstellungen seit den 1980er Jah-
ren*, Göttingen 2017, S. 458–481; Joachim von Puttkamer, »Europäisch und pol-
nisch zugleich. Das Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig«, in: *Osteuropa*,
1–2/2017, S. 3–12.

Weiter gibt es Abschnitte über den Krieg von 1939 in Polen, über die Kriegshandlungen an den unterschiedlichen Fronten zwischen 1939 und 1945, über die Fortschritte der Militärtechnik, über das Leben der Soldaten, über Kriegsgefangene, Bombardierungen und Hunger (u.a. am Beispiel des Todes von einer Million Menschen in dem von den Deutschen belagerten Leningrad). Ein eigener Teil der Ausstellung widmet sich den von den Deutschen, Sowjets und Japanern geschaffenen Besatzungssystemen. Einer der größten Blöcke der Ausstellung gilt dem Widerstand gegen die Besatzer sowohl in Polen als auch in anderen Ländern. Der letzte Teil der Ausstellung zeigt die Konsequenzen des Kriegs – Opferzahlen, materielle Zerstörungen, die Bevölkerungsumsiedlungen nach dem Krieg, aber auch die Teilung des Kontinents und den bis 1989 dauernden Kalten Krieg. Die Ausstellung hat eine Fläche von circa 6.000 Quadratmetern, was sie zu einer der größten Geschichtsausstellungen weltweit macht. (Zum Vergleich: Das United States Holocaust Memorial Museum in Washington verfügt über circa 4.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche.)

Es war von Anfang an unsere bewusste Entscheidung, den Holocaust in eine umfassendere Landschaft der NS-Verbrechen und der Kriegshandlungen einzubeziehen. Dies war notwendig, um verständlich zu machen, wie sich die Politik des NS-Terrors, aber auch die Mechanismen der Ausrottung der Juden entwickelten, die nicht abgelöst von anderen Ereignissen stattfanden. Ganz im Gegenteil, all dies hing zusammen mit anderen Maßnahmen der Politik des »Dritten Reichs«, etwa mit der Entstehung der Besatzungssysteme in den einzelnen von den Deutschen besetzten Ländern, mit der Deportation von Bevölkerungsgruppen und mit der Ausbeutung der okkupierten Völker durch Zwangsarbeit. Einfluss auf das Schicksal der Juden hatten auch Kriegereignisse, etwa der Verlauf der Kampfhandlungen vor allem im Krieg gegen die Sowjetunion. Dies alles in einem Museum zu zeigen bot die Chance, die gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen all diesen Dimensionen des Kriegs zu erklären. Einen solch umfassenden, querschnittartigen Blick hatte es zuvor in keinem anderen Museum gegeben, das sich mit dem Zeitraum 1939 bis 1945 beschäftigte. Die Museen, die sich auf den Judenmord beschränken, etwa das United States Holocaust Memorial Museum in Washington, das Holocaust History Museum Yad Vashem in Jerusalem oder das Mémorial de la Shoah in Paris, thematisieren in der Regel nicht ausführlich den breiteren Kontext des Kriegs oder der Besatzungspolitik des »Dritten Reichs«.

In der Danziger Ausstellung lernt der Besucher andere Dimensionen des Besatzungsterrors unter der Herrschaft des »Dritten Reichs«, aber auch der Sowjetunion kennen, ehe er die Abteilung zum Holocaust erreicht. Dies ist ein weiteres Merkmal, das das Museum des Zweiten Weltkriegs von anderen Museen abhebt. Der Block zu Terror und Völkermord beginnt mit dem detailliert präsentierten deutschen Terror gegenüber den polnischen Eliten, der in der historischen Region Pommerellen (wo sich das Museum befindet) am stärksten war. Aber in diesem Teil geht es auch darum,

Massenhinrichtungen und die Ermordung der Menschen ganzer Ortschaften vor Augen zu führen, die zum Teil nicht in Polen lagen. Beispielhaft wurden der Warschauer Stadtteil Wawer und die kleinpolnische Stadt Bochnia 1939 herangezogen sowie der Warschauer Stadtteil Wola 1944 und polnische Dörfer wie Michniów, aber eben auch das tschechische Lidice sowie Oradour-sur-Glane in Frankreich, Dörfer in Griechenland, Italien und Weißrussland.

Danach gelangt der Besucher in einen Saal, der die Parallelität des deutschen und des sowjetischen Terrors gegen die Polen zeigt, um anschließend einen Raum zu betreten, der das Verbrechen von Katyn behandelt, also die Erschießung von über 20.000 polnischen Kriegsgefangenen und politischen Häftlingen durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD 1940. Von hier aus führt der Besuchsweg weiter zu den Zwangsumsiedlungen, sowohl den deutschen als auch den sowjetischen. Es war die Absicht, deutlich zu machen, dass die gewaltigen Eingriffe in die Gesellschaften und die Umsiedlung von Millionen von Menschen nicht etwa von den Alliierten 1945, sondern zuvor vom »Dritten Reich« und von der Sowjetunion begonnen wurden. Weiter gibt es einen Teil über die Zwangsarbeit und die Konzentrationslager. Hier wurde eine Lagerbaracke inszeniert, um verschiedene Aspekte des Häftlingsschicksals zu veranschaulichen: die permanente Gewalt, die auszehrende Arbeit, Krankheiten und medizinische Experimente sowie die ständige Anwesenheit des Todes, der durch ein Krematorium symbolisiert wird. In diesem Abschnitt geht es auch um den Widerstand in den Lagern.

Die Ausstellung zeigt des Weiteren den NS-Mord an mehreren Hunderttausend körperlich und geistig behinderten Menschen. Dies ist eine weitgehend in Vergessenheit geratene Opfergruppe, über die man erst seit einem guten Jahrzehnt wieder stärker spricht. Die Ermordung der Menschen mit Behinderungen nahm im Herbst 1939 in den ans Reich angegliederten Gebieten ihren Anfang, darunter in Pommerellen. Dieser Abschnitt leitet zum nächsten Bereich über – der Judenvernichtung. Diese beiden Teile sind inhaltlich verbunden durch die Absicht der Nationalsozialisten, große Bevölkerungsgruppen auszulöschen; darüber hinaus war es dasselbe Personal, das in den mit Gaskammern ausgestatteten Heil- und Pflegeanstalten für psychisch und körperlich Kranke arbeitete und das später im Generalgouvernement und in den 1942 entstehenden Vernichtungslagern für die Juden eingesetzt war.

Im Anschluss an den Teil zum Holocaust erreicht der Besucher den Abschnitt über die ethnischen Säuberungen. Hier wird die Ermordung von rund 100.000 Polen durch ukrainische Nationalisten in Wolhynien und Ostgalizien thematisiert sowie die Auslöschung von mehreren Hunderttausend Serben, Juden und Roma durch die kroatischen faschistischen Ustaša. Dies waren Verbrechen, die weder von den Deutschen noch von den Sowjets begangen wurden, doch hatten sie durch die Ermordung ganzer ethnischer, »rassischer« und sozialer Gruppen die Rahmenbedingungen für weitere unvorstellbare Gewalttaten geschaffen.



Links: Künstlerische Installation von Koffern, die den originalen Koffern im Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau nachempfunden sind. Foto: Bartosz Makowski



Unten: Abteilung zum Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz Foto: Bartosz Makowski

Die Judenvernichtung

Bereits im Prolog der Ausstellung haben wir die unterschiedlichen Erfahrungen und Perspektiven der Opfer, Täter und Zeugen des Holocaust aufgenommen. Vertieft wird diese Sicht in drei chronologisch konzipierten Teilen: Der erste behandelt die Ereignisse des Jahres 1941, vor allem die Vernichtung der Juden im Osten durch die »Einsatzgruppen« der deutschen Sicherheitspolizei. Hier werden auch die Pogrome gezeigt, die von der lokalen Bevölkerung verübt wurden, in vielen Fällen (etwa in Jedwabne) aber von den Deutschen angeregt worden waren. Der zweite Teil berichtet über die Vernichtung der polnischen Juden im Zuge der »Aktion Reinhardt«. Hier wird auch die Einrichtung der Ghettos gezeigt, vor allem am Beispiel des Ghettos von Litzmanstadt/Lodz. Ein weiterer Teil behandelt die Vernichtung der Juden im gesamten besetzten Europa, hier wird exemplarisch das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz thematisiert. Dieser Teil befasst sich auch mit der Vernichtung der Sinti und Roma. Am Ende gibt es einen Saal, der die Fotografien mehrerer hundert Opfer präsentiert und als Erinnerungsraum gedacht ist.

Der Einführungstext in den Abschnitt zum Holocaust zeigt, wie wir die Erzählung über die Verbrechen an den Juden in eine umfassende Darstellung der Verbrechen und des deutschen Völkermords integrieren:

»Holocaust

Die geplante Vernichtung der jüdischen Bevölkerung durch die Deutschen

Die Vernichtung der Juden hatte aufgrund ihrer Ausmaße, ihrer Methoden sowie aufgrund der ideologischen Dimension und ihrer Planmäßigkeit einen besonderen Charakter. Sie forderte circa 6 Millionen Opfer, deren einzige ›Schuld‹ es war, dass sie vom ›Dritten Reich‹ als Angehörige einer Rasse eingestuft wurden, die als Todfeind galt und vollständig ausgelöscht werden sollte. Die mit dem Überfall auf die Sowjetunion beginnenden Massenhinrichtungen der jüdischen Bevölkerung wurden bald darauf durch eine Vernichtung mit industriellen Ausmaßen ersetzt – in Todeslagern und unter Verwendung von Methoden, die zuvor an psychisch Kranken ausprobiert worden waren. Die Nazis betrachteten die Ermordung der Juden als ihre historische Mission, die sie bis ganz zum Ende des Kriegs verfolgten.«

Im Prolog werden die unterschiedlichen menschlichen Verhaltensweisen wie Mitgefühl, aber auch Gleichgültigkeit und Kollaboration gezeigt, wobei die Typologie aufgegriffen wurde, die Raul Hilberg geprägt hat.⁷ Hier noch ein Beispiel für einen wichtigen Text der

Ausstellung, der die Darstellung der verschiedenen Verhaltensweisen einleitet:

»Angesichts der Judenvernichtung

Täter, Zeugen, Opfer

Das Verbrechen an den Juden wurde von den Deutschen erdacht, geplant und durchgeführt. Es spiegelte den Hass auf die Juden wider, den Adolf Hitler selbst und andere Führer der nationalsozialistischen Bewegung und des Staates hegten, aber auch den Antisemitismus von Millionen einfacher Menschen. Sie wussten von den Morden, Hunderttausende von ihnen wurden in den Reihen von SS, Polizei und anderen Einheiten, die sich an der Vernichtung beteiligten, zu Tätern. Die Nationen der besetzten Länder waren Zeugen des Holocaust. Gleichgültigkeit trat hier neben Mitgefühl und Hilfe für die Opfer auf, aber auch die Beteiligung an den Verbrechen ist nachgewiesen. Die jüdischen Opfer waren der Gewalt und Macht der Verfolger gegenüber hilflos. Einige versuchten zu fliehen und sich zu verstecken, andere leisteten verzweifelten Widerstand oder bemühten sich, die Welt über die Ermordung zu informieren.«

Im Prolog wird die Perspektive der Täter beispielsweise durch Tagebuchauszüge von Joseph Goebbels (Eintrag vom 13. Dezember 1941), durch die Ansprache Heinrich Himmlers vor SS-Offizieren in Posen im Oktober 1943 und durch Gesprächssetzen deutscher Kriegsgefangener in Großbritannien wiedergegeben. Letztere waren heimlich von den Briten aufgenommen worden und sind eine einzigartige Quelle, da sie belegen, dass die Wehrmachtssoldaten von den Verbrechen an den Juden wussten und einige von ihnen auch aktiv daran beteiligt waren.⁸

Die Opfer kommen durch jüdische Lebensläufe aus verschiedenen Ländern zu Wort, unter anderem von Janusz Korczak aus dem Warschauer Ghetto, Etta Hillesum aus Deventer in den Niederlanden und Lilli Jahn, einer Ärztin aus dem hessischen Immenhausen. Hillesum und Jahn wurden in Auschwitz ermordet, Korczak kam gemeinsam mit seinen Schutzbefohlenen, den Kindern aus seinem Waisenhaus, in Treblinka um.

Die dritte Kategorie von Menschen – diejenigen, die weder Täter noch Opfer waren – wird in der ganzen Breite unterschiedlicher Einstellungen abgebildet. Auf der einen Seite gab es diejenigen, die den Juden halfen. Dargestellt werden etwa die polnischen Mitarbeiter einer Apotheke im Krakauer Ghetto, die zu einem Zentrum der Hilfe für die jüdische Bevölkerung des Stadtteils wurde. In diesem Zusammenhang werden auch Ausschnitte aus dem Tagebuch von Zygmunt Klukowski ausgestellt, einem polnischen Arzt aus Szczepbrzeszyn,

der mit wachsendem Entsetzen und Mitgefühl für die Opfer die Maßnahmen gegen die Juden seiner Kleinstadt verfolgte, von den ersten Wochen des Kriegs bis zur Deportation in das Vernichtungslager Belzec.⁹ Daneben wird ein untypischer jüdischer Zeuge präsentiert: Seine Tagebuchauszüge über das Schicksal der Juden in der Kleinstadt Opoczno sprechen einerseits für sein Mitgefühl für die ermordeten Juden, andererseits dokumentieren sie aber die paradoxe Ansicht eines Juden, der die Beseitigung der jüdischen Bevölkerung insgesamt für einen Gewinn für die Zukunft Polens hielt.

Im Prolog finden sich auch großformatige Fotografien mit symbolischer Aussage. Eine von ihnen zeigt einen deutschen Polizisten, der auf eine jüdische Frau schießt, die ein kleines Kind in der Hand hält. Der Bildtext hierzu zeigt gut, dass wir uns jeweils bemüht haben, die Abbildung in ihren historischen Kontext zu setzen:

»Die Hinrichtung der Juden in Ivanhorod in der

Ukraine 1942

Zeugnisse von der Judenvernichtung zeigen oft drei Perspektiven: jene des Täters, des Opfers und des Zeugen. Das Bild aus Ivanhorod befand sich in einem Brief, den der deutsche Täter an seine Familie schickte, und wurde von einer Abteilung des Polnischen Untergrundstaates abgefangen, die die über das Postamt Warschau laufende Post überwachte. Ohne die polnischen Zeugen aus der Widerstandsbewegung wäre dieses fotografische Zeugnis nicht erhalten geblieben. Auf der Rückseite der Fotografie steht: ›Ukraine 1942, Judenaktion in Iwangorod‹. Das ist die deutsche Perspektive. Für den deutschen Täter war die Hinrichtung der Juden nur Anlass für einen leidenschaftslosen Kommentar. Die jüdischen Opfer sind nur als Gegenstand auf der Fotografie präsent.«

Dieses berühmte Bild wird auch im Holocaust-Museum in Washington gezeigt, allerdings ohne seine ganze Geschichte, die in Danzig dazu dient, sowohl die Einstellung der Täter als auch die Rolle der Zeugen darzustellen.

Der nächste Teil der Ausstellung widmet sich der ersten Phase des Holocaust, den Massenerschießungen von Juden im Osten, die nach dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion im Juni 1941 begannen. Es gibt hier eine Karte, die die Aktionen der einzelnen »Einsatzgruppen« und die Orte der Massenmorde zeigt. Es werden Bilder von Hinrichtungen unter anderem in Kamieniec Podolski (Kamjanez-Podilskyj) in der Ukraine und Libau (Liepāja) in Lettland gezeigt (im zweiten Fall sowohl Fotos als auch ein Film), zudem Fotografien aus Babyn Jar bei Kiew, die nach Ende der Massenhinrichtungen im

September 1941 entstanden waren. In der Ausstellung gibt es auch Ausschnitte aus den Berichten der Anführer der für die Erschießungen verantwortlichen Abteilungen sowie ein Fragment aus einem Film über die Nürnberger Prozesse, und zwar die Aussagen von Otto Ohlendorf, Leiter der Einsatzgruppe D. Außerdem werden authentische Gegenstände gezeigt, die die Ermordungen dokumentieren, etwa Patronenhülsen, die am Ort der Massenhinrichtungen in Fort IX. am Rand der litauischen Stadt Kaunas gefunden worden waren.

In diesem Teil der Ausstellung werden auch die Pogrome an der jüdischen Bevölkerung dokumentiert, die von den Deutschen angeregt und in einigen Fällen auch organisiert, jedoch durch die lokalen Einwohner durchgeführt worden waren. Hier gibt es Auszüge aus einem Telegramm von Reinhard Heydrich vom 29. Juni 1941, das Anweisungen enthält, wie Pogrome auszulösen waren. Ich möchte den Einführungstext zu dem Teil über die Pogrome zitieren. Er zeigt, wie wir mit sehr komplexen und unbequemen Themen umgegangen sind, die immer noch starke Emotionen und Kontroversen hervorrufen.

»Die Judenpogrome 1941

Antisemitismus, Antikommunismus, Raub

Zu Pogromen kam es in den Gebieten, die von der Sowjetunion zwischen 1939 und 1941 besetzt gewesen waren: von Lettland und Litauen über die polnischen und ukrainischen Gebiete bis nach Rumänien. Angeregt wurden sie meistens von den einmarschierenden Deutschen, die gezielt Ausbrüche von Hass und Grausamkeiten gegenüber den Juden provozierten. In der Ukraine und in den baltischen Staaten wurden die Pogrome von Mitgliedern radikaler nationalistischer Bewegungen mitorganisiert. Obwohl nur ein Teil der jüdischen Bevölkerung mit den Sowjets kooperiert hatte, wurde sie als Gesamtheit beschuldigt, den Kommunismus unterstützt und kollaboriert zu haben. Den Pogromen lag Antisemitismus zugrunde. Sie waren aber auch eine Gelegenheit, um jüdisches Eigentum zu rauben. Oft wurde Gewalt gegenüber Menschen angewendet, die seit Generationen Nachbarn gewesen waren.«

Die Pogrome von 1941 werden am Beispiel von Kaunas, Lemberg, Jassy und Jedwabne gezeigt. Jedwabne nimmt dabei den größten Raum ein. Das Verbrechen von Jedwabne vom 10. Juli 1941 war in Polen nach dem Jahr 2000 Gegenstand eines Ermittlungsverfahrens des Instituts für Nationales Gedenken, es war Thema wissenschaftlicher Forschungen, aber auch einer öffentlichen Debatte, die wahrscheinlich die wichtigste und emotionalste aller Diskussionen zu historischen Themen war, die nach dem Sturz des Kommunismus 1989 in Polen stattgefunden haben.¹⁰ Die polnischen Einwohner von

⁷ Vgl. Raul Hilberg, *Perpetrators, Victims, Bystanders: The Jewish catastrophe, 1933–1945*, New York 1992.

⁸ Vgl. Sönke Neitzel, Harald Welzer, *Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben*, Frankfurt am Main 2011.

⁹ Diese außergewöhnliche historische Quelle ist unlängst auf Deutsch erschienen: Zygmunt Klukowski, *Tagebuch aus den Jahren der Okkupation 1939–1944*, hrsg. v. Christine Glauning und Ewelina Wanke, Berlin 2017. Vgl. hierzu auch Götz Aly, »Klukowskis Tagebuch«, in: Berliner Zeitung v. 23.2.2018.

¹⁰ Zu den wissenschaftlichen Erkenntnissen und zu der Debatte über das Verbrechen

Jedwabne hatten, angestiftet von deutschen Funktionsträgern, einige hundert jüdische Nachbarn bei lebendigem Leib in einer Scheune verbrannt. In der Ausstellung werden Auszüge aus einem jüdischen Bericht verwendet sowie Aussagen polnischer Täter und Zeugen aus dem Prozess, der nach dem Krieg stattgefunden hat. Zu sehen sind auch Fotos von Polen und Juden aus Jedwabne aus der Vorkriegszeit (Fotos aus der Kriegszeit waren nicht aufzufinden.). Am ergreifendsten sind die Gegenstände, die bei der Exhumierung des Massengrabs 2001 entdeckt worden waren. In der Ausstellung werden Schlüssel gezeigt, die die Opfer im Augenblick ihres Todes bei sich trugen, was zeigt, dass sie immer noch hofften, zu überleben und nach Hause zurückkehren zu können. In einem großen, verglasten Schaukasten wird auch ein Betondenkmal von Lenin präsentiert. Es war in der Zeit der sowjetischen Besatzung von den Sowjets 1939 auf dem Marktplatz von Jedwabne aufgestellt worden. Im Juli 1941 hatte man in einer ersten Etappe des Pogroms die Juden gezwungen, sich auf dem Marktplatz zu versammeln, wo sie das Lenin-Denkmal abreißen mussten, da es den Kommunismus symbolisierte. Dies stellte eine Art ritueller Demütigung dar, durch die die Juden als Anhänger des Kommunismus stigmatisiert wurden. Anschließend wurde eine Gruppe von einigen Dutzend jüdischen Männern mit einem Rabbiner an der Spitze gezwungen, das Denkmal an den Rand von Jedwabne zu bringen, wo sie dann ermordet wurden. Die Lenin-Statue war bei den Exhumierungen gefunden worden und wird in der Ausstellung vor dem Hintergrund eines großformatigen Fotos des Marktplatzes von Jedwabne gezeigt, wo sie sich bis zum Tag des Verbrechens befunden hatte.

Der nächste Teil der Ausstellung zeigt die Verfolgung der polnischen Juden, ihre Ghettoisierung und ihre Vernichtung. Die Darstellung konzentriert sich auf das Ghetto Litzmannstadt/Lodz, das das zweitgrößte Ghetto in den besetzten polnischen Gebieten war. Es war eine bewusste konzeptionelle Entscheidung, auf einen eigenen Ausstellungsteil zum Warschauer Ghetto zu verzichten, das schon in dem 2014 eröffneten Museum für die Geschichte der Polnischen Juden »Polin« ausführlich behandelt wird. Gleichwohl ist das Warschauer Ghetto auch in der Danziger Ausstellung an vielen Orten zugegen (u.a. in einer Abteilung über den Hunger). Bewegend sind die Exponate, die den in Kulmhof ermordeten Lodzer Juden gehört hatten und die am Ort des Verbrechens gefunden worden waren. Es werden am Beispiel von Izbica auch die sogenannten Transitghettos gezeigt, in die die Deutschen Juden – auch von außerhalb Polens – brachten, ehe sie in die Vernichtungslager deportiert wurden. Dargestellt werden das Entstehen und die Arbeit der Vernichtungslager auf polnischem Boden in Treblinka, Sobibór und Belzec, in denen im Zuge der

»Aktion Reinhardt« fast zwei Millionen polnische Juden ermordet worden sind. Ein besonderes Exponat in diesem Teil der Ausstellung stellen Betonmarken mit Nummern aus dem Lager in Belzec dar. Sie wurden den nach Belzec Deportierten ausgehändigt, um ihnen bis zum Schluss vorzugaukeln, sie würden nicht ermordet, sondern erhielten ihre »aufbewahrte« Kleidung und andere Gegenstände später wieder. In diesem Teil der Ausstellung wird auch von den Juden berichtet, die sich versteckten und Hilfe von nicht-jüdischen Polen erhalten hatten. Dies wird am Beispiel einer jüdischen Familie dargestellt, die in der Nähe von Treblinka von einer polnischen Familie aufgenommen worden war. Als Exponat werden hier Schlüssel gezeigt, die den versteckten Juden gehört hatten.

Der Ausstellungsraum zur »Aktion Reinhardt« handelt von der größten Opfergruppe, nämlich der Ermordung der polnischen Juden. Von hier begibt sich der Besucher in einen Saal, in dem der Holocaust in ganz Europa zur Sprache kommt. Den Schwerpunkt dieses Raums bildet das Vernichtungslager Auschwitz. Das Entstehen und der Betrieb des Lagers Auschwitz-Birkenau werden ebenso gezeigt wie die Orte, von denen Juden dorthin gebracht wurden und die auf einer Europakarte eingezeichnet sind. Eines der Exponate steht für das verbrecherische Vorhaben der Täter: Gezeigt wird eine Büchse des kristallinen Stoffes Zyklon B, andere Gegenstände stammten aus dem Besitz der Opfer. Diese waren: Gerippe von Regenschirmen, ein Löffel oder ein Kinderschuh. In diesem Schuh hatte ein jüdisches Kind aus Polen einen Zettel mit Mathematikaufgaben hinterlassen. Ausgestellt werden auch Kopien authentischer Koffer der in Auschwitz ermordeten Opfer (die originalen Koffer befinden sich im Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau). Der Saal wird von einer monumentalen künstlerischen Installation dominiert, einer über zehn Meter hohen Wand aus Koffern. Sie ähneln jenen, die den in Auschwitz Ermordeten gehörten und die zu einem Symbol der Vernichtung geworden sind.

Von hier aus geht der Besucher in den letzten Teil der Ausstellung zum Holocaust – zu einer Art Denkmal für die Opfer. Vor gläsernem Hintergrund sind die Fotografien mehrerer hundert Opfer zu sehen – in unterschiedlichem Alter und aus unterschiedlichen Ländern. Dieser Abschnitt trägt den Titel »Menschen wie wir« und soll vergegenwärtigen, dass der Holocaust kein abstrakter, entlegener historischer Prozess war, sondern individuelle Menschen betraf, die uns in vielerlei Hinsicht ähneln. Einer der letzten Säle behandelt die »Todesmärsche« aus den Konzentrationslagern von 1945.

So wird auch der Teil der Ausstellung, der dem Holocaust gewidmet ist, in einen größeren Zusammenhang gerückt. Dass die gesamte deutsche Terrormaschine erklärt und veranschaulicht wird, ist neu für ein Museum zum Holocaust. In den meisten Museen wird die Judenvernichtung abgetrennt von anderen Formen des deutschen Terrors gezeigt. Dieser Terror richtete sich aber auch gegen andere Opfergruppen wie Häftlinge, Zwangsarbeiter und Deportierte. Unter ihnen gab es auch Juden, die, ehe sie ermordet wurden, oft



Oben: Das Museum des Zweiten Weltkriegs (Muzeum II Wojny Światowej) in Danzig
Foto: Jroepstorff, CC BY-SA 4.0



Links: Schlüssel, die die in Jedwabne ermordeten Juden bei sich trugen.
Foto: Dominik Jagodziński

.....
in Jedwabne vgl. Edmund Dmitrów, Paweł Machcewicz, Tomasz Szarota, *Der Beginn der Vernichtung. Zum Mord an den Juden in Jedwabne und Umgebung im Sommer 1941. Neue Forschungsergebnisse polnischer Historiker*, Osnabrück 2004.

Zwangsarbeiter oder KZ-Häftlinge gewesen oder gezwungen worden waren, von ihren Wohnorten in die neugeschaffenen Ghettos zu ziehen. Diese umfassende Perspektive bietet eine außergewöhnliche Möglichkeit, um die Entwicklung und komplexe Struktur der NS-Gewalt und des Völkermords zu zeigen. Sie erlaubt auch, die Weiterentwicklung der deutschen Besatzungspolitik gegenüber den unterschiedlichen gesellschaftlichen, nationalen und ethnischen Gruppen anzusprechen und Unterschiede deutlich zu machen.

Symbol für die Schicksalsgemeinschaft der Opfer ist ein Eisenbahnwaggon, der sich genau in der Mitte des Blocks zum Thema Terror befindet. Von ihm aus begibt man sich in alle bereits erwähnten Teile. Dieses besondere Exponat hat eine ungewöhnliche Geschichte: Der Waggon wurde im Ersten Weltkrieg in Deutschland hergestellt, dann vom wiederentstandenen polnischen Staat und im September 1939 von den Sowjets übernommen. Im Jahr 1941, nachdem das »Dritte Reich« die Sowjetunion überfallen hatte, fiel er den Deutschen in die Hände und wurde von ihnen bis Kriegsende verwendet, als ihn die Polnischen Staatsbahnen wiedererlangten. In solchen Waggonen brachten die Sowjets Hunderttausende von polnischen Staatsbürgern in den Osten, und in solchen Waggonen transportierten die Deutschen Deportierte, Zwangsarbeiter und Gefangene in die Konzentrationslager und Juden in die Vernichtungslager. Der Waggon zeigt auch, welch große Kraft Exponate in Ausstellungen haben. Seine Geschichte erzählt nicht nur vom Besatzungsterror und vom Holocaust, sondern auch von den entstehenden und zerstörten Staaten in Mittel- und Osteuropa im 20. Jahrhundert, von den sich verändernden Grenzen. Notabene stehen unter anderem im Holocaust-Museum in Washington und in Yad Vashem in Jerusalem ähnliche Waggonen, die allein das Schicksal der Juden symbolisieren sollen. In Danzig wollten wir aber die vielen Schichten des Exponats zeigen, was keineswegs heißt, dass wir das Schicksal der verschiedenen Opfergruppen gleichsetzen.

Die Veränderungen der Ausstellung und die Zukunft des Museums des Zweiten Weltkriegs

Nach der formellen Auflösung des seit 2008 bestehenden Museums des Zweiten Weltkriegs, der Neugründung eines neuen Museums mit demselben Namen und meiner Absetzung von der Position des Direktors (all dies geschah an einem einzigen Tag, am 6. April 2017) ist die Dauerausstellung von Seiten des Kulturministers und dem neu eingesetzten Direktor ständig kritisiert worden. Es wurden Veränderungen angekündigt, die ihren »polnischen Charakter« hervorheben sollten. Zu den ersten Eingriffen in das Konzept kam es im Oktober 2017. Neben anderem wurde ein Film ausgetauscht, der auf einer Wand im letzten Ausstellungssaal gezeigt wurde und der Konflikte, Kriege, Gewalt und das Leiden der Zivilbevölkerung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum heutigen Tag behandelt. Die

letzten Szenen, die der Besucher vor dem Verlassen der Ausstellung sah, waren Szenen der Kriege in Syrien und in der Ukraine, Bilder von zivilen Flüchtlingen aus Gebieten, die heute von bewaffneten Konflikten ergriffen sind. Wir wollten dies als eine Art universelles Memento verstanden wissen, das daran erinnern sollte, dass Kriege, Leiden und Gewalt immerfort um uns sind – und eine Neigung zu Gewalt in uns allen steckt. Anstelle des Originalfilms wird nun eine vierminütige Computeranimation gezeigt, die nur von der Geschichte Polens erzählt.

Die Kritik betraf auch den Abschnitt über die Judenvernichtung. Dem von der PiS ernannten Museumsdirektor zufolge stellte sie angeblich den Antisemitismus der Polen in den Vordergrund. Die erste Veränderung war die Ergänzung eines großformatigen Fotos, das auf einer Wand zwischen dem Saal zu Auschwitz und dem Denkmal für die ermordeten Juden untergebracht wurde. Es zeigt die polnische Familie Ulma, die in der Ortschaft Markowa im Karpatenvorland eine jüdische Familie versteckt hatte, wofür sie von den Deutschen erschossen wurde. Das Bild ist überschrieben mit dem Titel »Das Verhalten der Polen gegenüber dem Holocaust« und legt nahe, dass das Beispiel der Familie Ulma verbreitet war und im Krieg der Großteil der polnischen Bevölkerung Hilfe leistete. Dass die Ulmas aufgrund der Denunziation eines polnischen Polizisten den Tod fanden, wird nicht gesagt.

Es gab auch andere Eingriffe, die die polnisch-jüdischen Beziehungen neu interpretieren, und zwar in einem Teil der Ausstellung, der nichts mit dem Abschnitt zum Holocaust zu tun hat. In dem Abschnitt über den Polnischen Untergrundstaat wird von der Hilfe für die Juden erzählt, die vor allem durch den 1942 gebildeten Judenhilfsrat geleistet wurde. Gezeigt wird hier Irena Sendler, eine der Heldinnen der Judenhilfe, die jüdische Kinder aus dem Warschauer Ghetto rettete. Die Erzählung über den polnischen Untergrund, auch über die Judenhilfe, sind durch die Inszenierung eines Kellerraums dargestellt, was ihren geheimen, »untergründigen« Charakter hervorheben soll. Die einzelnen Elemente der Narration befinden sich in je abgegrenzten, durch Backsteinwände voneinander getrennten Nischen. Die Politiker der PiS hatten immer wieder kritisiert, dass damit die Ausmaße und die Bedeutung der Hilfe von Polen für Juden reduziert und es den Besuchern schwer gemacht werden solle, diesen Teil der Ausstellung zu finden.¹¹ Im polnischen Parlament erhob Ministerpräsident Mateusz Morawiecki einen ähnlichen Vorwurf.¹² Im März 2018 wurde ein Teil

11 Siehe u.a. die Äußerung des polnischen Kulturministers Piotr Gliński, »Waleśa to Myszka Miki wykorzystywana w walce politycznej. Rozmowa Jacka Nizinkiewicza z wicepremierem i ministrem kultury Piotrem Glińskim« [Waleśa wird wie Mickey Mouse im politischen Kampf genutzt. Gespräch von Jacek Nizinkiewicz mit dem Vizepremier und Kulturminister Piotr Gliński], in: *Rzeczpospolita*, 6.9.2017.

12 Michał Karnowski, »Ta debata to kolejny dowód, że PiS powinni być stale w ofensywie. Mocne wystąpienie Morawieckiego« [Diese Debatte ist ein weiterer

der Ausstellungsinszenierung zerstört, indem Löcher in die Kellerwände gebrochen wurden, und zwar genau dort, wo die Geschichte des Judenhilfsrats und die Person von Irena Sendler gezeigt werden. Nun ist die polnische Hilfe für die Juden angeblich besser zu sehen und von den Besuchern leichter zu bemerken.¹³

Die neue Leitung des Museums des Zweiten Weltkriegs hat auch öffentlich kritisiert, wie das Verbrechen von Jedwabne präsentiert wird. Die polnische Verantwortung dafür werde angeblich zu stark hervorgehoben. Vielleicht ist dies eine Ankündigung zu weiteren Veränderungen der Ausstellung.¹⁴

Ich und die drei anderen Urheber der Ausstellung, Piotr M. Majewski, Janusz Marszałec und Rafał Wnuk, haben gegen den neuen

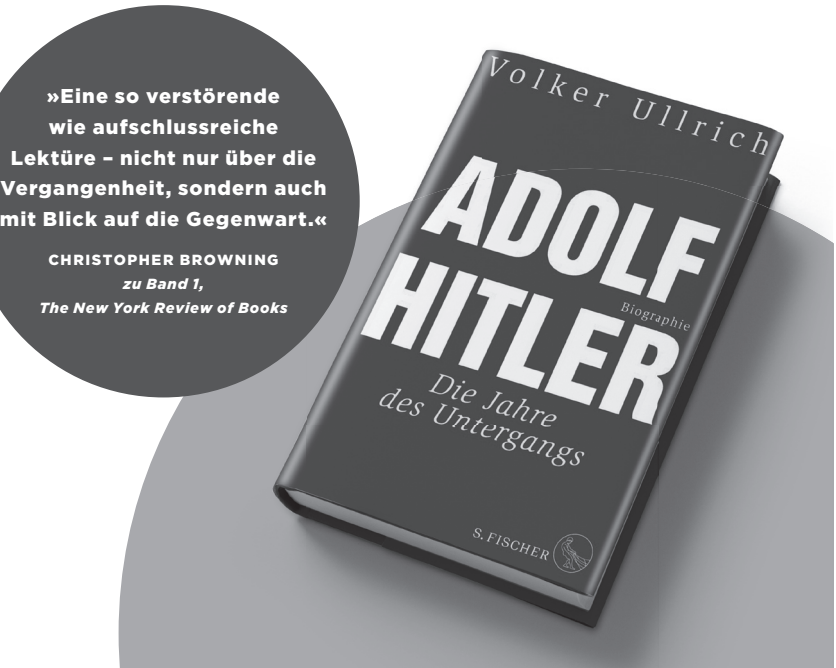
.....

Beweis dafür, dass die PiS ständig in die Offensive gehen muss. Starker Auftritt von Morawiecki], in: *wPolityce.pl*, 9.5.2018.

13 Estera Flieger, »Z Muzeum II Wojny Światowej znikają niesłuszni partyzanci« [Aus dem Museum des Zweiten Weltkriegs verschwinden die unbotmäßigen Partisanen], in: *Gazeta Wyborcza*, 27.3.2018.

14 Vgl. hierzu: Estera Flieger, »Dobra zmiana« w Muzeum II Wojny chce poprawić Jedwabne« [Der »Gute Wandel« im Museum des Zweiten Weltkriegs will Jedwabne verbessern], in: *Gazeta Wyborcza*, 16.2.2018.

Eine glänzend geschriebene Biographie Adolf Hitlers, die unser Bild des Diktators für lange Zeit maßgeblich prägen wird. Der zweite Band schildert die dramatischen Jahre ab 1939: die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs, den Weg in den Holocaust und das apokalyptische Finale 1945.



Direktor des Museums des Zweiten Weltkriegs vor dem Gericht in Danzig Klage eingereicht. Wir berufen uns hier auf unsere Urheberrechte und verlangen die Wiederherstellung der ursprünglichen Form der Ausstellung sowie den Verzicht auf weitere Veränderungen. Die künftige Form der Ausstellung ist derzeit also ungewiss und hängt von der Entscheidung des Gerichts und der Entwicklung der Lage in Polen ab. Das Museum des Zweiten Weltkriegs ruft in der Öffentlichkeit nach wie vor größtes Interesse hervor. Die Besucherzahl im ersten Jahr nach der Eröffnung hat eine halbe Million überschritten und ist damit fast an die Grenze ihrer Aufnahmefähigkeit gekommen. Es ist die höchste Besucherzahl unter allen modernen Geschichtsmuseen in Polen.¹⁵

Aus dem Polnischen von Peter Oliver Loew

.....

15 Vgl. Daniel Logemann, »Streit um das Museum des Zweiten Weltkriegs in Gdańsk. Wie soll man »polnische Geschichte« zeigen?«, in: <https://zeitgeschichte-online.de/geschichtskultur/streit-um-das-museum-des-zweiten-weltkriegs-gdansk> [10.9.2018].

Nationales Schandmal und »Zugpferd nach Europa«

Das kroatische Gedenkmuseum Jasenovac

Von Ljiljana Radonić



Dr. Ljiljana Radonić lehrt seit 2004 am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien über Antisemitismustheorie und (ostmittel- sowie südost-) europäische Erinnerungskonflikte seit 1989. *Veröffentlichungen (Auswahl):* Die friedfertige Antisemitin reloaded. Weibliche Opfermythen und geschlechtsspezifische antisemitische »Schiefheilung«, Graz 2018; zus. mit Bogusław Dybaś und Irmgard Nöbauer (Hrsg.), Auschwitz im Kontext – Die ehemaligen Konzentrationslager im gegenwärtigen europäischen Gedächtnis, Frankfurt am Main 2017.

Die meisten NS-Kollaborationsregime lieferten Opfer rassistischer Verfolgung entweder an das »Dritte Reich« aus, das sie in Todes- und Vernichtungslager deportierte, oder die Opfer wurden von bestellten Erschießungskommandos ermordet. Todeslager, die nicht vom NS-Regime betrieben wurden, sind daher eine Ausnahme. Während Rumänien weitgehend selbständig Konzentrationslager im besetzten Transnistrien betrieb,¹ befand sich das von den Ustaša eingerichtete KZ Jasenovac nur 100 Kilometer südöstlich der Hauptstadt des von 1941 bis 1945 existierenden »Unabhängigen Staates Kroatien«, der de facto ein Satellitenstaat von Hitlers und Mussolinis Gnaden war.

Der folgende Beitrag beleuchtet zunächst die Geschichte dieses Lagerkomplexes im Kontext des Ustaša-Staates, dann den Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg, dem Bürgerkrieg und dem Massenmord an der serbischen, jüdischen und Roma-Bevölkerung im sozialistischen Jugoslawien nach 1945 und schließlich die Rolle der in den 1960er Jahren errichteten KZ-Gedenkstätte Jasenovac im unabhängigen Kroatien. Es wird dargelegt, dass die 1991 im Zuge des Kroatienkrieges aufgelassene Gedenkstätte nach der Wiedereröffnung der ständigen Ausstellung 2006 im Zuge der kroatischen Beitrittsbemühungen ihr »Europäisch-Sein« stark betonte, sich an »internationalen Standards« der Musealisierung orientierte und somit als »Zugpferd Richtung Europa« in einer Zeit fungieren sollte, in der die EU-Beitrittsverhandlungen aufgrund von Vorwürfen mangelnder Kooperation mit dem Haager »International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia« (ICTY) stockten. Das Museum orientierte sich deshalb – so meine These – stark an westlichen

Holocaust-Museen, allen voran dem United States Holocaust Memorial Museum in Washington. Dies führte jedoch dazu, dass der *In-situ*-Charakter der Gedenkstätte vernachlässigt wurde, ebenso wie die genaue Beleuchtung der Täter (und gänzlich die von Täterinnen) und die Spezifik, dass die Ustaša nicht nur Jüdinnen und Juden, Romnija und Roma, sondern eigeninitiativ auch Serbinnen und Serben ermordeten – auch dann noch, als dies für starken Zulauf zur Partisanenbewegung sorgte und sogar beim NS-Regime auf Kritik stieß. Das Jasenovac-Gedenkmuseum, das bisher mehr als 83.000 der bis zu 100.000 Opfer namentlich identifiziert hat, davon über 47.000 serbische und über 16.000 Roma-Opfer, ist also nicht primär ein Holocaust-Museum, sieht jedoch aufgrund der »Universalisierung des Holocaust« als Negativikone unserer Ära wie eines aus. Es ist die einzige zeitgeschichtliche ständige Ausstellung im heutigen Kroatien.

Jasenovac und der »Unabhängige Staat Kroatien« 1941–1945

Das Königreich Jugoslawien wurde im April 1941 binnen weniger Tage zerschlagen. Da der Vorsitzende der Kroatischen Bauernpartei Vladko Maček es ablehnte, einen NS-Satellitenstaat anzuführen, wurde Ante Pavelić, der Kopf der mittlerweile stark an der NS-Ideologie orientierten Ustaša-Bewegung, aus dem italienischen Exil geholt und am 10. April der »Unabhängige Staat Kroatien« ausgerufen. Er umfasste neben Kroatien auch Bosnien-Herzegowina und erfreute sich zunächst großen Zuspruchs der Bevölkerung, der sich jedoch fühlbar verminderte, als deutlich wurde, dass beinahe die gesamte Küste mitsamt den Inseln Italien zufiel. Die ersten Ustaša-Lager wurden in dem Gebiet zwischen der italienischen Besatzungszone und dem kroatischen Kernland errichtet, der sogenannten Zone II, in der die Ustaša die zivile und die Italiener die Militärverwaltung innehatten. Als die italienischen Besatzer von dem Massenmord in den Lagern Jadovno, Gospić und auf der Insel Pag erfuhren, war dies mit ein Grund dafür, diese Zone vollständig zu besetzen. Die Liquidierung der ersten Ustaša-Lager bedeutete jedoch auch die Ermordung der meisten – vor allem serbischen und jüdischen – Häftlinge.²

Bereits im Sommer 1941 errichteten die Ustaša die ersten Lager (I und II) des Lagerkomplexes Jasenovac an den Ufern der Save, die wegen ständiger Überschwemmungen bald aufgelassen wurden. Auf dem Gelände einer Ziegelbrennerei befand sich nun das Hauptlager, Jasenovac III, im Ort Jasenovac in einer Lederfabrik Jasenovac IV, und im 40 Kilometer entfernten Stara Gradiška wurden vor allem politische Häftlinge, Frauen und Kinder inhaftiert (Jasenovac V).

Der Lagerkomplex war einerseits ein Arbeitslager, aus dem manche Häftlinge nach Ablauf ihrer Strafe von einigen Monaten oder Jahren freigelassen wurden, andererseits ein Todeslager, in dem Tausende Menschen unmittelbar nach ihrer Ankunft oder im Zuge von Liquidierungswellen ermordet wurden. Getötet wurde mit besonders brachialen Methoden wie Schlägen mit großen Hämmern auf den Kopf, seltener mit Schusswaffen – weshalb Jasenovac im Gegensatz zum oftmals als »industriell« beschriebenen Mordprozesses in den Vernichtungslagern auch als »Manufaktur des Todes« bezeichnet wird. Obwohl die Partisaninnen und Partisanen unter den Häftlingen im Lager gut organisiert waren und mit der Außenwelt in Verbindung standen, griff die Widerstandsbewegung das Lager nie an, da es auf drei Seiten von der Save bzw. Sümpfen umgeben war und direkt an der stark bewachten Zugstrecke von Zagreb nach Belgrad lag. Als unter den Häftlingen bekannt wurde, dass das Lager liquidiert werden sollte, versuchten am 22. April 1945 mehrere Hundert von ihnen zu fliehen, doch nur einige Dutzend überlebten den Ausbruch. Die Ustaša sprengten das Hauptlager, die neuen sozialistischen Behörden entfernten in den ersten Nachkriegsmonaten die restlichen Spuren – und es sollte bis in die 1960er Jahre dauern, bis Überlebende und Familienangehörige der Ermordeten eine offizielle Gedenkstätte durchsetzen konnten.

Die jugoslawische Vergangenheitspolitik 1945–1989

Wie in anderen sozialistischen Staaten legitimierte auch die kommunistische Führung Jugoslawiens Machtanspruch und -besitz durch den Partisanenkampf als legitimen Weg der Machtergreifung. Tatsächlich hatte sich Jugoslawien im Gegensatz zu anderen ost- und südosteuropäischen Staaten weitgehend aus eigener Kraft von der nationalsozialistischen Besatzung befreit, was es Tito unter anderem 1948 erlaubte, mit Stalin zu brechen und einen jugoslawischen Sonderweg einzuschlagen. Im Zweiten Weltkrieg hatte im Land ein Bürgerkrieg zwischen den kroatischen Ustaše, den serbischen Monarchisten Četnici und der Partisanenbewegung – mit wechselnden Fronten und Verbündeten – getobt, der vor allem auf dem Rücken der Zivilbevölkerung ausgetragen worden war. Dennoch beinhaltete der Gründungsmythos des gemeinsamen Kampfes der »supra-nationalen« Partisaninnen und Partisanen keine Schuldaufrechnung nach Nationen, alle Verantwortung wurde den als besiegt geltenden nicht-kommunistischen Feinden aus allen jugoslawischen Republiken »zu gleichen Teilen« zugeschoben.³

¹ Das bekannteste Lager, Bogdanowka, befand sich mehr als 700 Kilometer von Bukarest entfernt. Dort wurde vor allem die jüdische Bevölkerung aus Odessa ermordet. Vgl. Yad Vashem: »Bogdanovka«, http://www.yadvashem.org/untoldstories/database/murderSite.asp?site_id=324 [22.6.2018].

² Vgl. Mirko Peršen, *Ustaški logori*, Zagreb 1990, S. 81.

³ Vgl. Wolfgang Höpken, »Vergangenheitspolitik im sozialistischen Vielvölkerstaat 1944–1991«, in: Petra Bock, Edgar Wolfrum (Hrsg.), *Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich*, Göttingen 1999, S. 210–243.

Eine komplizierte Rolle spielte schon damals Jasenovac, da es dem Narrativ der »Brüderlichkeit und Einheit« zuwiderlief. Erst in den liberaleren 1960er Jahren konnte dort überhaupt eine offizielle Gedenkstätte errichtet werden, zuvor hatten Familienangehörige und Überlebende nur informelle Gedenkfeiern abgehalten.⁴ Einerseits war das Lager als Ort des Grauens sehr präsent, und die Zahl von 700.000 Häftlingen, die dort angeblich getötet worden waren, diente als Druckmittel bei Verhandlungen über Entschädigungszahlungen. Andererseits ließ sich das kroatische Konzentrationslager nicht mit der üblichen Erklärung des Krieges als Kampf aller jugoslawischen Nationen gegen die faschistischen Besatzer fassen, denn dort hatten die Ustaša aus rassistischen und antisemitischen Gründen gemordet.⁵ Die Partei missbilligte jegliche Diskussion über den Bürgerkrieg zwischen den Ustaše, Četnici und der Partisanenbewegung, sodass die einzig zulässige Erinnerung jene an den heldenhaften Kampf gegen den Faschismus war. Die Erinnerung an den Holocaust war marginalisiert, die Erinnerung an die von Partisanengruppen Getöteten tabuisiert.

Im jugoslawischen Vergangenheitsnarrativ nach 1945 durfte es nur eine untergeordnete Rolle spielen, dass die Mehrzahl der Opfer wegen ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit ermordet wurde, nicht als politische Gegnerinnen und Gegner oder wegen ihres antifaschistischen Widerstands. Auf serbischer Seite brachte dies Frustrationen aufgrund »einer nicht hinreichend gewürdigten Opfer-Rolle im Kriege; auf kroatischer Seite die nicht minder unterdrückte Frustration eines latenten Kollektivschuld-Verdachts«⁶ mit sich. In den 1960er Jahren beendeten kroatische und serbische Historiker – auf kroatischer Seite allen voran Franjo Tuđman, der spätere kroatische Präsident – den verordneten Nachkriegskonsens durch Debatten über den Anteil ihrer jeweiligen Länder an der Partisanenbewegung, an Sieg und Verrat.⁷ Diese konkurrierenden Erinnerungen wurden spätestens in den 1980er Jahren ein entscheidender politischer Mobilisierungsfaktor. Die Zahlen der im »Auschwitz des Balkan« Getöteten wurden in serbischen Medien auf eine Million aufgeblasen, während der spätere kroatische Präsident in seinem 1989 erschienenen Buch *Irrwege der Geschichtswirklichkeit*, das auch antisemitische Passagen enthält, die Opferzahl auf 30.000–40.000 reduzierte. Diese Mobilisierung von Jasenovac für den sich radikalisierenden serbischen und kroatischen Nationalismus machte den Jugoslawien-Krieg

nach dem Zerfall des Vielvölkerstaates zu einem »Krieg um die Erinnerung«⁸.

Jasenovac im unabhängigen Kroatien unter Franjo Tuđman 1990–1999

Franjo Tuđman, der sich als Präsident aller Kroatinnen und Kroaten weltweit, nicht jedoch aller Staatsbürgerinnen und Staatsbürger Kroatiens begriff, prägte Kroatien mit seinem Demokratie- und Geschichtsverständnis bis zu seinem Tod 1999. Abgesehen von seinen enormen Vollmachten als Präsident und den deutlich undemokratischen Merkmalen seiner »Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft« (HDZ) sowie dem Verständnis von Bosnien-Herzegowina als »eigentlich« zu Kroatien gehörig,⁹ waren die 1990er Jahre vor allem durch mangelnde Pressefreiheit und einen staatlich getragenen Geschichtsrevisionismus insbesondere in Bezug auf den Ustaša-Staat gekennzeichnet. In Kroatien schien die Trennung von Jugoslawien und seinem antifaschistischen Dogma nur denkbar zu sein in Kombination mit einem positiven Bezug auf den »Unabhängigen Staat Kroatien«, der laut Tuđman »nicht nur ein ›Quisling«-Gebilde oder ein ›faschistisches Verbrechen« war, sondern einerseits der Ausdruck historischer Bestrebungen des kroatischen Volkes nach einem unabhängigen Staat und andererseits der Einsichten internationaler Akteure, in diesem Fall der Regierung Hitlerdeutschlands, die auf den Ruinen von Versailles die Neuordnung Europas schneiderte, in die Sehnsüchte Kroatiens und seine natürlichen Grenzen.«¹⁰ Er sei zwar der *Form* nach faschistisch gewesen, sein *Inhalt* hingegen »rein« und »volksbefreiend« geblieben. Die faschistische politische Form sowie der extreme Antisemitismus seien dem Land von außen, von den deutschen Besatzern also, aufgezwungen worden.¹¹ Zum Charakter des KZ Jasenovac schrieb er, dass nur »Vorkämpfer des Jasenovac-Mythos« behaupten könnten, das Lager sei »mit der expliziten Absicht errichtet [worden], alle Gefangenen zu liquidieren«; tatsächlich sei es bloß ein »Sammel- und Arbeitslager« gewesen.¹²

In Folge dessen machte sich Tuđman für die Idee einer »nationalen Versöhnung« stark. Er behauptete, dass Ustaša und Partisanen

^[1] Ljiljana Radonić, Krieg um die Erinnerung. Kroatische Vergangenheitspolitik zwischen Revisionismus und europäischen Standards, Frankfurt 2010.

^[2] Vgl. Mirjana Kasapović, »Die politische Entwicklung Kroatiens von 1990–2005«, in: Dunja Melčić, Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, Wiesbaden 2007, S. 453–460, hier S. 456.

^[3] Franjo Tuđman beim ersten Kongress der HDZ im Februar 1990, zit. nach Marinko Čulić, Tuđman: anatomija neprosvijedenog apsolutizma, Split 1999. Diese und alle folgenden Übersetzungen stammen von der Autorin.

^[4] Vgl. ebd., S. 25.

^[5] Ebd.

^[4] Heike Karge, Steinerne Erinnerung – versteinerte Erinnerung? Kriegsgedenken im sozialistischen Jugoslawien, Wiesbaden 2010.

^[5] Vgl. Holm Sundhaussen, »Das Konzentrationslager Jasenovac (1941–1945). Konstruktion und Dekonstruktion eines Kriegsverbrechens und Weltkriegsmythos«, in: Wolfram Wette, Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert, Darmstadt 2001, S. 370–381.

^[6] Höpken, »Vergangenheitspolitik«, S. 225.

^[7] Vgl. Darko Hudelist, Tuđman: Biografija, Zagreb 2004, S. 259.


Oben: Die Gedenklandschaft in Jasenovac hat sich seit den 1960er Jahren nicht verändert.

Links: Die 2006 eröffnete Ausstellung in der Gedenkstätte Jasenovac

Rechts: Glastafeln mit den Namen der Opfer hängen von der Decke. Fotos: Ljiljana Radonić

im Zweiten Weltkrieg beide auf ihre jeweilige Art für die kroatische Sache gekämpft hätten. So wurden in den neuen Machtapparat die alten kommunistischen Eliten weitgehend übernommen, wenn sie dies wünschten.¹³ Zugleich wurden Rückkehrende aus der Emigration mit einschlägiger Ustaša-Affinität oder -Vergangenheit neu in den Apparat aufgenommen. Dies führte zwar zu einer formellen Verankerung des Antifaschismus in der Verfassung. Alle konkreten Handlungen abseits dieses Lippenbekenntnisses, wie die Entfernung von fast 3.000 Denkmälern zu Ehren des Partisanenkampfes sowie Mahnmalen »für die Opfer des Faschismus«,¹⁴ zahlreiche Straßenumbenennungen und der Rückgriff auf Ustaša-Symbole und -Namen beförderten jedoch einen Geschichtsrevisionismus und einen positiven, ethnisch-nationale Identität stiftenden Bezug auf das Ustaša-Regime.

Jasenovac wird bis heute oft in einem Atemzug mit Bleiburg genannt, jenem im kroatischen Gründungsnarrativ stark mythologisierten Ort, der für das Gedenken an Zehntausende getötete Ustaša, kroatische Heimwehren (Domobrani) und Zivilpersonen steht. Diese hatten im Mai 1945 in die britische Besatzungszone nach Österreich flüchten wollen, ihre Kapitulation wurde von den Briten jedoch nicht angenommen, sodass sie den Partisanen ausgeliefert waren, die sie ohne Gerichtsverfahren erschossen oder auf »Todesmärsche« geschickt hatten. Im Gegensatz zu Tudman, der auf eine Balance der Opferzahlen von Jasenovac und Bleiburg aus war, wurde in den 1990er Jahren in der Öffentlichkeit die Zahl der Bleiburger Opfer oft auf mehrere Hunderttausend heraufgesetzt. Unter der Schirmherrschaft von Regierungs- und Parlamentsmitgliedern wurde auf den alljährlich stattfindenden Gedenkveranstaltungen im Kärntner Ort Bleiburg nicht selten vom »kroatischen Holocaust«¹⁵ gesprochen. Das kroatische Fernsehen übertrug die Bleiburg-Veranstaltungen ungeachtet der dort bis heute zur Schau getragenen Ustaša-Ikonographie live, die Gedenkveranstaltungen in Jasenovac erst seit 2003. Die Zahl der Besucherinnen und Besucher in Bleiburg übertraf immer jene in Jasenovac, und die Kirche sandte regelmäßig Bischöfe nach Österreich, bei den Gedenkveranstaltungen in Jasenovac war sie hingegen lange Jahre gar nicht und erst in den letzten Jahren ab und zu durch lokale Vertreter repräsentiert.¹⁶

¹³ Vgl. Kasapović, »Entwicklung«, S. 454.

¹⁴ Vgl. Juraj Hrženjak, *Rušenje antifašističkih spomenika u Hrvatskoj 1990–2000*, Zagreb 2002.

¹⁵ Vgl. Wolfgang Höpken, »Jasenovac – Bleiburg – Kočevski rog. Erinnerungsorte als Identitätssymbole in (Post-)Jugoslawien«, in: Angela Richter, Barbara Beyer (Hrsg.), *Geschichte (ge-)brauchen. Literatur und Geschichtskultur im Staatssozialismus: Jugoslawien und Bulgarien*, Berlin 2006, S. 401–428, hier S. 417. Vgl. zur Verwendung des Begriffs z.B. John Ivan Prcela, Dražen Živić, *Hrvatski Holokaust. Dokumenti i svjedočanstva o poratnim pokoljima u Jugoslaviji*, Zagreb 2001.

¹⁶ Vgl. Radonić, *Krieg*, S. 165 f.

Entsprechend seiner Versöhnungsthese entwickelte Tudman den Plan einer »nationalen Gedenkstätte Jasenovac«: Die Opfer von Bleiburg und Jasenovac sollten gemeinsam auf dem KZ-Gelände begraben werden. Durch internationale Proteste unter Druck gesetzt, versuchte Tudman seinen Plan durch die Behauptung zu verteidigen, dass Jasenovac nach 1945 ein kommunistisches Lager gewesen sei, was jedoch historisch schlicht nicht haltbar ist. Da die »Universalisierung des Holocaust« als negative Ikone der Menschheit zu diesem Zeitpunkt bereits zu weit fortgeschritten war, um eine KZ-Gedenkstätte dermaßen zu missbrauchen, musste er diesen Plan aufgeben. Kroatien war zu dieser Zeit, in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, international weitgehend isoliert. Für seine aggressiven Versuche der Zerschlagung Bosnien-Herzegowinas zum Zwecke der Einverleibung der mehrheitlich kroatischen Herzegowina sowie die starken Demokratiedefizite wurde es heftig kritisiert, änderte seine Politik in diesen Punkten aber bis zum Tod Tudmans Ende 1999 nicht. Die vehemente Kritik an der geschichtsrevisionistischen Umwidmung einer KZ-Gedenkstätte war jedoch auch in dieser Phase erfolgreich – diese Interventionen konnte die Regierung nicht einfach als ungerechtfertigte Einmischung in interne Angelegenheiten abtun.

Achterbahn der Vergangenheitspolitik im demokratischen Kroatien seit 2000

Die sozialdemokratisch geführte Regierung brachte ab 2000 nicht nur eine Trendwende in Richtung einer Konsolidierung der Demokratie, was sich etwa in der Beschneidung der Rechte des Präsidenten und einer Öffnung der Medienlandschaft niederschlug, sondern läutete auch eine neue Phase des Umgangs mit der Vergangenheit ein. Hatte Tudman 1990 den Zagreber Platz, auf dem sich die Gestapo- und die Ustaša-Zentrale befunden hatten, von »Platz der Opfer des Faschismus« in »Platz der kroatischen Größen« umbenennen lassen, erhielt er 2000 seinen alten Namen zurück. 2001 wurde für Jasenovac ein aus neun Mitgliedern bestehender Rat geschaffen, um »die Politik des Schutzes, der Renovierung, der Nutzung und der Präsentation der Gedenkstätte Jasenovac zu sichern«.¹⁷ Mit der Entsendung von verschiedenen Opfervertretern und -vertreterinnen in den Rat und der Wahl Slavko Goldsteins, eines jüdischen Partisanen und Liberalen, zu dessen Präsidenten begann das Bemühen um die internationale Anerkennung der Gedenkstätte. Im Jahr 2002 sprach mit Ilica Račan erstmals ein amtierender Premierminister auf der jährlichen Gedenkveranstaltung in Jasenovac. Allerdings schreckte er, dessen linke Regierungskoalition stark unter Beschuss der mächtigen Veteranenverbände des »Heimatländischen Krieges« stand,

.....

¹⁷ Nataša Mataušić, *Jasenovac 1941–1945. Logor smrti i radni logor*, Jasenovac, Zagreb 2003, S. 167.

davor zurück, klar zu formulieren, wer die Verbrechen begangen hatte. Er sprach vielmehr allgemein von »dem Bösen«, das sich in Jasenovac ereignet hätte, ohne die Verantwortlichen zu benennen.¹⁸

2003 kam mit Ivo Sanader, der für seine Europaorientierung bekannt ist, wieder die Tudman-Partei HDZ an die Macht. Ein Holocaust-Gedenktag wurde eingeführt und die Zusammenarbeit mit der Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research (heute IHRA) vertieft. Sanaders Regierung entfernte die Denkmäler für die Ustaša-Größen Mile Budak in Sveti Rok und Jure Francetić in Slunj und startete 2004 eine Initiative zur Umbenennung jener 17 Straßen, die kroatienweit nach dem Ustaša-Minister Mile Budak benannt worden waren. 2004 brach er als erster HDZ-Spitzenpolitiker mit der Tradition, in Jasenovac neben den dort ermordeten Opfern auch jene von Bleiburg zu erwähnen. Er hob ausdrücklich hervor, dass »das Ustaša-Regime«¹⁹ für die Verbrechen verantwortlich war und nicht etwa ahistorische Kräfte, wie zum Beispiel das von Tudman immer wieder zitierte »Böse«. Der Premier betonte, das heutige Kroatien sei auf den Grundfesten des Antifaschismus erbaut, fügte jedoch hinzu, dass auch »der Heimatländische Krieg ein Kampf gegen eine Art von Faschismus war«.²⁰ Ähnlich argumentierte er 2005 bei seinem Besuch in der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, als er das »kroatische Leiden« mit dem Holocaust gleichsetzte: »Wir waren Opfer eines solchen furchtbaren Wahnsinns, wie es der Nationalsozialismus und der Faschismus waren, und niemand weiß besser als Kroatien und die Bürger Kroatiens, was es bedeutet, Aggression und Verbrechen erdulden zu müssen.«²¹ Diese Argumentationsweise ist symptomatisch für die Problematik der Annahme des Holocaust als »»Container« für Erinnerungen an unterschiedliche Opfer«.²²

Das Jasenovac-Gedenkmuseum als »Zugpferd nach Europa«

Die 2006 erfolgte Neueröffnung des Gedenkmuseums in Jasenovac, das seit Kriegsbeginn 1991 verwaist war, muss im Kontext der kroatischen EU-Beitrittsbemühungen gesehen werden. Diese waren ins Stocken geraten, weil der Haager Gerichtshof für das

¹⁸ Vgl. *Novi list*, 20.4.2002.

¹⁹ Homepage der kroatischen Regierung: http://www.vlada.hr/hr/naslovnica/izjave_i_govori_predsjednika_vlade/2004/govor_na_otvaranju_obnovljenog_spomenika_u_spomen_podrucju_jasenovac_16_ozujka_2004 [28.11.2010, heute nicht mehr abrufbar].

²⁰ Homepage der kroatischen Regierung: http://www.vlada.hr/hr/naslovnica/izjave_i_govori_predsjednika_vlade/2005/govor_dr_sc_ive_sanadera_predsjednika_vlade_republike_hrvatske_jasenovac_24_travnja_2005 [28.11.2007].

²¹ Homepage der kroatischen Regierung: <http://www.vlada.hr/default.asp?gl=200506280000018> [20.10.2006].

²² Daniel Levy, Natan Sznaider, *Erinnerung im globalen Zeitalter: Der Holocaust*, Frankfurt am Main 2007.

ehemalige Jugoslawien (ICTY) Kroatien vorwarf, das Tribunal nicht ausreichend bei der Suche nach dem mutmaßlichen Kriegsverbrecher Ante Gotovina, der 1995 die Rückeroberung der serbischen Krajina durch kroatische Kräfte befehligt hatte, zu unterstützen.²³ In dieser Zeit bestellte der HDZ-Kulturminister die in den USA ausgebildete Kunsthistorikerin Nataša Jovičić als Direktorin der Gedenkstätte. Sie betonte, die Ausstellung sei »in Zusammenarbeit mit internationalen Experten« entwickelt worden, damit sie »international erkennbar und im Kontext internationaler Standards«²⁴ zu verstehen sei. »Wir wollten Teil des modernen europäischen Bildungs- und Museumssystems sein und den Vorgaben folgen, die wir von den mit diesen Themen befassten Institutionen erhalten«, so Jovičić. Als Vorbilder nannte sie aber interessanterweise nicht andere KZ-Gedenkstätten, sondern das Anne-Frank-Haus in Amsterdam, das United States Holocaust Memorial Museum in Washington und die israelische

²³ Letztlich wurde Gotovina mithilfe der kroatischen Regierung auf Teneriffa festgenommen und am ICTY zunächst zur Höchststrafe von 24 Jahren verurteilt, in zweiter Instanz jedoch freigesprochen.

²⁴ *I'jesnik*, 14.2.2004.



Gedenkstätte Yad Vashem. Diese Orientierung an *memorial museums* – nicht etwa an *In-situ*-Gedenkstätten an den Orten anderer Konzentrationslager –, die sich auch im Namen des Jasenovac Memorial Museum niederschlägt, führte in der ständigen Ausstellung zu einem beinahe ausschließlichen Fokus auf die individuellen Opfer: Über den Köpfen der Besucher und Besucherinnen hängen Glastafeln mit den Namen der Opfer, zahlreiche von den Häftlingen produzierte Gegenstände sind ausgestellt, Fotos und Videos der Opfer dominieren die Ausstellung. Die Ästhetik dieser dunklen Räume erinnert stark an das 2004 wenige Wochen vor dem EU-Beitritt Ungarns eröffnete Holocaust-Gedenkzentrum in Budapest – ein Holocaust-Museum vor dem Beitritt zu eröffnen schien auch in diesem Fall wichtig, auch wenn die ständige Ausstellung erst 2006 aufgebaut werden konnte. Im Gegensatz zum ungarischen Museum, das nicht nur die NS-Täter zeigt, sondern auch schonungslos und ausführlich die ungarische Verantwortung für den Holocaust thematisiert und sogar Fotos »gewöhnlicher« Ungarinnen und Ungarn beim Plündern eines Ghettos ausstellt, werden die Täter in Jasenovac nur am Rande thematisiert, weibliche Täterinnen wie etwa Aufseherinnen des Frauen- und Kinderlagers gar nicht erwähnt.

Auf zweien der ständig gezeigten Fotos sind Täter abgebildet. Unter einer Aufnahme vom Besuch des Ustaša-Führers Pavelić bei Hitler 1941 heißt es, der habe Pavelić seine »volle Unterstützung für den Genozid an der serbischen Bevölkerung« zugesagt. Während der Massenmord an der jüdischen und Roma-Bevölkerung im Ustaša-Staat im Kontext des Vernichtungsprojekts des »Dritten Reiches« gesehen werden muss, lässt sich der Verweis auf Hitlers volle Unterstützung ausgerechnet bei dem eigeninitiativ von den Ustaša und teils gegen die explizite Intervention der Nationalsozialisten vor Ort betriebenen Massenmord an der serbischen Bevölkerung als eine Strategie der Externalisierung von Verantwortung begreifen. Auf dem anderen Foto ist hinter einem jüdischen Häftling, der gerade seinen Ehering abnimmt, ein Ustaša-Wachmann zu erkennen. Das Foto ist jedoch zugeschnitten, sodass wir den anderen Wachmann, der einen Fez, die muslimische Kopfbedeckung, mit einem Ustaša-Abzeichen trägt, nicht sehen – die Tatsache, dass auch Muslime zum KZ-Personal gehörten, wird somit ausgelassen. An den Computearbeitsplätzen in der Ausstellung und auf der Museumswebsite, also dort, wo man bestimmte Informationen nur findet, wenn man bewusst danach sucht, werden neben Ante Pavelić zehn weitere Ustaša-Täter vorgestellt. Nach den Kurzbiographien und Porträtfotos von fünf führenden Köpfen des Ustaša-Regimes folgen sieben unmittelbar für den Lagerkomplex Jasenovac Verantwortliche wie die Kommandanten Miroslav Filipović Majstorović, Ljubo Miloš oder Dinko Šakić.

So unverzichtbar die Zeugnisse der individuellen Opfer sind, so nötig wäre hier eine »integrierte Geschichte« im Sinne Saul Friedländers, die auch die Perspektive der Täter und Täterinnen beleuchtet. Nach der ersten Vorstellung des Ausstellungskonzepts

waren wenigstens neben den Namen der Opfer, die zu Beginn der Ausstellung auf einem Bildschirm durchlaufen, deren ethnische Zugehörigkeit, das Geburts- und Sterbejahr hinzugefügt worden. In der Tuđman-Ära hatte sich die Behauptung breitgemacht, die Opfer seien politische Gegner des Ustaša-Staates gewesen; also wurde in Bezug auf das Ausstellungskonzept eingewandt, es sei unverzichtbar, zu zeigen, dass auch Kinder und Greise und vor allem Angehörige der aus rassistischen Gründen verfolgten Bevölkerungsgruppen ermordet worden waren.

Der beinahe ausschließliche Fokus auf individuelle Opfergeschichten birgt eine weitere Gefahr. Nataša Jovičić kritisierte zu Recht die veraltete Pädagogik des Horrors der früheren Ausstellung, die mit schockierenden Fotografien anonymer Leichenberge und entstellter Leichen arbeitete. Sie schoss jedoch weit über das Ziel hinaus: »Wenn man sich an die Opfer als individuelle Gesichter und nicht als anonyme, bestialisch ermordete Menschenmasse erinnert, dann »schicken wir vom Ort des Verbrechens eine Botschaft des Lichts«. Auf zeitgenössische Weise präsentierte Historiografie sieht so aus, dass die Topografie des Terrors in die Topografie des Lebens umgegossen wird«,²⁵ so Jovičić in einem Zeitungsinterview. Auch in diesem Punkt konnte vor der Ausstellungseröffnung eine zumindest geringfügige Änderung des Konzepts erwirkt werden, indem vier der brachialen Tötungswerkzeuge hinzugefügt wurden.

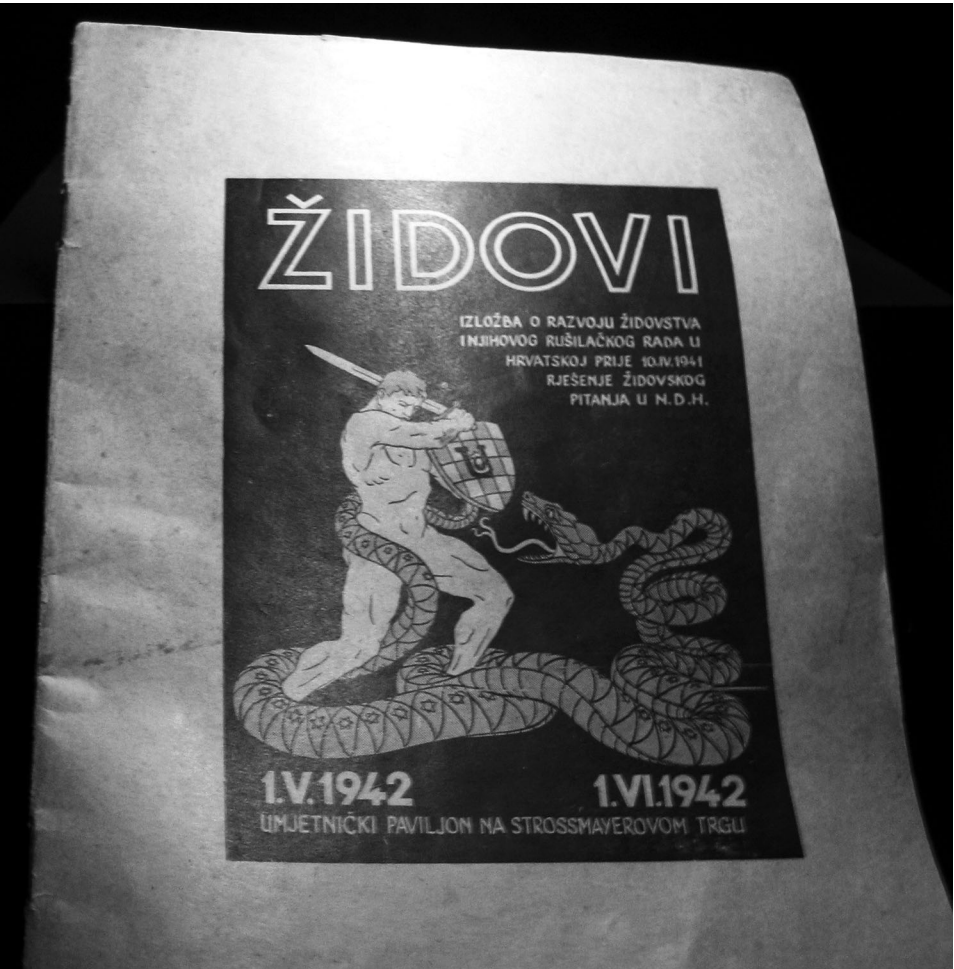
Bis heute aber ist das Areal der *In-situ*-Gedenkstätte nicht in das Ausstellungskonzept eingebunden. Es gibt zwar in der Ausstellung einen Plan der »Jasenovac-Exekutionsorte«, aber wenn man nicht weiß, dass Krapje und Bročica die Namen der Lager Jasenovac I und II waren oder dass sich unter dem Namen Uštica das Roma-Lager verbirgt, kann man die komplizierte Geschichte des Lagerkomplexes daraus nicht erschließen. Auch gibt es keinen Hinweis darauf, wie man die anderen Lagerteile heute erreichen kann und was sich dort gegenwärtig befindet. Der einzige Plan der Örtlichkeiten rund um das Museum ist ein Metallrelief auf einem Sockel mitten auf dem Gelände der Gedenkstätte – auf dem Weg vom Museum zum 1966 von Bogdan Bogdanović errichteten Mahnmal in Form einer riesigen, begehbaren Blume aus Beton. Darauf sind die Baracken, die Küche, die Ziegelbrennerei, die Werkstätten, das Krankenhaus, die Gräber usw. vermerkt – im Relief die damaligen Gebäude und die heutigen Gedenklandschaftsmerkmale übereinandergelegt. Rund um die Ausstellungseröffnung war auch angedacht, einen Lehrpfad zumindest auf dem Gelände des Hauptlagers anzulegen; bis heute bleibt das Relief aus den 1960er Jahren aber die einzige Kontextualisierung des Geländes. Die Orientierung an dem Konzept der *memorial museums* und nicht an anderen KZ-Gedenkstätten *in situ* kommt hier deutlich zum Tragen.

.....

25 *Vjesnik*, 7.3.2004.



Oben: In der ständigen Ausstellung gezeigte Tötungswerkzeuge



Links: Antisemitisches Ustaša-Plakat von 1942
Fotos: Ljiljana Radonić

Der Einfluss der »Universalisierung des Holocaust« und die Orientierung an Holocaust-Museen schlagen sich auch in dem Umstand nieder, dass zumindest in einer Bildunterschrift versucht wird, den Antisemitismus zu thematisieren und sich davon abzugrenzen, während in der Ausstellung der Hass auf die serbische und die Roma-Bevölkerung gar nicht weiter behandelt wird. Zu sehen ist ein Ustaša-Plakat, auf dem ein Ustaša gegen eine mit Davidsternen versehene Schlange kämpft. Auf dem Plakat steht: »JUDEN. Ausstellung über die Entwicklung des Judentums und ihre zersetzende Tätigkeit in Kroatien vor dem 10. April 1941. Lösung der Judenfrage im Unabhängigen Staat Kroatien.« Hierzu führt die Ausstellung aus: »Diese Ustaša- und Nazi-Propaganda wird widerlegt durch die Tatsache, dass Architekten und Bauherren jüdischer Abstammung in Zagreb in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts viele wichtige Gebäude errichtet haben.« Freilich »widerlegt« diese Bildunterschrift keinesfalls die in der Propaganda vorgetragene Vorstellung vom zersetzenden Charakter der imaginierten jüdischen Gegenrasse. Bestenfalls kann der Verweis auf die produktive Arbeit von Architekten und Bauherren als hilfloser Einwand dagegen gelesen werden, dass man sich mit dem Antisemitismus gegen »nützliche« Mitglieder der Gesellschaft richtete. Auffällig ist, dass es offensichtlich leichter fällt, den Antisemitismus als Motiv für die Verbrechen zu thematisieren, als sich mit dem spezifischen Ustaša-Hass auf »die Serben« auseinanderzusetzen. Denn den Antisemitismus konnte man als einen Import der Nationalsozialisten nach Kroatien interpretieren, wohingegen die Feindschaft der Ustaša gegen die Serben ein hausgemachtes »Problem« darstellte. Die Ausstellung spricht unumwunden vom »Genozid« an der serbischen Bevölkerung und nennt Jasenovac unmissverständlich ein Todeslager, doch die selbstkritische Auseinandersetzung mit dem Hass auf die serbische Bevölkerung scheint nach dem Krieg der 1990er Jahre schwieriger als jene mit dem Antisemitismus.

»Universalisierung des Holocaust« bedeutet auch, dass andere als jüdische Opfer des »Dritten Reiches« und seiner Hilfsvölker zunehmend aus der Marginalisierung herausgeholt werden. Zu den »internationalen Standards« der Musealisierung gehört zunehmend auch das Thematisieren der Roma-Opfer. Doch wie ich bereits andernorts für das Holocaust-Gedenkzentrum in Budapest und das Museum des Slowakischen Nationalaufstands in Banská Bystrica herausgearbeitet habe,²⁶ bedeutet die bloße Inklusion der Roma-Opfer keinesfalls, dass die jeweilige Ausstellung vor der Reproduktion von Stereotypen gefeit ist. So stehen im

Jasenovac-Ausstellungsguide die privaten Porträtfotografien der (vor allem serbischen, jüdischen und kroatischen) Opfer und deren Kurzbiographien im Vordergrund, doch die Roma sind bloß durch vier von Tätern aufgenommene, Stereotype reproduzierende Fotografien visuell repräsentiert. In dem entsprechenden Kapitel über die Verfolgung und Vernichtung der Roma heißt es, Roma-Frauen würden heute noch gern bunte Kleider tragen, und weil sie ein Volk der Freiheit und des Reisens seien, sei es für sie schlimmer als für alle anderen Volksgruppen gewesen, im Lager eingesperrt zu sein.²⁷ Während die Kapitel über die anderen Opfergruppen von Wissenschaftlern, die selbst Serbe, Jude oder Kroatie sind, verfasst wurden, schrieb eine Nicht-Romnja über die Roma-Opfer. Die anderen Kapitel enthalten zahlreiche Zeugnisse der Überlebenden, Tagebucheinträge und Ähnliches, doch in Bezug auf die Roma heißt es: »Die Berichte der wenigen Überlebenden sind so drastisch, dass wir sie als wahr und authentisch akzeptieren können oder auch nicht.«²⁸ Die Autorin entscheidet sich in der Folge dagegen, und Roma-Stimmen fehlen somit gänzlich in dem Kapitel.

Und heute?

In der Phase einer wieder sozialdemokratisch angeführten Koalition in den Jahren von 2011 bis 2016 wurde eine Neugestaltung der ständigen Ausstellung mehrfach diskutiert, und Nataša Jovičić ist seit Ende 2016 nicht mehr Direktorin der Einrichtung. Nach dem Wahlsieg der HDZ 2016 stellt die ehemalige Tudman-Partei nun Präsidentin und Regierung, eine – wie wir auch gegenwärtig in Polen beobachten können – problematische Konstellation. Die Regierungsriege der ersten sechs Monate nach dem Wahlsieg der HDZ im Januar 2016 wurde vielfach als rechtsextrem kritisiert, und insbesondere Zlatko Hasanbegović – der als Kulturminister für die Gedenkstätte Jasenovac zuständig war – fiel durch geschichtsrevisionistische Äußerungen vor allem in Bezug auf Jasenovac auf, die wenig erstaunten, wenn man von seiner Autorenschaft in der von der Ustaša-Exilorganisation Kroatische Befreiungsbewegung (Hrvatski oslobodilački pokret – HOP) herausgegebenen Zeitschrift *Nezavisna Država Hrvatska* weiß.²⁹ Doch während es kurz danach aussah, als würde Kroatien in die geschichtspolitischen Fußstapfen Ungarns und Polens treten, gab es sechs Monate nach dem HDZ-Wahlsieg aufgrund des Zusammenbruchs der Koalition

Neuwahlen, und die HDZ führt nun mit gemäßigterem Personal eine neue Koalition an. Die Verharmlosung des Ustaša-Staates wird auch jetzt von der Regierungspartei zum Teil mitgetragen und gerechtfertigt. So vernimmt man aus Kroatien Stimmen, die meinen, im Tudman’schen Versöhnungskonzept hätte der ehemalige Partisane Tudman wenigstens das antifaschistische Narrativ als eines von zwei möglichen begriffen. Gleichzeitig macht sich heute wieder eine Fixierung auf Bleiburg als Ort der kroatischen Tragödie und die Verbreitung der zuletzt von den Ustaša verwendeten Losung »Za dom spremni!« (Für die Heimat bereit!) breit, die auf eine neue Dominanz geschichtsrevisionistischer Narrative verweisen. In dieser Atmosphäre ist es vermutlich von Vorteil, dass die ständige Ausstellung in Jasenovac nicht verändert wird – vor allem, wenn man bedenkt, dass die größten Opferverbände die Mitwirkung an der jährlichen Gedenkveranstaltung an der Seite der Regierung aktuell für unmöglich halten. Sonst könnte die neue Ausstellung – frei nach dem Vorsitzenden der polnischen PiS-Partei

Jarosław Kaczyński³⁰ – eine Abkehr vom Thematisieren »kroatischer Schande« und die reine Darstellung »kroatischer Wahrheit« bedeuten. Bereits in den 1990er Jahren hatte Präsident Tudman von »kroatischer Demokratie« gesprochen – und dies war etwas anderes als »Demokratie in Kroatien«, die für alle Bürgerinnen und Bürger des Landes unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit und politischen Einstellung gegolten hätte.

.....

³⁰ Kaczyński erklärte kurz nach dem Wahlsieg 2015 in Bezug auf das Museum in Gdansk: »Wir werden das Konzept des Weltkriegsmuseums verändern, damit die Ausstellung den polnischen Standpunkt einnimmt. Die Erziehung junger Polen darf sich nicht auf das Gefühl der Scham stützen, wie das heute der Fall ist, sondern auf ein Gefühl von Würde und Stolz.« Zit. nach Florian Kellermann, »Museen vor Neuausrichtung. Polens Regierung schreibt Geschichte«, 18.4.2016, http://www.deutschlandradiokultur.de/museen-vor-neuausrichtung-polens-regierung-schreibt.1013.de.html?dram:article_id=351721 [22.6.2018]. Siehe auch den Artikel von Paweł Machcewicz in diesem Heft.

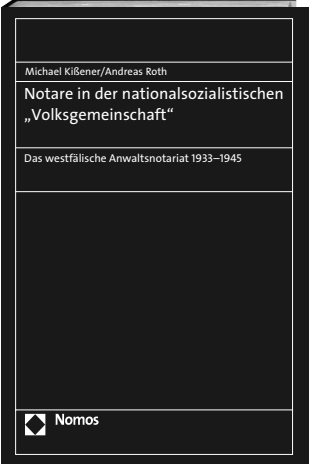
.....

²⁶ Ljiljana Radonić, »People of Freedom and Unlimited Movement: Representations of Roma in Post-Communist Memorial Museums«, in: *Social Inclusion*, Bd. 3, Nr. 5/2015 (Talking about Roma), S. 64–77, <https://www.cogitatiopress.com/socialinclusion/article/view/229> [10.9.2018].

²⁷ Narcisa Lengel-Krizman, »Genocid nad Romima – Jasenovac 1942«, in: Tea Benčić Rimay (Hrsg.), *Jasenovac Memorial Site*, Jasenovac 2006, S. 154–170.

²⁸ Ebd., S. 170.

²⁹ Index.hr, »Ovako je Hasanbegović pisao u časopisu NDH: ›Ustaše su heroji!«, 12.2.2016, <http://www.index.hr/vijesti/clanak/ovako-je-hasanbegovic-pisao-u-casopisu-ndh-ustase-su-heroji/874193.aspx> [22.6.2018].



Notare in der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“

Das westfälische Anwaltsnotariat 1933–1945

Von Prof. Dr. Michael Kißener und Prof. Dr. Andreas Roth

2017, 502 S., geb., 59,– €

ISBN 978-3-8487-4212-7 | eISBN 978-3-8452-8515-3

nomos-shop.de/29947

Die Studie analysiert die Praxis des Notarberufs in der NS-Zeit in einer zweifachen, sich ergänzenden Annäherung aus zeitgeschichtlicher und rechtshistorischer Perspektive. Im Mittelpunkt steht die Frage nach dem Platz der Notare in der von den Nationalsozialisten propagierten „Volksgemeinschaft“. Die beiden Verfasser arbeiten heraus, mit welchen Erwartungen Notare vonseiten des NS-Regimes konfrontiert waren. Anhand von statistischen Erhebungen, der Analyse von Personalakten und der Urkundenüberlieferung zeigen sie, wie die Notare auf diesen Erwartungsdruck reagierten und wie sie den ihnen verbliebenen Handlungsspielraum bei der Ausübung ihres Berufes nutzten.



Nomos
eLibrary

Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar unter: www.nomos-elibrary.de

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

**Nomos**

Die »»Arisierung« der toten Juden« Zum Umgang mit dem Holocaust in der tschechischen Erinnerungskultur seit 1945

Von Peter Hallama

Die »»Arisierung« der toten Juden«, mit dieser Bewertung brandmarkte der tschechische Historiker und Auschwitz-Überlebende Erich Kulka 1971 die aktuellen Tendenzen

in der tschechoslowakischen Erinnerungskultur.¹ Seine drastische Wortwahl war auch ein politisches Statement: Erich Kulka war nach der Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968 nach Israel emigriert und publizierte diesen Beitrag in der einflussreichen, in Paris erscheinenden Exilzeitschrift *Svědectví* (Zeugnis). Er kritisierte darin die antizionistische und antisemitische Stimmung in der Tschechoslowakei. Der konkrete Anlass für Kulkas Kritik war jedoch die Neugestaltung der tschechoslowakischen Nationalausstellung in Auschwitz im Januar 1971. In dieser Ausstellung sei, so Kulka, jeder Hinweis auf die Verfolgung der tschechischen Juden verschwunden.

Aus zwei Gründen steht Erich Kulkas Zitat am Anfang dieses Beitrags. Erstens, da es sehr deutlich – ja, drastisch – zentrale Aspekte anspricht, welche die tschechische Erinnerungskultur prägten: die Marginalisierung des Holocaust, das bewusste Übergehen der spezifischen Verfolgung der Juden während des Zweiten Weltkrieges und die Unterordnung der jüdischen Opfer unter die tschechischen Opfer im Ganzen.² Zweitens steht Kulkas polemisches Zitat am Anfang dieses Artikels, weil er damit aktuelle Tendenzen in einer musealen Ausstellung beschrieb. Ausstellungen bilden auch den Fokus in diesem Text. An ihrem Beispiel sollen die Entwicklungen der

tschechischen Erinnerungskultur seit 1945 veranschaulicht werden. Neben der tschechoslowakischen Nationalausstellung in Auschwitz, deren Analyse am Anfang steht, wird der Artikel die frühe Musealisierung Theresienstadts direkt nach Kriegsende beleuchten. Abschließend, um den Bogen von den späten 1940er Jahren über die 1970er Jahre bis in die Gegenwart zu schlagen, wird eine aktuelle Schau in den Blick genommen: die Dauerausstellung zur Geschichte der Tschechoslowakei im 20. Jahrhundert, die seit 2009 im tschechischen Nationaldenkmal Vítkov in Prag zu sehen ist.

Die tschechoslowakische Nationalausstellung in Auschwitz

Im Staatlichen Museum in Auschwitz wurden in den 1960er Jahren mehrere sogenannte Länder- oder Nationalausstellungen eingerichtet. Sie wurden in unterschiedlichen Blocks, den Backsteingebäuden des ehemaligen Stammlagers Auschwitz untergebracht, in dem bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit die dauerhafte Präsentation des Museums installiert worden war.³ Die Nationalausstellungen wurden von den jeweiligen Ländern selbst konzipiert. Die erste dieser Art war jene der Tschechoslowakei, die am 24. Januar 1960 in Block 16 eröffnet wurde. Nur kurz darauf folgten die ungarische und die sowjetische.⁴

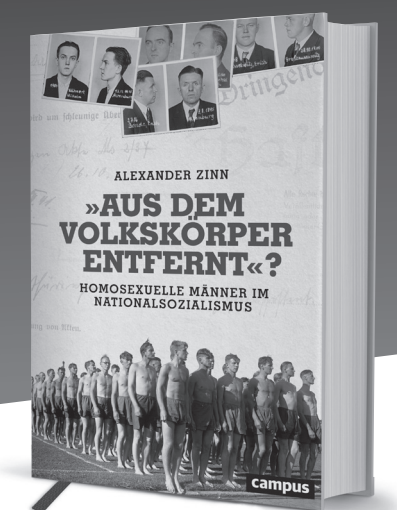
Die Ausstellung der Tschechoslowakei zeigte weniger das Leben der tschechoslowakischen Häftlinge in Auschwitz (welche in der überwiegenden Mehrheit Juden und Jüdinnen waren), sondern beleuchtete die Zerschlagung des Staates 1938 und 1939, den antifaschistischen Widerstand (vor allem jenen der Kommunisten) und die nationalsozialistischen Repressionen gegen Tschechen und Slowaken. Der Holocaust kam nur am Rande vor. Er wurde, wie auch allgemein in der tschechischen Erinnerungskultur, banalisiert und seiner spezifischen Bedeutung beraubt, indem er lediglich als eine »Generalprobe« für die »Endlösung der tschechischen Frage«⁵

3 Imke Hansen, »Nie wieder Auschwitz!«. Die Entstehung eines Symbols und der Alltag einer Gedenkstätte 1945–1955, Göttingen 2015.

4 Kazimierz Smoleń, »Wystawy narodowe w Oświęcimiu«, in: *Muzea Walki*, Jg. 13 (1980), S. 53–59.

5 Die nationalsozialistischen Überlegungen zum »tschechischen Problem« variierten von einer bloßen Zerschlagung des Staates über die mögliche Assimilierung bzw. »Eindeutschung« der Tschechen hin zur geplanten Umsiedlung und Ermordung eines Teils der Tschechen. Im Rahmen der nationalsozialistischen Debatten war auch der Begriff »Lösung« oder »Endlösung der tschechischen Frage« bedient worden, ohne dass jedoch diese Vorschläge in einen konkreten, klar definierten Kurs gegenüber den Tschechen übertragen worden wären. Wiewohl die Pläne im Laufe des Zweiten Weltkrieges an Radikalität gewannen, hatten sie nie die physische Vernichtung aller Tschechen zum Ziel. Zudem blieben die Überlegungen in ihren tödlichen Konsequenzen Langzeitvisionen und wurden im Gegensatz zum Holocaust nicht in die Tat umgesetzt. Siehe dazu etwa Jaroslava Milotová, »Die NS-Pläne zur Lösung der »tschechischen Frage«, in: Detlef Brandes, Edita Ivaničková, Jiří Pešek (Hrsg.), *Erzwungene Trennung. Vertreibung*

»Ein Buch, das zur Grundlage für die Geschichtsbetrachtung in den kommenden Jahren werden wird« Rüdiger Lautmann



Erst in jüngster Zeit rückt die Verfolgung homosexueller Männer in der NS-Diktatur ins Blickfeld einer breiteren Öffentlichkeit. Woran es bislang mangelte, waren überregionale Untersuchungen, die einen Überblick über Alltag und Verfolgung Homosexueller im »Dritten Reich« geben. Im Fokus von Alexander Zinns Studie stehen nicht nur das Verfolgungsprogramm der Machthaber, das sich immer weiter radikalisierte, sondern auch die Rolle von Polizei, Justiz und Bevölkerung sowie – nicht zuletzt – die der Betroffenen selbst.

»Die vielen Fakten und Zahlen [bekommen] noch einmal einen Namen und eine individuelle Geschichte, sowohl für jene, die nicht überlebten, aber auch die anderen, für die die strafrechtliche Verfolgung unter unverändertem Nazi-Paragrafen nach 1945 weiterging.« Elmar Kraushaar, *Berliner Zeitung*

2018. 695 Seiten. Gebunden. € 39,95
Auch als E-Book erhältlich · www.campus.de

  
campus.de

campus
Frankfurt. New York

1 Erich Kulka, »»Arizace« mrtvých Židů«, in: *Svědectví*, Jg. 11 (1971), Nr. 42, S. 189 f.

2 Allgemein zur tschechischen Erinnerungskultur siehe Peter Hallama, *Nationale Helden und jüdische Opfer. Tschechische Repräsentationen des Holocaust*, Göttingen 2015; Tomas Sniegón, *Vanished History. The Holocaust in Czech and Slovak Historical Culture*, New York 2014; Michal Frankl, »The Sheep of Lidice. The Holocaust and the Construction of Czech National History«, in: John-Paul Himka, Joanna Beata Michlic (Hrsg.), *Bringing the Dark Past to Light. The Reception of the Holocaust in Postcommunist Europe*, Lincoln 2013, S. 166–194.

interpretiert wurde. Diese, so zahlreiche Autoren, hätte den Tschechen gedroht, wäre der Krieg nicht 1945 zu Ende gewesen. Daher hieß es auch im Ausstellungskonzept von 1960: »Die Pläne und Vorbereitungen zur Beseitigung der tschechischen Nation begannen mit der Umsetzung der ›Lösung‹ der jüdischen Frage.«⁶

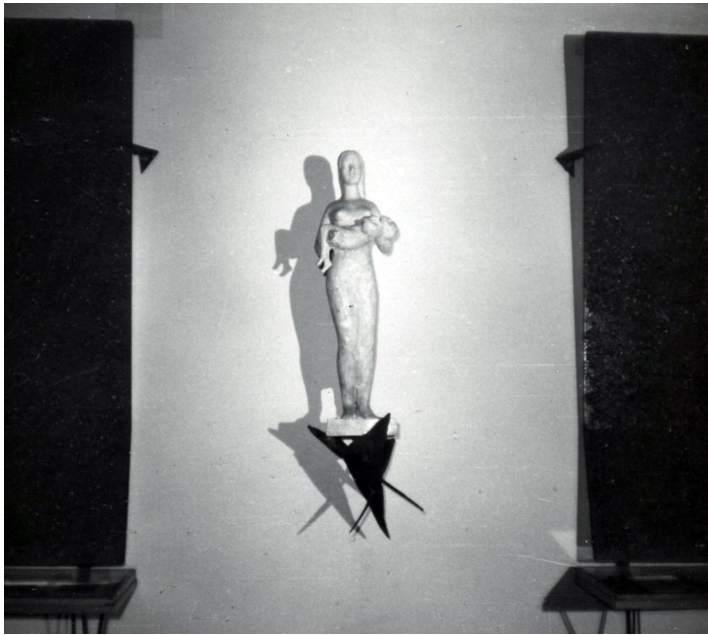
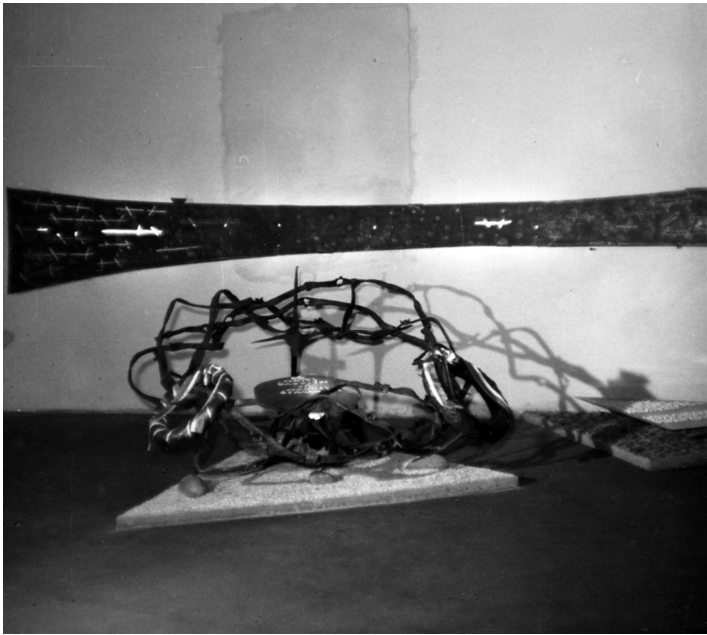
In der ersten Präsentation von 1960 waren universalistische und nationalistische Tendenzen klar zu erkennen. So wurden die jüdischen Opfer meist subsumiert unter die tschechoslowakischen Opfer, wurden also »einverleibt« in die tschechische Nation.⁷ Der kommunistische Widerstand gegen den Faschismus wurde überbetont, und künstlerische Werke wurden in die Ausstellung aufgenommen, welche meist auf eine christliche oder universelle Symbolik zurückgriffen – etwa in Form einer Dornenkrone oder einer trauernden Mutter.

Bereits während der Vorbereitungen der Ausstellung war der Plan, die Verfolgung der Juden hervorzuheben, von den Verantwortlichen kritisiert worden. Dies berichtete Erich Kulka, der Leiter des sechsköpfigen Teams, welches das Ausstellungskonzept ausgearbeitet hatte,⁸ und der ein Jahrzehnt später deren Neugestaltung scharf kritisieren sollte. So stieß der Plan, die Listen zu zeigen, die von der Deportation aus dem Ghetto Theresienstadt nach Auschwitz zeugen, bei den Organisatoren (allen voran dem Ministerium für Schulwesen und Kultur sowie dem tschechoslowakischen Verband der antifaschistischen Kämpfer) auf Ablehnung, da man, so zitiert Kulka aus einem der Gutachten, kein Interesse »an der Glorifizierung von Gruppen [habe], die passiv, ohne Widerstand in die Gaskammern getrieben wurden«.⁹ (Die Idee, die Deportationslisten zu einem der zentralen Objekte der Ausstellung zu machen, konnte erst mit der Neugestaltung der – nun tschechischen – Nationalausstellung im Jahr 2002 realisiert werden.¹⁰) Schließlich wurde es immerhin

ermöglicht, die Verfolgung und den Tod der tschechoslowakischen Juden an einem Beispiel darzustellen: dem sogenannten Familienlager in Birkenau.¹¹

In der tschechisch-jüdischen Erinnerungskultur spielt das Familienlager eine äußerst wichtige Rolle. In diesem Abschnitt des Vernichtungslagers Birkenau, dem Abschnitt B IIb – »tschechisches« oder Theresienstädter Familienlager genannt –, waren zwischen September 1943 und Juli 1944 insgesamt über 17.500 jüdische Häftlinge aus dem Ghetto Theresienstadt interniert worden. Sie hatten einen besonderen Status, so durchliefen sie etwa keine Selektion; Frauen, Männer und Kinder wurden in dem Abschnitt gemeinsam untergebracht, und sie konnten ihre Zivilkleidung behalten. Ungefähr 3.800 Jüdinnen und Juden aus dem Familienlager wurden in einer einzigen Nacht, vom 8. auf den 9. März 1944, ermordet.¹² Seit der unmittelbaren Nachkriegszeit wird daher der 8. März in den jüdischen Gemeinden Böhmens und Mährens alljährlich als einer der zentralen Holocaust-Gedenktage begangen.

Bereits wenige Jahre nach der Einrichtung der Ausstellung in Auschwitz wurden Kritiken laut, die bemängelten, dass die Ausstellung zu viele Objekte beinhalte. Dies schmälere den Eindruck der Besucher, weswegen bereits 1965 einige der Materialien entfernt wurden. Ein neues Konzept der tschechoslowakischen Nationalausstellung wurde 1968 vorbereitet.¹³ Am 27. Januar 1971 fand die feierliche Eröffnung statt,¹⁴ das heißt zweieinhalb Jahre nach der Niederschlagung des Prager Frühlings und in einer immer noch angespannten politischen Situation, in welcher antizionistische und antisemitische Positionen Konjunktur hatten. Der bereits 1960 beteiligte Ota Kraus zeichnete nun verantwortlich für das Konzept. Primäres Ziel der Neugestaltung war es, »den Besuchern nur das Wesentlichste aus der Geschichte der Tschechen und Slowaken in Auschwitz zu zeigen, damit der Effekt beim Besuch der Ausstellung am wirksamsten ist«.¹⁵ Die Ausstellung sollte anschaulicher gestaltet werden; die Anzahl der Objekte, besonders die textintensiven Stücke,



Oben links: Pavel Krbálek: »Trnová koruna« (Dornenkrone); oben rechts: Mary Durasová: »Matka s mrtvým dítětem« (Mutter mit einem toten Kind) Fotos: Zofia Łoboda, 1961, APMA-B, Szenariusze, tom 15 Beide Objekte sind auch in der aktuellen tschechischen Nationalausstellung in der Gedenkstätte Auschwitz zu sehen, welche 2002 neu gestaltet wurde.

Unten links: Der Nationalfriedhof zwei Jahre nach Kriegsende Foto ohne Autor, Mai 1947, Fotoarchiv Památníku Terezín, PM 1129 Unten rechts: Das »tschechische« Familienlager in der tschechoslowakischen Nationalausstellung in Auschwitz im Jahr 1960 Foto: Zofia Łoboda, 1961, APMA-B, Szenariusze, tom 15

gen und Aussiedlungen in und aus der Tschechoslowakei 1938–1947 im Vergleich mit Polen, Ungarn und Jugoslawien, Essen 1999, S. 25–37; Detlef Brandes, »Umvolkung, Umsiedlung, rassische Bestandsaufnahme«. NS-Volkstumspolitik« in den böhmischen Ländern, München 2012.

6 Erich Kulka u.a., »Scénář II. pro stálou československou expozici v Mezinárodním muzeu v Osvětimi. »Češi a Slovinci v Osvětimi«, Archiwum Państwowego Muzeum Auschwitz-Birkenau, Oświęcim [im Folgenden APMA-B], Szenariusze, tom 15a, S. III/IV.

7 Michal Frankl, »Die Endlösung der Judenfrage« und die Narrative der tschechischen Geschichte 1945–1989«, in: Christiane Brenner, K. Erik Franzen, Peter Haslinger, Robert Luft (Hrsg.), *Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern im 20. Jahrhundert. Wissenschaftstraditionen – Institutionen – Diskurse*. Vorträge der Tagungen des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 21. bis 23. November 2003 und vom 12. bis 14. November 2004, München 2006, S. 255–277, hier S. 272.

8 Erich Kulka u.a., »Scénář II«.

9 Kulka, »Arizace« mrtvých Židů«, S. 189.

10 Vojtěch Blodig, »Expozice České republiky ve Státním muzeu Auschwitz-Birkenau v Osvětimi«, in: *Terezínské listy*, Nr. 31 (2003), S. 7–17. Siehe kurz auch Vojtěch Blodig, »Stálá expozice České republiky v Osvětimi«, <https://www.holocaust.cz/zdroje/aktuality/vystavy/stala-expozice-ceske-republiky-v-osvetimi/> [9.7.2018].

11 Kulka, »Arizace« mrtvých Židů«.

12 Zur Geschichte des Familienlagers siehe Franziska Jahn, »Das »Theresienstädter Familienlager« (B IIb) in Birkenau«, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.), *Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Bd. 5: Hinzert. Auschwitz. Neuengamme*, München 2007, S. 112–115; Miroslav Kárný, »Das Theresienstädter Familienlager (BIIb) in Birkenau«, in: *Hefte von Auschwitz*, Nr. 20 (1997), S. 133–237; Nili Keren, »The Family Camp«, in: Yisrael Gutman, Michael Berenbaum (Hrsg.), *Anatomy of the Auschwitz Death Camp*, Bloomington, Indianapolis 1994, S. 428–440. Zur Erinnerung an dieses Lager siehe Hallama, *Nationale Helden*, S. 246–264.

13 Ota Kraus, Věra Foltynová, J. Moučka, »Československá národní expozice ve Státním muzeu v Osvětimi. Scénář reinstalace«, Praha 1968, APMA-B, Szenariusze, tom 25.

14 Fotos der feierlichen Eröffnung finden sich im Anschluss an das technische Konzept vom Juni 1969, in: APMA-B, Szenariusze, tom 27.

15 Ota Kraus, »Československá expozice v Osvětimi. Technický scénář«, 26.6.1969, APMA-B, Szenariusze, tom 27.

sollte reduziert werden; »Details«, so hieß es im Konzept, hätten keine Bedeutung.¹⁶ Der Fokus lag weiter auf der nationalen Geschichte, auf dem Schicksal der Tschechen und Slowaken im Zweiten Weltkrieg und auf deren Bedrohung – neuerlich fehlte nicht der Hinweis auf die »drohende Aussiedlung der tschechischen Nation«.¹⁷

Was Erich Kulka als »»Arisierung« der toten Juden« bezeichnete, war demnach eine nochmals verstärkte Universalisierung im Dienste des tschechischen Nationalismus. Der Hinweis darauf, dass es sich bei den meisten Häftlingen um Juden handelte, fehlte. Dies betraf besonders auch die Darstellung des Theresienstädter Familienlagers. Denn wiewohl der Verweis auf das Schicksal der 3.800 »tschechoslowakischen Deportierten«¹⁸ blieb, wurde der Grund ihrer Deportation – das heißt ihre jüdische Herkunft, der nationalsozialistische Antisemitismus und der Holocaust – verschleiert.¹⁹ Oder, wie ein anderer Beobachter aus den späten 1980er Jahren festhielt: »Jüdisch in Theresienstadt, so werden die Opfer tschechoslowakisch in Birkenau.«²⁰

Erich Kulka blieb nicht allein in seiner Kritik der neuen tschechoslowakischen Nationalausstellung in Auschwitz. Als die Sprecher der Bürgerrechtsbewegung Charta 77 im Frühjahr 1989 ein Dokument zur »Tragödie der Juden« in der Nachkriegs-Tschechoslowakei veröffentlichten, übernahmen sie einige der bereits von Kulka bemängelten Punkte.²¹ Unter anderem verwiesen sie auf die Umgestaltung der tschechoslowakischen Nationalausstellung in Auschwitz im Jahr 1971, um zu zeigen, wie die Geschichte des Holocaust »verzerrt« werde, indem die jüdische Herkunft der in Auschwitz Inhaftierten verschleiert wird. In diesem Dokument beschrieben die Sprecher der Charta 77 das allmähliche Ende einer sichtbaren jüdischen Kultur in der Nachkriegs-Tschechoslowakei sowie die gesellschaftliche Ignoranz gegenüber der tschechisch-jüdischen Vergangenheit. Dies taten sie mit ähnlich drastischen Worten wie Erich Kulka, als sie festhielten: »Die jüdische Minderheit bei uns wurde eigentlich mehrfach liquidiert.«²² Das Wort

»mehrfach« verwies dabei einerseits auf den Holocaust, andererseits auf die Zeit nach 1945.

Auch andere Texte dissidenter Autoren beschäftigten sich mit der Erinnerung an den Holocaust. Einig waren sich die meisten in einem Punkt: Schuld an einer fehlenden kritischen Auseinandersetzung mit dem Holocaust trage nicht allein der kommunistische Staat, sondern ebenso die tschechische Gesellschaft, welcher nationalistische und antisemitische Denkweisen vorgeworfen wurden.²³ Der Philosoph Milan Šimečka gehörte zu denjenigen, die eine derart kritische Position vertraten. So wandte er sich dezidiert an die tschechische Gesellschaft, von der er eine »Vergangenheitsbewältigung« einforderte (er hatte diesen deutschen Begriff in die tschechische Debatte eingeführt).²⁴ Šimečka maß den unmittelbaren Nachkriegsjahren – noch vor der kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948 – große Bedeutung zu. Die Zeit der Wiedererrichtung der Tschechoslowakei im Zeichen des Aufbaus eines homogenen Nationalstaates bezeichnete Šimečka als Zeit der »nationalen Ekstase«.²⁵ So wie Erich Kulka polemisch von der »Arisierung« spricht, schreibt Milan Šimečka davon, dass in der Situation nach Kriegsende den Juden nur eine »hastige« Assimilation geblieben sei: eine »Nationalisierung«.²⁶

In der Tat sind bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit jene Tendenzen zu beobachten, die in der Folge für die tschechische Erinnerungskultur prägend blieben: die Marginalisierung des Holocaust, seine Banalisierung durch die Gleichstellung der Verfolgung der Juden und jener der Tschechen sowie seine Externalisierung als Teil der deutschen oder jüdischen – nicht aber tschechischen – Geschichte. Diese Entwicklungen können, von 1945 an, sehr anschaulich am Beispiel der Musealisierung Theresienstadts nachgezeichnet werden.

Die Musealisierung Theresienstadts

Theresienstadt (Terezín) ist ein Ort, der historisch und gedanklich eine doppelte Bedeutung besitzt, nämlich – in Form der sogenannten Kleinen Festung – als Symbol für den tschechischen Widerstand und die Repressionen gegen Tschechen sowie – in Form des ehemaligen Ghettos – als Symbol für die Verfolgung und Ermordung der Juden.

Die im 18. Jahrhundert errichtete Festung und Garnisonsstadt Theresienstadt besteht aus zwei voneinander abgetrennten Teilen.

.....

²³ Näher hierzu Peter Hallama, »»Vergangenheitsbewältigung« auf Tschechisch. Der Holocaust im tschechischen Samizdat«, in: ders., Stephan Stach (Hrsg.), *Gegen-geschichte. Zweiter Weltkrieg und Holocaust im ostmitteleuropäischen Dissens*, Leipzig 2015, S. 237–260.

²⁴ Milan Šimečka, »Původ nejistoty«, in: *Obsah* [Samizdat], duben 1989, S. 25–33, hier S. 33.

²⁵ Ebd., S. 27.

²⁶ Ebd., S. 28.

In der Großen Festung, das heißt in der Stadt Terezín, wurde Ende 1941 ein Sammel- und Durchgangslager für zunächst tschechische, später auch deutsche, österreichische, niederländische und dänische Juden errichtet: das Ghetto Theresienstadt. Knapp einen Kilometer davon entfernt und auf der anderen Seite des Flusses Eger (Ohře) gelegen, befindet sich die Kleine Festung. Von 1940 bis 1945 diente sie als Gestapo-Gefängnis, vor allem für politische Häftlinge und Widerstandskämpfer aus dem Protektorat Böhmen und Mähren.²⁷

Bereits wenige Monate nach Kriegsende ging man daran, Theresienstadt in eine der zentralen nationalen Gedenkstätten des Zweiten Weltkrieges umzugestalten. In Anwesenheit ranghoher Politiker und katholischer Geistlicher wurde im September 1945 der Nationalfriedhof eingeweiht.²⁸ Über Jahrzehnte hinweg diente er als *der* zentrale Ort für die staatlichen Gedenkfeiern, die seit 1946 alljährlich im Mai – zunächst unter dem Namen »Golgatha der tschechischen Nation« – abgehalten wurden.²⁹ Die christliche Symbolik dieses Ortes dominierte durch kleine Kreuze auf den Einzelgräbern und ein monumentales Kreuz mit Dornenkrone.

1947 wurde schließlich die »Gedenkstätte des nationalen Leids« eröffnet und zwei Jahre später um eine Dauerausstellung ergänzt. Deren ähnlich programmatischer Titel lautete »Museum der Unterdrückung der tschechischen und slowakischen Nation«. Die Initiative dazu kam von Seiten der Verbände ehemaliger Widerstandskämpfer sowie von lokalen und staatlichen Stellen, die unter »Theresienstadt« in allererster Linie die Kleine Festung (das ehemalige Gestapo-Gefängnis) verstanden. So wurden Gedenkstätte und Museum auch in der Kleinen Festung errichtet und der Nationalfriedhof direkt vor deren Eingang angelegt.

Während die Geschichte der offiziellen Gedenkstätte, mit all ihren ideologischen Deformationen und Instrumentalisierungen in der Zeit des Kommunismus, relativ gut erforscht ist,³⁰ sind die jüdi-

.....

²⁷ Knapp zur Geschichte Theresienstadts siehe etwa Wolfgang Benz, »Theresienstadt«, in: ders., Barbara Distel (Hrsg.), *Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Bd. 9: Arbeitserziehungslager, Ghettos, Jugendschutzlager, Polizeihäftlager, Sonderlager, Zigeunerlager, Zwangsarbeiterlager*, München 2009, S. 449–496; Miroslav Kárný, »Zur Typologie des Theresienstädter Konzentrationslagers«, in: *Judaica Bohemiae*, Jg. 17 (1981), Nr. 1, S. 3–14.

²⁸ »Národní pohřeb 601 obětí nacistů«, in: *Lidová demokracie*, 18.9.1945, S. 2.

²⁹ »Smuteční slavnost v Malé terezínské pevnosti«, in: *Lidová demokracie*, 14.5.1946, S. 2; »Kalvarie českého národa«, in: *Hlas osvobozených*, Jg. 2 (1946), Nr. 20, S. 3; F. Otta, »Národní pout' v Terezíně«, in: *Lidová demokracie*, 18.5.1947, S. 4.

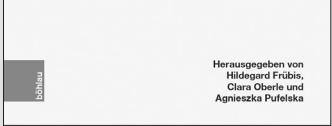
³⁰ Siehe u.a. Thomas Hejda, »Terezín, un lieu de mémoire problématique sous le communisme«, in: Antoine Marès (Hrsg.), *Lieux de mémoire en Europe centrale*, Paris 2009, S. 59–69; Jan Munk, *60 let Památníku Terezín. 60 years of the Terezín Memorial*, o. O. [Terezín] 2007; Vojtěch Blodig, »Die Gedenkstätte Theresienstadt in der Vergangenheit und der Gegenwart«, in: Christoph Cornelißen, Roman Holec, Jiří Pešek (Hrsg.), *Diktatur – Krieg – Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945*, Essen 2005,

NEUERSCHEINUNGEN

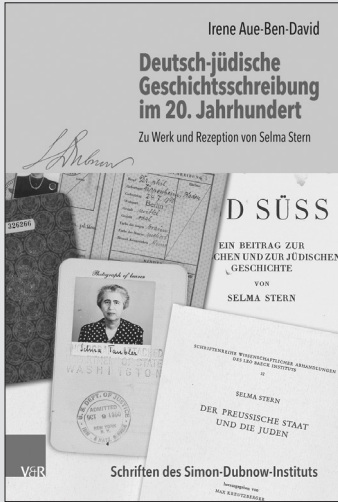


Fotografien aus den Lagern des NS-Regimes

Beweissicherung und ästhetische Praxis



Schriften des Centrums für jüdische Studien. Band 31
2018. 325 Seiten mit 127 Abb., gebunden
ca. € 50,00 D
ISBN 978-3-205-20647-7 (November 2018)



Schriften des Simon-Dubnow-Instituts, Band 28
2017. 320 Seiten, gebunden
€ 55,00 D
ISBN 978-3-525-37051-3

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage



www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

Der thematische Spannungsbogen der hier publizierten Beiträge reicht von den privaten Knipser-Fotografen aus den Reihen der SS über die Fotografien des Erkennungsdienstes bis zu den heimlichen Aufnahmen von KZ-Häftlingen. Präsentiert werden noch selten publizierte Bildquellen aus den Archiven West- und Osteuropas sowie den USA.

Die Studie untersucht Geschichtskonzeptionen und Herausforderungen des Wissenschaftstransfers ins Exil am Beispiel der deutsch-jüdischen Historikerin Selma Stern (1890–1981).

schen Vorschläge zur Musealisierung Theresienstadts weit weniger bekannt. Den jüdischen Überlebenden ging es besonders um die Frage der Erinnerung an das Ghetto Theresienstadt und somit um die Gestaltung der Großen Festung – der Stadt Terezín.³¹

Erste Initiativen, Teile des Areals des ehemaligen Ghettos in ein Mahnmal umzugestalten und Denkmäler zu errichten, sind bereits 1945 zu beobachten. Verschiedene Gedenkorte sollten erhalten und zugänglich gemacht werden: etwa der außerhalb der Festungsmauern liegende »jüdische Friedhof« mit dem Krematorium,³² die Leichenkammer und das Kolumbarium sowie jene Stelle an der Eger, von wo aus 1944 die Asche von über 20.000 Opfern des Ghettos in den Fluss geworfen worden war.

Aber auch inmitten der Stadt sollten Gedenktafeln angebracht werden und große Pfeiler mit Informationstafeln direkt an der Hauptstraße auf die Geschichte Theresienstadts während des Krieges hinweisen. Sogar von einem Museum, das sich ausschließlich der Geschichte des Ghettos widmen würde, war bereits die Rede.³³

Darüber hinaus protestierte die israelitische Kultusgemeinde auch gegen die Vereinnahmung der jüdischen Opfer für die tschechische Nation. So wurde gefordert, von den jüdischen Gräbern auf dem Nationalfriedhof die Kreuze zu entfernen.³⁴ Und Vertreter der jüdischen Gemeinde schlugen vor, an geeigneter Stelle am Nationalfriedhof darauf hinzuweisen, dass hier keineswegs allein Opfer der Kleinen Festung begraben liegen, sondern dass es sich bei einem großen Teil um Juden handelte.³⁵ In der Tat liegen auf dem Nationalfriedhof die sterblichen Überreste von ungefähr 10.000 Opfern des Zweiten Weltkrieges begraben. In der Kleinen Festung kamen 2.600 Häftlinge ums Leben. Die übrigen auf dem Nationalfriedhof Beigesetzten waren ehemalige Häftlinge des Ghettos Theresienstadt,

.....

S. 221–228; Alena Heitlinger, »Politicizing Jewish Memory in Postwar Czechoslovakia«, in: *East European Jewish Affairs*, Jg. 35 (2005), Nr. 2, S. 135–153; Jan Munk, »Z historie Památníku Terezín«, in: *Tereziňské listy*, Nr. 21 (1993), S. 11–24.

31 Für das Folgende siehe Hallama, *Nationale Helden*, S. 81–93.

32 In der Tat handelt es sich dabei um eine Begräbnisstätte, wo die Opfer des Theresienstädter Ghettos beerdigt worden waren, bevor im Herbst 1942 auf diesem Gelände ein Krematorium errichtet wurde.

33 Rada židovských náboženských obcí (Kurt Wehle) an Hana Volavková, 12.6.1946, Archiv Národního muzea, Prag [im Folgenden ANM], Nachlass Hana Volavková, Kt. 44; Yad Vashem Archives, Jerusalem [im Folgenden YVA], O.64/109; Zpráva o terezínských památkách pro II. Sjezd delegátů židovských náboženských obcí, o.D. [Oktober 1947], YVA, O.7cz/318; »Terezín«, in: *Věstník*, Jg. 8 (1946), Nr. 11, S. 96. Zur Umgestaltung des Friedhofs in Theresienstadt siehe die Sitzungsprotokolle der bei der Prager jüdischen Gemeinde eingerichteten »Theresienstädter Kommission« vom 31. Januar und 20. März 1947, ANM, Nachlass Hana Volavková, Kt. 44.

34 Zpráva o terezínských památkách pro II.

35 Dr. Ilitis [Rudolf Ilitis], »Mrtvým...«, in: *Věstník*, Jg. 9 (1947), Nr. 24, S. 342 f., hier 343; »Smuteční bohoslužby v Terezíně«, in: *Věstník*, Jg. 9 (1947), Nr. 10, S. 140; Gustav Sicher, »Projev při tryzně v krematoriu terezínském 7. června 1948«, in: *Věstník*, Jg. 10 (1948), Nr. 25, S. 301; »Terezín – Kalvarie českého národa«, in: *Věstník*, Jg. 11 (1949), Nr. 20, S. 226.

der Grube Richard in Litoměřice (Leitmeritz) – einem Außenlager des KZ Flossenbürg – und Opfer der Todesmärsche am Ende des Krieges. Jüdische Opfer machen somit einen wesentlichen Teil der auf dem Nationalfriedhof Begrabenen aus.³⁶

Beachtenswert ist, dass diese frühen Vorschläge zur Gestaltung der Stadt und des Nationalfriedhofs in einigen Punkten dem aktuellen Zustand der Gedenkstätte entsprechen. Sie wurden aber erst in den 1990er Jahren umgesetzt. Ein Ghetto-Museum wurde im Herbst 1991 direkt in der Stadt Terezín errichtet. Im April 1995, kurz vor dem 50. Jahrestag des Kriegsendes, wurde am Nationalfriedhof mit einem großen Davidstern – neben dem monumentalen Kreuz mit Dornenkrone – ein sichtbarer Hinweis gesetzt, dass er auch ein Erinnerungsort für den Holocaust ist.

Direkt nach 1945 konnten allerdings diese Pläne nicht umgesetzt werden – und zwar nicht nur aus politischen, sondern vor allem auch aus gesellschaftlichen Gründen: In dem Kontext des Aufbaus eines homogenen Nationalstaats, in welchem die tschechische Gesellschaft die nationale Einheit und »Reinheit« zum Ideal erhob,³⁷ wurde versucht, die unterschiedlichen Kriegserfahrungen zu nivellieren und den Nationalsozialismus im Dienste einer nationalistischen und heroischen Betrachtungsweise der Vergangenheit zu universalisieren.

Bereits vor der kommunistischen Machtübernahme führten demnach antisemitische und antideutsche Ressentiments dazu, die Juden aus der als Nationalstaat der Tschechen und Slowaken wieder gegründeten Tschechoslowakei auszuschließen. Den Juden wurde vorgeworfen, ihr Leiden passiv erduldet und nichts für die Befreiung der Tschechoslowakei unternommen zu haben. Zudem wurde den zurückkehrenden Juden oft unterstellt, eigentlich der deutschen Minderheit nahezustehen und – indem sie vor dem Krieg Deutsch sprachen oder die deutsche Kultur förderten – die »Germanisierung« der böhmischen Länder unterstützt zu haben.³⁸

Dementsprechend ablehnend waren die gesellschaftlichen Reaktionen auf die Versuche, »jüdische« Gedenkorte des ehemaligen Ghettos Theresienstadt in der Stadt Terezín selbst zu errichten. Die Beteiligten, das heißt in erster Linie Überlebende des Ghettos Theresienstadt, stießen durchweg auf Desinteresse der örtlichen Bevölkerung, die seit Sommer 1946 wieder nach Terezín zurückkehrte. Wie Repräsentanten der jüdischen Gemeinde nach Besichtigungen der Stadt im Sommer und Herbst 1946 festhielten, sei die Stimmung

.....

36 Miroslava Benešová, Ludmila Chládková, *Národní hřbitov v Terezíně*, o. O. [Pardubice/Terezín]: Rapid/Památník Terezín, o. J. [1990]; <https://www.pamatnik-terezin.cz/narodni-hrbitov> [9.7.2018].

37 Christiane Brenner, »Zwischen Ost und West«. *Tschechische politische Diskurse 1945–1948*, München 2009; Chad Bryant, *Prague in Black. Nazi Rule and Czech Nationalism*, Cambridge (Mass.), London 2007.

38 Hierzu jüngst Kateřina Čapková, »Between Expulsion and Rescue: The Transports for German-speaking Jews of Czechoslovakia in 1946«, in: *Holocaust and Genocide Studies*, Jg. 32 (2018), Nr. 1, S. 66–92.



Oben: Die »nationale Pilgerfahrt« am Nationalfriedhof in Theresienstadt, 18.5.1947
Foto: Fotoarchiv Památníku Terezín, 8276



Links: Die Aufstellung des Davidsterns des Bildhauers Aleš Veselý am Nationalfriedhof, Jana Nováková, 6.4.1995
Foto: Fotoarchiv Památníku Terezín, PM 5745/19

Unten links: Das Nationaldenkmal am Vítkov-Hügel in Prag, Ansicht von außen
Foto: National Museum – National Memorial on the Vítkov Hill, Prague, Czech Republic

Unten rechts: Detail aus der Ausstellung im Nationaldenkmal Vítkov: Karte der Tschechoslowakei in den Grenzen von 1918 bis 1938
Foto: National Museum – National Memorial on the Vítkov Hill, Prague, Czech Republic



von Egoismus, Habgier und Rücksichtslosigkeit gekennzeichnet. Auf ebenso wenig Verständnis stießen die Vorschläge bei offiziellen Stellen, wie etwa der Militärverwaltung, die Eigentümerin großer Teile Theresienstadts war und die Orte wie jenen an der Eger fast dreißig Jahre lang nicht freigab. Letztlich konnte nur ein verschwindend kleiner Teil der zahlreichen, teils sehr detaillierten Vorschläge realisiert werden. Vor allem aber: Die Erinnerung an das jüdische Ghetto wurde sowohl aus der Stadt als auch aus der Gedenkstätte Theresienstadt ausgeklammert und an den Rand gedrängt. Denn die beiden zentralen »jüdischen« Erinnerungsorte, die schließlich errichtet wurden, waren der jüdische Friedhof und die bereits genannte Stelle an der Eger. Beide lagen allerdings außerhalb der Festungsmauern Theresienstadts und in unmittelbarer Nachbarschaft eines Militärübungsplatzes bzw. auf Militärgelände.

Die Gedenkstätte in Theresienstadt und das 1949 darin eingerichtete Museum der Unterdrückung reproduzierten dahingegen vollkommen das nationalistische und heroische Bild des Zweiten Weltkrieges. Unmittelbar nach Kriegsende etablierte sich also eine klare Trennung in eine »tschechische« und eine »jüdische« Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg. Die Marginalisierung des Holocaust wurde unter dem Kommunismus bekräftigt, da die ideologische Sichtweise des Klassenkampfes den Antisemitismus als nebensächlichen Aspekt des Nationalsozialismus erscheinen ließ. Hier soll jedoch nicht weiter auf die Entwicklungen der Holocaust-Erinnerung während des kommunistischen Regimes eingegangen werden. Um die Kontinuitäten gesellschaftlicher Wahrnehmungen zu betonen, soll abschließend eine aktuelle Ausstellung im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen: das Nationaldenkmal am Vítkov-Hügel (Veitsberg) in Prag.

Tschechische Geschichte ohne Juden: Das Nationaldenkmal am Vítkov-Hügel in Prag

Das Denkmal war in der Zwischenkriegszeit zu Ehren der tschechoslowakischen Legionäre – jener Freiwilligen, die im Ersten Weltkrieg auf der Seite der Entente gekämpft hatten, um die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei von Österreich-Ungarn zu erlangen – errichtet worden, wurde aber erst nach 1945 fertiggestellt und diente dann als kommunistisches Mausoleum. Nach 1989 war es der Öffentlichkeit nur bedingt zugänglich. Erst nach der Jahrtausendwende kam die Idee auf, das Gebäude – den ursprünglichen Plänen entsprechend – zu einem zentralen Gedenkort der tschechischen Nation umzugestalten.³⁹

.....

³⁹ Zum Denkmal selbst siehe etwa Cynthia Paces, *Prague Panoramas. National Memory and Sacred Space in the Twentieth Century*; Pittsburgh 2009, S. 170–188 und 234–237; Jan Galandauer, Ivan Malý, Oldřich Kortus, *Národní památník na*

Dafür wurde 2009 eine Dauerausstellung eingerichtet, welche die Geschichte der Tschechoslowakei im 20. Jahrhundert beleuchtet. Dies geschieht anhand von fünf Schlüsselmomenten, nämlich 1918 (der Errichtung der Tschechoslowakei), 1938 (der Zerschlagung des Staates nach dem Münchner Abkommen), 1948 (der kommunistischen Machtübernahme), 1968 (dem Prager Frühling) und 1989 (der Samtenen Revolution, das heißt dem Ende des Kommunismus).

Bereits die Idee der »Rückkehr« zur Funktion eines Nationaldenkmals, welches Anfang des 20. Jahrhunderts konzipiert worden war, ist äußerst problematisch. In der Ausstellung werden die Tschechen durchgehend als Opfer externer Repression oder aber als Helden dargestellt: in Opposition zur Habsburger-Monarchie, zum Nationalsozialismus und schließlich zum Kommunismus. Alltagsgeschichtliche Aspekte fehlen weitgehend, und kritische Blicke auf Anpassung und Kollaboration vermisst man gänzlich.

Genauso zeichnet sich die Dauerausstellung durch einen ethnisch engen Blick auf die tschechische Geschichte aus. Die Minderheiten, welche die tschechoslowakische Geschichte zumindest in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts so sehr geprägt hatten, spielen in der musealen Darstellung kaum eine Rolle. Und wenn sie vorkommen, dann nur als nationale Minderheiten. Dies wird bereits deutlich bei einer eingangs am Boden installierten dreidimensionalen Karte. Es handelt sich dabei um die Karte der Tschechoslowakei in den Grenzen von 1918 bis 1938. Die einzelnen Nationalitäten werden benannt, geographisch klar abgegrenzt, und diese Regionen leuchten abwechselnd hell auf. Während Tschechen und Slowaken gemeinsam als Tschechoslowaken gezählt werden, sind als Minderheiten Deutsche, Polen, Ungarn, Ruthenen und Rumänen erwähnt. Fragwürdig ist erstens die exakte geographische Abgrenzung dieser Minderheiten, wodurch die Existenz gemischter, zweisprachiger Orte und Regionen übergangen und der Eindruck erweckt wird, als hätte es keine Interaktionen zwischen ihnen gegeben. Kritisch zu betrachten ist ebenso, dass dadurch die jüdische Minderheit, die in der Zwischenkriegszeit ungefähr 375.000 Menschen ausmachte, völlig ignoriert wird.

Auch im weiteren Verlauf der Ausstellung spielen weder Juden noch der Antisemitismus eine Rolle. Im Abschnitt zum Zweiten Weltkrieg werden zwar die Unterdrückung der Tschechen und deren

.....

Vítkově, Praha: Národní muzeum, 2012; Jan Galandauer, *Chrám bez boha nad Prahou. Památník na Vítkově*, Praha 2014. Zur neuen Dauerausstellung siehe u.a. Ivan Malý, »Památník na Vítkově. Hledání národní paměti v labyrintu státní ideologie«, in: Radka Šustrová, Luba Hédlová (Hrsg.), *Česká paměť. Národ, dějiny a místa paměti*, Praha 2014, S. 329–355. Kritisch zur Ausstellung siehe vor allem Jakub Jareš, Matěj Spurný, »Orgie národní mytologie. Expozice v Národním památníku na Vítkově«, in: *Dějiny a současnost*, Jg. 32 (2010), Nr. 1, S. 9; Kamil Činátl, »Uchováváme dějiny, či paměť? Nač dnes vzpomínáme v pražském Památníku na Vítkově«, in: *A2*, Jg. 6 (2010), Nr. 17, http://www.advojka.cz/archiv/2010/17/uchovavame-dejiny-ci-pamet [9.7.2018].

Widerstand reich beschildert. Zur Verfolgung der Juden findet sich allerdings nur ein einziger Verweis – eine Abbildung eines Juden mit Judenstern sowie eine Bekanntmachung der Bezirksbehörde in Kremsier (Kroměříž), der zufolge Juden nicht mehr in »arischen Geschäften« einkaufen dürfen. Diese Ausstellungsobjekte werden jedoch nicht weiter beschrieben oder kontextualisiert. Auch in der Zeitleiste zum Protektorat Böhmen und Mähren findet sich nur ein einziger Hinweis auf den Holocaust: die Einführung der Nürnberger Gesetze im Protektorat im Juni 1939.

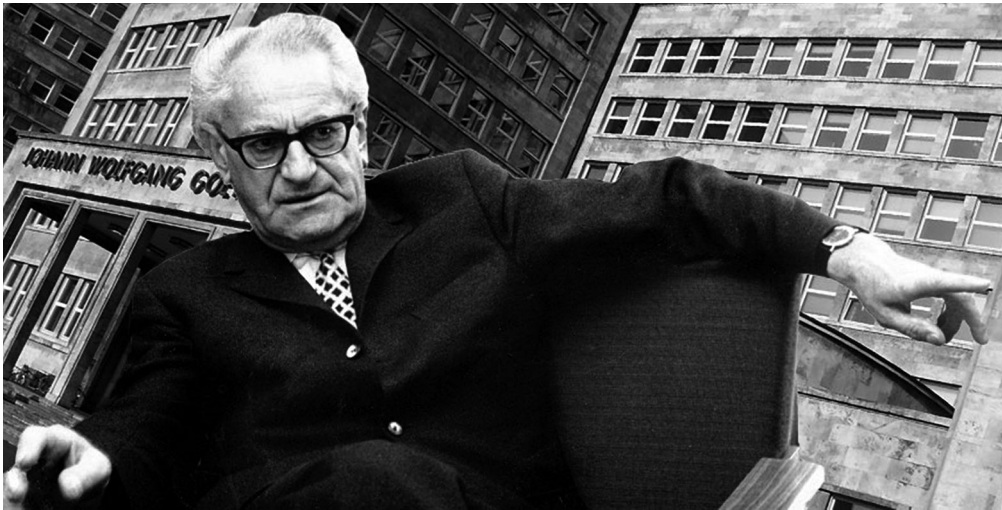
Hier haben wir es neuerlich mit einer für die tschechische Erinnerungskultur typischen Integration des Holocaust in die Nationalgeschichte zu tun. Denn einerseits wird die Bedrohung der unterschiedlichen »tschechoslowakischen Bürger« betont (der Tschechen, der Widerstandskämpfer, der Juden etc.), andererseits wird die weitere Geschichte des Holocaust nicht mehr betrachtet: Mit den Deportationen hört der Holocaust offensichtlich auf, »tschechische« Geschichte zu sein.

Auch andere Beispiele bestätigen diese Marginalisierung des Holocaust. Hier soll nur auf eines verwiesen werden: die tschechische Website von Wikipedia. Es ist wohl die einzige Wikipedia, in welcher man gebeten wird, nach der Eingabe des Schlagwortes »Endlösung« zwischen zwei Beiträgen zu wählen:⁴⁰ einem äußerst knappen zur »Endlösung der Judenfrage« und einem sehr ausführlichen und mit Bildern bestückten zur »Endlösung der tschechischen Frage«.⁴¹ Der Artikel zur »Endlösung der Judenfrage« ist eingebettet

.....

⁴⁰ https://cs.wikipedia.org/wiki/Konečné_řešení [9.7.2018].

⁴¹ https://cs.wikipedia.org/wiki/Konečné_řešení_židovské_otázky; https://cs.wikipedia.org/wiki/Konečné_řešení_české_otázky [9.7.2018].



Fritz Bauer Institut
auf Facebook

4.300 likes

Danke für Ihr Interesse!

Informationen aus dem Institut,
Veranstaltungshinweise, aktuelle
Publikationen, Nachrichten und
Berichte aus Kultur und Wissenschaft

www.facebook.com/fritz.bauer.institut

in das Portal »Hebraistik« und verweist mit einem Link auf den Beitrag zur »Endlösung der tschechischen Frage«. Dieser hingegen ist umfassend verschlagwortet – unter »Geschichte der Tschechoslowakei im Zweiten Weltkrieg«, »Genozide in der Geschichte«, »Deportationen«, »Kriegsverbrechen auf dem Gebiet der Tschechoslowakei« etc. –, und den Link zum Aufsatz über die »Endlösung der Judenfrage« sucht man hier vergebens.

Fazit

Von einem staatlichen Tabu des Holocaust im heutigen Tschechien spricht niemand mehr. Dennoch bestehen Marginalisierung und Externalisierung der Geschichte der tschechischen Juden und des Holocaust weiter fort. Einerseits führt die Einverleibung der jüdischen Opfer in die tschechische nationale Meistererzählung dazu, dass der Holocaust jedwede Einzigartigkeit verliert. Der Holocaust wird entweder zu einem Aspekt, ja zu einer Marginalie des deutschen Krieges gegen die Tschechoslowakei oder zu einer »Generalprobe« für die Verfolgung der Tschechen. Andererseits und damit in direktem Zusammenhang wird der Holocaust – so ihm ein spezifischer Status in der Geschichte des Nationalsozialismus zugesprochen wird – externalisiert. Er wird ebenso wie der rassistische Antisemitismus als ein den Tschechen fremdes Problem dargestellt. Während also das Protektorat und der antifaschistische Widerstand unhinterfragt Teil der tschechischen Nationalgeschichte sind, wird der Holocaust weiter der deutschen oder aber der jüdischen Geschichte bzw., wenn man sich an die Wikipedia hält, der »Hebraistik« zugerechnet.

Antrittsvorlesung an der Goethe-Universität
Frankfurt am Main am 2. Mai 2018

»In ganz Europa wird die Judenfrage Schritt für Schritt, aber beharrlich geregelt. In Griechenland ist diesbezüglich noch nichts Entscheidendes geschehen.«

Zur Dimension des Massenmords an den europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg

Von Sybille Steinbacher



Prof. Dr. Sybille Steinbacher ist Direktorin des Fritz Bauer Instituts und Inhaberin des Lehrstuhls zur Erforschung der Geschichte und Wirkung des Holocaust am Historischen Seminar der Goethe-Universität Frankfurt am Main. *Veröffentlichungen (Auswahl):* »Musterstadt« Auschwitz. Germanisierungspolitik und Judenmord in Ostoberschlesien, *München 2000*; Auschwitz. Geschichte und Nachgeschichte, *München 2017 (zuerst 2004)*; (Hrsg.): Rechte Gewalt in Deutschland. Zum Umgang mit dem Rechtsextremismus in Gesellschaft, Politik und Justiz, *Göttingen 2016*.

Als die Deutschen im April 1941 in Griechenland einmarschierten, verboten sie rasch alle Zeitungen. Auf den Markt kam jetzt *Nea Evropi*, auf Deutsch »Neues Europa«, ein Morgenblatt, das deutsche Propaganda verbreitete. In der »Judenfrage« wünschte es sich ein hartes Durchgreifen, denn die rund 78.000 Juden im Land wurden weder ghettoisiert noch deportiert, auch ein Kennzeichen mussten sie nicht tragen, weshalb das Blatt drängte: »In ganz Europa wird die Judenfrage Schritt für Schritt, aber beharrlich geregelt. In Griechenland ist diesbezüglich noch nichts Entscheidendes geschehen.«¹ Dass im Februar 1943 dann doch der Judenstern eingeführt wurde, hielt die Zeitung für längst überfällig:² »Es ist Zeit, dass er [der Jude] von der Nation geschieden und abgetrennt wird, durch ein Erkennungszeichen, als Feind und Wühler, den man auf Abstand hält.«³

Nicht in allen Regionen des deutsch besetzten Europa begann der Mord an den Juden zur gleichen Zeit. Nicht nur Juden, sondern auch andere Bevölkerungsgruppen wurden Opfer deutscher Gewalt, darunter die sowjetischen Kriegsgefangenen, die Sinti und Roma und

in Osteuropa auch die Partisanen sowie die oftmals gezielt ausgehungerte Zivilbevölkerung ganzer Städte. Gegen Juden freilich richtete sich überall in den eroberten Ländern eine mörderische Systematik. Antijüdische Ressentiments waren unter den Einheimischen nicht selten; die Deutschen, bei denen stets die Verantwortung für das Mordgeschehen lag, verstanden sich darauf, sie auszunutzen.

Über die Verfolgung und Ermordung der griechischen Juden wurde lange Zeit wenig geforscht, womöglich weil Griechenland wie überhaupt Südosteuropa in der expansionistischen Strategie ebenso wie im Mordprogramm des nationalsozialistischen Staates eine eher nachrangige Rolle spielte.⁴ Auch war die Quellenlage für die historische Forschung, zumal die westliche, nicht gut. Nun liegt mit Band 14 der Edition *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945* eine umfassende Dokumentensammlung zu den Geschehnissen in Griechenland vor.⁵ Etwa zu gleichen Teilen sind in den Bänden der Edition Dokumente der Täter und zeitgenössische Zeugnisse der Verfolgten sowie, in etwas geringerem Umfang, Unterlagen von dritter Seite, also von nicht-jüdischen Untergrund- und Widerstandsgruppen, von einheimischen Zivilisten, von Politikern und Diplomaten alliierter und neutraler Staaten, sowie Artikel aus der internationalen

Presse versammelt.⁶ Am Beispiel Griechenland wird im Folgenden in drei Schritten gezeigt, worin die Stärke des multiperspektivischen Ansatzes der Edition liegt: darin nämlich, dass der prozesshafte Charakter der Verfolgung und Ermordung der Juden eindringlich sichtbar wird. Auch alle daran beteiligten Akteure sowohl in der Besatzungsverwaltung der Region als auch in den Behörden in Berlin und anderswo kommen in den Blick. Darüber hinaus lässt sich aus den Dokumenten die Erfahrungsgeschichte der griechischen Juden erschließen. Ihre Wahrnehmungen vom Geschehen und ihre – stets geringen – Handlungsmöglichkeiten treten zu Tage.

Die Mutter

In Griechenland begann der Zweite Weltkrieg im Oktober 1940, als Mussolini seine Truppen dort einmarschieren ließ. Er hegte Großreichpläne und hatte im Jahr zuvor schon Albanien besetzt. Allerdings setzten sich die Griechen mit solcher Wucht zur Wehr, dass der italienische Diktator im April 1941 Hitler zu Hilfe holen musste. Das war ein Debakel für ihn, und immer stärker geriet Mussolini fortan in deutsche Abhängigkeit.⁷ Bulgarien, mit Deutschland verbündet, griff ebenfalls ein. Am Ende teilten die drei Länder das besiegte Griechenland untereinander auf. Den größten Teil, einschließlich Athens, besetzten die Italiener; in ihrer Zone lebten etwa 11.000 Juden. Die Bulgaren erhielten Ostmakedonien und Westthrakien, wo rund 4.600 Juden wohnten. In der deutschen Besatzungszone, die Makedonien und zwei Drittel von Kreta einschloss (ein Drittel der Insel wurde italienisch), lebte indes die Mehrzahl der griechischen Juden: auf Kreta ungefähr 330 Personen und etwa 60.000 in Makedonien, die meisten von ihnen in Thessaloniki, dem »Jerusalem des Balkans«, wo sie knapp ein Viertel der Bevölkerung ausmachten.⁸ Insgesamt lag der Anteil der Juden an der griechischen Bevölkerung bei etwa einem Prozent.

In Thessaloniki reichten die Wurzeln jüdischen Lebens weit zurück, vermutlich bis ins erste Jahrhundert vor Christus. Zur Blüte kam es, als Ende des 15. Jahrhunderts die von der iberischen Halbinsel vertriebenen sephardischen Juden in die Stadt strömten, wo sie unter osmanischer Herrschaft weitreichende Autonomie erhielten. Antisemitische Ressentiments wirkten sich in den Balkankriegen kurz vor dem Ersten Weltkrieg und erneut nach der griechischen Niederlage im Krieg gegen die Türkei 1922 massiv aus. Im Zuge der

4 Studien erschienen größtenteils erst in den letzten Jahren, vgl. Mark Mazower, *Griechenland unter Hitler. Das Leben während der deutschen Besatzung 1941–1944*, Frankfurt am Main 2016 (amerikanische Originalausgabe 1993); Rena Mohlo, *Der Holocaust der griechischen Juden. Studien zur Geschichte und Erinnerung*, Bonn 2016; Christoph Schminck-Gustavus, *Winter in Griechenland*, Göttingen 2010; Steven B. Bowman, *The Agony of Greek Jews, 1940–1945*, Stanford 2009; Tullia Santin, *Der Holocaust in den Zeugnissen griechischer Jüdinnen und Juden*, Berlin 2003; Stratos Dordanas, Vaios Kalogrias, »Die jüdische Gemeinde von Thessaloniki während der deutschen Besatzungszeit«, in: *PaRDeS. Zeitschrift der Vereinigung für Jüdische Studien* (2011) Heft 17, Ghetto: Räume und Grenzen im Judentum, S. 97–118. An der Freien Universität Berlin ist das Projekt »Erinnerungen an die Okkupation in Griechenland« angesiedelt. Die Datenbank mit Zeitzeugeninterviews zum Thema wurde Ende April 2018 der Öffentlichkeit vorgestellt: www.occupation-memories.org. Für den Hinweis danke ich Susanne Heim.

5 *VEJ*, Bd. 14; zu Griechenland vgl. »Einleitung«, S. 59–78, Dokumente S. 529–686. Die Edition, die ein Kooperationsprojekt des Bundesarchivs, des Instituts für Zeitgeschichte München/Berlin und des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg ist, umfasst insgesamt 16 Bände mit zusammengekommen ungefähr 5.000 Dokumenten. Die Herausgeberinnen und Herausgeber der Edition sind gegenwärtig: Susanne Heim, Ulrich Herbert, Michael Hollmann, Horst Möller, Dieter Pohl, Sybille Steinbacher, Simone Walther-von Jena und Andreas Wirsching. In Band 14, der auf gut 800 Seiten neben Griechenland auch Italien, Jugoslawien und Albanien behandelt, sind Quellen aus elf verschiedenen Originalsprachen versammelt. Sie mussten unter anderem aus dem Judeospanischen übersetzt werden, das dem mittelalterlichen Spanisch ähnelt, Elemente aus dem Hebräischen, Aramäischen, Türkischen und anderen Sprachen enthält und von den Juden in Thessaloniki gesprochen wurde. Die für den Abschnitt über Griechenland verantwortliche Bearbeiterin des Bandes ist Maria Vassilikou. Von ihr ist erschienen u.a.: »Greeks and Jews in Salonika and Odessa: Inter-ethnic Relations in Cosmopolitan Port Cities«, in: David Cesarani (Hrsg.), *Port Jews. Jewish Communities in Cosmopolitan Maritime Trading Centers, 1550–1950*, London, 2002, S.155–172.

1 »Nea Evropi, Die Judenfrage, 12.2.1943«, abgedruckt in: *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945 (VEJ)*, Bd. 14: *Besetztes Südosteuropa und Italien*, bearbeitet von Sara Berger u.a., Berlin 2017, Dok. 230, S. 567. – Für die kritische Durchsicht des Manuskripts und hilfreiche Kommentare danke ich Susanne Heim und Ulrich Herbert.

2 »Anordnung des Befehlshabers Saloniki-Ägäis, 6.2.1943« und »Anordnung der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in Griechenland, 12.2.1943«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 227, S. 564 und Dok. 229, S. 566.

3 »Nea Evropi, Die Judenfrage, 12.2.1943«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 230, S. 567.

Hellenisierung des Landes, die die griechische Regierung nun massiv vorantrieb, gerieten Juden in Thessaloniki zunehmend an den Rand der Gesellschaft. Pogrome wurden entfesselt. Die selbstbewusste und wirtschaftlich starke jüdische Gemeinde veränderte sich. Juden verließen zu Tausenden die Stadt.⁹

Als die Deutschen am 6. April 1941 einmarschierten, floh die griechische Regierung nach Ägypten. Die Besatzer stellten das Land unter eine Art Militärherrschaft, setzten eine Kollaborationsregierung ein und überzogen es mit Terror. Die Zivilbevölkerung litt darunter besonders, auch die nicht-jüdische, denn oft löschten deutsche Truppen in sogenannten Vergeltungsaktion ganze Dörfer aus und erschossen Tausende ziviler Geiseln. Distomo, Kommeno, Kalavryta – das sind die Namen von nur einigen Orten solcher Massaker.¹⁰ Die Besatzer initiierten auch eine exzessive Plünderungspolitik, ließen sowohl in ihrer als auch in der bulgarischen Zone Bodenschätze, Maschinen, Fertigungsanlagen, Transportmittel inklusive Benzin, außerdem Nahrungsmittel, Tabak und vieles mehr für das Deutsche Reich konfiszieren und abtransportieren. Durch eine ausgeklügelte Verteilungspolitik bereicherten sie sich an den besonders wertvollen Vermögenswerten gleich selbst und belohnten mit anderen ihre einheimischen Helfer. Habgier und Plünderung war freien Lauf gelassen, die Zahl der Profiteure groß. Hungersnöte und epidemische Krankheiten breiteten sich in der griechischen Bevölkerung rasch aus. Die Zahl der Toten stieg ständig. Horrende Besatzungskosten, die Griechenland auferlegt wurden, kamen noch hinzu.

Die Juden in Thessaloniki wurden von Beginn an schikaniert. Die Besatzer beschlagnahmten ihre Häuser, Wohnungen und Geschäfte, ihre Wertsachen und ihr Mobiliar. Hausdurchsuchungen fanden statt, und die Juden mussten zum Verhör in den Behörden antreten. Die vielen Synagogen, die jüdischen Archive, Bibliotheken, Organisationen und Schulen, selbst die Schließfächer in den Banken wurden binnen kurzem ausgeraubt. Sondereinheiten rückten an, darunter der eigens für den Raub der Kulturgüter in den besetzten Ländern geschaffene Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg.¹¹ Im Juli 1942 zwangen die Deutschen alle jüdischen Männer zwischen 18 und 45 Jahren zu einem Appell. Sie mussten sich auf dem Freiheitsplatz im Stadtzentrum von Thessaloniki versammeln und wurden dort registriert.¹² Stundenlang hatten sie in der sengenden Sonne zu stehen, wurden geschlagen, mussten Turnübungen und Tänze

aufführen, zum Gelächter der Besatzer und umstehender Einheimischer.¹³ Ein Großteil der Männer wurde kurze Zeit später dazu abgeordnet, für die im Dienst der Wehrmacht stehende Organisation Todt Zwangsarbeit in Steinbrüchen und im Straßenbau zu leisten. Viele von ihnen starben binnen kurzem, weil sie die mörderischen Bedingungen der schweren Arbeit nicht aushielten. So gut wie jede jüdische Familie hatte Todesfälle zu beklagen. Um die Männer zu retten, die noch lebten, ließ sich die wohlhabende jüdische Gemeinde von Thessaloniki auf einen Handel mit der Wehrmacht ein: Sie schloss im Oktober 1942 eine Vereinbarung mit Kriegsverwaltungsrat Max Merten, einem Offizier der Heeresgruppe E, um die jüdischen Zwangsarbeiter freizukaufen – für die gewaltige Summe von 3,5 Milliarden Drachmen.¹⁴ Weil die Gemeinde am Ende aber nur zwei Milliarden aufbringen konnte, was immerhin 25.000 Goldpfund oder einer halben Million Reichsmark entsprach, gab sie noch einer weiteren Forderung Mertens nach: der nach dem jüdischen Friedhof.

Auf das Gräberfeld schielte die Kommunalverwaltung von Thessaloniki schon seit Jahren, mindestens seit dem großen Brand von 1917, denn, so die Überzeugung, es störte die bauliche Modernisierung oder, wie es auch hieß, »den organischen Aufbau« der Stadt.¹⁵ Unter deutscher Besatzung ließ sich nun realisieren, wonach die Stadtverantwortlichen lange gestrebt hatten: die Enteignung des jüdischen Friedhofs, der mit etwa 36 Hektar und nahezu einer halben Million Gräber der größte Europas war, manche Gräber reichten bis 1493 zurück.¹⁶ Deutsche Besatzungsbehörden und griechische Stadtverwaltung arbeiteten Hand in Hand, als sie ihr Zerstörungswerk im Dezember 1942 begannen. Dass die Juden keinerlei Rückhalt mehr in der Stadt besaßen, trat spätestens jetzt offen zu Tage. Der Friedhof verschwand im Nu. Wo er gewesen war, entstand ein Verkehrsknotenpunkt, von dem aus Straßen in die Vorstädte führten.¹⁷ Mit den Grabsteinen wurden Straßen und Wege gepflastert, sie dienten zum Hausbau, und in einer orthodoxen Kirche wurde ein Fußboden aus Marmor damit verlegt.¹⁸ Auch ein Schwimmbad für Wehrmachtsoffiziere entstand – mit Wänden, gemauert nur aus Grabsteinen.¹⁹

.....

13 »Aufzeichnungen von Yomtov Yakoel über die Schikanen beim Appell, undatiert, vermutlich 1943«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 211, S. 542 ff.

14 »Aufzeichnungen von Yomtov Yakoel über die Verhandlungen, undatiert, vermutlich 1943«. Yakoel war der Rechtsberater der Jüdischen Gemeinde Thessaloniki, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 220, S. 553–558; ferner ebd., »Einleitung«, S. 65 f.

15 »Anordnung des Befehlshabers Saloniki-Ägäis, 18.10.1942«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 217, S. 550 f., S. 551 (Zitat).

16 Vgl. Naar, »Saloniki«, S. 309 f.

17 Heute befindet sich auf dem Gelände die Aristoteles-Universität.

18 »Militärverwaltungsoberrat in Thessaloniki an den Vorsitzenden des Kirchenrats der Kirche Kimisseos Theotokou, 1.10.1943«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 277, S. 638.

19 Abbildungen vom zerstörten Friedhof und vom Missbrauch der Grabsteine bei Rena Mohlo, *Holocaust*, S. 104 ff., dazu ebd. S. 65.



Oben: Jüdischer Friedhof von Thessaloniki
Foto: bpk/Coll. LR/adoc-photos



Links: Erfassung von Juden für den Arbeitseinsatz, SS-Mann mit Schlagwerkzeug, zuschauende deutsche Soldaten, Thessaloniki im Juli 1942
Foto: Bundesarchiv, Bild 101I-168-0895-07A, Fotograf: Walter Dick



Unten: Jüdische Zwangsarbeiterkolonnen in Tessaloniki im Juli 1942
Foto: Bundesarchiv, Bild 101I-168-0894-20A
Fotograf: Walter Dick

.....

9 Vgl. Götz Aly, *Europa gegen die Juden 1880–1945*, Frankfurt am Main 2017, S. 119–126, 196–201; *VEJ*, Bd. 14, »Einleitung«, S. 59 ff.

10 Vgl. Mazower, *Griechenland*, S. 197–264, zu den Folgen der Besatzungspolitik S. 31–114, hier auch zum Folgenden; ferner *VEJ*, Bd. 14, »Einleitung«, S. 64 f.

11 »Bericht des Einsatzstabes über seine Tätigkeit in Griechenland, 15.11.1941«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 208, S. 535–540.

12 »Nea Evropi, Appell an alle Israeliten, 10.7.1941«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 210, S. 542.

Eine Bestimmung nach der anderen schränkte ab Februar 1943 das Leben der Juden in Thessaloniki ein: Bald nach der Verordnung über den Judenstern durften sie keine öffentlichen Verkehrsmittel und keine Telefone mehr benutzen, mussten ihr Vermögen registrieren lassen, waren gezwungen, ihre Häuser und Geschäfte griechischen Treuhändern zu übertragen, und Straßen durften nicht mehr nach Juden benannt sein.²⁰ Rasch begann nun auch die Ghettoisierung.²¹ Nach und nach wurden die Juden in das Baron-Hirsch-Viertel gegenüber vom Bahnhof geschafft. Das Areal war nach dem deutschen Unternehmer Maurice de Hirsch benannt, der in den 1870er-Jahren den Bau der Eisenbahnlinie für den späteren Orientexpress initiiert hatte. Er hatte der Stadt eine erkleckliche Summe gestiftet, damit sie eine Siedlung für die Armen bauen ließ. Dort, im Armenviertel, wurden nun Anfang März 1943 Tausende Juden auf engem Raum und unter erbärmlichen Umständen zusammengepferrcht. Patrouillen aus jüdischer Miliz, von der SS unter Zwang als Hilfstuppe rekrutiert, kontrollierten das abgesperrte Gelände; nachts brannten dort die Scheinwerfer, damit niemand zu fliehen wagte.²²

Nehama Cases, eine jüdische Witwe aus Athen, fuhr Ende 1942 nach Thessaloniki, weil sie angesichts der Hungersnot, die in der Hauptstadt besonders groß war, hoffte, bei Freunden Lebensmittel bekommen zu können. Sie blieb dort einige Zeit. Als sie dann aus der deutschen wieder zurück in die italienische Zone fahren wollte, in der Athen lag, wurde ihr jedoch der Passierschein verweigert, was bedeutete: Nehama Cases saß fest. Ihr Sohn Maurice wandte sich Anfang Februar 1943 in Athen hilfesuchend an die Königliche Vertretung Italiens in Griechenland.²³ Seine Schreiben an die Behörde und die Briefe, die zwischen der Mutter und ihren beiden Söhnen hin und her gingen, sind bedrückende Zeugnisse der deutschen Gewaltpolitik.²⁴ Am 8. März 1943, der Ghettoisierungserlass in Thessaloniki war seit kurzem in Kraft, schrieb Frau Cases nach Hause: »Gestern sagte man uns, dass wir heute früh wegkämen, jetzt wissen wir nicht, an welchem Tag dieser Woche, wenn es nicht

schon morgen so weit ist«.²⁵ Unsicherheit und Angst machten sie beklommen und ratlos. Da der Abtransport ins Ghetto drohte, begannen ihre jüdischen Freunde in Thessaloniki, ihr eigenes Hab und Gut fortzugeben, das in der nicht-jüdischen Bevölkerung sogleich sehr begehrt war: »Die Straßen sind voller Menschen, die sich wie die Hyänen auf ein totes Pferd auf die Sachen der Leute stürzen und sie klauen. Youssé hat drei Viertel verkauft, und Daisy weint nur noch, weil sie die Tragödie mitansehen muss, wie die Händler in ihre Räume kommen. Der reinste Flohmarkt.«

Das italienische Konsulat in Athen wurde auf die Bitte von Maurice Cases hin rasch aktiv und stellte ein Schreiben für seine Mutter aus, wonach die 54-Jährige mit einem Krankentransport in die Hauptstadt zurückgebracht werden sollte. Doch, so ließ Frau Cases ihre Söhne verzweifelt wissen, die deutschen Behörden weigerten sich, das Papier anzuerkennen.²⁶ Ihr letzter Brief nach Hause datiert vom 1. April 1943. Darin schrieb sie, dass die jungen Leute um sie herum jetzt »zu Hunderten« heirateten, »immer zehn zusammen vor dem Rabbiner«. Denn wer verheiratet sei, so jedenfalls die Hoffnung, werde zusammenbleiben, wenn die Deportationen ins Baron-Hirsch-Viertel begönnen. Auch sie habe schon überlegt zu heiraten, berichtete sie, und verhehlte nicht, dass sie sich »einen gelähmten Alten« ausgesucht hatte. Von der Heirat mit ihm versprach sie sich, die Staatsbürgerschaft des alten Mannes, der Ausländer war, annehmen zu können. Juden mit ausländischer Staatsbürgerschaft, so hieß es in ihrer Umgebung, seien von den deutschen Maßnahmen nämlich ausgenommen. Aber dann habe sie doch davon abgesehen und sich besonnen, erzählte sie, da der Alte bereits von fünf weiteren »Anwärterinnen« umworben worden sei, »die ihn nehmen wollten«.²⁷

Nehama Cases kehrte nicht mehr nach Athen zurück. Das Baron-Hirsch-Viertel, in das sie vermutlich noch im April 1943 gebracht wurde, war ihr letzter Wohnort vor ihrem Abtransport nach Auschwitz-Birkenau. Der erste Todeszug verließ Thessaloniki am 15. März 1943,²⁸ der 19. und letzte fuhr am 10. August 1943 dort ab. Allein im April rollten aus der Stadt neun Züge über Belgrad, Budapest und Wien nach Auschwitz.²⁹ Ein jeder war mit bis zu 3.000 Personen besetzt, unter ihnen alte und gebrechliche Leute ebenso

.....

- 25 »Nehama Cases an Maurice und Berto Cases in Athen, 8.3.1943«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 235, S. 574 f., S. 575 (Zitat), hier auch das folgende Zitat.
- 26 »Nehama Cases an Maurice Cases, 19.3.1943«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 238, S. 579.
- 27 »Nehama Cases an Maurice und Berto Cases, 1.4.1943«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 246, S. 593 f.
- 28 »Bericht des deutschen Generalkonsuls in Thessaloniki an das Auswärtige Amt über den Beginn der Deportationen, 15.3.1943«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 237, S. 577–579.
- 29 Über die Deportationen aus Thessaloniki veröffentlichte die *Palestine Post* am 14.7.1944 den Erfahrungsbericht eines Juden unter dem Titel »I escaped from Greece«. The Tragedy of Salonica«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 301, S. 681 ff.

wie junge, und auch die jüdischen Waisenkinder sowie die Insassen einer Heilanstalt waren dabei. Innerhalb von fünf Monaten war die alte jüdische Gemeinde Thessalonikis ausgelöscht.

Die Diplomaten

Das Reichssicherheitshauptamt, das für die Deportationen zuständig war, schickte Anfang Februar 1943 Dieter Wisliceny und Alois Brunner nach Griechenland. SS-Hauptsturmführer Wisliceny war als »Spezialist« und »Berater in jüdischen Angelegenheiten« schon in Bratislava tätig gewesen. Gemeinsam mit SS-Hauptsturmführer Brunner, der 1941 Chef der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien geworden war und im Herbst 1942 nach dem Abtransport der österreichischen Juden in die Ghettos und Vernichtungslager auch die Deportation der Berliner Juden organisiert hatte, leitete er nun das Sonderkommando der Sicherheitspolizei für Judenangelegenheiten Saloniki-Ägäis. Nachdem beide dafür gesorgt hatten, dass in Thessaloniki keine Juden mehr lebten, wurden sie im September 1943 nach Athen versetzt. Dort leiteten Wisliceny und Brunner das »Judenreferat« beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes und waren auch dort für die Organisation der Deportationen zuständig.³⁰ Verstärkung erhielten sie durch Jürgen Stroop, ab September 1943 Höherer SS- und Polizeiführer in Griechenland. Stroop hatte im Mai 1943 den mehrere Wochen andauernden Warschauer Ghettoaufstand brutal niedergeschlagen. Als Anerkennung für die Massaker, die er dort befohlen hatte, stieg er noch in Warschau zum Höheren SS- und Polizeiführer auf. In gleicher Funktion nach Athen beordert, besaß er auch hier weitreichende Befugnisse und war Reichsführer SS Heinrich Himmler direkt unterstellt.

Schon lange übten deutsche Funktionäre in Griechenland Druck aus, damit auch in der italienischen Zone des besetzten Landes anti-jüdische Bestimmungen eingeführt würden, beispielsweise die Kennzeichnungspflicht.³¹ Aber Rom lehnte das mit dem Hinweis ab, dass in Italien keine Pflicht dazu bestehe und darum auch in der italienischen Zone Griechenlands nicht eingeführt werde. Rassistisches Denken lag Mussolini zwar keineswegs fern, was schon seine Kriegsführung 1935/36 in Abessinien zeigte. Als Zugeständnis an den deutschen Bündnispartner und um das Verhältnis zu Berlin zu verbessern, ließ er in Italien 1938 Rassegesetze nach dem Vorbild der Nürnberger Gesetze einführen.³² Aber die Verfolgungs-, Ghet-

.....

- 30 Vgl. Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Bd. 2, Frankfurt am Main 1982, S. 739 ff.; Hans Safrian, *Eichmann und seine Gehilfen*, Frankfurt am Main 1995, S. 233 ff., 270.
- 31 »Schnellbrief des Reichssicherheitshauptamts an das Auswärtige Amt, 11.7.1942«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 212, S. 544 ff.
- 32 Vgl. *VEJ*, Bd. 14, »Einleitung«, S. 19.

toisierungs- und Deportationspolitik der Deutschen im besetzten Griechenland trug Italien nicht mit. Unter Diplomaten gingen dies-bezüglich zahlreiche Noten hin und her. Was sich hinter der Rede-weise verbarg, die griechischen Juden seien »zum Arbeitseinsatz nach dem Osten verbracht« worden,³³ war manchem italienischen Diplomaten durchaus klar, beispielsweise dem Generalkonsul in Thessaloniki, Guelfo Zamboni, der sich den deutschen Maßnahmen vehement widersetzte. Ihm gelang es in mühevollen Verhandlungen, Juden von der Deportation auszunehmen, indem er auf ihre italienische Staatsbürgerschaft pochte.³⁴ Zamboni engagierte sich beispielsweise für Dudun Venezia, eine Jüdin aus Venedig, die in Thessaloniki lebte und, obwohl italienische Staatsbürgerin, bereits deportiert worden war. Sie wollte er nun unbedingt zurückholen, was zahlreiche Briefwechsel belegen. Über das Auswärtige Amt erging schließlich an Adolf Eichmann im Reichssicherheitshauptamt die Anfrage, ob die Frau zusammen mit weiteren italienischen Juden »aus den Ostgebieten« nun »wieder zur Verfügung gestellt werden« könne.³⁵ Das war freilich nicht der Fall.

Eberhard von Thadden, Judenreferent im Auswärtigen Amt, warnte vor Zugeständnissen an die Italiener. Wer unter den Juden in Thessaloniki die italienische Staatsbürgerschaft nicht besitze oder gerade erst einen Antrag auf deren Verleihung oder Wieder-gewährung gestellt habe, könne von »den allgemeinen Judenmaß-nahmen« keinesfalls ausgenommen werden, erklärte er.³⁶ Etwa 860 nicht-griechische Juden lebten im März 1943 in der Stadt, darunter gut 500 mit spanischer und knapp 300 mit italienischer Staatsbürgerschaft; weitere stammten aus Bulgarien, Ungarn, Portugal, Argentinien, Ägypten, der Türkei und der Schweiz.³⁷ Die deutschen Besatzer trafen in der Staatsangehörigkeitsfrage eine strikte Regelung: Bis zum Stichtag am 15. Juli 1943 hatten alle nicht-griechischen Juden Thessaloniki zu verlassen. Tatsächlich fuhr an diesem Tag ein Zug mit etwa 350 Juden, die meisten von

.....

- 33 »Auswärtiges Amt an die Königlich Italienische Botschaft in Berlin, 4.6.1943«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 259, S. 613 ff., S. 615 (Zitat).
- 34 Vgl. *VEJ*, Bd. 14, »Einleitung«, S. 70 f. Eine geglückte Hilfsaktion Zambonis belegt beispielsweise der Brief eines jüdischen Händlers vom 3.8.1943 an die italie-nische diplomatische Vertretung in Bern. Ihm war durch die Unterstützung des Generalkonsulats die Flucht in die Schweiz gelungen, nun wollte er seine Schwe-ster nachholen, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 271, S. 628 f.
- 35 »Auswärtiges Amts an die Königlich Italienische Botschaft in Berlin, 4.6.1943«, darin der Name der Frau, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 259, S. 613 ff., hier S. 615, zur Anfrage an Eichmann ebd., Anm. 12.
- 36 »von Thadden an den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 29.4.1943«, abge-druckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 252, S. 601 ff., hier S. 602. Zu von Thadden vgl. Eckart Conze, Norbert Frei, Peter Hayes, Moshe Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit. *Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepu-blik*, München 2010, passim.
- 37 »Bericht des deutschen Generalkonsuls in Thessaloniki an das Auswärtige Amt, mit Zahlenangaben über die nicht-griechischen Juden, 15.3.1943«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 237, S. 577 ff.

ihnen Italiener, nach Athen ab.³⁸ In der Hauptstadt waren sie (jedenfalls zunächst) in Sicherheit.

Um die spanischen Juden aus Thessaloniki entspann sich in den folgenden Monaten ein diplomatisches Ränkespiel. Da die Regierung in Madrid ihretwegen nicht aktiv wurde,³⁹ wollte der italienische Generalkonsul Giuseppe Castruccio, Zambonis Nachfolger, sie in die griechische Hauptstadt holen, um sie vor den deutschen Maßnahmen zu schützen.⁴⁰ Aber das gelang ihm nicht, denn mit Mussolinis Sturz Ende Juli 1943 änderten sich die politischen Vorzeichen im besetzten Griechenland dramatisch. Die deutsch-italienischen Beziehungen hatten sich schon merklich abgekühlt, als wenige Wochen zuvor, im Mai, Tunesien verloren gegangen war und sich damit das Ende des deutschen Afrika-Feldzuges anbahnte. In Griechenland bemächtigten sich die Deutschen nach Mussolinis politischem Ende sogleich der italienischen Zone, wo sie jetzt freie Bahn für antijüdische Maßnahmen besaßen.

Da italienische Hilfe nicht mehr zu erwarten war, begann für die spanischen Juden in Thessaloniki eine Zeit zermürbender Ungewissheit und großer Bedrohung. Anstatt nach Athen ausreisen zu dürfen, wie sie gehofft hatten, wurden sie ins Baron-Hirsch-Viertel eingewiesen. Dort blieben sie über Monate, während das Auswärtige Amt in Berlin mit Madrid verhandelte und sich auch schwedische Regierungsstellen einschalteten.⁴¹ Die spanische Regierung zeigte sich weiterhin kaum an den spanischen Juden interessiert, wollte allenfalls Einzelnen unter ihnen einen Pass ausstellen lassen, höchstens 20 bis 50 Personen. Besser sei es, hieß es aus der Spanischen Botschaft in Thessaloniki, die Deutschen kümmerten sich selbst um sie, vorausgesetzt, man könne sich sicher sein, »dass sie nicht liquidiert würden«.⁴² Dass Mord die gängige deutsche Praxis im Umgang mit Juden war, ahnte das Botschaftspersonal, wie die Formulierung zeigt. Von Thadden fand schließlich eine »Zwischenlösung«:⁴³ Anfang August 1943 wurden rund 365 spanische Juden von Thessaloniki ins Konzentrationslager Bergen-Belsen bei Celle gebracht und dort in einem abgetrennten Lagerteil interniert, dem sogenannten Aufenthaltslager, das wenige Wochen zuvor geschaffen worden war und Platz für etwa 10.000 Personen bot. Zweck des Aufenthaltslagers

war es, dort Juden unterschiedlicher Nationalität einzusperren, die die NS-Führung austauschen wollte, beispielsweise gegen deutsche Zivilisten, die im Ausland interniert waren, oder auch gegen Devisen und rüstungswichtige Güter. »Austauschjuden« hießen sie und waren ein Faustpfand in der Hand der Regierung.⁴⁴ Sie wurden als Druckmittel sowohl gegenüber dem militärischen Gegner eingesetzt als auch gegenüber verbündeten und – wie im Falle Spaniens – neutralen Staaten. Mit Blick auf die spanischen Juden aus Thessaloniki sprach sich von Thadden gegenüber Eichmann dafür aus, erst einmal »die Reaktion der Spanier auf den zu erwartenden Druck der Feindstaatenregierungen abzuwarten«. Behandelt werden sollten sie in Bergen-Belsen jedenfalls einstweilen so, dass kein Anlass »zu schwerwiegenden Beschwerden und unerwünschter Greuelpropaganda« bestehe.⁴⁵

Parallel zum Mordprogramm, das zeigt der Fall anschaulich, wurde mit Juden diplomatischer Handel getrieben. Als »Austauschjude« nach Bergen-Belsen zu kommen bedeutete allerdings keine Rettung, sondern war oft nur eine Zwischenstation auf dem Weg in die Vernichtung, denn in vielen Fällen wurden Staatsangehörigkeitsnachweise oder Einreisezertifikate im Deutschen Reich nicht anerkannt und die Betroffenen dann gleich nach Auschwitz-Birkenau geschickt. Noch bis in die letzten Kriegstage hinein hielt die NS-Führung Tausende »Austauschjuden« in Bergen-Belsen fest, überzeugt davon, mit den Alliierten über sie verhandeln zu können. Die spanischen Juden aus Thessaloniki waren dann nicht mehr da- runter. Für sie zeigte die spanische Regierung am Ende doch noch Interesse, was auf das beständige Drängen von Romero Radigales zurückzuführen war, dem spanischen Konsul in Thessaloniki und Athen. Anfang 1944 gelang es ihm, sie aus Bergen-Belsen nach Spanien zu holen. Viele gingen noch im selben Jahr über Barcelona und Casablanca nach Palästina.⁴⁶

Die Hauptstadt- und die Inselbewohner

In Athen wohnten im Herbst 1943 etwa 7.000 Juden. Ungefähr 4.000 von ihnen waren Flüchtlinge aus Thessaloniki und Umgebung, die in der Hauptstadt Schutz fanden. Früh formierte sich in



Oben links: Deutsche Sturmgeschütze auf dem Marsch durch Thessaloniki, hier am Galerius-Bogen, 1944, Foto: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

Unten: Deportation der Mitglieder der jüdischen Gemeinde von Ioannina, 25. März 1944, Foto: Scherl/Bundesarchiv, Bild 1011-179-1575-02, Fotograf: Wetzel

Oben rechts: Schild an einer Tür in Thessaloniki: »Juden unerwünscht«, Mai 1941
Foto: Scherl/Bundesarchiv, Bild 183-R99237

38 »Befehlshaber Saloniki-Ägäis an das Deutsche Generalkonsulat in Thessaloniki, 26.4.1943«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 251, S. 599 ff.
39 »Lazare Benveniste, Industrieller in Lausanne, an den Schweizer Konsul in Thessaloniki über die Haltung der spanischen Regierung«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 276, S. 636 ff.
40 Zu Hilfsgesuchen von Juden an Castruccio siehe beispielsweise die Schreiben vom 4.7.1943 und 12.7.1943, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 265, S. 622 f., und Dok. 266, S. 623, ferner ebd., Anm. 5.
41 »von Thadden an den Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, 9.6.1943«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 262, S. 619 f.
42 »von Thadden in einem Schnellbrief an Eichmann im Reichssicherheitshauptamt, 24.7.1943«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 270, S. 627 f., hier S. 627.
43 Ebd.

44 Vgl. Eberhard Kolb, *Bergen-Belsen. Geschichte des »Aufenthaltslagers« 1943–1945*, Münster 2011 (zuerst 1962); ders., *Bergen-Belsen. Vom »Aufenthaltslager« zum Konzentrationslager 1943–1945*, Göttingen 2002 (zuerst 1985); Alexandra Wenck, *Zwischen Menschenhandel und »Endlösung«*. *Das Konzentrationslager Bergen-Belsen*, Paderborn 2000.
45 »von Thadden in einem Schnellbrief an Eichmann, Reichssicherheitshauptamt, 24.7.1943«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 270, S. 627 f., S. 627 (Zitate).
46 Bernd Rother, *Spanien und der Holocaust*, Tübingen 2001, S. 207–284; ders., »Die Rettung spanischer und portugiesischer Jüdinnen und Juden aus Bergen-Belsen 1943–1945«, in: *Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland* (2007), H. 10: »Hilfe oder Handel? Rettungsbemühungen für NS-Verfolgte«, S. 39–49.

Athen eine breite Widerstandsfront gegen die deutschen Besatzer. Die griechische Polizei zählte dazu, ferner die griechisch-orthodoxe Kirche, außerdem einige kommunistische Gruppen, namentlich die im September 1941 entstandene Nationale Befreiungsfront (EAM). Die griechische Exilregierung in Ägypten und die Briten trugen ebenfalls dazu bei, dass hier – anders als in Thessaloniki – schlagkräftige Gegenwehr entstehen konnte.⁴⁷ Der Athener Erzbischof Damaskinos protestierte gemeinsam mit führenden Vertretern von Berufs- und Wirtschaftsverbänden, Hochschulrektoren und Vorsitzenden von Schriftstellervereinigungen und Schauspielerorganisationen im Frühjahr 1943 offen, wenn auch vergeblich bei der griechischen Kollaborationsregierung gegen die Behandlung der Juden in Thessaloniki.⁴⁸ Als im September 1943, wenige Monate nach Mussolinis Sturz, Zwangsmaßnahmen auch gegen Juden in Athen angeordnet wurden,⁴⁹ wies Erzbischof Damaskinos die Priester in der Stadt an, die Juden zu taufen. Der Polizeipräsident schaltete sich ebenfalls ein und ließ ihnen die griechisch-orthodoxe Religionszugehörigkeit sogleich im Ausweis bestätigen. Das beherzte Vorgehen der Männer rettete vielen Juden das Leben.⁵⁰

Den Rabbiner von Athen wollten die deutschen Stellen zwingen, Listen mit den Namen der jüdischen Gemeinemitglieder zu erstellen. Aber mit Hilfe von Widerstandsgruppen konnte der sich samt seiner Familie gleich im September 1943 in die Berge absetzen und wurde dort versteckt. Das war das Signal für viele Athener Juden, ihre eigene Flucht vorzubereiten. Da die orthodoxe Kirche als Fürsprecherin für sie auftrat, boten Christen ihnen Verstecke an, oftmals für Wochen und Monate, oftmals auch ohne Gegenleistung. Um die Solidarität mit den Juden zu brechen, gingen die Deutschen rigide vor: Konzentrationslagerhaft, Militärgerichte und Hinrichtungen waren ihre Sanktionsmittel.⁵¹ Den deutschen Behörden gelang es jedoch nicht, die namentliche Registrierung der Athener Juden zu organisieren. Sie mussten sich schließlich ihr Scheitern eingestehen, denn nur etwa 1.200 Juden hatten sich auf Anordnungen hin

.....

47 Zum Widerstand vgl. Mazower, *Griechenland*, S. 115–195; ferner *VEJ*, Bd. 14, »Einleitung«, S. 75. Die eingehende historiographische Erforschung der Widerstandsgruppen steht noch aus.

48 »Damaskinos und 27 Vertreter des öffentlichen Lebens an den griechischen Ministerpräsidenten, 23.3.1943«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 241, S. 585 ff.; ferner ebd., »Einleitung«, S. 70.

49 »Befehl des Höheren SS- und Polizeiführers Griechenland, 4.10.1943«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 278, S. 638 f.

50 »Bericht des jüdischen Tabakhändlers Samuel Ovadia über Verfolgungsmaßnahmen in Thessaloniki und Hilfsaktionen in Athen, 27.4.1944«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 294, S. 669–673, hier auch zum Folgenden; zu Damaskinos vgl. ebd., S. 581, Anm. 8. Zur Situation in Athen ferner: »Ansprache von Nello Levy in einer Synagoge in Alexandria, 9.1.1944«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 285, S. 649 ff.

51 »Bericht eines Juden, dem die Flucht nach Istanbul geglückt war, über die Situation in Athen, undatiert, vermutlich Oktober/November 1943«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 280, S. 642 ff.

gemeldet,⁵² gedrängt vor allem von Armut und Not, da es für sie auf Dauer aufreibend und kostspielig war, sich zu verstecken. »Nach Abtransport der Juden, die sich gemeldet und wahrscheinlich das uninteressanteste Kontingent darstellen, besteht überhaupt keine Aussicht mehr, an diejenigen heranzukommen, die für uns politisch wesentlich interessanter sind als die gemeldeten«, heißt es in einem Telegramm aus Athen an das Auswärtige Amt.⁵³ Die meisten Athener Juden flüchteten in die Berge, schlossen sich dem Widerstand an, oft dem kommunistischen, und überlebten. Etwa 1.000 bis 2.000 von ihnen schafften es, mit Hilfe der Nationalen Befreiungsfront und der Jewish Agency, der Vertretung der Zionistischen Weltorganisation, über die Insel Euböa und die Türkei nach Palästina zu entkommen.⁵⁴ In Ioannina, etwa 300 Kilometer von Athen entfernt, war die Lage indes anders. Die etwa 2.000 Juden der Stadt waren (anders als diejenigen in der Hauptstadt) kaum in die christliche Mehrheitsgesellschaft integriert, was der Grund dafür gewesen sein dürfte, warum die Nationale Republikanische Griechische Liga, eine rechte Widerstandsgruppe, die hier ihren Sitz hatte, sich nicht für sie einsetzte. Die griechische Polizei half mit, als die Juden von Ioannina Ende März 1944 deportiert wurden.⁵⁵ Zunächst kamen sie in die Nähe von Athen, Anfang August schließlich nach Auschwitz.

Je offensichtlicher sich der deutsche Machtzerfall nun abzeichnete, mit desto größerem Nachdruck wurde in den besetzten Gebieten der Mord an den Juden vorangetrieben. Griechenland ist ein bedrückendes Beispiel für die im letzten Kriegsjahr beständig eskalierende Brutalität der deutschen Besatzungsmacht. Gemordet wurde dort selbst dann noch, als die Westalliierten im Juni 1944 schon in der Normandie gelandet waren und die Rote Armee im Juli 1944 das Vernichtungslager Majdanek bei Lublin befreit hatte. Mitte Mai 1944 kam aus Berlin der Befehl, die Juden, die auf den griechischen Inseln lebten, nun zügig zu deportieren. Auf Korfu, wo etwa 2.000 Juden wohnten, zog sich ihr Abtransport jedoch in die Länge. Es fehlte an Schiffen, weil von dort wie auch von Kreta und anderen Inseln seit der Kapitulation Italiens Tausende italienische Soldaten aufs Festland gebracht werden mussten. Als Kriegsgefangene der Deutschen, sogenannte Militärinternierte, hatten sie für die

.....

52 »Telegramm des Sonderbevollmächtigten Südost in Athen an das Auswärtige Amt, 27.11.1943«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 282, S. 645 f. Zur Deportation der Athener Juden: »Bericht des Sonderbevollmächtigten des Auswärtigen Amtes für den Südosten an das Auswärtige Amt, 3.4.1944«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 293, S. 667 ff.

53 »Telegramm des Sonderbevollmächtigten Südost in Athen an das Auswärtige Amt, 27.11.1943«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 282, S. 645 f.

54 »Bericht des Hauptquartiers der USA im Nahen Osten über Juden, die in Athen und Thessaloniki verfolgt gewesen waren und denen die Flucht in den Nahen Osten gelang, März 1944«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 289, S. 662 ff.; ferner ebd., »Einleitung«, S. 74.

55 »Bericht der Geheimen Feldpolizei 621 über die Deportation, 27.3.1944«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 288, S. 660 f.

ehemals Verbündeten Zwangsarbeit zu leisten. Dem Inselkommandanten Emil Jäger wäre es lieber gewesen, anstelle der Juden die rund 2.500 demobilisierten italienischen Soldaten abzuschieben, die sich noch auf Korfu aufhielten.⁵⁶ Denn er befürchtete, der Abtransport der Juden würde die Partisanen zu erhöhter »Bandentätigkeit« anstacheln und dazu führen, dass die Wehrmacht in den Augen der Einheimischen einen »ethischen Prestigeverlust« erleidet, »weil die unvermeidlichen Brutalitäten nur abstoßend wirken können«. »Auf unbestimmte Zeit« wollte er daher die Judendeportation verschieben.⁵⁷ Anfang Juni 1944 wurden die Juden von Korfu fortgebracht, zunächst in das Konzentrationslager Chaidari bei Athen, wenige Tage später nach Auschwitz.⁵⁸

Bürgermeister, Polizeipräsident und Präfekt reagierten darauf erfreut. »An das Volk von Korfu« richteten sie eine feierliche Proklamation und versprachen, dass jetzt alles besser werde: »Nun liegt der Handel in unseren Händen. Nun werden wir selbst die Früchte unserer Arbeit ernten. Nun werden sich die Lebensmittelversorgung und die wirtschaftliche Lage zum Besseren wenden. Das gesamte israelitische Vermögen gehört dem griechischen Staat und folglich uns allen«.⁵⁹ Auf das jüdische Vermögen schielten viele, auch der Metropolit von Korfu. Er war der Leiter der Kirchenprovinz und wandte sich Mitte Juni 1944 an den Präfekten, der das Hab und Gut der deportierten Juden verwaltete. Der Metropolit erinnerte an die Eingaben, die er schon mehrmals gemacht hatte, damit die Priester, zumal die auf dem Land, die wegen ihres schäbigen Äußeren bereits dem Gespött der Leute ausgesetzt seien, endlich Stoff für ordentliche Kleidung und neue liturgische Gewänder bekämen. Da nach der »traurigen Deportation« nun die Juden fort und ihre Lagerhäuser voll seien, gebe es »sogar ein Überangebot an Stoffen«, und der priesterliche Bedarf lasse sich doch wohl leicht decken.⁶⁰

Auf Kreta, wo rund 330 Juden lebten, waren seit dem Schächtverbot im Juli 1941, dem ersten antisemitischen Erlass im deutsch besetzten Griechenland,⁶¹ keine weiteren Anordnungen ergangen, weshalb die dortigen Juden relativ unbehelligt blieben – bis Anfang Juni 1944. Dann wurden auch sie deportiert.⁶² Zusammen mit nicht-

.....

56 »Jäger an Wehrmachts-Generalkommando, Mai 1944«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 295, S. 674 ff.; ferner ebd., S. 674, Anm. 5.

57 Ebd., S. 675 f. (Zitate).

58 Vgl. Ralph Klein, »Chaidari«, in: Wolfgang Benz, Barbara Diestel (Hrsg.), *Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, Bd. 9, S. 559 ff.

59 »Verlautbarung, 9.6.1944«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 297, S. 677.

60 »Metropolit von Korfu und Paxon an den Präfekten von Korfu, 13.6.1944«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 298, S. 678 f.

61 »Anordnung des Feldkommandanten der Feld-Kommandantur 606 an alle Bürgermeister und Ortsvorsteher auf Kreta, 1.7.1942«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 205, S. 531.

62 Kurz vorher erfolgte durch den Kommandanten der Festung Kreta die Beschlagnahme ihres Vermögens: »Verordnung, 23.5.1944«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14,

jüdischen Widerstandskämpfern und italienischen Kriegsgefangenen mussten sie an Bord des griechischen Frachtschiffs Tanais gehen. Etwas Unvorhergesehenes geschah allerdings: Ein britischer Torpedo traf das Schiff auf seinem Weg nach Piräus, es sank, und niemand überlebte. Judenreferent von Thadden im Auswärtigen Amt zögerte nicht, aus dem Vorfall sogleich Kapital schlagen zu wollen: Es »darf anheimgestellt werden, die Tatsache der Vernichtung mehrerer 100 Juden durch den Gegner propagandistisch auszuwerten.«⁶³ Ob und wie seine Idee umgesetzt wurde, ist nicht bekannt.

Auf Rhodos und Kos – beide Inseln waren zunächst italienisch – fielen insgesamt etwa 1.800 Juden in die Hände der deutschen Besatzer.⁶⁴ Hier spielte sich Ende Juli 1944 Ähnliches ab wie zuvor schon auf Korfu und Kreta. Die Juden wurden auf Schiffe verladen, aufs griechische Festland verschleppt, kurz in einem Lager bei Athen eingesperrt und von dort per Zug nach Auschwitz-Birkenau gebracht. Obwohl die Transportlage schwierig und die militärische Situation zunehmend ungünstiger wurde, rollten die Todeszüge weiterhin. Zwischen Frühjahr 1943, als die Deportationen in Griechenland begannen, und Sommer 1944, als schließlich auch die Inseln »judenfrei« waren, ermordeten die Deutschen mindestens etwa 63.000 (der insgesamt rund 78.000) griechischen Juden. Die meisten wurden nach Auschwitz-Birkenau transportiert; die Juden aus der bulgarischen Zone nach Treblinka.

Die Wehrmacht zog im Oktober 1944 aus Griechenland ab. Nach dreieinhalb Jahren systematischer Ausbeutung und blutiger Gewaltherrschaft hinterließen die deutschen Besatzer buchstäblich verbrannte Erde. Wirtschaft, Währung und Infrastruktur des Landes waren vollständig zerstört. Etwa 140.000 Menschen starben an Unterernährung, womöglich noch weitaus mehr. An Dünger, Saatgut und Zugtieren fehlte es noch lange. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung blieb weit über das Kriegsende hinaus katastrophal.

Über die Frage, wer die Kosten für die »Sonderzüge« bezahlen werde, mit denen die griechischen Juden in die Vernichtungslager gebracht worden waren, kam es in den letzten Monaten der deutschen Herrschaft im Land noch zur Auseinandersetzung zwischen den Behörden. Denn die Deutsche Reichsbahn war auf ihren Kosten sitzen geblieben, die, anders als ursprünglich geplant, am Ende doch nicht aus dem geraubten Vermögen der Juden beglichen wurden.⁶⁵ Das Reichsverkehrsministerium wandte sich deshalb im Spätsommer 1944 an das Oberkommando der Wehrmacht. Das erklärte sich aber für nicht zuständig und empfahl, die Zahlungsaufforderung an

.....

Dok. 296, S. 676; ferner ebd., »Einleitung«, S. 77.

63 »Vermerk von Thadden, 10.7.1944«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 299, S. 679.

64 Vgl. Aron Rodrigue, »Rhodos«, in: Diner (Hrsg.), *Enzyklopädie*, S. 215–218.

65 »Bericht des deutschen Generalkonsuls in Thessaloniki an das Auswärtige Amt über den Beginn der Deportationen, 15.3.1943«, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 14, Dok. 237, S. 577 ff., hier S. 577.

das Auswärtige Amt und das Reichsfinanzministerium zu richten. Ende November 1944 war die Sache noch immer nicht geklärt. Das Reichsverkehrsministerium monierte nun beim Auswärtigen Amt, im Ton schon recht spitz, unter der Betreffzeile »Bezahlung der Judentransporte aus Griechenland« Gesamtkosten in Höhe von exakt 1.938.488 Reichsmark. Der Betrag solle an die Hauptkasse der Reichsbahndirektion gezahlt werden. »Baldgefälligste« Mitteilung wurde erwartet.⁶⁶

Fazit

Erst der genaue Blick auf alle Beteiligten erlaubt es, die Verfolgungs- und Mordpolitik in Griechenland in ihren Abläufen und Zusammenhängen zu erfassen – und zu verstehen, wie der Massenmord umgesetzt werden konnte. Auf der Basis der Dokumentensammlung der Edition *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945* ist es möglich, alle drei Perspektiven genau in den Blick zu nehmen: diejenige der deutschen Täter und ihrer einheimischen Helfer, die der leidtragenden Juden und die all jener, die als sogenannte Dritte Kenntnis von den Vorgängen besaßen und sich auf die ein oder andere Weise einmischten, sei es in der Diplomatie, sei es im Widerstand. Sichtbar wird im Ergebnis der prozesshafte Charakter des Geschehens und sichtbar wird auch seine Komplexität.

Je nachdem, welcher Besatzungszone die griechischen Juden zugeteilt waren, unterschieden sich ihre Lebensbedingungen grundlegend voneinander. Noch vergleichsweise gut fielen sie für diejenigen aus, die in der italienischen Zone lebten, dort bestanden auch die meisten Chancen, den Deportationen in die Vernichtungslager zu entkommen. Juden in der deutschen und in der bulgarischen Zone mussten hingegen von Beginn an mit massiven Repressionen und bald auch mit der Ghettoisierung und dem Abtransport rechnen. Wie es den Juden in den drei Zonen erging, war freilich nicht nur von der jeweiligen Besatzungspolitik abhängig, sondern auch vom Grad ihrer Integration in die nichtjüdische Bevölkerung. In Athen und Umgebung beispielsweise war die jüdische Bevölkerung gesellschaftlich gut eingebunden, der Antisemitismus nicht tief verwurzelt. Dass hier schlagkräftiger Widerstand gegen die deutsche Verfolgungs- und Mordpolitik entstehen konnte, trug entscheidend zur Rettung vieler Juden bei. Anders verhielt es sich in Thessaloniki, wo Juden schon lange vor dem Einmarsch der deutschen Truppen heftigen antisemitischen Bestrebungen ausgesetzt waren, gerade auch von Seiten der städtischen Behörden. Widerstand zu ihren Gunsten regte sich hier wie auch anderswo in der deutschen Zone nicht. Den Besatzern fiel

es so nicht schwer, ihre antijüdische Politik im Verein mit örtlichen Kräften rasch zu entfalten.

An den unterschiedlichen Gegebenheiten in den Besatzungszonen wird zudem deutlich, dass in der antijüdischen Politik nicht immer alles so verlief, wie das Reichssicherheitshauptamt, das Auswärtige Amt und weitere Berliner Instanzen geplant hatten. Vielmehr scheiterte das ein oder andere Vorhaben, wie beispielsweise die namentliche Registrierung der jüdischen Bevölkerung Athens. Weitere Hindernisse kamen aus Sicht der Organisatoren hinzu: Dass aus diplomatischen Gründen auf befreundete und neutrale Staaten Rücksicht genommen werden musste, verzögerte oder verkomplizierte die Deportationen. Der Fall der Juden mit spanischer Staatsangehörigkeit zeigt anschaulich, wie die Berliner Behörden agierten, wenn die Mordpolitik an gewisse Grenzen stieß: Dann wurde mit den Juden diplomatischer Handel getrieben. Auf die Kenntnis von den Vernichtungslagern in ausländischen Diplomatenkreisen verweist der Vorgang ebenfalls wie auch darauf, dass Diplomaten auf vielfältige Weise der jüdischen Bevölkerung Griechenlands halfen oder ihnen zu helfen versuchten. Immer, wenn Stockungen bei den Transporten eintraten oder Rücksichten genommen werden musste, drängte Eberhard von Thadden im Auswärtigen Amt auf noch schärfere Maßnahmen gegen die Juden.

NS-Funktionäre vor Ort spielten in der Verfolgungs- und Mordpolitik in Griechenland ebenfalls eine wichtige Rolle. Zwar ist über ihr Zusammenwirken mit den Zentralinstanzen in Berlin erst wenig bekannt. Wie machtvoll aber aus der Region Einfluss auf den Lauf der Geschehnisse genommen wurde, verdeutlicht das Vorgehen von Max Merten. Der Wehrmachtsoffizier sorgte durch den Handel, zu dem er die Juden in Thessaloniki trieb, für den raschen finanziellen Ruin der dortigen jüdischen Gemeinde. Damit nicht genug, drängte er sie auch noch zum Verzicht auf ihren jahrhundertealten Friedhof. Dass das Gräberfeld zerstört wurde, geschah im Sinne vieler nichtjüdischer Griechen, denn ihr Interesse am Grund und Boden, an den Häusern wie überhaupt am Eigentum der Juden war groß und wuchs erst recht unter den Bedingungen des von den Deutschen geschaffenen Mangels.

Dass Griechenland angesichts des deutschen Vorgehens ein Raum voller Gewalt war, liegt auf der Hand. Gleichwohl trifft die These vom »Gewaltraum« nicht zu, wonach Staatszerstörung, überhaupt die Abwesenheit jeder staatlichen Ordnung Gewalt erst hervorbringt, die, einmal entfesselt, fortan im strukturellen Selbstlauf stetig präsent bleibt.⁶⁷ Abgesehen davon, dass bei einem derartigen

67 Vgl. Timothy Snyder, *Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin*, München 2011; ders., *Black Earth. Der Holocaust und warum er sich wiederholen kann*, München 2015; Jörg Baberowski, *Räume der Gewalt*, Frankfurt am Main 2015; ders., »Kriege in staatsfernen Räumen: Rußland und die Sowjetunion 1905–1950«, in: Dietrich Beyrau, Michael Hochgeschwender, Dieter Langewiesche (Hrsg.), *Formen des Krieges. Von der Antike bis zur Gegenwart*, Paderborn 2007, S. 291–309; Jörg Baberowski, Gabriele Metzler (Hrsg.), *Gewalträume: Soziale Ordnungen im Ausnahmezustand*, Frankfurt am Main 2012.

Raum-Begriff im Unklaren bleibt, wer die konkret Handelnden sind, zeigt das Beispiel Griechenland, dass dort kein »staatsferner Raum« bestand, denn der deutsche Besatzungsapparat war schnell aufgebaut und die griechische Kollaborationsregierung stets funktionsfähig. Weniger situative Logiken als vielmehr politisches Handeln und ideologische Prägungen trieben die Gewalt im Land voran. Die antijüdische Politik folgte einer klaren Systematik, war zielgerichtet und von einem eindeutigen Vernichtungswillen getrieben. Das zeigt zumal der Blick auf die Juden der griechischen Inseln: Dass sie noch im Sommer 1944 nach Auschwitz-Birkenau deportiert wurden, als die deutsche Kriegsniederlage längst abzusehen war, ging auf die Intention der Akteure, nicht auf den »Raum« zurück.

Die deutsche Verfolgungs- und Mordpolitik traf die griechischen Juden mit Wucht. Demütigung, Entrechtung, Ausplünderung, Zwangsarbeit, Ghettoisierung – im Stakkato prasselten die Vorschriften auf sie nieder. In Thessaloniki, wo die Deutschen besonders wüteten, versuchte die jüdische Gemeinde noch, sich mit Geld freizukaufen, ein Akt, der zeigt, wie sehr die Verfolgten zunächst noch meinten, Handlungsmöglichkeiten zu besitzen und Bedrohungen abwenden zu können. Dass der »Freikauf« freilich nur darauf

angelegt war, die Gemeinde vollständig auszuplündern, erkannten sie nicht, wohl auch, weil die Hoffnung, ihre Lage werde sich bald bessern, größer war als jede böse Vorahnung.

Die italienische Zone bot Juden aus den anderen griechischen Regionen Zuflucht und zumindest eine Zeitlang Sicherheit. Wer dort lebte oder dorthin fliehen konnte, hatte einstweilen Ruhe vor den Verfolgern. Wer indes keine Möglichkeit zur Flucht besaß, weil das Geld oder der Mut und die Kraft dazu fehlten oder sich in der italienischen Zone kein Unterschlupf bot, dessen Handlungsmöglichkeiten schrumpften stetig. Aber selbst dann, als in Thessaloniki die Ghettoisierung schon begonnen hatte, bewahrten die dort eingesperrten Juden noch Zuversicht: Paare hofften darauf, bei der Deportation zusammenbleiben zu dürfen, wenn sie verheiratet seien, weshalb viele Hochzeiten im Ghetto stattfanden. Und Ledige glaubten, sie entkämen der Deportation, wenn sie noch rasch einen Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeit heirateten. Der Blick auf die Perspektive der Juden, auf ihre Wahrnehmungen, Erfahrungen und Hoffnungen erschließt erst vollends die Dimension des mörderischen Geschehens.

Verzerrung, Täuschung, Suggestion – die Macht der Bilder



Gebunden | 448 Seiten, 95 Abb. | € 28,–
978-3-86854-325-4 | auch als E-Book

Vier Perspektiven auf Hannah Arendts kritisches Konzept vom

»Recht, Rechte zu haben«



Gebunden | 176 Seiten | € 12,–
978-3-86854-326-1 | auch als E-Book

In unserer Zeit der außerstaatlichen Kriege und über 60 Millionen Geflüchteten ist Hannah Arendts theoretisches Konzept zum Zentrum einer entscheidenden und lebhaften Debatte in Politik und Wissenschaft geworden.

Hamburger Edition
Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung

hamburger-edition.de

Mit gemischten Gefühlen

Besuche von Holocaust-Überlebenden in ihren ehemaligen Heimatgemeinden

Von Stefanie Fischer



Dr. Stefanie Fischer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Neuere Geschichte/deutsch-jüdische Geschichte der Universität Potsdam und am dort ansässigen Selma Stern Zentrum für jüdische Studien Berlin-Brandenburg. Im Sommersemester 2018 hatte Dr. Stefanie Fischer die Gastprofessur für interdisziplinäre Holocaustforschung am Fritz Bauer Institut in Frankfurt am Main inne. Veröffentlichung: Ökonomisches Vertrauen und antisemitische Gewalt: Jüdische Viehhändler in Mittelfranken 1919–1939, Göttingen 2014.

Am 1. Mai 1962 brachte der *Altmühl-Bote* aus Gunzenhausen einen Artikel mit der Überschrift »Nach 24 Jahren wieder in der Heimat – Richard und Betty Hellmann in Gunzenhausen«, der mit dem Untertitel »Zahlreiche Bekannte begrüßt« versehen war. Der Artikel zeichnete ein ausgesprochen positives Bild über den Besuch des Ehepaars Hellmann und anderer Juden, die vor der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aus der Stadt geflohen waren. Der *Altmühl-Bote* fasste zusammen: »Immer größer wird die Zahl der einstigen Glieder der früheren israelitischen Kultusgemeinde Gunzenhausen, die ihrer alten Heimatstadt Gunzenhausen einen Besuch abstatten. Vorgestern und gestern weilte hier der Kaufmann Richard Hellmann nebst Gattin, die nach der »Kristallnacht« des Jahres 1938 die Altmühlstadt verlassen mußten und in den Vereinigten Staaten, in Baltimore im Staate Maryland, sich eine neue Existenz aufzubauen gezwungen waren. [...] Neben der Regelung eines Wiedergutmachungsfalles benützten beide Ehegatten die Gelegenheit, sich in der Stadt umzusehen und alte Bekannte aufzusuchen. Es gab überall ein herzliches Wiedersehen und Richard Hellmann, der hier die Realschule absolviert hat, sowie seine Frau waren sehr beeindruckt von all den Veränderungen im Stadtgebiet«. Die Leser wurden detailliert darüber informiert, wie die Hellmanns ihre Tage in ihrer ehemaligen Heimatstadt verbrachten und mit wem sie sich getroffen hatten. Der Zeitungsbericht schloss mit einem an das Ehepaar gerichteten Gruß: »Die besten Wünsche für die Zukunft begleiten die beiden einstigen Gunzenhäuser!«¹

Berücksichtigt man, dass Gunzenhausen seit den frühen 1930er Jahren eine Hochburg der NSDAP war, klingt der Ton, in dem der Artikel abgefasst wurde, geradezu erinnerungslos. Bereits im Juli 1932 gewann die NSDAP in der fränkischen Kleinstadt 66,5 Prozent

Nach 24 Jahren wieder in der Heimat

Richard und Betty Hellmann in Gunzenhausen / Zahlreiche Bekannte begrüßt

Gunzenhausen. Immer größer wird die Zahl der einstigen Glieder der früheren israelitischen Kultusgemeinde Gunzenhausen, die ihrer alten Heimatstadt Gunzenhausen einen Besuch abstatten. Vorgestern und gestern weilte hier der Kaufmann Richard Hellmann nebst Gattin, die nach der „Kristallnacht“ des Jahres 1938 die Altmühlstadt verlassen mußten und in den Vereinigten Staaten, in Baltimore im Staate Maryland, sich eine neue Existenz aufzubauen gezwungen waren. Richard Hellmann ist ein Sohn des Kaufmanns Herm. Hellmann. Sein Elternhaus in der Kirchenstraße 13 steht noch heute; seine Gattin Betty ist eine geborene Löwensteiner von Markt Berolzheim. Die noch in Gunzenhausen geborene Tochter Ruth ist bereits verheiratet. Außerdem hat das Ehepaar noch einen 16jährigen Sohn. Die Familie, die mit verschiedenen Gunzenhäusern seit längerer Zeit in brieflicher Verbindung steht, unternimmt zur Zeit eine Europareise, die sie nun sowohl nach Markt Berolzheim wie nach Gunzenhausen führte. Neben der Regelung eines Wiedergutmachungsfalles benützten beide Ehegatten die Gelegenheit, sich in der Stadt umzusehen und alte Bekannte aufzusuchen. Es gab überall ein herzliches Wiedersehen und Richard Hellmann, der hier die Realschule absolviert hat, sowie seine Frau waren sehr beeindruckt von all den Veränderungen im Stadtgebiet, vor allem auch von dessen Ausweitung, wenngleich, wie beide sagten, man in der Altstadt noch immer den alten Kern und die alten Straßen und Häuser erkenne. Heute verlassen die Besucher wieder Gunzenhausen, um nach Nürnberg zu fahren. Über München wollen sie noch Italien und



Richard und Betty Hellmann stellten sich unserem Fotografen. Bild: Schilberg

von hier aus Israel besuchen und dann wieder die Heimreise antreten. Die besten Wünsche für die Zukunft begleiten die beiden einstigen Gunzenhäuser!

Artikel aus dem in Gunzenhausen erscheinenden *Altmühl-Boten* vom 1. Mai 1962.

der Wählerstimmen. Gleichzeitig beheimatete sie in den 1930er Jahren eine der größten ländlichen jüdischen Gemeinden in Deutschland. Der jüdische Bevölkerungsanteil betrug 1933 noch 3,3 Prozent (81,9 Prozent der Einwohner gehörten dem Protestantismus an), im Vergleich dazu lag der Anteil der Juden an der deutschen Gesamtbevölkerung nur bei knapp einem Prozent.² In der Geschichtsschreibung ist Gunzenhausen zu einem Symbol für antisemitische Gewalt der frühen 1930er Jahre geworden, denn hier fand am 25. März

1934 ein Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung statt, nachdem SA-Obersturmführer Kurt Bär am Palmsonntag eine antisemitische Brandrede gehalten hatte. Davon aufgehetzt zogen bis zu 1.500 NSDAP-Mitglieder, SA-Männer sowie eine Menge Schaulustiger zu den Häusern ihrer rund 180 jüdischen Mitbürger, brachen plündernd in deren Wohnungen ein und misshandelten die Männer. Der zusammengelaufene Mob unterstützte das Einprügeln der SA mit Zurufen wie »Schlagt drauf, schlägt drauf!«³. Zwei jüdische Männer

² Baruch Z. Ophir, Falk Wiesemann (Hrsg.), *Die jüdischen Gemeinden in Bayern, 1918–1945. Geschichte und Zerstörung*, München 1979, S. 188.

³ Ebd., S. 189; Gunnar Beutner, »Das Pogrom von Gunzenhausen 1934. Anfänge des NS-Terrors in Westmittelfranken«, in: Heike Tagsold (Hrsg.), »Was brauchen

¹ *Altmühl-Bote* v. 1.5.1962.

überlebten das Pogrom nicht,⁴ alle anderen, darunter auch Richard Hellmann, wurden vom 25. auf den 26. März 1934 im Gefängnis Gunzenhausen festgehalten.⁵

Diese Ereignisse wurden in der Berichterstattung des *Altmühl-Boten* 1962 durchaus angesprochen, allerdings schien die Gewalt-erfahrung dem »herzlichen Wiedersehen« keineswegs im Wege zu stehen. Der Zeitungsartikel enthielt ein Foto, das ein sorglos schei-nendes Ehepaar auf einer Europareise zeigt. Unerwähnt blieb in dem Bericht die Erfahrung von Vertreibung und Ausgrenzung, die die Hellmanns in Gunzenhausen erlitten hatten, ebenso wie ihre Trauer um die neun Familienmitglieder, die sie während des Holocaust verloren haben.

Wie die Hellmanns besuchten nicht wenige jüdische Flüchtlinge und Überlebende in den 1950er und 1960er Jahren ihre ehemaligen Wohnorte, also in einer Zeit, als die Wunden des Kriegs und des Mords an den europäischen Juden noch frisch waren und die Be-suchenden persönliche Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Gewaltpolitik gemacht hatten. Es ist genauer zu fragen, welche Motive bei den Akteuren im Vordergrund standen und welche The-men während der Besuche bearbeitet wurden. Wie wurden in diesen Aufeinandertreffen die unterschiedlich erlebte Vergangenheit – und vor allem die allgegenwärtige und dennoch häufig unausgesprochene Präsenz des Mords an den europäischen Juden verhandelt?

Um ein Licht auf die Komplexität der Besuchsgeschichte von aus Deutschland geflohenen Juden zu werfen, wurden hier Do-kumente aus dem Wiedergutmachungsverfahren herangezogen, darunter Quellen aus Restitutions-, Entschädigungs- und Entna-zifizierungsakten. Dasselbe gilt für die Korrespondenz zwischen emigrierten Juden und Nichtjuden aus kommunalen Archiven und privaten Sammlungen und einzelne Berichte über die jüdischen Besucher, die in verschiedenen Lokalzeitungen zu finden waren. Darüber hinaus kommen thematisch relevante Zeitzeugeninterviews von Juden und Nichtjuden zur Sprache. Sie gewähren einen intimen Einblick in die post-genozidalen Konfrontationen, die auch einen emotionsgeschichtlichen Zugang zu dem Untersuchungsgegenstand ermöglichen.

.....

⁴ wir einen Befehl, wenn es gegen die Juden geht?«. *Das Pogrom von Gunzenhausen 1934*, Nürnberg 2006, S. 7–30, hier S. 16.

⁵ Es bleibt bis heute ungeklärt, ob die beiden jüdischen Männer während des Pog-roms umgebracht wurden oder ob sie sich aus Angst vor dem randalierenden Mob selbst das Leben nahmen, siehe: Ian Kershaw, »Antisemitismus und Volksmeinung. Reaktionen auf die Judenverfolgung«, in: Martin Broszat, Elke Fröhlich (Hrsg.), *Bayern in der NS-Zeit. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt*, München, Wien 1979, S. 281–348, hier S. 295 f.; Peter Zinke, »Der Strick mit dem Knoten – Suizid oder Mord bei Max Rosenau und Jakob Rosenfelder?«, in: Tagsold (Hrsg.), »*Befehl*«, S. 31–44.

⁶ Zeugenaussage von Salomon Walz an das Landesentschädigungsamt (LEA), New York, 14.10.1953, RA Dr. Bayer an das LEA, Ansbach, 29.04.1955, beide in: Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, BEG 77461, K-018.

Für die geschichtswissenschaftliche Forschung ermöglicht die Beschäftigung mit derartigen Begegnungen einen Einblick in eine sehr persönliche Auseinandersetzung mit der Erfahrung von geno-zidaler Gewalt jenseits der staatlichen »Wiedergutmachungsbestre-bungen«. Bislang hat die Forschung diesen privaten und alltäglichen Konfrontationen zwischen Juden und Nichtjuden und deren Be-deutung für die Nachkriegsgeschichte nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Darin spiegelt sich auch die Tendenz der Historiographie zur deutschen Nachkriegsgeschichte wider, Juden kaum als Akteure zu betrachten. Das, was unter »allgemeiner Geschichte« verstanden wird, bezieht sie sich oftmals rein figurativ auf »die Juden«, meist als Verweis auf die sechs Millionen Ermordeten in der Debatte um die deutsche »Kollektivschuld«. ⁶ Dabei haben aus dem Blickwin-kel der jüdischen Geschichte verfasste Studien zum Prozess der Demokratisierung der frühen Bundesrepublik beeindruckend ge-zeigt, wie Juden die deutsche Nachkriegsgeschichte mitgestalteten.⁷ Doch auch auf Seiten der jüdischen Geschichtsschreibung gibt es thematische Engführungen. Im Mittelpunkt dieser Historiographie standen lange Zeit das Schicksal jener Juden, die im Land der Mör-der verblieben waren, und damit die innerjüdischen Spannungen zwischen den »alten« deutschen und den »neuen« osteuropäischen Gemeindemitgliedern in der Bundesrepublik.⁸ Andere Forschungsar-beiten wiederum vernachlässigten die deutschen Juden und richteten ihre Aufmerksamkeit allein auf die osteuropäischen Juden und ihr Schicksal bei der Suche nach einem Zufluchtsort nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Europa.⁹

Erst in den letzten Jahren hat sich die Forschung zaghaft an die komplexe Geschichte der Begegnungen zwischen Juden und Nichtjuden in dieser Zeit herangewagt.¹⁰ Dabei hat dieser

.....

⁶ Atina Grossmann, *Jews, Germans, and Allies. Close encounters in occupied Ger-many*, Princeton 2007, S. 6. Zum Verhältnis der allgemeinen Geschichte zur jüdi-schen Geschichte siehe Mathias Berek u.a., »Vom Erfolg ins Abseits? Jüdische Geschichte als Geschichte der ›Anderen‹. Ein Gespräch«, in: *Medaon* 11 (2017), Nr. 20, S. 1–17.

⁷ Michael Brenner, »Vorwort«, in: Susanne Schönborn, Michael Brenner (Hrsg.), *Zwischen Erinnerung und Neubeginn. Zur deutsch-jüdischen Geschichte nach 1945*, München 2006, S. 9–14, hier S. 11; Anthony Kauders, *Democratization and the Jews. Munich, 1945–1965*, Lincoln 2004.

⁸ Andrea Sinn, Benigna Schönhagen (Hrsg.), *Zukunft im Land der Täter? Jüdische Gegenwart zwischen »Wiedergutmachung« und »Wirtschaftswunder«*, 1950–1969, Augsburg 2013; Jim G. Tobias, *Zeilsheim. Eine jüdische Stadt in Frankfurt*, Nürnberg 2011, S. 115–119.

⁹ Margaret Myers Feinstein, *Holocaust survivors in postwar Germany, 1945–1957*, Cambridge 2014; Anna Holian, *Between national socialism and Soviet communism. Displaced persons in postwar Germany*, Ann Arbor 2011.

¹⁰ Stefanie Fischer, Nathanael Riemer, Stefanie Schüler-Springorum (Hrsg.), *Juden und Nichtjuden nach der Shoah. Begegnungen in Deutschland*, München 2018; Anna Cichopek-Gajraj, *Beyond violence. Jewish survivors in Poland and Slova-kia, 1944–48*, Cambridge 2014; Feinstein, *Survivors*; Grossmann, *Jews*; Michael Brenner, *Nach dem Holocaust. Juden in Deutschland 1945–1950*, München 1995.



Erste Sitzung des neu gebildeten Stadtrats in Gunzenhausen, 27. April 1933. Foto: Stadtarchiv Gunzenhausen

Forschungsbereich zunächst die politischen Akteure in den Mittel-punkt des Interesses gerückt, allen voran die bundesrepublikani-schen und israelischen Staatsoberhäupter bei ihrer Suche nach For-men der Annäherung beider Staaten, der Anerkennung der Schuld und der Entschädigung für die nationalsozialistischen Verbrechen.¹¹ Wie brisant das Thema der alltäglichen jüdisch-nichtjüdischen In-teraktionen jenseits der politischen Bühne ist, haben insbesondere Studien zu den Schwarzmärkten gezeigt, die nach 1945 kurzzeitig zu einem sozialen Brennpunkt wurden.¹² In den Blick der Forschung

.....

¹¹ Siehe Jenny Hestermann, *Inszenierte Versöhnung. Reisediplomatie und die deutsch-israelischen Beziehungen von 1957 bis 1984*, Frankfurt am Main 2016.

¹² Anna Holian, »The Architecture of Jewish Trade in Postwar Germany. Jewish

gerieten auch die Bemühungen einzelner Stadtverwaltungen nach der NS-Herrschaft, mit ehemaligen jüdischen Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt zu treten.¹³ Einen entscheidenden Beitrag zu

.....

Shops and Shopkeepers between Provisionality and Permanence«, in: *Jewish So-cial Studies: History, Culture, Society* n.s. 23, Nr. 1 (Fall 2017), S. 101–133. On-line unter: Doi: 10.2979/jewisocistud.23.1.04. Für den Hinweis danke ich Percy Herrmann.

¹³ Siehe dazu Gal Engelhard, *An »in between« heritage: Organized visits of Former German Jews to their Cities of Descendants*, Doctoral Thesis, University of Haifa 2012; Lina Nikou, *Zwischen Imagepflege, moralischer Verpflichtung und Erinne-rungen. Das Besuchsprogramm für jüdische ehemalige Hamburger Bürgerinnen und Bürger*, München 2011; Anke Quast, *Nach der Befreiung: Jüdische Gemein-den in Niedersachsen seit 1945. Das Beispiel Hannover*, Göttingen 2001; aber

der Geschichte der Juden und Nichtjuden nach dem Holocaust hat insbesondere die Forschung zur jüdischen Remigration geleistet, die eindrucksvoll auf die Ängste und inneren Widerstände hingewiesen hat, mit denen Juden zu kämpfen hatten, die nach 1945 nach Deutschland zurückkehrten.¹⁴

Diese inneren Konflikte zeigen sich auch in den hier untersuchten Besuchen von Holocaust-Überleben in ihren ehemaligen Wohnorten in Deutschland. Eine hier ansetzende Geschichtsschreibung muss an diese Forschungsergebnisse anknüpfen und dabei auch den Blick auf die häufig vernachlässigten »kleinen Leute« richten, also auf Akteure, die nicht einer bürgerlichen, intellektuellen Elite angehörten und dennoch die Geschichte nach 1945 entscheidend mitgestaltet haben. Eine solche Forschung versteht sich als Beitrag zur Nachkriegsgeschichte, aber auch zur globalen Geschichte des Holocaust und seiner Wirkung.

Besuche mit gemischten Gefühlen

Es lässt sich nicht eindeutig feststellen, wann die Besuche von aus Deutschland geflohenen Juden bzw. von Holocaust-Überlebenden in ihren früheren Heimatgemeinden begannen. Bereits mit der Ankunft der Alliierten und der Befreiung der Konzentrationslager ab Frühjahr 1945 kamen deutsche Juden, die Soldaten in den Reihen der Westalliierten geworden waren, die Konzentrationslager überlebt hatten oder versteckt gewesen waren, in ihre ehemaligen Heimatorte zurück. Die meisten suchten nach Verwandten, unter ihnen waren aber auch einige, die ihre ehemaligen Nachbarn für deren (Mit-) Verantwortung zur Rede stellen oder ihre einstigen Peiniger zur Rechenschaft ziehen wollten. Dabei konnte es durchaus zu unangenehmen Auseinandersetzungen kommen.

Ein derartiges Aufeinandertreffen ist aus dem hessischen Rauschholzhausen überliefert. Dort verübten die 17- und 19-jährigen Brüder Spier, beide KZ-Überlebende, unmittelbar nach dem Einmarsch der US-amerikanischen Streitkräfte Racheakte an lokalen Nationalsozialisten, die ihrer Familie in den 1930er Jahren viel Leid zugefügt hatten.¹⁵ Ebenfalls aus Hessen, aus dem kleinen Ort Ober-

brechen, ist ein Fall von einem Juden überliefert, dem die Flucht aus dem nationalsozialistischen Deutschland in die Vereinigten Staaten gelungen war und der unmittelbar nach Ende des Krieges seinen Geburtsort aufsuchte, um die Gräber seiner verstorbenen Familienmitglieder auf dem lokalen jüdischen Friedhof zu besuchen. Moritz Stern, so sein Name, wollte in Oberbrechen unerkannt bleiben. Die Intimität des Dorfes brachte es aber mit sich, dass sein Aufenthalt eine unerwartete Wendung mit langfristigen Folgen nahm. Einem Bericht zufolge wurde er bei seinem Gang durch den Ort von einem jungen Dorfbewohner angesprochen, der ihn dann auch mit ins Gasthaus nahm. Der Lokalhistoriker Eugen Caspary erinnert sich daran, dass dieses Ereignis dazu führte, dass Moritz Stern, »mit versöhnlicheren Gedanken, als er gekommen war, in seine neue Heimat in Amerika zurückkehrte«.¹⁶

Da wir keine Quelle von Moritz Stern haben, die das Aufeinandertreffen aus seiner Sicht bezeugt, bleibt offen, ob er die Einschätzung von Eugen Caspary teilte. Auch ist unbekannt, ob die Anwesenden in dem Gasthaus über das Leid sprachen, das Moritz Stern und seiner Familie zugefügt worden war, und ob sie davon überhaupt wissen wollten. Auch wenn Moritz Stern nicht von sich aus den Kontakt zu den nichtjüdischen Oberbrechernern gesucht hatte, so scheint der Besuch in seinem Geburtsort auf beiden Seiten eine Auseinandersetzung mit der gemeinsamen Vergangenheit angeregt zu haben. Immerhin folgte Moritz Stern einige Jahre später einer offiziellen Einladung von dem damaligen Bürgermeister, Josef Kramm, wieder nach Oberbrechen zu kommen.

Wie Kim Wünschmann zu Recht festhält, konnten jüdische Besucher in ländlichen Ortschaften nicht auf den Schutz der Anonymität der Großstadt bauen.¹⁷ Begegnungen zwischen Juden und Nichtjuden im ländlichen Raum waren unmittelbarer, intimer und forderten die Beteiligten zu einer Haltung auf, anders gesagt: Man konnte sich nicht aus dem Weg gehen.¹⁸ Wie emotional schwierig diese Besuche für aus Deutschland geflohene Juden waren, lässt sich daran ablesen, dass viele Juden, die ihre ehemaligen Heimatorte vorübergehend aufsuchten, nicht dort übernachteten, sondern es vorzogen, ein Hotelzimmer in einer naheliegenden größeren Stadt oder gar im angrenzenden europäischen Ausland zu buchen. Beispielsweise übernachteten Kenneth Walds Eltern in einem Schweizer Hotel, unweit der deutschen Grenze, als sie kurz nach

dem Krieg auf Besuch in dem Geburtsort von Walds Mutter in Süddeutschland waren.¹⁹

Andere konnten sich den emotionalen Herausforderungen, die eine Reise nach Deutschland mit sich brachte, aus gesundheitlichen und finanziellen Gründen nicht stellen. Für letztere boten die Besuchsprogramme deutscher Kommunen für ehemalige jüdische Bürger oftmals eine willkommene, wenn auch zweifelhafte Gelegenheit, um nach Deutschland zu reisen.²⁰ Die meisten Teilnehmer an diesen Besuchsprogrammen kamen mit sehr gemischten Gefühlen in das Land der Mörder, obwohl sie die Bemühungen ihrer früheren Heimatorte doch oft zu schätzen wussten und die für sie organisierten Besichtigungstouren schon auch genossen. Viele von ihnen antworteten auf die Frage, warum sie die Einladung ihrer ehemaligen Heimatgemeinde angenommen hatten, dass diese ihnen ermögliche, am Grab ihrer Eltern Kaddisch zu sprechen.²¹

Von welcher Bedeutung es für die Reisenden war, die Gräber ihrer Verwandten zu besuchen, darauf verweist ein Brief von Betty Hellmann, die am 9. November 1988 an Willi Hilpert, den Bürgermeister ihrer ehemaligen Heimatgemeinde Gunzenhausen, schrieb: »Ich selbst war schon 4 male [sic] zurück in Gunzenhausen den jüdischen Friedhof zu besuchen auch unsere alten Freunde Familie Ulrich und Lux.«²² Wie schon bei Moritz Stern nahm der Besuch der Gräber, aber auch der von Freunden und Verwandten, die die Verfolgten bei ihrer Flucht an ihren ehemaligen Heimatorten zurücklassen mussten, hohen Stellenwert bei den Reisenden ein.²³ Wie erwähnt, hatten Betty und Richard Hellmann neun Familienmitglieder im Holocaust verloren, die in anonymen Massengräbern in Osteuropa lagen. Diese Gräber waren entweder zum Zeitpunkt ihrer Reise noch unbekannt oder konnten während des Kalten Krieges nicht besucht werden.

Die vor dem Zweiten Weltkrieg verstorbenen Familienmitglieder hatten hingegen ein Einzelgrab auf dem jüdischen Friedhof von Gunzenhausen. Wie es scheint, waren Gräber für die Angehörigen mehr als materielle Überreste einer Zeit, in der Juden würde- und respektvoll nach jüdischem Gesetz bestattet werden konnten. Sie standen symbolisch für eine Zeit, als die Familien noch in einer Welt lebten, in der Tote wie Lebende respektiert wurden. Die Gräber auf

dem jüdischen Friedhof in Gunzenhausen und andernorts hatten die Zeit des Judenmords überdauert.²⁴

Indem die Angehörigen, wie Betty Hellmann, in ihre ehemaligen Wohnorte reisten, um die Gräber ihrer verstorbenen Familienmitglieder aufzusuchen, stellten sie in emotionaler und materieller Hinsicht eine Verbindung zu den Verstorbenen her. Im Schatten des Holocaust bedeuteten die Besuche viel mehr als die Ehrung der Toten nach jüdischem Ritus: Sie kennzeichneten einen Raum, in dem Lebende und Tote, Gegenwart und Vergangenheit symbolisch miteinander in Beziehung traten. Die jüdischen Flüchtlinge unternahmen also die Reisen in ihre ehemaligen Heimatgemeinden vorwiegend aus Motiven, die sich um die Ehrung der eigenen Toten und die Erledigung von Wiedergutmachungsangelegenheiten drehten. Der Kontakt zu nichtjüdischen Deutschen bzw. ehemaligen Nachbarn war – wie im Fall von Moritz Stern – entweder nicht erwünscht oder beschränkte sich – wie im Fall von Betty Hellmann – auf jene Personen, die den jüdischen Verfolgten während des Nationalsozialismus wohlgesinnt gewesen waren.

Den jüdischen Besuchern blieben die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und die Präsenz des nach wie vor in der Bevölkerung verbreiteten Antisemitismus nicht erspart. So erging es beispielsweise Theodor David Lehmann, der mehrere Konzentrations- und Vernichtungslager überlebt hatte und dem nach 1945 die Emigration nach Palästina gelungen war. Im Jahr 1957 suchte Lehmann in einer Wiedergutmachungsangelegenheit erstmals wieder seinen früheren Wohnort Windsheim unweit von Nürnberg auf. Er hatte für sein Elternhaus, das nach dem Novemberpogrom von den Nationalsozialisten »arisiert« worden war, einen Rückerstattungsantrag gestellt. Während seines Besuches erfuhr er, dass Eduard Jaeckel, der von 1933 bis 1937 für die NSDAP das Amt des Bürgermeisters bekleidete, seit 1956 das gleiche Amt wieder ausübte, jetzt für die FDP. Zwar geht aus Lehmanns Selbstzeugnis nicht eindeutig hervor, ob diese personelle Kontinuität so viele unangenehme Emotionen in ihm weckten, dass er danach nie wieder nach Deutschland reisen wollte, aber es blieb sein letzter Besuch in Windsheim.²⁵

In Erinnerungsberichten verliehen viele jüdische Überlebende ihren ambivalenten Gefühlen Ausdruck. So beispielsweise Ernst Löbstein, der nach dem Abitur 1934 Nürnberg verlassen hatte und 1967 für ein paar Tage dorthin auf Besuch zurückkehrte. Er erinnert sich, dass der Anblick eines bayerischen Polizeibeamten in schwarzen Lederstiefeln derartig schlechte Erinnerungen in ihm

auch: Wolfgang Benz, »Rückkehr auf Zeit. Erfahrungen deutsch-jüdischer Emigranten mit Einladungen in ihre ehemaligen Heimatstädte«, in: ders. (Hrsg.), *Das Exil der kleinen Leute. Alltagserfahrungen deutscher Juden in der Emigration*, München 1991, S. 332–340.

¹⁴ Irmela von der Lühe, Axel Schildt, Stefanie Schüler-Springorum (Hrsg.), *Auch in Deutschland waren wir nicht wirklich zu Hause. Jüdische Remigration nach 1945*, Göttingen 2008; Anthony Kauders, *Unmögliche Heimat. Eine deutsch-jüdische Geschichte der Bundesrepublik*, München 2007.

¹⁵ Fallbeispiel entnommen aus: Anna Junge, »«Go back to your hometown.» Jüdisch-nichtjüdische Konfrontationen im ländlichen Hessen 1945/1946«, in: Fischer, Riemer, Schüler-Springorum (Hrsg.), *Juden und Nichtjuden*.

.....

¹⁶ Brief von Eugen Caspary an Kim Wünschmann, 3.7.2013 (privat).

¹⁷ Kim Wünschmann, »Returning Home? German-Jewish Encounters in Postwar Rural Hesse«, Vortrag gehalten auf der Konferenz »Visits: Bilateral Relations and Personal Encounters in Israel, Germany and Beyond«, Konferenz der Martin Buber Gesellschaft an der Hebräischen Universität Jerusalem, Februar 2015 (unveröffentlicht).

¹⁸ Siehe Froukje Demant, »Living in the house of the hangman: Post-war relations between Jews and non-Jews in the German-Dutch border region«, in: Fischer, Riemer, Schüler-Springorum (Hrsg.), *Juden und Nichtjuden*.

¹⁹ Kenneth Wald, »Revenge, Reconciliation, and Responsibility«, in: קולות, *Voices of Conservative/Masorti Judaism*, Summer 2010/5770, Vol. 3, No. 4, S. 14–16/57, S. 16.

²⁰ Siehe dazu: Engelhard, *Visits*; Nikou, *Besuchsprogramm*.

²¹ Benz, *Rückkehr*.

²² Betty Hellmann an den Bürgermeister der Gemeinde Gunzenhausen, [Willi Hilpert], Baltimore, MD, USA, 9. November 1988, aus: Stadtarchiv Gunzenhausen, ohne Signatur.

²³ Siehe das Forschungsprojekt von Stefanie Fischer und Kim Wünschmann »Breaking the Silence. Jews and non-Jews in rural post-Shoah Germany. A Graphic History«, gefördert von der Volkswagenstiftung, 2018/2019.

wachrief, dass er beschloss, auf der Stelle abzureisen. Auf dem Weg zum Flughafen wurde er jedoch bei einem Autounfall verletzt und musste drei Wochen lang im Krankenhaus und damit zwangsweise länger in Deutschland bleiben. Nach diesem Vorfall vergingen weitere zwanzig Jahre, bis er sich erneut auf eine Reise nach Nürnberg machte.²⁶

Juden, die über derartige Besuche hinaus persönliche Beziehungen nach Deutschland pflegten bzw. das deutsche Erbe bewahrten, stießen nicht selten im familiären oder weiteren (jüdischen) Umfeld auf völliges Unverständnis.²⁷ Die inneren Konflikte, die eine solche Reise begleiteten, waren oftmals so groß, dass Eltern ihren eigenen Kindern verschwiegen, dass sie Verbindungen nach Deutschland pflegten – und später auch umgekehrt, wenn Kinder Kontakt herstellten und dies ihren Eltern verschwiegen.²⁸ Für viele deutsche Juden blieb die Frage zeitlebens offen, welche dieser Verbindungen bewahrt und ausgebaut, welche für immer abgeschnitten werden sollten?²⁹

Selbst wenn Einzelne darauf Antworten für sich fanden, so blieben diese doch immer prekär und konnten rasch ins Gegenteil umschlagen, wenn zum Beispiel Besuchende enttäuscht von einer Reise nach Deutschland zurückkehrten, was nicht selten der Fall war. So erging es beispielsweise Ruth HaCohens Mutter, die mit der Jewish Agency for Palestine nach dem Krieg erstmals zurück in ihre Geburtsstadt Hamburg kam. Nachdem sie erfahren musste, dass dort niemand mehr da war, der sie begrüßen konnte, entschied sie sich, nie wieder dorthin zu reisen. Dennoch, wie ihre Tochter Ruth HaCohen sich erinnert, besuchte ihre Mutter viele Jahre später Deutschland jedenfalls in Gedanken immer wieder, indem sie nämlich den Berichten junger Deutscher zuhörte. Die jungen Deutschen, die zeitweise in Israel wohnten, besuchten HaCohens Mutter in ihrer Wohnung und erzählten ihr von dem (bundesrepublikanischen) Deutschland, wo sie lebten und aufgewachsen waren. HaCohens Mutter trat durch die Geschichten in eine neue Beziehung zu Deutschland ein; sie hörte, was sich dort verändert hatte. Durch diese Kontakte und Erzählungen erfuhr sie, laut ihrer Tochter, eine Art Aussöhnung mit dem Land, aus dem sie und ihre Familie vertrieben worden waren.³⁰

26 Vip, »Ehemalige jüdische Mitbürger besuchen ihre frühere Heimatstadt. Rückkehr nach 50 Jahren«, in: *Nürnberger Zeitung* v. 1.7.1987, S. 13, zit. nach: Steinmetz, Hofmann, *Windsheim*, S. 210.

27 Kateřina Čapková, David Rechter, »Germans or Jews? German-Speaking Jews in Post-War Europe: An Introduction«, in: *The Leo Baeck Institute Year Book*, Bd. 62, 2017, S. 69–74, hier S. 71.

28 Siehe DIE WOHNUNG, deutsch-israelischer Dokumentarfilm von Arnon Goldfinger (2011).

29 Čapková, Rechter, »Germans or Jews?«, S. 72.

30 Ruth HaCohen, »Introductory Remarks« bei der Konferenz »Visits: Bilateral Relations and Personal Encounters in Israel, Germany and Beyond«, Konferenz der Martin Buber Gesellschaft an der Hebräischen Universität Jerusalem, Februar

Gerade in den ersten Nachkriegsjahren mussten auch Nichtjuden, die während oder nach dem Holocaust Verbindungen zu Juden aufrechterhielten, mit massiven Anfeindungen aus ihrem Umfeld rechnen.³¹ Beispielsweise blickte Anna Assel aus der Kleinstadt Rothenburg ob der Tauber eifersüchtig auf ihre Nachbarin, die mit früheren jüdischen Nachbarn in Verbindung stand, die ihr regelmäßig Pakete aus England sandten. In einem Schreiben an die Wiedergutmachungsbehörde beschuldigte Assel 1953 diese Nachbarin, sie profitiere von diesem Kontakt, während sie selbst mit Wiedergutmachungsforderungen jüdischer Nachfahren zu kämpfen habe. Assel schloss ihr Schreiben mit der Klage: »Wir haben in dieser Wiedergutmachungssache nur Hass und Rache von den Antragstellern erfahren dürfen und wir müssen für das, was eine Nation getan hat, das Opfer sein. Seien Sie mir nicht böse, dass sich eine arme Seele Luft gemacht hat.«³²

Der Fall Assel lässt darauf schließen, dass persönliche Kontakte zwischen jüdischen und nichtjüdischen ehemaligen Nachbarn nicht immer von der nichtjüdischen Bevölkerungsmehrheit begrüßt wurden; in einigen Fällen wurden sie sogar alles andere als geschätzt. Derartige Verbindungen zu Juden waren ein Dorn im Auge jener Nichtjuden, die sich auf irgendeine Art und Weise für den Mord an sechs Millionen Juden verantwortlich fühlten und daran nicht erinnert werden wollten. Deutsche, die aus der Judenverfolgung Nutzen gezogen hatten, befürchteten, dass die Juden eines Tages zurückkehren und entweder ihr geraubtes Eigentum zurückfordern oder sie beschuldigen würden, zugeesehen zu haben, wie ihre früheren jüdischen Nachbarn verfolgt wurden, ohne dass sie ihnen Hilfe anboten. Andere wiederum verspürten durch ihre anhaltende Verbindung mit jüdischen Überlebenden ein (an Erlösung grenzendes) Gefühl der Erleichterung und fühlten sich dadurch weniger schuldig.³³

2015 (unveröffentlicht); siehe auch Anne Clara Schenderlein, »Tagungsbericht: Visits – Bilateral Relations and Personal Encounters in Israel, Germany and Beyond. International Workshop marking 50 Years of Israeli-German Diplomatic Relations 1965–2015, 01.02.2015 Jerusalem«, in: *H-Soz-Kult*, 15.08.2015, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6131.

31 Stefanie Fischer, »Entangled Transnational Relationships: Former Jewish and Non-Jewish Neighbors in the Postwar Era«, Vortrag auf der 37. Jahreskonferenz der German Studies Association in Denver, Colorado, 4.10.2013 (unveröffentlicht).

32 Schreiben von Anna Assel an die Wiedergutmachungsbehörde III, Rothenburg ob der Tauber, 31. August 1953, in: Staatsarchiv Nürnberg, WBIIa 5244.

33 Siehe Rainer Kampling, »»Kommt und lasst uns hinaufziehen zum Berg des HERRN« (Mi 4,2). Die Bedeutung der Staatswerdung Israels für die Jüdisch-Christlichen Dialoggruppen«, in: Fischer, Riemer, Schüler-Springorum (Hrsg.), *Juden und Nichtjuden*.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass bei den jüdischen Besuchern Motive wie das Totengedenken oder die Erledigung von Wiedergutmachungsangelegenheiten im Vordergrund standen. Die Pflege von Kontakten zu nichtjüdischen Deutschen bzw. das Interesse an aktuellen Ereignissen in der ehemaligen Heimatgemeinde waren eher zweitrangig, wenn sie überhaupt eine Rolle spielten. Die Besuche waren auf beiden Seiten von gemischten Gefühlen begleitet. Auf nichtjüdischer Seite überwog bei dem Aufeinandertreffen mit den aus dem Ort vertriebenen Juden nicht selten das Bedürfnis, möglichst schnell wieder »Freunde« zu werden und über das Trennende hinweg auf das Verbindende, die »guten Jahre« des Zusammenlebens, zu blicken. Wie Irmela von der Lühe festhält, standen Begegnungen zwischen Juden und Nichtjuden oftmals unter einem »Versöhnungsdiktat« und Vereinnahmungsversuchen von nichtjüdischer Seite, die nicht selten auch philosemitische Ausdrucksformen annehmen konnten. Schnell wurde aus einem »vorsichtigen Angebot zum Dialog

auf jüdischer Seite eine fortgesetzte Forderung nach Versöhnung auf nichtjüdischer Seite«. ³⁴ Auf jüdischer Seite wartete man oftmals vergebens auf eine Entschuldigung für das im Nationalsozialismus zugefügte Leid. Nur wenige wollten wissen, wie es den jüdischen Besuchenden nach ihrer Flucht aus NS-Deutschland ergangen ist. Trotz all der schwierigen Rahmenbedingungen entwickelten sich aus diesen Besuchen neue Verbindungen, die die Geschichte von Juden und Nichtjuden nach dem Holocaust wesentlich geprägt haben. Sie wurden ein Teil des Auseinandersetzungsprozesses um die Verbrechen der nationalsozialistischen Vergangenheit und damit auch des Demokratisierungsprozesses der bundesrepublikanischen Gesellschaft, die es in all ihrer Ambivalenz weiter in den Blick zu nehmen gilt.

34 Irmela von der Lühe, »Zwischen Dialogangebot und Versöhnungsdiktat. Jüdisch-deutsche Begegnungen in Literatur und Theater der Nachkriegszeit«, in: ebd.

Kein Museum, sondern ein Ort der Auseinandersetzung und Debatte: „Anne Frank. Morgen mehr.“ ist ein bundesweit einzigartiger Lernort, der digitale Interaktion, Geschichte und Menschenrechtsbildung verbindet.

Anne Frank. Morgen mehr.

bildungsstätte anne frank

Das interaktive Lernlabor zu Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung in Vergangenheit und Gegenwart

Deine Meinung zählt!

Bildungsstätte Anne Frank | Hansaallee 150 | 60320 Frankfurt am Main | www.bs-anne-frank.de

Melden Sie sich ganz einfach online an: anmeldung.bs-anne-frank.de

Die Konferenz von Evian



Jochen Thies
Evian 1938.
Als die Welt die Juden verriet
Essen: Klartext, 2017, 200 S., € 18,95

Seit nunmehr schon drei Jahren berichten die Medien in dichter Folge über Menschen, die nach Europa fliehen, ebenso wie über das zwischenstaatliche Ringen, welches Land wie viele von ihnen aufnimmt. Die Parallelen zur internationalen Konferenz, die vor 80 Jahren in Evian am Genfer See über die aus Deutschland fliehenden Juden beriet, sind offenkundig, nur dass sich die Rolle Deutschlands vom Vertreibungs- zum Zufluchtsland gewandelt hat. Jochen Thies referiert in seinem Buch die zehntägigen Verhandlungen detailliert Tag für Tag und Redner für Redner. Die Delegierten der 32 Teilnehmerstaaten legten wortreich die Lage im eigenen Land dar: Arbeitslosenzahlen, soziale Probleme, Besonderheiten der Demographie und des Arbeitsmarkts, und die großzügige Aufnahme von Immigranten in der Vergangenheit. Implizit oder explizit präsentierten sie damit lauter Gründe, weswegen für die Flüchtlinge aus Deutschland kein Platz mehr sei.

Über Biographien und Argumentationslinien der Delegierten erfährt man so manches interessante Detail, doch oft wäre eine synthetisierende Darstellung, die auch Informationen über die Flüchtlingspolitik des jeweiligen Landes vermittelt, sinnvoll gewesen. Zudem begrenzt Thies die Problematik der Flüchtlingspolitik lediglich auf die aus Deutschland und Österreich geflohenen Juden, die in Evian offiziell Konferenzthema waren. Im Hintergrund jedoch stand die Existenz der jüdischen Minderheit in vielen europäischen Staaten zur Disposition, in denen nach deutschem Vorbild antisemitische Maßnahmen eingeführt wurden.

Die sich stark ähnelnden Statements ergänzen das bekannte Bild von der ergebnislos verlaufenen Konferenz zwar in Details, ohne es jedoch grundlegend zu revidieren. Daher zieht Thies in seine Darstellung zusätzliche Handlungsstränge ein. So ist übergenua zu erfahren, was Hitler alles in diesen Tagen gemacht hat, welches Museum er eingeweiht, welchen Film er gesehen und vor allem, dass er immer wieder in der Osteria Bavaria gegessen hat. Kriegsplanungen und strategische Überlegungen flicht Thies durch Rückblenden ein und oft auch durch Vorgriffe auf das, was Hitler »bald darauf« sagen wird.

Daneben stellt der Autor eine Reihe von Zeitzeugen vor, darunter persönliche Freunde wie den Journalisten Robert Goldmann sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, wie Fritz Stern,

Walter Benjamin, Marcel Reich-Ranicki und die Comedian Harmonists; oder Hans Habe und Golda Meir, die die Konferenz in Evian selbst miterlebt hatten. Nicht immer allerdings erschließt sich die Funktion dieser Einschübe für das Thema des Buchs. Insbesondere die Schilderungen gemeinsamer Restaurantbesuche der Ehepaare Goldmann und Thies wirken in ihrem rührseligen Tonfall deplaziert.

Verglichen mit der detaillierten Schilderung der Delegiertenauftritte bleibt die Darstellung der in Evian vertretenen jüdischen Vereinigungen eher blass und zudem fehlerhaft. So wird aus dem Soziologen Paul Eppstein, einem der führenden Repräsentanten des deutschen Judentums, der 1944 in Theresienstadt ermordet wurde, ein Mathematiker namens Epstein, der sich im Jahr 1939 das Leben nahm (S. 64). Eppstein war auch nicht für die Reichsversammlung (S. 21) oder den Reichsverband (S. 63), sondern für die Reichsvertretung der Juden nach Evian entsandt worden.

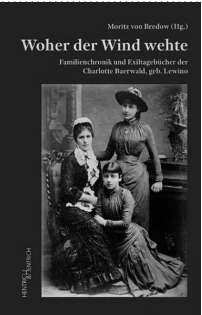
Thies bezeichnet seine Schilderung der Ereignisse als »authentisch, sie greift ausnahmslos auf zeitgenössische Quellen zurück« (S. 166 f.). Leider gibt es jedoch keinen Anmerkungsapparat, und in der Kurzbibliographie sind nur wenige Titel der Sekundärliteratur aufgelistet, wobei thematisch einschlägige Werke fehlen, einige lesenswerte jüngere Publikationen möglicherweise nicht mehr berücksichtigt werden konnten.¹

Im Epilog des Buchs versucht der Autor noch einmal forciert, Parallelen zwischen der heutigen Situation und derjenigen des Jahres 1938 zu ziehen. Dabei stilisiert er ebenso großspurige wie vage Drohungen nationalsozialistischer Politiker gegen die USA aus dem Jahr 1938 zu einem von der NS-Führung geplanten »Terrorangriff auf New York«, um darin ein drohendes Vorzeichen des 11. Septembers auszumachen. (S. 167) Auch in der Tatsache, dass Anfang September 2015, am Beginn der jüngsten Massenflucht nach Deutschland, der seinerzeitige Kanzleramtsminister Peter Altmaier im Hotel Royal in Evian wohnte, sieht Thies den Ausdruck einer geheimnisvollen Langzeitwirkung und orakelt: »Evian wird noch lange, vielleicht für immer die deutsche Politik beeinflussen.« (S. 179) Unter dem Strich bleibt: An Sachinformationen bietet Thies neben einigen interessanten Details zu viel Belangloses, auf dem Gebiet der Analyse zu viel Spekulation.

Susanne Heim
Berlin

¹ Ralph Weingarten, *Die Hilfeleistung der westlichen Welt bei der Endlösung der deutschen Judenfrage. Das Intergovernmental Committee on Political Refugees (IGC) 1938–1939*, Bern 1981; Fritz Kieffer, *Judenverfolgung in Deutschland – eine innere Angelegenheit? Internationale Reaktionen auf die Flüchtlingsproblematik 1933–1939*, Stuttgart 2002; Diane Afoumado, *Indésirables. 1938: la Conférence d’Évian et les réfugiés juifs*, Paris 2018; Frédéric Bonnesoeur u.a. (Hrsg.), *Geschlossene Grenzen. Die internationale Flüchtlingskonferenz von Évian 1938*, Berlin 2018.

Vertreibung einer Familie



Moritz von Bredow (Hrsg.)
Woher der Wind wehte.
Familienchronik und Exiltagebücher der Charlotte Baerwald, geb. Lewino
Berlin: Hentrich & Hentrich, 2017, 592 S., € 39,–

Während der Arbeit an seiner Biographie über die jüdische Pianistin Grete Sultan¹ stieß der Kinderarzt Moritz von Bredow auf eine Familienchronik, die Sultans Tante Charlotte Baerwald (1870–1966) zwischen 1933 und 1938 geschrieben hatte. Das Originalmanuskript mit vielen Abbildungen fand sich, zusammen mit den Exiltagebüchern der Verfasserin, im Frankfurter Jüdischen Museum. Die sorgsame Herausgabe dieses Funds erschließt nun detaillierte Einblicke in die inneren und äußeren Brüche, die mit der Vertreibung einer jüdischen Familie aus Deutschland verbunden waren.

Charlotte Baerwald war 63 Jahre alt, als sie sich 1933 entschloss, die Familiengeschichte niederzuschreiben, damit ihren beiden Kindern »nicht alle Tradition verlorengehe«. Eine Geschichte ihrer Eltern und Großeltern hatte sie bereits in den 1920er Jahren verfasst, ohne noch daran zu denken, auch ihr eigenes Leben zu dokumentieren. Aufgewachsen war sie in Mainz, zusammen mit ihrer jüngeren Schwester und einer früh verwitweten Mutter, die keine Mühen scheute, ihrer talentierten Tochter eine Ausbildung zur Pianistin zu ermöglichen. Aber trotz erfolgreichen Studiums bei Clara Schumann in Frankfurt und Theodor Leschetizky in Wien kam eine pianistische Laufbahn für das sensible, von nervösen Beschwerden geplagte Mädchen nicht in Frage. Sie unterrichtete einige Jahre in Berlin, heiratete den Frankfurter Gynäkologen Arnold Baerwald (1866–1920) und führte als Arztgattin und Mutter das in Bürgerkreisen übliche Frauenleben, dabei stets bemüht, die Musik nicht zu vernachlässigen.

Hinweise auf eine Zugehörigkeit zum Judentum, das in ihrer Herkunftsfamilie Lewino keine nennenswerte Rolle spielte, finden sich erst mit dem Eintritt in die weitverzweigte Großfamilie um den Schwiegervater Hermann Baerwald, von 1868–1899 Direktor des Philantropin, der Schule der jüdischen Reformgemeinde in Frankfurt am Main. Die Baerwalds zählten sich zum aufgeklärten, akkulturierten Judentum, aber für eine säkular und liberal orientierte Frau, die auf ihre Eigenständigkeit Wert legte, bildeten sie dennoch eine

¹ Moritz von Bredow, *Rebellische Pianistin. Das Leben der Grete Sultan zwischen Berlin und New York*, Mainz 2012.

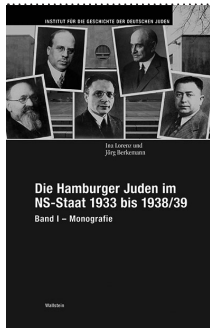
fremde Welt. Ein Abschnitt der Erinnerungen mit dem Titel »Kontraste« gibt dazu aufschlussreiche Hinweise. Mit feiner Feder und leisem Humor schildert Charlotte Baerwald ihre Erfahrungen mit jüdischen Traditionen, den Ansprüchen bürgerlicher Großfamilien und den patriarchalen Strukturen durchaus moderner Zeitgenossen. Ihr Mann habe sich bemüht, so schreibt sie, ihre Wünsche – zum Beispiel täglich zu üben – zu unterstützen, ja, er wäre stolz gewesen, wenn seine Frau »außer einer tadellosen Hausfrau, Mutter, Arztfrau, Familiantante und Gesellschaftsdame auch noch eine große Künstlerin gewesen wäre«. Im Gegenzug für sein Verständnis habe er nur verlangt, dass sie »nicht zu viel selbständig denke und Kritik übe«, aber das, so stellt sie fast erleichtert fest, hätte sie nicht gekonnt, selbst wenn sie es gewollt hätte.

In den Aufzeichnungen überschneiden sich Erinnerungen, Familiengeschichten und Porträts von Zeitgenossen, bis die politischen Umwälzungen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten den Blick auf die erschütterte eigene Existenz lenken. Charlotte Baerwalds Sohn Friedrich wurde als Beamter des Arbeitsministeriums entlassen und reiste mit der Hilfe seines Onkels Paul Baerwald, Vorstand im American Jewish Joint Distribution Committee, in die USA aus. Seine Schwester Therese, am Anfang einer Karriere als Schauspielerin stehend, versuchte sich zuerst in Paris, später in London über Wasser zu halten. Für die finanziell vom New Yorker Schwager unterstützte Verfasserin entstand zwar noch keine unmittelbar materielle Notlage. Über die akute Gefahr hegte sie allerdings keine Illusionen. Anders als viele deutsche Juden wollte sie »dem Gespenst ins Auge sehen« und hatte schon 1932 Hitlers *Mein Kampf* ebenso gelesen wie Lion Feuchtwangers Zeitroman *Erfolg*. Mit nüchternem Blick notierte sie die wachsende antisemitische Stimmung und hielt Alltagsszenen und Momentaufnahmen fest. Die Verfasserin emigrierte 1937 nach Florenz, musste das Land aber nach dem Dekret zur Ausweisung der ausländischen Juden wieder verlassen und landete nach einem Aufenthalt in der Schweiz im April 1941 in Brooklyn, wo sie – inzwischen 71-jährig – ihrem Sohn den Haushalt führte.

Der Zerfall der Familie, das Exil, der Verlust des Bodens unter den Füßen bilden sich in den Aufzeichnungen mit Lücken, Zeitsprüngen und dem lakonischen Telegrammstil der Tagebücher ab, die im März 1945 abbrechen. Charlotte Baerwald, die es gewohnt war, die eigene Person zurückzustellen, war eine disziplinierte Schreiberin, der stets bewusst blieb, welches Ziel sie verfolgte: die »Revolutionierung der Welt, die so tief in jedes einzelne Menschenschicksal eingreift und jeden Individualismus zerstört«, am Beispiel ihrer eigenen Geschichte zu verdeutlichen.

Sabine Fröhlich
Frankfurt am Main

Denkmal für die Hamburger Juden



Ina Lorenz, Jörg Berkemann

*Die Hamburger Juden im NS-Staat
1933 bis 1938/39*

Göttingen: Wallstein, 2016, 7 Bde.,
4.772 S., € 169,90

In Hamburg bestand zu Beginn des »Dritten Reiches« eine der jüdischen Großgemeinden mit mehr als 10.000 Mitgliedern abseits der Reichshauptstadt Berlin, wo allein mehr als 140.000 der über 500.000 Juden in Deutschland lebten. Die Beamten des Statistischen Reichsamtes erfassten bei der Volkszählung des Deutschen Reiches am 16. Juni 1933 in Hamburg 16.973 und im benachbarten Altona 2.006 »Glaubensjuden«. Die Zahl der von den Nationalsozialisten als »Rassejuden«, jüdische »Mischlinge« oder wegen einer jüdischen »Versippung« verfolgten Menschen war freilich beträchtlich größer. Am 30. April 1945, drei Tage vor der Kapitulation der Hansestadt, konnten dort nach zwölf Jahren nationalsozialistischem Terrorregime, welches auch für die Hamburger Juden Flucht, (erzwungene) Emigration und Massen-deportationen Tausender in die Vernichtung bedeutete, nur noch 647 Juden verzeichnet werden (S. 95, 97).

Die Historikerin Ina Lorenz, ehemalige stellvertretende Direktorin am Institut für die Geschichte der deutschen Juden und Honorarprofessorin am Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Hamburg, und der Jurist Jörg Berkemann, bis zu seiner Pensionierung Richter am Bundesverwaltungsgericht und Honorarprofessor für öffentliches Recht an der Universität Hamburg, haben in rund 20 Jahren ein 4.772-seitiges Werk, bestehend aus einer zweibändigen Monographie, vier Dokumentenbänden und einem Registerband, erarbeitet, in dem sie umfassend das Leben der Hamburger Juden von 1933 bis 1938/39 und damit von der Zeit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler bis zum Novemberpogrom und seinen unmittelbaren Folgen beleuchten. Das Mammutwerk, welches hier lediglich hinsichtlich seiner zentralen Fragestellungen und Blickachsen beschrieben werden kann, knüpft an eine zweibändige Dokumentation zur Geschichte der Hamburger Juden in der Weimarer Republik an, die Ina Lorenz bereits 1987 vorgelegt hat.¹ Die Quellenedition geht auf die Initiative des israelischen Historikers Baruch Zwi Ophir zurück,

der 1910 in Hamburg als Benno Offenburg geboren worden war.

Bereits die Monographie, die mit ihrer historischen Rekonstruktion auch die Lücken in der Quellenüberlieferung überbrücken soll (S. 29), setzt den Hamburger Juden ein Denkmal. Im ersten Kapitel skizzieren die beiden Autoren zunächst die Gründung der Deutsch-Israelitischen Gemeinde Hamburg 1812, die Entwicklung in der Weimarer Republik und schließlich deren Schicksal im NS-Staat über die Gründung der neuen Gesamtgemeinde in Groß-Hamburg 1937 bis hin zum »privatrechtlichen« jüdischen Religionsverband Hamburg e. V. 1938. Das folgende Kapitel befasst sich mit den sozio-demografischen Entwicklungen der Hamburger Juden und beschreibt unter anderem die jüdische Bevölkerung in Hamburg und Altona hinsichtlich ihrer Gemeindezugehörigkeit, der Zahl der von den Nationalsozialisten erfassten »Rassejuden« wie auch der »Mischlinge« und »Mischehen«. Weiter gilt der Blick der Alters-, Erwerbs- und Siedlungsstruktur in der Stadt wie auch der politischen Orientierung der jüdischen Bevölkerung. Kapitel 3 befasst sich mit der inneren Organisationsstruktur der jüdischen Gemeinde und untersucht deren Finanzhaushalt. Das darauffolgende Kapitel thematisiert zum einen die drei »klassischen« Aufgabenfelder der Gemeinde: das Schulwesen, die Wohlfahrt und das Begräbniswesen, zum anderen die für die Gemeinde ebenso wichtige Jugendarbeit. Das fünfte Kapitel beschreibt das religiöse Leben der Hamburger Juden. Im folgenden Kapitel nehmen die Autoren die Nachbargemeinden in den Fokus: die Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona, die Jüdische Gemeinde Wandsbek, die Synagogengemeinde Hamburg-Wilhelmsburg, die Portugiesisch-Jüdische Gemeinde zu Hamburg wie auch den Verband der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte. Die Kapitel 7 und 8 befassen sich ausführlich mit der Rassenpolitik des NS-Staates und deren Umsetzung, die zur Ausgrenzung und Stigmatisierung der jüdischen Bevölkerung führte. So werden beispielsweise die Rolle der Hamburger Justiz bei der Verfolgung der Hamburger Juden, die Vertreibung der Juden aus den staatlichen Bildungseinrichtungen, die soziale Ghettoisierung, aber auch das Verhalten der Kirchen gegenüber den Juden thematisiert. Im anschließenden Kapitel untersuchen Lorenz und Berkemann die »Felder jüdischer Selbstbehauptung« – das innerjüdische kulturelle Leben, die Situation der Jüdinnen, die jüdische Jugend, den jüdischen Sport und das jüdische Vereinsleben – in der neuen Diaspora. Das zehnte Kapitel widmet sich dem Arbeitsleben, der Wirtschaft und dem Vermögen. Ausführlich behandelt werden der Aprilboykott 1933, die Berufsbeschränkungen für Juden, die »Entjudung« des kulturellen Lebens sowie die wirtschaftliche Existenzvernichtung. Kapitel 11 analysiert die Auswanderung Hamburger Juden aus Deutschland. Der Blick gilt den unterschiedlichen Einstellungen zur Emigration, der Zahl der Auswanderer, den institutionellen Handlungsträgern, den staatlichen Regularien, der mit der Auswanderung verbundenen zunehmend umfassenden Ausplünderung der Auswanderer und schließlich der Bedeutung einer Auswanderung

nach Palästina für die Hamburger Juden. Das zwölfte Kapitel befasst sich mit der Entrechtung und der Deklassierung der Juden, deren konzentrierter Abschiebung und Verfolgung, dem Novemberpogrom und den Kindertransporten aus Deutschland im »Schicksalsjahr« 1938. Das abschließende Kapitel fragt nach den Identitäten der Hamburger Juden und deren erlebtem und zu bewahrendem Deutschtum und diskutiert einen »jüdischen« Widerstand. Kurzum, die monographische Darstellung der Geschichte der Hamburger Juden in den ersten sechs Jahren des NS-Staates umfasst alle Lebensbereiche und lässt keine wesentliche Frage unberücksichtigt.

In die folgenden vier Quellenbände wurden mit wenigen Ausnahmen nur Dokumente aufgenommen, die in den Jahren 1933 bis etwa Anfang 1939 entstanden sind und von Juden verfasst wurden oder sich an Juden richteten. Die grundlegende Aktenüberlieferung der Hamburger Gemeinde ist hierfür außerordentlich günstig, da sie weitgehend vor der Vernichtung bewahrt werden konnte. Originale und Abschriften der Dokumente liegen aufgrund eines 1959 geschlossenen Vergleichs jeweils etwa zur Hälfte im Staatsarchiv Hamburg und in den Central Archives for the History of the Jewish People in Jerusalem. Darüber hinaus haben Lorenz und Berkemann unter anderem auch die lokale jüdische Presse und in nichtjüdischen Quellen die staatlichen Sach- und Personalakten sowie die wichtigen nichtjüdischen Periodika ausgewertet. Deutlich weisen die Herausgeber darauf hin, dass die Auswahl der Dokumente durch das Wissen über die sich ab 1939 immer weiter radikalisierende Verfolgung und den Holocaust geprägt ist (S. 47).

Die Edition gliedert sich in 58 Themenbereiche, zu denen Lorenz und Berkemann mehr als 1.700 Quellen versammelt haben. Diese dokumentieren das Schicksal der Hamburger Juden in sozialer, politischer, institutioneller, wirtschaftlicher, religiöser und kultureller Hinsicht. Der erste Abschnitt (»Zeitgenössische Reflexionen zur Situation der Hamburger Juden«) beispielsweise umfasst 18 Dokumente, die von einem vom Hamburger Privatbankier Max M. Warburg verfassten Artikel über die Gefahren, die vom politischen Antisemitismus ausgehen, in der *Central-Verein-Zeitung* vom 26. Januar 1933 bis hin zu einem Bericht des britischen Generalkonsuls vom 22. November 1938 über den Novemberpogrom in der Hansestadt reichen. Der abschließende Registerband umfasst neben einem ausführlichen Verzeichnis aller Dokumente und einem detaillierten Schlagwortverzeichnis auch ein Glossar hebräischer Namen, Begriffe und Wörter.

Lorenz und Berkemann haben – das lässt sich schon jetzt sagen – nicht weniger als das Standardwerk zur Geschichte der Hamburger Juden im Untersuchungszeitraum vorgelegt und damit zugleich einen neuen Maßstab für die Erforschung einer jüdischen Großgemeinde im »Dritten Reich« gesetzt.

Jörg Osterloh

Fritz Bauer Institut

Bulletin des Fritz Bauer Instituts

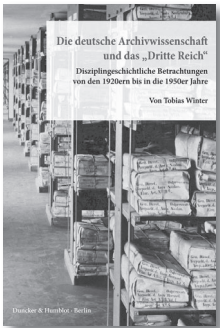
Tobias Winter

Die deutsche Archivwissenschaft und das »Dritte Reich«

**Disziplingeschichtliche
Betrachtungen von den 1920ern
bis in die 1950er Jahre**

Veröffentlichungen aus den Archiven

Preußischer Kulturbesitz. Forschungen, Band 17



606 Seiten, 2018

ISBN 978-3-428-15484-5, geb., € 99,90

Es ist inzwischen bekannt, dass Untersuchungen von »NS-Vergangenheiten« sich nicht auf die Jahre 1933 bis 1945 beschränken dürfen, sondern durch die Berücksichtigung der jeweiligen Vor- und Nachgeschichte auch potentiellen Pfadabhängigkeiten, Kontinuitäten wie auch Brüchen nachspüren sollten. Die vorliegende Studie nimmt deshalb die Disziplin der Archivwissenschaft vom Ende des Ersten Weltkriegs bis in die frühen Jahre von Bundesrepublik und DDR in den Blick. Dabei werden nicht ausschließlich disziplininterne Konstellationen und Diskussionen, Institutionen und Personen berücksichtigt, sondern diese in einem breiten wissenschaftspolitischen wie auch gesellschaftlichen Kontext betrachtet. Im so entstandenen Narrativ einer deutschen Archivgeschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts werden erstaunliche Kontinuitäten sowohl personeller wie auch institutioneller Art deutlich.

Sven Kriese (Hrsg.)

Archivarbeit im und für den Nationalsozialismus

**Die preußischen Staatsarchive
vor und nach dem Machtwechsel
von 1933**

Veröffentlichungen aus den Archiven

Preußischer Kulturbesitz. Forschungen, Band 12



Tab., Abb., 1 farbige Karte

(als lose Beilage), 623 Seiten, 2015

ISBN 978-3-428-14746-5, geb., € 99,90

Ab 1933 änderte sich das preußische Archivwesen besonders dynamisch. Benutzungszahlen und Zugangsumfänge von Archivgut stiegen, Arbeitsbereiche wie die »Ostforschung« wurden intensiviert, bevor im Krieg neue Prioritäten folgten (z. B. Auslagerung von Archivalien). In 15 Beiträgen, die auf den Vorträgen einer Tagung im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz basieren, wird die archivische Facharbeit im Nationalsozialismus untersucht. Wie wurde sie von Politik und Ideologie beeinflusst? Und welche Konsequenzen folgten daraus für das preußische Archivwesen?

www.dunker-humblot.de

¹ Ina Lorenz, *Die Juden in Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik. Eine Dokumentation*, 2 Bde., Hamburg 1987.

Aneignungen des Nationalsozialismus



Janosch Steuwer

»Ein Drittes Reich, wie ich es auffasse«.
*Politik, Gesellschaft und privates Leben
in Tagebüchern 1933–1939*

Göttingen: Wallstein, 2017, 611 S.,
€ 49,90

Tagebücher haben Konjunktur in der Zeitgeschichtsschreibung, insbesondere in der NS-Forschung. Das ist kein neuer Trend. Wurden früher fast ausschließlich die Tagebücher historisch bedeutender Führungskräfte berücksichtigt, man denke nur an die Tagebücher von Joseph Goebbels oder Alfred Rosenberg, so finden seit den 1980er Jahren mehr und mehr auch Tagebücher der sprichwörtlichen »einfachen Leute« Eingang in die geschichtswissenschaftlichen Erzählungen. Heute sind sie nicht mehr wegzudenken, kaum eine Darstellung, die sich an ein breiteres Publikum richtet, greift nicht darauf zurück, kaum ein Verlag wirbt nicht damit. Bei aller Begeisterung für einen vermeintlich »ungefilterten« Blick in die Köpfe der Menschen ihrer Zeit blieben ein Bewusstsein für die besondere Verfasstheit dieser Quelle und Quellenkritik oft auf der Strecke. Hier setzt Janosch Steuwer auf der Grundlage von 140 weitgehend unveröffentlichten Tagebüchern aus den Jahren 1933 bis 1939 mit seiner Dissertation an.

Einleitend umreißt Steuwer instruktiv die Beschaffenheit des Tagebuchs als Quelle, die es immer als Ganzes mit ihren jeweiligen Inhalten, Schwerpunkten und auch Leerstellen in den Blick zu nehmen gelte, nicht nur als »Steinbruch«. Er unterstreicht den fragmentarischen Charakter der Tagebücher, die – was interpretatorische Schwierigkeiten wie enormes Potential gleichermaßen bedeutet – kein übergreifendes Narrativ bieten. Tagebücher versteht er mithin vor allem als Orte von Selbstverständigungsprozessen, in denen die Autorinnen und Autoren »nicht bestehende Gedanken und Gefühle fest[halten], vielmehr produzieren sie diese erst in einem Schreibprozess, dessen Eigenheit gerade darin besteht, konkrete Erlebnisse – im Rück- wie im Vorausblick – in den eigenen Lebenszusammenhang einzuordnen« (S. 23). Das ist freilich nicht alles neu. Neu und aufschlussreich hingegen sind die Fragen, die Steuwer stellt. So geht es ihm darum, zu zeigen, wie die Bevölkerung die Herausforderungen, vor die sie die Machtübernahme der Nationalsozialisten stellte, annahm, wie sich Wahrnehmungen von sich selbst und der eigenen Zeit veränderten, und schließlich, wie diese Prozesse auf das Regime zurückwirkten.

Alle untersuchten Tagebuchschreiber positionierten sich in irgendeiner Weise zu den allumfassenden Anforderungen des Systems. Wer während der Weimarer Republik über politische Fragen weitgehend geschwiegen haben mag, suchte in den Jahren 1933/34 dennoch nach einer eigenen Positionierung. Ein Tagebuch war mitunter der einzige Ort, in dem sich dieser Selbstverständigungsprozess frei entfalten konnte. Neutralität, das zeigt die Studie Steuwers eindrucklich, lässt eine Diktatur nicht zu. »Jeder wird heute in irgendeiner Form in den Strudel der Ereignisse hineingezogen und will er weiterleben, so muß er schwimmen, um sich zu halten« (S. 68), stellte ein Tagebuchschreiber zu Silvester 1934 scharfsichtig fest. An vielen Beispielen kann Steuwer überzeugend aufzeigen, wie Prozesse des Aushandelns zwischen früheren politischen Ansichten mit den Anforderungen der »neuen Zeit« abliefen und wie sich viele den Nationalsozialismus so in Etappen aneigneten und in ihr bisheriges Weltbild und in bisherige Erfahrungszusammenhänge integrierten. Die NS-Herrschaft wurde indes »nicht nur als politische Zäsur erlebt, sondern auch als eine biografische« (S. 72).

Zu einem wesentlichen Muster entwickelte sich dabei die Verbindung einer grundsätzlichen Zustimmung mit Kritik in Einzelfragen. Erst so sei es vielen Zeitgenossen möglich gewesen, »das gegenwärtige Verhalten dennoch als in Übereinstimmung mit dem bisherigen Lebenslauf und dessen Projektionen die Zukunft zu verstehen« (S. 96 f.). Dass aus der »Detailkritik« keine umfassende Regimekritik erwuchs, lag mitunter an der Figur Hitler, die als »Projektionsfläche weitreichender Erwartungen und hoher moralischer Ansprüche« (S. 109) fungierte. Bestimmte Phänomene, die als kritikwürdig erachtet wurden, haben die Verfasserinnen und Verfasser nicht dem Nationalsozialismus zugeschrieben und so erst in die Reichweite einer Kritik gebracht, »ohne dass hierdurch prinzipielle Distanz entstand« (S. 111). So bildete sich eine Vielzahl unterschiedlicher Bilder vom Nationalsozialismus, die sich in den eigenen Lebenszusammenhang einordnen ließen, wodurch der Kreis derjenigen, die sich als Unterstützer des Nationalsozialismus verstehen konnten, erheblich vergrößert wurde.

Steuwer ist mit seiner Studie eine inspirierende Analyse einer Diktatur im Werden sowie des wechselseitigen Verhältnisses zwischen Individuum und System ebenso gelungen wie eine feinfühlige und instruktive Untersuchung der komplexen (Selbst-)Zuschreibungen, Positionierung und Deutung des Einzelnen in seiner Zeit. Wenn er darüber hinaus noch für mehr Sensibilität im Umgang mit der Quelle Tagebuch gesorgt hat, ist viel erreicht. Deren enormes Potential über eine Funktion als illustratives Beiwerk hinaus jedenfalls hat Janosch Steuwer eindrucksvoll gezeigt.

Markus Roth
Gießen

»Euthanasie« in Norddeutschland



KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.)

»Euthanasie«-Verbrechen.

*Forschungen zur nationalsozialistischen
Gesundheits- und Sozialpolitik*

Beiträge zur Geschichte der
nationalsozialistischen Verfolgung in
Norddeutschland, Heft 17.

Bremen: Edition Temmen, 2016, 248 S.,
€ 14,90

Seit 1994 erscheinen in loser Folge die »Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland«. Herausgeber der in der historischen Fachwelt mittlerweile nicht mehr wegzudenkenden Schriftenreihe ist die Gedenkstätte Neuengamme. Der aktuelle 17. Band widmet sich ausschließlich dem Thema »Euthanasie«, das in den vorausgegangenen »Beiträgen« eher randständig behandelt wurde. Selbst bei einer Erweiterung auf den Oberbegriff Medizinverbrechen liefert die Durchsicht der 16 Vorgängerhefte ein dürftiges Ergebnis: ein Artikel zum »Kindermord vom Bullenhuser Damm« (2005), ein Kurzbericht über Forschungsergebnisse zur »Sonderbehandlung 14f13« (2009), ein Aufsatz über Arzneimittelversuche im Konzentrationslager Sachsenhausen (2012).

Dabei hätte es gute Gründe gegeben, dieses Thema bereits eher anzugehen. Im Editorial zu Heft 8 »Zwangsarbeit und Gesellschaft« (2004) wird die Wahl dieses Schwerpunktes folgendermaßen begründet: »Zur Verbesserung unserer Kenntnisse, was die Zwangsarbeit ausmachte, soll dieses Heft einen Beitrag leisten.« Seit Ulrich Herberts Studie *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches* von 1985 sei »eine außerordentlich große Zahl von Publikationen [...] erschienen, von knappen Broschüren über umfangreiche Monographien bis Dokumentationen unterschiedlicher Art. Schwerpunkte lagen in regional- und lokalgeschichtlichen Forschungen«. All diese Aussagen trafen zu diesem Zeitpunkt auch auf das Forschungsfeld NS-»Euthanasie« zu. Es dauerte allerdings zwölf Jahre bzw. neun weitere »Beiträge« und bedurfte zudem eines äußeren Anlasses.

Anlass für die Herausgabe eines Themenheftes »Euthanasie« war die von der Gedenkstätte Neuengamme konzipierte Ausstellung »»Euthanasie«. Die Morde an Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen in Hamburg im Nationalsozialismus«, die 2014 im Hamburger Rathaus präsentiert wurde. Lesungen, Vorträge, Filme und ein Workshop zählten zum Begleitprogramm. »Um die Geschichte dieser Verbrechen in ihrer Vielschichtigkeit und Komplexität zu thematisieren«, so die Redaktion der »Beiträge« im

Editorial, bat sie alle Referenten der diversen Begleitveranstaltungen um eine Verschriftlichung ihrer Vorträge, »mit dem Ziel, trotz der beschränkten Möglichkeiten einer Zeitschrift ein möglichst auf Norddeutschland bezogenes breites Themenspektrum abzudecken«. Das Ergebnis ist ein Sammelband, eine Art Zusammenstellung oder Querschnitt der norddeutschen Komponente dieses NS-Verbrechens.

Die Hauptbeiträge bieten dem Leser, das ist ihrer Entstehungsgeschichte als verschriftlichten populärwissenschaftlichen Vorträgen geschuldet, zumeist bereits Bekanntes. Der Aufsatz von Marc Burlon und Lawrence A. Zeidman knüpft im Wesentlichen an Burlons Dissertation zur Kinder-»Euthanasie« aus dem Jahr 2009 an. Auch der anschließende Beitrag des Hamburger Emeritus Hendrik van den Bussche über »Die akademische Seite der »Kindereuthanasie« während des Zweiten Weltkrieges und in der Nachkriegszeit« fußt auf dessen langjährigen und vielfach publizierten Forschungen. Sinngemäß gilt dies auch für die Beiträge von Friedrich Leidinger über »Die Ermordung polnischer Psychiatriepatientinnen und -patienten unter deutscher Besatzung im Zweiten Weltkrieg« und Uwe Lohalm zur Entwicklung der staatlichen Hamburger Wohlfahrtspflege von 1933 bis 1945.

Aktuelle Forschungsergebnisse präsentiert hingegen der Berliner Politologe und Historiker Thomas Irmer. Als Kurator und Autor einer 2015 eröffneten Ausstellung zur Geschichte des Arbeitshauses Berlin-Rummelsburg schrieb er kenntnisreich über die Ausweitung der »Euthanasie« auf soziale Randgruppen wie Bettler, Obdachlose und Prostituierte und macht deutlich, dass die nationalsozialistischen Machthaber »auch »ganz unten« [...] zwischen »Juden« und »Nichtjuden« unterschieden. Während 1941 die jüdischen Insassen des Arbeitshauses im Zuge einer »Sonderaktion« konsequent erfasst, in die »Euthanasie«-Anstalt Bernburg transportiert und dort ermordet wurden, sollte die Arbeitskraft der »arischen« Insassen offenbar noch bis zur völligen Erschöpfung ausgebeutet werden.

Einem historisch versierten Leser erscheint die Zusammenstellung der Aufsätze gelegentlich eklektisch und auch unvollständig. Beispielsweise fehlt ein Beitrag zum Schicksal der mehr als 100 Patienten jüdischer Herkunft in Hamburger Heil- und Pflegeanstalten, die 1940 in der »Euthanasie«-Anstalt Brandenburg ermordet wurden. Ebenso unbeachtet bleibt die Geschichte der Hamburger Heilanstalten und Pflegeheime unter den Bedingungen des Bombenkrieges. Für Leser, die sich einen ersten Überblick verschaffen wollen, bietet das Heft einen guten Überblick. Leser mit weiterführenden Intentionen sollten auf die Fachliteratur zurückgreifen.

Dietmar Schulze
Leipzig

Neue Studie zu KZ-Aufseherinnen



Johannes Schwartz

»Weibliche Angelegenheiten«.
*Handlungsräume von KZ-Aufseherinnen
in Ravensbrück und Neubrandenburg*
Hamburg: Hamburger Edition, 2018,
440 S., € 28, –

Johannes Schwartz’ lang erwartete Studie zu Aufseherinnen in Ravensbrück entspringt der Diskussion um »Handlungsräume« von deutschen Frauen im NS-Staat, in deren Folge – bezogen auf den Einsatz von Frauen in Konzentrationslagern – bereits eine Ausstellung zu den Aufseherinnen von Ravensbrück sowie Studien zu Majdanek, Neuengamme, Groß-Rosen und zum SS-Helferinnenkorps entstanden. Ravensbrück spielte als Kaderschmiede für das gesamte KZ-System jedoch eine besondere Rolle – bis in den Sommer 1944 wurde ausschließlich hier weibliches KZ-Wachpersonal ausgebildet.

In sechs Kapiteln beschäftigt sich Schwartz mit Fragen der Rekrutierung und Schulung von Aufseherinnen, mit ihren Karrieremöglichkeiten, Führungs- und Durchsetzungspraktiken sowie mit der Gewaltausübung in verschiedenen Kontexten. Dabei berücksichtigt er, welche Handlungsmöglichkeiten Aufseherinnen zur Verfügung standen und inwieweit sie innerhalb der gesetzten Machtverhältnisse »eigenaktiv« und »eigensinnig« agierten. Von besonderem Interesse ist die Erforschung der Wege, wie Frauen KZ-Bewacherinnen wurden. An Beispielen werden die drei wichtigsten Rekrutierungsmethoden – freiwillige Bewerbung, Dienstverpflichtung durch die Arbeitsämter, Abstellung durch die Betriebe – anschaulich gemacht; Tabellen geben einen Überblick über die quantitative Verteilung von Rekrutierungsformen sowie zur sozialen und regionalen Herkunft der Aufseherinnen.

Im zweiten Kapitel »Karrierewege« räumt Schwartz mit der These auf, dass vor allem brutale, gewaltbereite Aufseherinnen im System aufstiegen. Er zeigt, dass vielmehr ein gutes Verhältnis zu den männlichen Vorgesetzten, zu Kolleginnen und auch zu Funktionshäftlingen für das berufliche Weiterkommen ausschlaggebend war. Kapitel III verlässt den gesteckten Rahmen Ravensbrück und beschäftigt sich mit Führungskonflikten in den Lagern Auschwitz und Majdanek. Die Untersuchung von Netzwerken und Machtkämpfen innerhalb der Konzentrationslager-SS ist ein fruchtbarer Ansatz zur Erklärung von Handlungsweisen – hier ist eine lagerübergreifende Perspektive sinnvoll, da viele in den Frauenabteilungen von Auschwitz und Majdanek ausgetragenen Konflikte ihren Ursprung

in Ravensbrück haben und nur mit dem Wissen um die dortigen Vorgeschichten erklärt werden können.

Im Folgenden analysiert Schwartz das Verhalten von Aufseherinnen, die erweiterte Möglichkeiten der Gewaltausübung im Rahmen von Strafpraktiken hatten. Auch das Machtgeflecht zwischen Aufseherinnen und Funktionshäftlingen wird thematisiert, ebenso die Narrative verschiedener Häftlingsgruppen, die in unterschiedlicher Weise mit Gewalt konfrontiert waren. Dargestellt werden verschiedene Formen der Gewalt, zum Beispiel die Praxis der »sanften Gewalt«: Aufseherinnen, die durch scheinbare Großzügigkeit die Folgen der stets präsenten strukturellen Gewalt (Mangelernährung, fehlende Möglichkeiten zur Hygiene, unerfüllbare Arbeitsnormen) linderten, etwa durch Essensgeschenke oder Erlassung von Strafen, und auf diese Weise ihre Macht sicherten, dabei aber Teil des Herrschaftssystems blieben.

In Kapitel V, das die Situation in Werkstätten und Unternehmen untersucht, zeigt Schwartz, dass Aufseherinnen durch ihre oft gewaltvolle Durchsetzung des pausenlosen Arbeitszwangs erheblich zur Profitabilität des Häftlingsarbeitseinsatzes beitrugen. Im letzten Kapitel wird deutlich, wie groß der Einfluss von Aufseherinnen war, wenn im Rahmen von Mordaktionen Häftlinge selektiert werden sollten. Dabei wurden die Entscheidungen immer weiter nach unten, bis auf die Ebene der Funktionshäftlinge delegiert; in den Betrieben meldeten außerdem Werksangehörige »dauerhaft arbeitsunfähige« Häftlinge.

Johannes Schwartz schöpft aus einem breiten Materialfundus, den er quellenkritisch reflektiert, auf die Entstehungshintergründe von Aussagen verweist und funktionale Narrative der Nachkriegszeit sichtbar macht. Dabei zielt er nicht nur auf die Rechtfertigungsdiskurse der Aufseherinnen ab, sondern deutet auch die Erzählstrategien der überlebenden Häftlinge. So interessant die zahlreich zitierten Nachkriegsaussagen sind: Hier hätte etwas mehr Straffung gutgetan. Möglicherweise ist es der langen Zeit bis zur Drucklegung geschuldet, dass einige (verzeihliche) Fehler, die von der Forschung überholt sind, enthalten sind: So waren es zum Beispiel mindestens 95 ehemalige Aufseherinnen, die nach dem Krieg vor polnischen Gerichten standen, statt nur 24. Schwerwiegender ist hingegen das Fehlen eines Personenregisters, das sowohl bei der Lektüre als auch für weitere Forschung eine große Hilfestellung gewesen wäre.

Es bleibt zu hoffen, dass Schwartz’ Darstellung als Anregung für Untersuchungen in weiteren Lagerkomplexen dienen wird, in denen sich – wie die Forschung in Einzelfällen gezeigt hat – die Situationen zum Teil ähnelten, zum Teil stark unterschieden. Die Suche nach Erklärungen für gewalttätiges Verhalten von Aufseherinnen in Konzentrationslagern ist noch nicht abgeschlossen.

Andrea Rudorff

Frankfurt am Main/Berlin

Verbrechen der Besatzer



Oliver von Wrochem (Hrsg.)

*Repressalien und Terror.
»Vergeltungsaktionen« im deutsch
besetzten Europa 1939–1945*
Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2017,
271 S., € 24,90

Sogenannte Vergeltungsaktionen von Wehrmacht und SS, mit denen reale oder vermeintliche Widerstandsaktionen geahndet wurden, waren ein fester Bestandteil der nationalsozialistischen Besatzungspolitik. Eine Grundlage für »Repressalien und Terror« bildete die Vorstellung, dass die Zivilbevölkerung der besetzten Länder durchweg als Feind zu betrachten sei, den es zu bekämpfen und je nach Situation und Gelegenheit auch zu vernichten galt. Als Vorwand und Deckmantel für die Einschüchterung und Terrorisierung der Zivilbevölkerung diente häufig die vorgeschobene oder reale Partisanenbekämpfung.

Der Historiker Oliver von Wrochem hat in dem Band *Repressalien und Terror: »Vergeltungsaktionen« im deutsch besetzten Europa 1939–1945* 15 Aufsätze unterschiedlicher Autorinnen und Autoren versammelt, die auf einer Auswahl aus dem Begleitprogramm zur Ausstellung »Deportiert ins KZ Neuengamme. Strafaktionen von Wehrmacht und SS im besetzten Europa« sowie auf Ergebnissen einer transnational orientierten Tagung zum selben Themenkomplex im Jahr 2015 beruhen. In den Blick kommen dabei die unterschiedlichen Formen und Dynamiken der deutschen Besatzungsherrschaft in Europa.

Die Motivlagen der Besatzer in den verschiedenen Ländern und Regionen differierten. In Südost- und Osteuropa sowie in Polen gab es keine klaren Grenzziehungen zwischen den rassenideologischen Motiven von Besatzungsverbrechen und dem Einfluss einer sich zunehmend radikalisierenden Kriegsführung. Insbesondere im Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion wurden Mordaktionen gegen Jüdinnen und Juden sowie gegen Roma und Romnja immer wieder als »Vergeltungsaktionen« camoufliert und entsprachen dem Charakter des Krieges als einem gegen den angeblich jüdischen Bolschewismus. Ein Aktion-Reaktionsschema lässt sich bei der Mehrzahl der »Vergeltungsmaßnahmen« nicht ausmachen. In Nord- und Westeuropa war die Besatzungspolitik hingegen in den ersten Kriegsjahren stärker durch Sicherheitsinteressen geprägt und entsprach, in abnehmenden Maße, noch völkerrechtlich gültigen Maßstäben.

Der Band ist in vier Kapitel gegliedert. Herauszuheben ist der erste grundlegende Abschnitt, in dem sich Gerd Hankel und Habbo Knoch mit rechtlichen Grundlagen und Legitimationsstrategien der Besatzer auseinandersetzen. Der Völkerrechtler Hankel behandelt Repressalien ausgehend von den völker- und gewohnheitsrechtlichen Verständnissen und Regulierungen der Maßnahmen als »berechtigten Rechtsverstoß«, als Reaktion auf einen völkerrechtswidrigen Akt des Kriegsgegners, mit dem Ziel, diesen zu einem rechtskonformen Verhalten zu zwingen. Anders als bei diesem bis in die Gegenwart hineinreichenden Verständnis von Repressalien waren die »Vergeltungsmaßnahmen« an der Zivilbevölkerung jedoch in der Regel eine Tarnung für den Massenmord. Knoch nimmt die Funktion und die Dynamiken von Legitimationsstrategien der Täter in den Blick und betrachtet ihre identifikationsstiftende Funktion für Wir-Gruppen. »Vergeltung« spielt als Rechtfertigungsmuster nicht nur im Zusammenhang mit dem Holocaust, sondern auch bei anderen Genoziden des 20. Jahrhunderts eine die ausgeübte Gewalt legitimierende Rolle.

Die folgenden drei Kapitel sind unterschiedlichen Einzelverbrechen und ihrer Einordnung in die deutsche Besatzungsherrschaft gewidmet. Daniel Brewing, Stefan Klemp, Walter Manoschek, Hannes Heer und Herwig Baum thematisieren im zweiten Kapitel »Repressalien« als Mittel der deutschen Besatzungspolitik in den Ländern Südost- und Osteuropas. Dabei werden so ikonisch erinnerte Massaker wie das in dem tschechischen Dorf Lidice (Klemp) behandelt, aber auch einer breiteren Öffentlichkeit unbekanntere Besatzungsverbrechen wie in den serbischen Orten Pančevo und Kragujevac (Manoschek) im Herbst 1941. Kapitel III widmet sich den Verbrechen während der deutschen Besatzung in der Endphase des Krieges. Entsprechend der Dynamik des Krieges werden von Christine Eckel, Katharina Hertz-Eichenrode, Christel Trouvé und Lars Hellwinkel hier auch Verbrechen unter dem Deckmantel der »Vergeltung« in den westeuropäischen Ländern wie Frankreich und Belgien angesprochen. Im abschließenden Abschnitt widmen sich Jens-Christian Hansen und Georg Hoffmann der Situation der Betroffenen von »Vergeltung« im Reichsgebiet. Der Aufsatz von Hoffmann zur Lynchjustiz an alliierten Flugzeugbesatzungen macht noch einmal deutlich, wie sehr die NS-Verbrechen auch bis zum Kriegsende von der deutschen Zivilbevölkerung mitgetragen wurden.

Abschließend lässt sich festhalten, dass der Band *Repressalien und Terror* nicht ausschließlich neue Forschungsergebnisse präsentiert. Er systematisiert jedoch die einzelnen Tatkomplexe und bietet so einen wichtigen Ansatzpunkt für die notwendige weitere Forschung.

Ingolf Seidel

Berlin

Vergessene Zeugen: Bildserien



Jörn Wendland

Das Lager von Bild zu Bild.

Narrative Bildserien von Häftlingen aus NS-Zwangslagern

Köln u.a.: Böhlau, 2017, 409 S., € 70,–

Bis heute wird das Bildgedächtnis des Holocaust in Deutschland von Fotografien und Filmaufnahmen der Täter dominiert. Erst langsam setzt sich die Erkenntnis durch, dass gerade die von Häftlingen in den Lagern erstellten Zeichnungen nicht nur ausgezeichnete Quellen für deren Geschichte bilden, sondern auch eine andere Erinnerung an die Vernichtung der Juden und die Konzentrationslager bereithalten, die durchaus Anspruch auf historische Wahrheit erheben darf. Dies zumindest wäre eine These, die Art Spiegelmans Comic *Maus. A Survivor's Tale* (1986 und 1991) zugrunde liegen könnte, der sich vor allem ausführlich auf Alfred Kantors in einem DP-Camp angefertigte Serie *The Book of Alfred Kantor* bezieht, die immerhin 1987 auch in Deutschland veröffentlicht wurde.

Jörn Wendland zeigt in seiner Dissertation *Das Lager von Bild zu Bild*, dass es noch zahlreiche weitere Bildserien aus den Lagern gibt, die bisher weder in der Forschung noch in der Öffentlichkeit angemessen gewürdigt worden sind. Der Kunsthistoriker hat fünfzehn ausgewählt, die zu großen Teilen auch abgedruckt wurden; manche im deutschsprachigen Kontext erstmals vollständig, wie Horst Rosenthals *Mickey au Camp de Gurs*, andere wie das anonyme Skizzenbuch eines »MM« aus Auschwitz oder Alfred Kantors Buch *Brabag – Zwei Wochen in Schwarzheide* leider nur in Teilen, dafür in exzellenten Reproduktionen, die auch kleine Details sichtbar machen. Warum Wendland weitere Serien von Rosenthal und Kantor nicht einbezieht, erklärt sich aus seinem vergleichenden Ansatz, der versucht, Gemeinsamkeiten und Differenzen der Bildserien zu bestimmen. Dies allein stellt schon eine Grundlagenarbeit dar.

Nach einer allgemeinen Einleitung schildert Wendland im zweiten Kapitel die schwierigen und in den verschiedenen Lagern sehr unterschiedlichen Entstehungsbedingungen der Bildwerke und fasst auch knapp die Geschichte der jeweiligen Lager zusammen. Das dritte Kapitel isoliert drei Funktionen, welche für die Erstellung der Serien entscheidend seien: Sie bezeugten das Geschehen und versuchten es zu überliefern, sie produzierten für die Zeichnenden eine Distanz zu dem Geschehen und waren Teil einer Selbstbehauptung, schließlich stellten sie ein soziales Medium dar, das beispielsweise getauscht wurde. Diese drei Funktionen gelten allerdings auch für Zeichnungen, die nicht seriell sind. Auch ob die Serialität zur

weitgehend ausgebliebenen Rezeption dieser Arbeiten beigetragen hat, lässt Wendland offen.

Seine Qualitäten beweist der Kunsthistoriker in den Lektüren der Bildserien, die er in den folgenden drei Kapiteln vornimmt. Dabei unterscheidet er Ästhetik, wozu er Bildmotive, Zeichenstil und Figurendarstellung zählt, und Narration. Während sich aufgrund der Lagersituation in den Bildmotiven manche Übereinstimmungen erkennen lassen, unterscheiden sich Stil und Figuren markant. Interessant ist der Befund, dass nicht wenige Serien Verfahren der Parodie, der Satire und der Karikatur nutzen, wie Erich Lichtblau-Lesklys überraschende Zeichnungen aus Theresienstadt, die erst 2010 in den USA vollständig veröffentlicht wurden, oder Waldemar Nowakowskis 42 Blätter – beide dokumentiert Wendland vollständig.

Im fünften Kapitel wird deutlich, wie schwierig die Arbeit Wendlands war, denn für die Analyse der Spezifik von Bildserien und ihrer Narration gibt es wenig wissenschaftlich gesichertes Handwerkszeug. Wendland greift auf die bisher nur in ersten Versuchen formulierte Comic-Theorie zurück, die aber, wie er überzeugend argumentiert, auf die Bildserien aus den Lagern nur bedingt übertragen werden kann. Gerade die gängige Behauptung, das zwischen den Bildern Ausgelassene werde von den Betrachtenden in ihrer Phantasie ergänzt, kann für die Schilderung der Vernichtung nicht gelten. Vielmehr – und das ist das Besondere der Bildserien gegenüber einzelnen Zeichnungen – werden wie im Skizzenbuch aus Auschwitz Leerstellen als Leerstellen markiert, die jeder Ergänzung widerstehen und damit die Vernichtung interpretieren.

Überraschend ist, dass Wendland im sechsten Kapitel, in dem er narrative Bildserien der Nachkriegszeit behandelt, die von Kathrin Hoffmann-Curtius in ihrer Studie *Bilder vom Judenmord* (2014) so überzeugend analysierten und zum Teil ebenfalls erstmals diskutierten Grafikserien nicht einmal erwähnt. Die Spannung zwischen den unbeholfenen, aber beeindruckenden Zeichnungen von Thomas Greve und Zsuzsa Merényi und ausgebildeten Künstlern wie Lea Grundig und Jerzey Zielezinsky könnte sehr aufschlussreich sein – auch hinsichtlich der Frage, mit welchen ästhetischen Kriterien die Darstellungen der Vernichtung der Juden bewertet werden. Doch dies wäre nur eine von vielen Fragen, die Wendland der Holocaustforschung aufgibt und von denen zu hoffen bleibt, dass sie – durchaus kontroverse – Antworten finden.

Ole Frahm

Frankfurt am Main

Wannsee-Konferenz

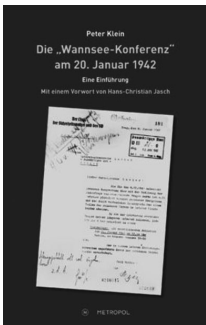


Hans-Christian Jasch,

Christoph Kreutzmüller (Hrsg.)

Die Teilnehmer: Die Männer der Wannsee-Konferenz

Berlin: Metropol Verlag, 2017, 336 S., € 24,–



Peter Klein

Die »Wannsee-Konferenz« am

20. Januar 1942. Eine Einführung

Berlin: Metropol Verlag, 2017, 102 S., € 12,–



Kurt Pätzold

Die Wannsee-Konferenz vom

20. Januar 1942. Geschichte und

Geschichtsschreibung

Berlin: Edition Ost, 2016, 141 S., € 12,99

Zum 75. Jahrestag der Wannsee-Konferenz erschienen unter anderem Beiträge von Peter Klein und Kurt Pätzold sowie ein Sammelband, der sich systematisch mit den 15 Teilnehmern der Tagung beschäftigt und dabei deutlich über die bisher erschienenen biografischen Skizzen hinausgeht.¹ Die Konferenz hat stets das Interesse der Öffentlichkeit und der Fachwelt erregt. Die Lektüre des Protokolls erlaubt es, wie durch ein Schlüsselloch in erschreckender Klarheit auf die den Entscheidungsprozess für den Judenmord begleitenden Diskussionen zu blicken. Sie zwingt zur Frage, wann genau sich die

nationalsozialistische Führung entschied, die Juden Europas zu ermorden. Wer waren die fünfzehn am Konferenztisch versammelten Männer und in welchem Verhältnis standen sie zueinander und zum Judenmord? Das Nebeneinander hochrangiger Nationalsozialisten wie Reinhard Heydrich, Adolf Eichmann und Gestapo-Chef Heinrich Müller, weitgehend unbekannter Figuren wie Rudolf Lange, dem Kommandeur der Sicherheitspolizei in Riga, oder Otto Hofmann, dem Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS, sowie der Staatssekretäre aus der Ministerialbürokratie wie Wilhelm Stuckart (Inneres), Roland Freisler (Justiz) oder Martin Luther (Äußeres) regte vor dem Hintergrund des Besprechungsgegenstandes, der »Endlösung der jüdischen Frage in Europa«, die Phantasie an: Wer sagte was, wer dachte was, wer wusste was? Umso bemerkenswerter ist es, dass bislang keine gruppenbiografische Untersuchung der Konferenzteilnehmer vorlag.

Der von Hans-Christian Jasch, dem Leiter der Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz, und ihrem pädagogischen Leiter Christoph Kreutzmüller herausgegebene Sammelband verdeutlicht die wichtige Rolle der Gedenkstätten als Orten der historischen Forschung und des Metropol Verlages als wichtigem Organ der Vermittlung neuer Erkenntnisse.

Mark Roseman, Autor einer Monographie zum Thema, fasst in einem luziden Beitrag, für den allein sich der Kauf des Bandes lohnt, die historische Entwicklung der Sichtweisen auf die Wannsee-Konferenz als Schlüsselmoment des Holocaust zusammen. In früheren Dekaden konnte man die Bedeutung der Konferenz nicht richtig erfassen und die Frage nach ihrem Zeitpunkt im Januar 1942, als der Massenmord an den Juden in Osteuropa bereits in vollem Gange war, nicht befriedigend beantworten. Historiker wie Helmut Krausnick oder Wolfgang Scheffler verstanden die Konferenz vor allem als machtpolitischen Zug Heydrichs und »sahen dabei den im Protokoll des Treffens genannten Zweck des Treffens« eher als Vorwand (S. 33). Die Interessen der anderen Tagungsbeteiligten kamen daher kaum vor.

Nachdem sich in den 1990er Jahren in der Holocaustforschung die Erkenntnis durchzusetzen begann, dass Täter auf allen Ebenen ihr Handeln bei der Verfolgung der Juden durchaus für sinnvoll hielten (und nicht etwa ihre »wirklichen« Motive durch den Antisemitismus kaschierten oder ihren Willen einer mächtigen Struktur unterzuordnen hatten), war der Weg frei für die heute dominante Interpretation der Wannsee-Konferenz, die Roseman in drei Punkten zusammenfasst: Erstens erscheint der Zeitpunkt der Konferenz als Koordinationstreffen nun als plausibel, denn die auf die Massaker der Einsatzgruppen an osteuropäischen Juden beschränkten Massenmorde sollten auf ganz Europa ausgeweitet werden und bedurften daher der Zustimmung der gesamten deutschen Bürokratie. Zweitens rückten Historiker ab vom vermeintlichen Konkurrenzverhältnis zwischen SS, Polizei und Partei (auf der Konferenz durch sieben

¹ Kurt Pätzold, Erika Schwarz, *Tagesordnung: Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942*, Berlin 1992; Steven Lehrer, *Wannsee-House and the Holocaust*, Jefferson, NC, 2000.

Teilnehmer vertreten) auf der einen und der Ministerialbürokratie sowie der Besatzungsverwaltung (mit acht Teilnehmern) auf der anderen Seite, sondern interessieren sich vielmehr für das dynamische Miteinander und die wechselnden Koalitionen innerhalb der NS-Spitze. Drittens ist die Unterscheidung zwischen Schreibtischtätern und denjenigen, die vor Ort mordeten, nicht länger haltbar, wie Roseman an jenen Teilnehmern festmacht, die sprichwörtlich mit bluttriefenden Händen am Wannsee anreisten: Auch bei ihnen handelte es sich um promovierte Juristen, deren Teilnahme am Massenmord nicht länger verrätselt werden kann, sondern gerade typisch ist für die Funktionseliten des Nationalsozialismus.

Einen präzisen Forschungsüberblick und eine Zusammenfassung der Tagung und ihrer Bedeutung leistet auch die im gleichen Verlag erschienene knappe Einführung von Peter Klein. Dieser preiswerte Band, der zudem auf gut 60 Seiten Faksimiles und Transkripte der Schlüsseldokumente zur Wannsee-Konferenz beinhaltet, dürfte seine Käuferschaft vor allem am Empfang der Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz finden, die das in der Ausstellung Gesehene zu Hause nachlesen wollen.

Ein gelungen zusammengestelltes Ensemble aus renommierten Historikern, Gedenkstättenmitarbeitern sowie Nachwuchswissenschaftlern stellt die Biografien der Tagungsteilnehmer und ihre jeweilige Rolle bei der Konferenz vor. So gelingt es beispielsweise Bettina Stangneth, Adolf Eichmann als selbstbewussten und einfallreichen Organisator zu schildern, der zum Zeitpunkt der Konferenz den Zenit seiner Macht bereits erreicht hatte und der den übrigen Teilnehmern nicht vorgestellt werden musste. Bemerkenswert auch, wie nah dieser Prototyp des Schreibtischtäters dem eigentlichen Mordprozess war, von der Inspektion eines Massenmordes in Kulmhof im Oktober 1941 über das Zimmer in Theresienstadt, über das er stets verfügte, bis hin zu den letzten von ihm angeordneten Vergasungen von Jüdinnen im April 1945. Am Beitrag zu Roland Freisler ist nicht nur das lebendige Bild interessant, das Silke Struck von ihm zeichnet, sondern auch, dass Freisler, der sich heute als mordlüsterner Volksgerichtshofpräsident eingeprägt hat, von der NS-Führung kritisch beäugt wurde, da er in zu vielen Fällen auf das Primat der NS-Justiz bestand. Ingo Loose zeichnet ein faszinierendes Porträt von Josef Bühler, der als Staatssekretär für die Verwaltung der besetzten polnischen Gebiete im Generalgouvernement zuständig war. Detailliert schildert er den Prozess gegen Bühler vor dem Obersten Volkstribunal Polens, der 1948 mit seiner Verurteilung zum Tode endete. Looses Verdienst ist es, erstmalig herauszustellen, dass Bühlers Beteiligung an der Wannsee-Konferenz eine zentrale Rolle in dem Prozess spielte und dass somit doch einer der 15 Teilnehmer wegen seiner Reden und Taten am Konferenztisch zur Rechenschaft gezogen wurde.

Die Beiträge machen deutlich, wie schwierig es ist, bei NS-Politikern und Spitzenbeamten zwischen der individuellen und

der beruflichen Biografie zu unterscheiden, zumal die allermeisten Quellen, die verständlich machen, wie aus einem Menschen ein Massenmörder oder ein Administrator der Gewalt werden kann, zerstört wurden. Die Autoren machen aus dieser Ambivalenz eine Stärke und zeichnen spannende und tiefeschürfende biografische Skizzen. Dass bei Figuren wie Otto Hoffmann oder Rudolf Lange der Mensch hinter dem Funktionär kaum sichtbar wird, ist nicht den Autoren anzulasten. Allerdings lassen manche Autoren gelegentlich die gebotene Quellenkritik außer Acht, wenn sie auf der Suche nach belastbaren Aussagen solche Zitate verwenden, die den Tätern erst nach dem Krieg in den Mund gelegt wurden, beispielsweise Eichmanns angebliche Aussage, er »werde mit Freuden in die Grube springen im Bewusstsein, dass mit [ihm] 5 Millionen Juden darin liegen« (S. 55). Ein weiterer kleiner Kritikpunkt an dem insgesamt sehr überzeugenden Band betrifft die abgedruckten Auszüge aus einem Stadtplan Berlins von 1940, auf dem die Wohnorte und die Dienstsitze der Teilnehmer eingezeichnet sind – diese sind nichtsagend und auch grafisch bescheiden.

Eine weitere Veröffentlichung zur Wannsee-Konferenz stammt aus der Feder des 1930 geborenen marxistischen Historikers Kurt Pätzold. Eine bewegende Fotografie eröffnet den Band: Auf dem Sterbebett liegend schmökert Pätzold mit sichtbarer Genugtuung wenige Wochen vor seinem Tod im Vorabdruck seines Buches. Es sollten dies die letzte Aufnahme und die letzte Publikation des im August 2016 verstorbenen Historikers sein. Die Holocaustforschung der DDR, für die Pätzold steht, wurde oft belächelt. Sie war ein ambivalentes Produkt einer staatlich kontrollierten Historiografie, die die Dimitroff’schen Faschismusthesen offensiv vertrat, und einigen isolierten Außenseitern, die vom Staat misstrauisch beäugt und behindert vor sich hin forschten. Pätzold ist der ersteren Gruppe zuzuordnen. Gleichwohl sollte die Holocaust-Historiografie der DDR nicht unterschätzt werden, brachte sie doch einige Pionierarbeiten hervor.

Der knappe Überblick über die Wannsee-Konferenz dient Pätzold vor allem als Anlass, einige seiner Kernthesen über den Mord an den europäischen Juden zusammenzufassen. Er überlegt, warum der Massenmord an den Juden global viel Aufmerksamkeit erhielt und erhält, während dies im Falle des deutschen Massenmordes an sowjetischen Kriegsgefangenen nicht der Fall ist, und präsentiert eine Liste von Unterschieden und Gemeinsamkeiten, ohne dabei einer Konkurrenz der Opfergruppen das Wort zu reden. Den zweiten Abschnitt bildet eine informierte, aber etwas unsystematische Darstellung der Konferenz und ihrer Interpretationen. Die folgenden vier Kapitel haben nicht immer einen erkennbaren Bezug zum Buchtitel, sondern befassen sich mit Fragen, die Pätzold stark beschäftigten, wie der nach der Beteiligung durchschnittlicher Deutscher am Holocaust und dem Grad des Wissens über den Massenmord an den Juden. Besonders irritiert der inflationäre Gebrach

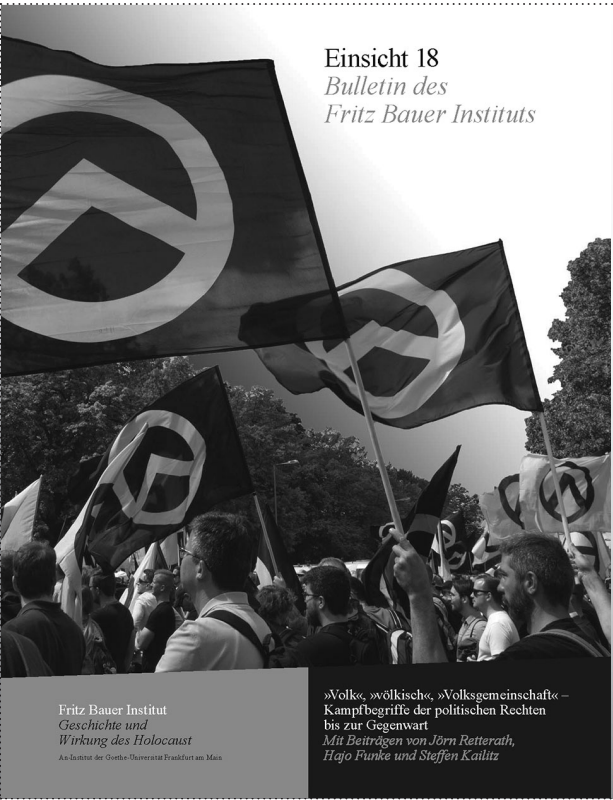
von Anführungszeichen, der keinen festen Regeln folgt, sondern vielmehr stets anzudeuten scheint, dass dem Autor irgendetwas nicht passt. Stellenweise gleitet Pätzold ins Polemische ab, vor allem wenn es um die Art und Weise geht, wie das Thema Holocaust in Westdeutschland behandelt wurde. So behauptet er, der »deutsche Faschismus« würde in Deutschland als »Nationalsozialismus« verklärt, um den Sozialismus zu diskreditieren (S. 9). Die altbackene These bezeugt, wie sehr Pätzold in den vor 1990 ausgefochtenen Stellungskämpfen verharnte.

Es ist nicht einfach, Pätzolds zentrale These aus dem Band zu destillieren. Beispielsweise plädiert er dafür, bei der Suche nach den Verantwortlichen (er nennt dies die Frage nach dem Warum) die Rolle lokaler Initiativen für den Judenmord nicht überzubewerten, und betont stattdessen, dass die Führungselite der deutschen Faschisten stets gewusst habe, was sie tue, und den Massenmord an den Juden ohne Skrupel und in zweckrationaler Weise weiterbetrieben habe. Man müsse nach den konkreten Interessen und Zielen suchen, die den Judenmord bedingten, anstatt »Hitler in uns zu suchen«. Das möge »gut gemeint sein«, lenke aber von den gesellschaftlichen

Zuständen ab. (S. 76) Damit meint Pätzold wohl die Teile der Forschung, die dafür plädieren, die Attraktivität des Entwurfs einer »Volksgemeinschaft« für Millionen von Deutschen ernst zu nehmen und die soziale Dynamik zu analysieren, die der Nationalsozialismus auf vielen Ebenen in Gang setzte.

Der Band hinterlässt ein trauriges Gefühl, denn in der Historiographie unterblieb offenbar nach 1990 eine Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichtsschreibung und ihrem Erbe. Historiker wie Pätzold wurden als Gesprächspartner ignoriert, und sie isolierten sich daraufhin selber. Wenn sie publizierten, dann zumeist in nostalgischen Kleinverlagen. Dabei ist es durchaus spannend, Texte wie den Pätzolds und die Einleitung Mark Rosemans zueinander sprechen zu lassen und sich über die Rolle der kapitalistischen Wirtschaftsordnung während des Holocaust oder das Verhältnis zwischen »Wahn und Kalkül«, wie es Pätzold nennt, Gedanken zu machen.

Alexander Korb
Leicester



Einsicht 18
*Bulletin des
Fritz Bauer Instituts*

Fritz Bauer Institut
Geschichte und
Wirkung des Holocaust
Als Institut der GedenkThemenstaPräsident am Main

»Völker, »völkische«, »Volksgemeinschaft« –
Kampfbegriffe der politischen Rechten
bis zur Gegenwart
Mit Beiträgen von Jörn Retterath,
Hajo Funke und Steffen Kailitz

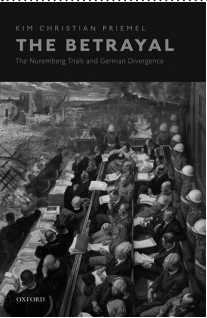
Fritz Bauer Institut
*Geschichte und
Wirkung
des Holocaust*

*Hier könnte Ihre
Anzeige stehen!*

Formate und Preise		
Doppelseite	460 x 295 mm + Beschnitt	1.090,–
Umschlagseite U4	230 x 295 mm + Beschnitt	950,–
Umschlagseite U2 / U3	230 x 295 mm + Beschnitt	850,–
Ganzseitige Anzeige	230 x 295 mm + Beschnitt	690,–
1/2-seitige Anzeige vertikal	93 x 217 mm	390,–
1/2-seitige Anzeige horizontal	192 x 105,5 mm	390,–
1/4-seitige Anzeige vertikal	93 x 105,5 mm	270,–

Auflage: 4.500 Exemplare, Preise in Euro, zuzügl. gesetzl. MwSt.
Kontakt: Tel.: 069.798 322-40, anzeigen@fritz-bauer-institut.de

Der Komplex »Nürnberg«



Kim Christian Priemel

The Betrayal.

The Nuremberg Trials and German

Divergence

Oxford: Oxford University Press, 2016,

496 S., £ 65.00/€ 87,71

Im historisch-juristischen Kontext beschreibt »Nürnberg« ein trotz seiner Omnipräsenz amorphes Phänomen, dessen konkreter Gegenstand so umstritten ist wie seine Wirkungsgeschichte. Kim Priemels Buch widmet sich nicht nur dem International Military Tribunal (IMT) der vier Alliierten, sondern auch den zwölf unter amerikanischer Ägide in der fränkischen Stadt durchgeführten Nachfolgeverfahren sowie je einem britischen und französischen Militärtribunal – ein Gesamtkomplex, der traditionelle Rechtspraxis mit neuen normativen Regeln einschließlich des im Entstehen begriffenen Genozid-Konzepts verband, Berge von Dokumenten erzeugte und neben den 206 Personen (weit überwiegend Männer) auf der Anklagebank die deutschen Eliten mit ihrer Verantwortung für die während des »Dritten Reichs« begangenen Verbrechen konfrontierte. Auf der Basis seiner vorangegangenen Publikationen,¹ intensiver Quellenrecherche in mehr als 40 Archiven und solider Kenntnis der umfangreichen Literatur legt Priemel eine überzeugende Gesamtdarstellung vor. Sie reflektiert zentrale historiografische Erkenntnisse, wie sie vor allem Donald Bloxham, Devin Pendas und Lawrence Douglas nach der Jahrtausendwende entwickelt haben,² und gibt der zukünftigen Forschung neue wichtige Impulse.

Ausgehend von einem seit dem Ersten Weltkrieg in den alliierten Staaten verbreiteten Deutschland-Bild, das die Aggressivität des Reichs mit seiner Abirrung vom Pfad westlicher Wertvorstellungen auf einen bellizistisch-demokratiefeindlichen Sonderweg erklärte, konzentriert der Autor seine Darstellung auf die vor allem von den

US-Anklägern Robert Jackson und Telford Taylor verfolgte Prozessstrategie, die Aburteilung der Schuldigen mit einer Umerziehung der deutschen Gesellschaft in Richtung Westen zu verbinden. Mit diesem heuristischen Hilfsmittel ließen sich unterschiedliche Verbrechenkomplexe von der Angriffskriegsplanung über den Massenmord an Zivilisten bis zur ökonomischen Ausbeutung integrieren; dass dabei auf passende Geschichtsnarrative zurückgegriffen wurde, konnte schon damals nicht überraschen.

Priemels thematisch fokussierte Darstellung des Nürnberger Projekts bestätigt, dass »transitional justice« weit stärker als andere justizielle Unternehmungen von politischen Rahmenbedingungen abhängt. Neben den vorhersehbar auf Schuldleugnung und Legitimitätsnegation abzielenden Argumenten der Verteidigung war es die Veränderung dieses Rahmens, die die Anklagestrategie unterminierte und vielfältige Anpassungen im Verfahrensverlauf notwendig machte. Jacksons und Taylors Lesart der NS-Vergangenheit verfiel bereits in der unmittelbaren Nachkriegsphase nur bei Teilen des deutschen Publikums und fand auch auf alliierter Seite Kritiker; sobald der Kalte Krieg seit 1947 an Schärfe gewann, dominierte er den Diskurs. Je länger die Verfahren dauerten, umso aggressiver, aber auch umso wirkungsvoller konnten Deutsche auf ihrer Selbstwahrnehmung als Opfer Hitlers und Vorkämpfer gegen Moskau im Interesse westlicher Werte beharren.

The Betrayal bietet zwar wenig zu den Verbrechen, denen die Verfahren galten – sowohl in der Form, wie sie sich den Anklägern präsentierten, als auch aus der Perspektive gegenwärtiger Forschung –, doch behandelt das Buch die weiterhin kontroverse Frage nach der Signifikanz des Holocaust in Nürnberg. Für das IMT konstatiert Priemel eine im Verfahrensverlauf zunehmende Relevanz des Mordes an den europäischen Juden; in den Nachfolgeverfahren spielte dieser Verbrechenkomplex eine unterschiedlich starke Rolle, dominierte aber im Einsatzgruppen-Prozess (Fall 9). Soweit sich ein inkrementeller Bedeutungszuwachs der »Endlösung« nachweisen lässt – und dies wäre näherer Untersuchung wert –, war er allerdings nicht das Resultat didaktischen Kalküls: Dies belegt das improvisierte Zustandekommen von Fall 9 und das Festhalten der US-Ankläger am »conspiracy«-Konzept. Letzteres konzentrierte nicht nur die eigentliche Verantwortung auf die Regimespitze und untergrub damit den politisch-didaktischen Effekt des Nürnberger Projekts, es garantierte auch einer intentionalistischen Lesart der NS-Geschichte nachhaltige Wirkung.

Jürgen Matthäus

Washington, DC

Genealogie des Antisemitismus



Helmut König

Elemente des Antisemitismus. Kommentare

und Interpretationen zu einem Kapitel der

Dialektik der Aufklärung von Max

Horkheimer und Theodor W. Adorno

Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 2016,

380 S., € 39,90

Die erste Veröffentlichung der *Dialektik der Aufklärung* von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno ist bereits über 70 Jahre her. Jetzt nimmt Helmut König eine ausführliche Analyse des Kapitels »Elemente des Antisemitismus« dieses zentralen Werkes der Kritischen Theorie vor. Dabei möchte er dezidiert »keinen Beitrag zur Analyse gegenwärtiger Erscheinungsformen des Antisemitismus« (S. 10) leisten. Vielmehr interessiert ihn die theoretische Verarbeitung der Erfahrungen des Faschismus und des Stalinismus bei Horkheimer und Adorno, da die Nachwirkungen dieser Erfahrungen auf der gesellschaftlichen Ebene bis heute zwar prägend, aber zugleich unterbeleuchtet seien.

Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den sieben Thesen zum Antisemitismus von Horkheimer und Adorno rekonstruiert König daher anhand von Gesprächsaufzeichnungen und Briefen die Bedeutung der Beschäftigung der Autoren mit Antisemitismus für die Theorie- und Werkentwicklung. Besonders bei Horkheimer hinterließ sie gravierende Spuren, wie König eindrücklich zeigen kann: Er brach unter dem Einfluss Adornos und der realgeschichtlichen Erfahrungen zunehmend mit Marx und dem historischen Materialismus. König möchte die *Dialektik der Aufklärung* als eine Abwendung von der Marx'schen Ideologiekritik und Hinwendung zu Nietzsches Kritikmodell der Genealogie verstanden wissen. Die damit einhergehende grundlegende Zivilisations- und Vernunftkritik müsse auch als eine Selbstkritik Horkheimers gelesen werden, der in früheren Schriften versucht hatte, den Antisemitismus funktionalistisch zu erklären. So stand etwa in seinem Aufsatz »Die Juden und Europa« (1939) das ökonomische Nutzenkalkül seitens der Antisemiten im Vordergrund. Die »Elemente des Antisemitismus« seien zu einem »Schlüsseltext der Kritischen Theorie« (S. 9) geworden und zum Ausgangspunkt für eine beispiellose Kritik der Aufklärung und Rationalisierung avanciert.

Diese These einer »weitreichenden Neubestimmung der Kritischen Theorie« (S. 220) als Folge der Beschäftigung mit dem Antisemitismus durchzieht beide Hauptteile der Studie, denen der Abdruck des Originaltextes »Elemente des Antisemitismus« vorausgeht und denen ein Epilog folgt. Im ersten Hauptteil – bestehend aus

Kommentaren, die absatzweise durch den Originaltext führen – zeigt König an vielen Textstellen, wie sich Horkheimer und Adorno an der Erkenntnis abarbeiteten, dass der Antisemitismus mit Vernunft nicht begreifbar, aber trotzdem ein Produkt der Zivilisationsgeschichte ist, die gleichzeitig Vernunftgeschichte ist. Daraus resultiert der thesenhafte Charakter des Textes, der Erklärungsansätze aus politischer, ökonomischer, religiöser und nicht zuletzt psychoanalytischer Perspektive versammelt. Königs Kommentare bieten insbesondere für die Erstbeschäftigung mit den »Elementen des Antisemitismus« eine hilfreiche Anleitung. Es gelingt ihm an vielen Stellen, komplexe Sachverhalte an Beispielen zu konkretisieren und durch Erläuterung der historischen Hintergründe und Bezugspunkte – etwa die liberale Minoritätenpolitik der Weimarer Republik nach dem Ersten Weltkrieg – für ein besseres Verständnis des Textes zu sorgen.

Größere Theoriestränge werden im anschließenden Interpretationsteil nachvollzogen und diskutiert. Besonders gelungen ist das Unterkapitel zum Mimesis-Begriff. Die Verdrängung der Mimesis, einem Anschmiegen an die Natur, macht den zentralen Kritikpunkt am Zivilisationsprozess aus und liefert die Basis für eines der Grundmotive der Antisemitismustheorie: die Projektion der eigenen (verdrängten) Wünsche und Bedürfnisse auf die Juden. König betont hier zu Recht das somatische, materialistische Moment der Mimesis und setzt sie in Verbindung zum zentralen Begriff der Nicht-Identität in Adornos Spätwerk *Negative Dialektik*, womit auch für dessen Philosophie der nachhaltige Einfluss der Beschäftigung mit Antisemitismus bestätigt sein dürfte.

Königs Wiederholung zweier altbekannter Kritikpunkte an Horkheimer und Adorno fallen leider hinter sein zuvor gezeigtes Verständnis für die Stärke der dialektischen Erfassung einer widersprüchlichen Gesellschaft zurück: Einerseits sei die Gesellschaftskritik Adornos und Horkheimers zu negativ und untergrabe ihre eigenen Möglichkeiten, andererseits zeige sich in der späteren Theorieentwicklung der Autoren ein Hang zu einem geradezu märchenhaften Umschlag der Negativität in Erlösung. Für König schlagen sich diese Aspekte darin nieder, dass es Horkheimer und Adorno an einem »tragfähigen Begriff des Politischen« (S. 75) mangle. Im Epilog wird klar, dass König an einen institutionengebundenen Politikbegriff denkt und sich eine Theorie des politischen Handelns nach Hannah Arendt gewünscht hätte. Die umfassende Herrschaftskritik, die Horkheimer und Adorno entfalten, reicht ihm an dieser Stelle offenbar nicht aus. Gleichwohl betont König das Verdienst der Kritischen Theorie, auch in der Nachkriegsgesellschaft den scharfen Blick für verdeckt weiterlaufende Muster des Antisemitismus etwa im Bereich der Kultur beibehalten zu haben.

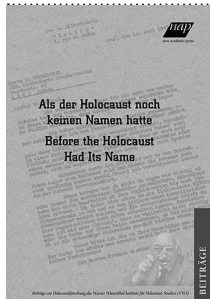
Laura Soréna Tittel

Gießen

¹ Kim C. Priemel, Alexa Stiller (Hrsg.), *Reassessing the Nuremberg Military Tribunals: Transitional Justice, Trial Narratives, and Historiography*, New York 2012; dies. (Hrsg.), *NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung*, Hamburg 2013.

² Donald Bloxham, *Genocide on Trial: War Crimes Trials and the Formation of Holocaust History and Memory*, Oxford 2001; Lawrence Douglas, *The Memory of Judgment: Making Law and History in the Trials of the Holocaust*, New Haven 2001; Devin Pendas, »Seeking Justice, Finding Law: Nazi Trials in the Postwar Era, 1945–1989«, in: *Journal of Modern History* 81 (2009), S. 347–368.

Anfänge der Forschungen zur Shoah



**Regina Fritz, Éva Kovács,
Bêla Rásky (Hrsg.)**
Als der Holocaust noch keinen Namen hatte. Zur frühen Aufarbeitung des NS-Massenmordes an den Juden / Before the Holocaust had Its Name. Early Confrontations of the Nazi Mass Murder of the Jews
Wien: new academic press, 2016, 458 S.,
€ 32,–

Diese Sammlung von Aufsätzen bietet einen ausgezeichneten Einstieg in das faszinierende Thema der frühen Nachkriegsquellen zur Shoah. Man wusste zwar, dass das »kollektive Beschweigen« der NS-Vergangenheit nicht sofort mit Kriegsende begonnen hatte. Aber das erstaunlich große Ausmaß und die Vielzahl der Versuche, die NS-Verbrechen zu dokumentieren, für Gerichte und Archive aufzubereiten und es in den Nachkriegsgesellschaften zu thematisieren, waren lange nicht deutlich. In den letzten Jahren wird die »myth of silence« jedoch revidiert, vorangetrieben durch Studien von Hasia R. Diner, Laura Jokusch und David Cesarani mit Eric J. Sundquist.¹ Die Aufsätze des vorliegenden Bandes sind aus drei Tagungen und Workshops hervorgegangen, die Ende 2012 in Wien und Budapest sowie im Oktober 2014 in Prag stattgefunden haben. Das Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien hatte eingeladen, sich mit Raul Hilbergs Diktum von 1988, »In the beginning there was no Holocaust«, auseinanderzusetzen und über die frühen Versuche, die Shoah zu dokumentieren, nachzudenken. Dabei wurde es vom European Holocaust Research Infrastructure (EHRI) unterstützt.

Anknüpfend an die zahlreichen Bemühungen von jüdischen Gruppen, schon während der Shoah das verbrecherische Geschehen zu dokumentieren, organisierten überlebende Juden 1944/45 in 14 Ländern historische Kommissionen, die viele tausend Zeugenberichte, Fragebögen und weitere Dokumente, Literatur und Artefakte sammelten. Das Quellenmaterial etwa der Münchner historischen Kommission, die von 1945 bis 1949 mehr als 2.500 Zeugenberichte und circa 6.000 historische Fragebögen sammelte, wurde zu einem der Grundpfeiler des Archivs der 1954 gegründeten israelischen

Gedenkstätte Yad Vashem. Darüber hinaus diente das Aufschreiben von möglichst präzisen Zeugnissen juristischen Zwecken. Es sollte belastbares Material gegen die zahlreichen Täter gesammelt werden, denn nicht nur in Nürnberg, sondern auch in vielen anderen Städten Europas standen Angeklagte vor Gericht.

Die ersten beiden der fünf Abschnitte des Buches befassen sich mit den anfänglichen Versuchen, die Shoah zu dokumentieren, zu beschreiben und zu verstehen. Es ging dabei zum Einen darum, das eigene Erleben, die persönlichen und kollektiven Erfahrungen von Juden, zu formulieren und zu begreifen; zum Anderen auch darum, die jüdische Geschichte und die Shoah methodisch zu erfassen, zu dokumentieren und sie wissenschaftlich zu analysieren. Der dritte Abschnitt diskutiert weniger Fragen der Geschichte als vielmehr der frühen Erinnerung und der angemessenen Repräsentation. Darauf folgt ein Abschnitt zu literarischen Reflexionen, und der Band schließt mit dem Thema der Schuldfrage unter den Stichworten des Thematisierens, Verdrängens und Tabuisierens. Es geht um die eigene Involvierung in die nationalsozialistischen Verbrechen. Am ungarischen Beispiel wird ein zentrales Anliegen des gesamten Bandes verdeutlicht: Vergangenheitspolitik ist immer auch Realpolitik inmitten von innen- und außenpolitischen Konfliktlagen und kein Ausdruck unvermeidlicher Kontinuitäten und homogener Meinungen.

Die 22 Aufsätze können hier nicht im Einzelnen bewertet werden. Das Spektrum an Themen ist beeindruckend. Alle erdenklichen Formen der Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen sind einbezogen und kontextualisiert. Dabei wird nicht unterschlagen, dass große Teile der Mehrheitsgesellschaften und auch der Überlebenden keineswegs über die jüngste Vergangenheit sprechen und schreiben wollten. Viele wollten schlicht vergessen. Nicht nur im öffentlichen Raum, sondern auch in den Familien wurde nicht über die Shoah gesprochen. Die Schwierigkeit des Hin- und Zuhörens wird angedeutet. Der Antisemitismus verschwand nicht über Nacht. Nicht nur im polnischen Kielce, sondern auch etwa im ungarischen Kunmadaras oder im slowakischen Topolčany kam es noch nach Kriegsende zu blutigen Pogromen.

Die Einleitung resümiert wichtige Teile der bisherigen Forschung. Die Frage der Herausgeber, warum die vielfältigen und weitverbreiteten Aufarbeitungsprozesse in Ost und West einen ähnlichen Verlauf nahmen und etwa zur gleichen Zeit verstummt, bleibt offen. Dazu bedarf es weiterer Forschungsanstrengungen. Angesichts der Vielfalt der behandelten Themen, Personen und Quellen ist es sehr zu bedauern, dass der Anhang des Bandes zwar ein Verzeichnis mit Kurzbiographien aller Autoren enthält, aber keinen Index. Nun gilt es, die frühen Zeugnisse selbst zu finden, zu lesen und kritisch zu würdigen. Sie sind unerlässlich, um die Perspektiven der jüdischen Opfer zu rekonstruieren, zu verstehen und zu analysieren.

Christoph Dieckmann
Bern

David Ben-Gurion im Widerspruch



Tom Segev
David Ben-Gurion.
Ein Staat um jeden Preis
Aus dem Hebräischen von Ruth Achlama.
München: Siedler-Verlag, 2018, 800 S.,
€ 35,–

Pünktlich zum siebzigsten Jahrestag der Gründung Israels hat der israelische Historiker Tom Segev eine biographische Studie zu David Ben-Gurion vorgelegt. Segev ist mit einer Reihe von Arbeiten hervorgetreten, die nicht nur die Forschung zur Geschichte und Vorgeschichte Israels einer kritischen Revision unterzogen haben, sondern vor allem auch ein ungemein plastisches Bild dieser Geschichte zu zeichnen vermochten. Der Autor verbindet in seinen Arbeiten stets die Sorgfalt eingehender Quellenrecherche mit einer äußerst lebendigen Darstellungsweise, die es dem Lesenden ermöglicht, selbst in die Geschichte einzutauchen. So auch im Falle der Ben-Gurion-Biographie.

Segev liefert mit seiner Studie sowohl eine neue Perspektive auf seinen Protagonisten als auch eine Reihe von neuen Erkenntnissen. Dies liegt nicht nur daran, dass ein Großteil der vorhandenen Biographien noch den Geist der von Ben-Gurion selbst geprägten Epoche atmete und dass in den letzten Jahren viele neue Quellen zugänglich wurden. Es liegt auch an Ben-Gurion selbst, der fast während seines gesamten Lebens ein ausführliches Tagebuch und eine äußerst umfangreiche Korrespondenz geführt hat. In diesen Dokumenten findet sich ein außergewöhnlich hoher Grad an Reflexion über sein eigenes Denken und Handeln, das eine Analyse des Selbstverständnisses, der Gedankenwelt und der Charaktereigenschaften Ben-Gurions in besonderem Maße ermöglicht.

Segev zeichnet Ben-Gurion als einen Politiker, der von seiner Fähigkeit überzeugt war, die jüdische Nation zu führen, gleichzeitig von Selbstzweifeln und Erschöpfung geplagt wurde. Ausführlich beschreibt er die charakterlichen Schwächen Ben-Gurions, unter denen seine politischen Weggefährten, mehr noch aber seine Frau Paula zu leiden hatten. Er zeichnet das ambivalente Verhältnis zu seiner osteuropäischen Herkunft nach und macht deutlich, dass dieses keinesfalls dem Bild eines heroischen »Überwindens« der Diaspora entspricht. Dadurch kann Segev sowohl den Mythos des unbeirrten »Vaters der Nation« dekonstruieren als auch dessen Gegenbild des gefühllosen und machiavellistischen Machtpolitikers.

Der ständige Wechsel zwischen der »politischen« und der »privaten« Seite Ben-Gurions ist einer der großen Vorzüge der Biographie, denn dadurch lassen sich politische Prozesse und Entscheidungen

aus der Erfahrungswelt der zweiten Alija heraus verstehen, die den Yishuv und den Staat Israel nachhaltig geprägt hat. Zuweilen jedoch nimmt die private Seite in der Darstellung überhand, und die Aufzählung der charakterlichen Defizite Ben-Gurions wirkt etwas redundant. Dies ist vor allem im ersten Teil des Buches der Fall, der seinen Weg an die Spitze des Yishuv beschreibt. Die Konzentration auf Ben-Gurions Charakter geht dabei auf Kosten des historischen Kontexts. Man erfährt erstaunlich wenig über die Geschichte des Zionismus und des Yishuv, und dies ist umso bedauerlicher, als es sonst gerade die Stärke der Bücher von Segev ist, durch die Analyse von Personen und Ereignissen die dahinterliegenden gesellschaftlichen und politischen Strukturen zu erhellen.

Vor allem in zwei Punkten unterzieht Segev das bisherige Bild Ben-Gurions einer kritischen Revision. Zum einen sieht er bei ihm die durchgehende Überzeugung, dass im Konflikt mit den palästinensischen Arabern keine einvernehmliche Lösung möglich und daher Krieg die unvermeidliche Voraussetzung für die Gründung eines jüdischen Staates sei. Für diesen Staat sei Ben-Gurion von Anfang an bereit gewesen, jeden Preis zu zahlen. Auch wenn sich tatsächlich während dessen gesamter politischer Wirkungszeit derartige Äußerungen finden, so bringt Segev doch auch immer wieder Belege für gegensätzliche Auffassungen. Den politischen Positionen Ben-Gurions eine Ungebrochenheit zu unterstellen, die in seiner Persönlichkeit zuvor so eindrucksvoll dekonstruiert wurde, kann daher nicht recht überzeugen.

Sehr schlüssig hingegen ist Segevs Argumentation in Bezug auf die Haltung Ben-Gurions zum Holocaust und zu dessen Opfern. Diese sei nicht als Indifferenz zu interpretieren, wie es die jüngere Forschung häufig tut, sondern viel eher als Ausdruck der Hilflosigkeit angesichts der Vernichtung. Sehr viel deutlicher wird dadurch auch, dass Ben-Gurion die Ermordung der Juden als einen Angriff auf den Zionismus verstand und die Gründung des Staates als eine Reaktion darauf. Viele der fragwürdigen Positionen Ben-Gurions, etwa seine instrumentalistische Haltung gegenüber den Immigranten aus Zentraleuropa und den arabischen Staaten, sind in diesem Zusammenhang zu verstehen.

Damit zeigt sich die Biographie Ben-Gurions dann doch als symptomatisch, nämlich für die Widersprüchlichkeit und die tragische Notwendigkeit des zionistischen Projekts. Eine kritische Analyse, wie sie Tom Segev in dieser Biographie vorlegt, ist die einzig angemessene Weise, die Errungenschaften dieses Projekts und seines wohl bedeutendsten Repräsentanten zu würdigen, ohne den Preis zu verleugnen, der dafür zu zahlen war.

Stefan Vogt
Frankfurt am Main

¹ Hasia R. Diner, *We remember with Reverence and Love: American Jews and the Myth of Silence after the Holocaust, 1945–1962*, New York, London 2009; Laura Jokusch, *Collect and Record! Jewish Holocaust Documentation in Early Postwar Europe*, Oxford, New York 2012; David Cesarani, Eric J. Sundquist, *After the Holocaust. Challenging the Myth of Silence*, London, New York 2012.

Geschichte eines Romans



Susanne Hantke
Schreiben und Tilgen. Bruno Apitz und die Entstehung des Buchenwald-Romans »Nackt unter Wölfen«
Göttingen: Wallstein, 2018, 400 S., € 36,–

Bruno Apitz’ Buchenwald-Roman *Nackt unter Wölfen* (1958) gilt gemeinhin als der einzige internationale Bestseller der DDR-Literatur. Ganz bestimmt ist er ein Roman, »der Geschichte schrieb« – nämlich die des Konzentrationslagers, wie die SED sie gerne präsentierte. In einer überaus präzisen Studie geht Susanne Hantke, die 2012 bereits eine Neuauflage des Romans editiert hat, dessen spannender Entstehungsgeschichte nach und kann eindrucksvoll zeigen, welche Hürden das Werk und sein Autor überwinden mussten, um schließlich zu einer Art »nachgereichtem Gründungsmythos der DDR« (Susanne zur Nieden) zu werden. Denn zuerst war der Stoff »von den Kulturoffiziellen des Landes [...] behindert worden« (S. 11): Apitz hatte als DEFA-Autor erfolglos einen Entwurf für einen Film eingereicht, in dessen Mittelpunkt die Rettung eines jüdischen Kindes durch den kommunistischen Lagerwiderstand stehen sollte. Die Ablehnung, der deutlich auch politische Gründe zugrunde lagen, verletzte den Schriftsteller und Buchenwald-Überlebenden so sehr, dass er »um 1954/55 anscheinend ohne Auftrag und ohne die geringste Aussicht auf eine Drucklegung« (ebd.) einen Roman mit gleicher Thematik zu schreiben begann.

Anders als es Apitz später behauptete, entstand dieser nicht in einem einzigen Arbeitsgang, sondern durchlief mehrere Phasen der intensiven Überarbeitung. Erst danach konnte er auch bedeutsam für eine neue, positivere Beurteilung der Rolle werden, die der kommunistische Lagerwiderstand spielte. »[F]ührende Buchenwalder Kommunisten, die in der SBZ/DDR zunächst ranghohe Ämter im Regierungs- und Verwaltungsapparat innehatten, waren [nämlich] bis Mitte der Fünfzigerjahre in parteiintern geführten Verfahren mit ihrer Überlebenserfahrung als Funktionshäftlinge im System der inneren Lagerverwaltung des KZ konfrontiert worden. Ihre langjährige Haft-erfahrung hatte sie der Kollaboration verdächtig gemacht« (S. 12) Natürlich war diese Skepsis gegenüber den überlebenden Genossen nicht nur eine Frage der Moral, sondern auch (oder vielleicht: vor allem) eine der Macht: Die aus dem Exil zurückgekehrte Gruppe um Walter Ulbricht versuchte durch die Diskreditierung der ehemaligen Häftlinge auch den eigenen Führungsanspruch zu sichern.

Susanne Hantke kann detailliert rekonstruieren, wie Apitz die anfängliche Skepsis bei den Repräsentanten des DDR-Kulturlebens

überwand. Fürchteten die Funktionäre anfangs noch, in einem solchen Roman könnten die Kommunisten letztlich als Opfer erscheinen, wo man doch siegreiche, zukunftsorientierte Helden in der Literatur wollte, wurde ihnen offenbar klar, wie sehr *Nackt unter Wölfen* sich – quasi als komplementär zur nationalen Mahn- und Gedenkstätte, die im Erscheinungsjahr des Romans eröffnet wurde – dazu eignen würde, eine heroische Version des Lagerwiderstandes zu erzählen, wie sie sich folgendermaßen zusammenfassen lässt: »Die Protagonisten sind humane Erretter eines von der Lager-SS bedrohten polnischen jüdischen Waisenkindes und zugleich Befreier aller Inhaftierten des Lagers. Die Übernahme von Posten innerhalb der Häftlingsverwaltung ist als wesentliche Voraussetzung und Bedingung erzählt, um gegen die SS gerichtete Handlungen organisieren und Menschenleben retten zu können.« (ebd.)

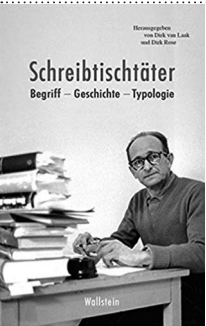
Es sollte jedoch einige Zeit dauern, bis Apitz die komplexe Erzählkonstruktion fand, die es ermöglichte, die Geschichte auf diese Weise darzustellen und auch die ethischen Konflikte der Widerständler offenzulegen. Ein wichtiger Meilenstein war zum Beispiel die erst in der dritten Teilfassung des Romans erfolgte Hinzufügung der zentralen Figur Herbert Bochow, der als Leiter des (konspirativen) Internationalen Lagerkomitees der Figur des Lagerältesten Walter Krämer kontrastierend zur Seite gestellt wurde. Aber auch Tilgungen beförderten letztlich das Erzählziel: So strich Apitz Passagen im Text, die die (unfreiwillige) Mitwirkung von (kommunistischen) Funktionshäftlingen an Tötungen schilderten.

Mit Hilfe akribischer editionsphilologischer Untersuchungen, die die Schreibprozesse vorbildlich erhellen, kann Susanne Hantke zeigen, wie Apitz, unter anderem mit Hilfe seines Lektors Martin Gregor-Dellin (Martin Gustav Schmidt), ein Narrativ entwickelte, das schließlich nicht nur die Zustimmung der »Hauptverwaltung Verlagswesen« beim Ministerium für Kultur und des »Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer« fand, sondern auch so stark geriet, dass es die Ereignisgeschichte partiell überdeckte. Aber: »Die zu DDR-Zeiten dominierende Rezeption des Romans als antifaschistische Heilsgeschichte entbehrte für Bruno Apitz nicht einer gewissen Tragik, denn der bittere Preis des Überlebens, die Erfahrung tragischer Verstrickungen kommunistischer Häftlinge und die Grenzen ihres Widerstandes in einem willkürlichen Terrorsystem, blieben in der Rezeption des Romans wie auch im öffentlichen Buchenwald-Gedächtnis ausgeblendet.« (S. 367)

Für eine zweite Auflage, die man der Studie nur wünschen kann, wäre zu überdenken, ob man sie geringfügig überarbeitet: Zum Beispiel werden manche Befunde dann doch zu oft wiederholt – hier würde eine Straffung sicher guttun und das Lesevergnügen weiter erhöhen. Solche Vorschläge sind aber nur Quisquilien zu einer impo-nierenden historiographischen und philologischen Studie.

Sascha Feuchert
Gießen

Geschichte eines Begriffs



Dirk van Laak, Dirk Rose (Hrsg.)
Schreibtischtäter.
Begriff – Geschichte – Typologie
Göttingen: Wallstein, 2018, 320 S., € 24,90

Der Schreibtischtäter ist eng mit der Geschichte der Shoah verknüpft. Der Begriff tauchte erstmals im Umfeld des Eichmann-Prozesses auf, und seitdem gilt Eichmann auch als Prototyp des Schreibtischtäters. Heute versteht man unter Schreibtischtäter allgemein Bürokraten, die ohne innere Beteiligung und von ihrem Schreibtisch aus Verbrechen organisieren. Die strafrechtliche Ahndung ihrer Taten ist zumeist schwierig, da sie an den Gewalttaten nicht direkt beteiligt und in der Regel auch gar nicht am Ort des Verbrechens waren. Sie nutzen vielmehr die Organisationsstrukturen und Befehlshierarchien moderner Bürokratien und sind somit Bestandteil von Massenverbrechen, die mit einem Verfolgungsapparat arbeitsteilig durchgeführt werden. Damit sind Schreibtischtäter auch Ausdruck der Strukturbedingungen moderner Gesellschaften.

Der Sammelband von Dirk van Laak und Dirk Rose geht der Genese und den Ausprägungen des Begriffs wie des Phänomens nach. Zumeist wird der Begriff Hannah Arendt zugeschrieben, die ihn während des Eichmann-Prozesses 1961 in Jerusalem auf den Angeklagten gemünzt habe. Tatsächlich sprach Arendt in diesem Zusammenhang zwar von »Verwaltungsmassenmord«, den Begriff »Schreibtischtäter« benutzte sie hingegen nicht. Erst im Umfeld des ersten Auschwitz-Prozesses 1963–65 verwendete sie den Begriff »Schreibtischmörder«, der bereits seit dem Eichmann-Prozess im Umlauf war. Der Begriff »Schreibtischtäter« entstand ebenfalls in jenen Jahren, auch wenn sich der Urheber nicht exakt klären lässt.

Der Ursprung der Figur – nicht des Begriffs – des »Schreibtischtäters« liegt allerdings deutlich früher, nämlich im Umfeld der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse. Die alliierten Ankläger fragten bereits nach der juristischen Verantwortung des Machtparats und strebten die Verurteilung von Personen an, die »in der friedlichen Stille ihrer Büros in den Ministerien« (S. 227) am Krieg teilgenommen hatten. In dieser Zeit wurde der »Schreibtischtäter« allerdings noch nicht als Ausdruck der Moderne verstanden, sondern im Gegenteil als Verräter an den Ideen und Werten der westlichen Zivilisation. Erst die frühe Totalitarismusdebatte führte dazu, diesen neuen Tätertyp als Phänomen moderner Staatlichkeit zu verstehen, und hieran hatte Hannah Arendt ganz wesentlichen Anteil. Und sie

ist letztlich auch die Verbindung zwischen der Totalitarismusdebatte und dem Eichmann-Prozess, in dessen Kontext sich die Metapher personalisierte und konkretisierte.

Die Deutschen waren für die Figur des Schreibtischtäters durchaus empfänglich, wie die zeitgenössischen Untersuchungen des Instituts für Sozialforschung zeigen, doch führte dies weniger zum Nachdenken über die breite Beteiligung an der Organisation der Shoah, sondern zur Exkulpation: Selbst Eichmann sei letztlich in einer ausweglosen Situation gewesen, da er seine Befehle ja habe ausführen müssen.

Seitdem hat der Begriff eine zweifelhafte Karriere gemacht. Er wurde zu einem Kampfbegriff im Kalten Krieg, in dem die SED der Bundesrepublik vorwarf, Schreibtischtäter in hohen staatlichen Funktionen zu halten, und ihr im Gegenzug vorgehalten wurde, als Schreibtischtäter den Schießbefehl an der Mauer zu verantworten. Heute wird der Begriff ebenso als Werbeslogan wie als selbstironische Witzfigur genutzt. Somit gibt es inzwischen vier Bedeutungsebenen: die klassische des NS-Täters, die denunziatorische in politischen Auseinandersetzungen, die allgemeine zur Kritik der Moderne und die verharmlosende im Alltagssprachgebrauch. Zu Recht beklagen die Herausgeber, dass der umfassende Bedeutungszuwachs zu einer zunehmenden Banalisierung des Begriffs geführt habe.

Während der begriffsgeschichtliche Zugang die banale Beliebigkeit in der heutigen Verwendung des Begriffs offenlegt, tragen einzelne Beiträge des Bandes allerdings selbst zu dessen inflationärer Verwendung bei. So verweist die hohe Elitenkontinuität bei Architekten und Städteplanern nach 1945 nicht auf »urbanistische Schreibtischtäter« (S. 109), wenn man den ursprünglichen Sinn des »Schreibtischmörders« beibehält. Ebenso überzeugt es nicht, Journalisten, die nicht über ihnen bekannte Verbrechen berichten, als »Schreibmaschinentäter« zu bezeichnen. (S. 180) Und wenn der Umgang mit deutschen Vermögenswerten in der Schweiz nach 1945 als »Schreibtaten« (S. 115) charakterisiert wird, haben wir es auch nicht mehr mit Tätern zu tun, die an einem Verbrechen beteiligt waren. Die Abgrenzung zwischen Schreibtischtätern und Bürokraten ist dann fließend. Das andere Ende der Beliebigkeit wird erreicht, wenn wiederum Franz Stangl, Lagerkommandant von Sobibór und Treblinka, in dem Band ebenso als »Schreibtischtäter« firmiert.

Auch wenn man nicht unbedingt in allem folgen mag, so ist es zweifellos ein Verdienst des Bandes, den Begriff, das historische Phänomen und seine Spielarten in allen Schattierungen auszuleuchten. Er zeigt sowohl die Potentiale von Begriffsgeschichte als auch einer interdisziplinären Annäherung an ein nicht immer klar umrissenes Phänomen.

Jörg Ganzenmüller
Weimar/Jena

»Gedächtnismélange«



Katrin Hammerstein

Gemeinsame Vergangenheit – getrennte Erinnerung?
Der Nationalsozialismus in Gedächtnisdiskursen und Identitätskonstruktionen von Bundesrepublik Deutschland, DDR und Österreich
Göttingen: Wallstein, 2017, 591 S., € 49,90

Heute steht außer Zweifel, dass die Menschen in den aus der Konkursmasse des »Dritten Reichs« hervorgegangenen Staaten – die Bundesrepublik Deutschland, die DDR und Österreich – eine gemeinsame, wenn auch unterschiedlich erfahrene Vergangenheit hatten. Die Erinnerungsdiskurse und Identitätskonstruktionen der drei Staaten machen aber deutlich, wie weit der Weg dorthin war. In der ostdeutschen Diktatur verfestigte sich der verordnete Antifaschismus zum »Mythos«, selbiges galt für den Opferstatus im demokratischen Österreich. Die Bundesrepublik hatte keinen vergleichbaren Gründungsmythos, und die ursprünglich von allen drei Staaten vermiedene Auseinandersetzung mit der Frage der Schuld setzte früher ein. In Österreich und der DDR wurde sie zeitversetzt nachvollzogen. Der Soziologe M. Rainer Lepsius sprach Ende der 1980er Jahre von der Internalisierung des Nationalsozialismus durch die Bundesrepublik, seiner Externalisierung durch Österreich und der Universalisierung durch die DDR.¹ Ein solches Modell ist jedoch zu statisch, wie Katrin Hammerstein in ihrer akribisch recherchierten Dissertation überzeugend darlegt. Auch wenn der generelle Befund zu Entwicklung und Wandel von Erinnerung und Gedenken in den drei Staaten nicht grundsätzlich revidiert wird, macht die »vergleichend-integrative« Perspektive der Autorin das Prozesshafte und die asymmetrische Verflochtenheit der Transformationen deutlich.

Die Geschichtsbilder der »schuldigen Opfer« (S. 134) waren von Anfang an aufeinander bezogen. Während die DDR lange auf Abgrenzung setzte, wurde die Bundesrepublik für Österreich ab Ende der 1970er Jahre sukzessive zum »Orientierungsmaßstab« (S. 166) – so anlässlich der Ausstrahlung der amerikanischen TV-Serie HOLOCAUST im Jahr 1979. Das Gedenken anlässlich der in den 1980er Jahren anstehenden Jahrestage führte ausgehend von der

Bundesrepublik zu intensiven Diskussionen, die durch Affären und Skandale befeuert wurden und zunehmend transnationalen Charakter annahmen. Die westdeutsche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit wurde in Österreich und in der DDR nicht nur perzipiert und kommentiert, sondern gab auch Anstöße zur Selbstreflexion.

Wie sehr die Geschichtsbilder zur Diskussion standen, zeigte sich im »»Debattenjahr« 1986« (S. 275), das vom »Historikerstreit«, der »Erdmann-Kontroverse« und der »Waldheim-Affäre« geprägt war. Zwischen Österreich und der Bundesrepublik wurde nun ein »transnationaler Deutungs- und Erinnerungskonflikt« ausgetragen. Die Genugtuung über das offene Aufbrechen des österreichischen Opfermythos stand in Wechselwirkung mit den Debatten im eigenen Land. Das prominenteste Beispiel für den »Transfer von Erinnerung« stellt die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1985 dar, die in Österreich »zum direkten Vorbild hinsichtlich eines angemessenen Umgangs mit dem Nationalsozialismus« wurde (S. 337).

Die Auseinandersetzung um Bundespräsident Kurt Waldheim wurde zum Katalysator für die Erneuerung des offiziellen österreichischen Geschichtsbildes, in dem die für das Land bestehen bleibende Opferthese um das Eingeständnis der Taten seiner Bevölkerung ergänzt wurde. Symbolisiert wird der Abschluss dieses Wandels durch zwei Reden, die Bundeskanzler Franz Vranitzky 1991 im Nationalrat und 1993 in Jerusalem hielt, auch wenn diese – wie Hammerstein zu Recht anmerkt – nicht über das von Waldheim bereits 1988 Gesagte hinausgingen. Das von der Regierung auserufene »Bedenkjahr« 1988 stand gemäß dieser Neuausrichtung sowohl im Zeichen der Verantwortung als auch des »Anschlussgedenkens«.

Hatte sich die DDR im »Debattenjahr« 1986 merklich zurückgehalten, so wurde 1988 auch dort anhand einer deutlichen Erweiterung des Gedenkens an die Opfer der Novemberpogrome der von außen angestoßene beginnende Wandel erkennbar. Die erste frei gewählte Volkskammer legte 1990 noch vor Österreich ein Schuldbekenntnis ab. Transnationale Erinnerungsaktivitäten und gemeinsam begangenes Gedenken machten 1988 zum Jahr der »connected memories«, in dem die NS-Vergangenheit in allen drei »Nachfolgestaaten des ›Großdeutschen Reichs«« erstmals »auch als gemeinsame Geschichte wahrgenommen wurde« (S. 298). Trotz weiter bestehender nationalstaatlicher Unterschiede wich daraufhin die Abgrenzung von der Geschichte des Nationalsozialismus der Aneignung, bei der die Bundesrepublik »als Vorbild und transnationaler Maßstab« (S. 429) fungiert hatte.

Hammersteins Analyse transnationaler Wechselwirkungen und Transfers auf dem Weg von der »getrennten Erinnerung« zur heutigen »Gedächtnismélange« stellt einen gewichtigen Beitrag zur »Verflochtenheit« (deutsch-)deutscher und österreichischer Geschichte dar.

Maximilian Graf
Florenz

»Krieg« der Erinnerungen in Litauen?



Ekaterina Makhotina

Erinnerungen an den Krieg – Krieg der Erinnerungen.
Litauen und der Zweite Weltkrieg
Schnittstellen. Studien zum östlichen und südöstlichen Europa, Band 4.
Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2016, 478 S., € 90,–

Ekaterina Makhotina hat eine hochinteressante Dissertation vorgelegt, die 2017 mit dem Preis der Peregrinus-Stiftung der Bayerischen Akademie der Wissenschaften ausgezeichnet wurde. Der Titel mit seiner dreimaligen Erwähnung von »Krieg« führt allerdings in die Irre, denn das Thema ihrer Studie sind die unterschiedlichen Erinnerungskulturen, die die Geschichtspolitik in Litauen seit 1945 prägten. Bei aller Heftigkeit der Auseinandersetzungen, von einem »Krieg« der Erinnerung zu sprechen führt zu weit. Makhotina selbst schreibt denn auch von Konflikten und Aushandlungsprozessen, nicht von Kriegen.

Sie geht von der Existenz mehrerer Erinnerungsgemeinschaften im heutigen Litauen aus und zeichnet die Vergangenheitsbilder dieser miteinander in Konflikt stehenden Gemeinschaften nach. Methodisch ist hervorzuheben, dass Makhotina nicht nur Diskursanalyse im engeren Sinne betreibt, sondern Akteure, Museen und Denkmäler sowie die diese begleitenden Rituale einbezieht, und zwar in Staat und Gesellschaft. Sie fragt somit auch nach den sozialen Praktiken sowie den Spannungen zwischen offizieller Repräsentation und kommunikativer Erinnerung der Erfahrungsgeneration. Wie wurde und wird das offiziell erwünschte Geschichtsbild rezipiert? Nicht das statisch und homogen verstandene »kollektive Gedächtnis« oder stereotype »Identitäten« werden hier als Begriffe verwandt, sondern dynamische Begriffe von »Erinnerung« und »Erinnerungskulturen«. Makhotina folgt damit plausiblerweise dem von Astrid Erll vorgeschlagenen Modell: Die Medien der Erinnerungskultur (Denkmale, Museen, Praktiken) werden mit der sozialen Dimension (Institutionen, Akteuren) in Verbindung gesetzt und von den mentalen Dispositionen (Werten, Geschichtsbildern) eingerahmt. Makhotina wertete eine enorme Fülle an Quellen und Sekundärliteratur aus, vor allem in russischer, litauischer und deutscher Sprache. Schon diese Vielsprachigkeit ist keineswegs selbstverständlich. Ihre Studie ist nach Barbara Christophes Arbeit von 1997 *Staat versus Identität. Zur Konstruktion von »Nation« und »nationalem Interesse« in den litauischen Transformationsdiskursen von 1987 bis 1995* die erste weiterführende deutsche Monographie zum Thema.

Die möglichst genaue Analyse des sowjetischen Narrativs in den ersten drei Kapiteln bis zum Ende der 1980er Jahre stellt die zwingende Voraussetzung für ein Verständnis der Entwicklungen im unabhängigen Litauen dar. Anders blieben sowohl die Brüche nach 1990 unverständlich als auch die Kontinuitäten verborgen, die für den »westlichen« Blick häufig verwirrend sein mögen, denn manche Formen der Heroisierung und Viktimisierung und auch der emotionalisierenden Ästhetik vor und nach 1990 unterscheiden sich kaum. Makhotina arbeitet klar heraus, dass die Kenntnis der jeweiligen Vorgeschichte unerlässlich ist, sie nennt das im Anschluss an Jeffrey Olick »path dependency«. Ein klarer Unterschied zur sowjetischen Zeit liegt in der heutigen Pluralität, der Vielstimmigkeit, denn die Individualisierungsprozesse in den Erinnerungskulturen haben stark zugenommen. Makhotina konzentriert sich in den übrigen vier Kapiteln auf unterschiedliche Aspekte der nationalen litauischen Narrative, den jüdischen sowie den sogenannten »universellen« Diskurs des Holocaust-Gedenkens und schließlich den russischen Erinnerungsdiskurs. Ihre konzeptionellen und methodischen Ansätze führen dazu, dass die Studie in vieler Hinsicht empirisch gesättigt erscheint, viel Neues enthält und zahlreiche Fragen aufwirft.

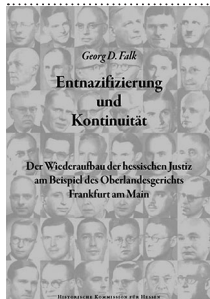
Die heutigen erinnerungskulturellen Diskussionen in Litauen wie in jenen Gesellschaften, die zuvor dem sowjetischen Machtbereich angehörten, sind ideologisch und emotional sehr aufgeladen. Die Lektüre dieser Studie hilft zu verstehen, warum dem so ist. Zum Beispiel wird der litauische antisowjetische Partisanenkampf ab 1945 bis weit in die 1950er Jahre hinein heute besonders intensiv hervorgehoben. Makhotina überlegt in inspirierender Weise, ob das zugleich als Mittel zu verstehen sei, die Schmach des 1940 nicht vorhandenen antisowjetischen Widerstandes zu tilgen. Sie weist zu Recht darauf hin, dass über die Brüche hinweg in der Geschichtspolitik die Methoden der Exklusion, Konfrontation und des organisierten Vergessens zur Anwendung kamen, um an den Selbstbildern der Viktimisierung und Heroisierung festzuhalten.

Die zentrale Herausforderung der Erinnerungskulturen in Litauen liegt nach wie vor darin, ein kritisches und vielstimmiges Verhältnis zur eigenen Geschichte zu akzeptieren, einschließlich der schmerzhaften und unangenehmen Seiten. Dem steht ein ethnisches, exklusives Verständnis von Nation entgegen. Geschichtspolitik wird immer wieder als Ressource für eine defensive Identitätspolitik verstanden. Zugleich gibt es aber glücklicherweise in Staat und Gesellschaft Gruppen und Einzelne, die verstanden haben, dass nur ein offenes und inklusives Verhältnis zur Geschichte die Grundlage von Demokratie sein kann.

Christoph Dieckmann
Bern

¹ M. Rainer Lepsius, »Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des ›Großdeutschen Reiches««, in: ders. (Hrsg.), *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze*, Göttingen 1993, S. 229–245.

Gelungene Entnazifizierung in Hessen



Georg D. Falk

Entnazifizierung und Kontinuität.

*Der Wiederaufbau der hessischen Justiz
am Beispiel des Oberlandesgerichts
Frankfurt am Main*

Marburg: Historische Kommission für
Hessen, 2017, 531 S., € 35,–

Georg D. Falk, bis 2014 Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht (OLG) in Frankfurt am Main, hat in jahrelanger Recherche die Geschichte seiner Behörde nach 1945, insbesondere die Einstellungspraxis von Richtern, erforscht. Weil er bestens vertraut ist mit dem Justizapparat, den üblichen Abläufen von Einstellungen und Beförderungen, Dienstverteilungsplänen und den Spielräumen richterlichen Handelns, kann Falk Urteile aus der NS-Zeit auch fachlich beurteilen. Er macht es sich nicht leicht mit der Einschätzung, wer für seine Untersuchung als rassistisch bzw. politisch verfolgt, wer als nicht-belastet und wer als belastet zu zählen hat. Die bloße NSDAP-Zugehörigkeit ist ihm dabei genauso wenig ein eindeutiges Kriterium wie die verwirklichte oder verhinderte Karriere innerhalb der Justiz. Wer allerdings an Strafkammern oder Sondergerichten Dienst getan hatte, wird nach NS-Recht an Todesurteilen mitgewirkt haben. Diese Indizien wurden von Falk mit einzelnen richterlichen Entscheidungen in Zusammenhang gebracht, bei denen nicht immer der Wortlaut der Begründungen zum wichtigsten Bewertungskriterium gehörte, sondern die Auswirkungen auf das Leben und Wohl des Einzelnen. Eine solche Analyse wird der Realität im NS-Staat wohl eher gerecht als rein formale Kriterien. Falks Institutionengeschichte ist in weiten Teilen eine Zusammenstellung von Biographien, die sich hervorragend als Nachschlagewerk eignet. Insgesamt hat er 114 Richter, die zeitweise am OLG tätig waren, untersucht. Er konzentriert sich auf den Zeitraum 1946–1949 sowie auf die Jahre 1953 und 1960.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit stand die Einstellungspraxis unter dem Vorzeichen der Entnazifizierung und war durch die amerikanische Militärverwaltung kontrolliert. Falk zeigt, dass das hessische Justizministerium in dieser Zeit eine rigorose Einstellungspolitik betrieb. In vielen Fällen suchte es zusätzlich zur Abfrage beim Ministerium für die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus aktiv nach Urteilen aus der NS-Zeit, um die Bewerber zu überprüfen. Darüber hinaus warb Justizminister Georg August Zinn bei exilierten Juristen aus Hessen um Rückkehr. Bedenkenlos wieder eingestellt wurden alle mit Berufsverbot Belegten, Emigranten, Inhaftierten und im Amt Diskriminierten. Falk konnte ermitteln, dass

sogenannte Mitläufer zunächst zur Bewährung in Eingangsämtern Dienst taten und erst mit Verzögerung im Zuge von Beförderungen auch im OLG zum Einsatz kamen. Hessen war in seiner konsequenten Entnazifizierung der Justiz untypisch. Waren 1948 in den westlichen Besatzungszonen 90 Prozent der 1945 im Amt befindlichen Richter wieder eingestellt worden, waren dies am OLG Frankfurt nur 37, in ganz Hessen etwa 49 Prozent. Falk erklärt dies auch mit dem besonderen Ahndungswillen des hessischen Justizministers und späteren Ministerpräsidenten Zinn und dessen Umfeld.

Nach dem Ende der Entnazifizierung gelangten wieder verstärkt Richter ans OLG, die in der NS-Zeit tätig und von denen viele auch an Sondergerichten eingesetzt gewesen waren. Entgegen seiner Vermutung konnte Falk für das Jahr 1953 ermitteln, dass es nicht die Rückkehr von Personen nach dem 1951 in Kraft getretenen »Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen« war, sondern das Aufrücken von NS-Richtern aus den Eingangsämtern, das sich hier auswirkte.

Für den Untersuchungszeitpunkt 1960 konstatiert Falk – nach der von der DDR initiierten »Blutrichterkampagne« – zwar keinen eklatanten Anstieg von belasteten Neueinstellungen mehr, jedoch war mit den nachgerückten Richtern und der Einstellung derer, die im NS-Staat zwar Examen gemacht, aber kaum noch Berufserfahrung erworben hatten, das Verhältnis zu Lasten der verfolgten oder unbelasteten Richter wiederum verschoben. Demnach waren 1960 insgesamt 61 Prozent der Richter am OLG bereits im NS-Staat Richter gewesen. Auch sei die Intensität der Belastung durch gravierende Unrechtsurteile gestiegen. Die »Blutrichterkampagne« hatte dennoch spürbare Folgen: 1960 wurden im hessischen Justizministerium sämtliche Akten von hessischen Sondergerichten ausgewertet. Daraus ergaben sich Indizien, die zur Einleitung zahlreicher Ermittlungsverfahren gegen beamtete Richter führten. Auffällig ist, dass die meisten bereits 1961 durch den hessischen Generalstaatsanwalt wieder eingestellt wurden, weil eine bewusste Rechtsbeugung nicht nachzuweisen war. Trotz der Einstellung der Verfahren verabschiedeten sich viele der Betroffenen kurz danach in den vorzeitigen Ruhestand. Es scheint, als habe die Aufforderung des hessischen Justizministeriums zur »Selbstreinigung«, wie Fritz Bauer das nannte, in einem begrenzten Rahmen doch funktioniert.

Falk resümiert, dass in Hessen die bewusste Personalpolitik der ersten Stunde den Erfolg der Entnazifizierung der Justiz herbeigeführt hatte – etwa auch im Unterschied zum Bundesministerium der Justiz, wo die personelle Kontinuität zur NS-Zeit sehenden Auges in Kauf genommen wurde.

Katharina Rauschenberger

Fritz Bauer Institut

Die Justiz und der Judenmord



Hans-Christian Jasch, Wolf Kaiser

Der Holocaust vor deutschen Gerichten.

Amnestieren – Verdrängen – Bestrafen
Stuttgart: Reclam 2017, 263 S., € 20,–

Die Arbeit von Hans-Christian Jasch und
Wolf Kaiser widmet sich in komprimierter

Form der strafrechtlichen Aufarbeitung der Vernichtung der Juden Europas. Obwohl der justizielle Umgang mit der NS-Vergangenheit vielfach thematisiert wurde, ist die Perspektive der Autoren insofern neu, als sie sich ausschließlich auf den Holocaust fokussieren. Die chronologisch aufgebaute Studie konzentriert sich dabei nicht auf die bekannten Problemfelder, sondern untersucht die Arbeit der Justiz orientiert an dem Konzept der »transitional justice«, wonach Vergangenheitsaufarbeitung unter folgenden Gesichtspunkten bewertet wird: das Recht auf Wissen, das Recht auf Gerechtigkeit, das Recht auf Entschädigung und die Garantie der Nichtwiederholung vergleichbarer Massenverbrechen.

Die in fünf Abschnitte gegliederte Studie untersucht zunächst die Behandlung der Holocaustverbrechen vor alliierten Gerichten. In mehreren Unterkapiteln wird die juristische Situation im besiegten Deutschland und die nur untergeordnete Behandlung des Holocaust in den Nürnberger Prozessen erläutert, die dort ein »holzschnittartiges« Bild des Judenmords entstehen ließ. Diese intentionalistische, monokausale Interpretation prägte die deutsche Rechtsprechung später dauerhaft, etwa mit der »Gehilfenrechtsprechung«, der Dämonisierung der Täter sowie einer »reduktionistischen Geschichtsinterpretation«, die zur Exkulpation ganzer Tätergruppen führte.

Anschließend betrachten die Autoren, wie Holocaustverbrechen vor Gerichten in den Besatzungszonen und nach der Gründung der beiden deutschen Staaten bis 1958 behandelt wurden. Anhand von Fallstudien werden Besonderheiten der damaligen Rechtsprechung erläutert. In einer Zwischenbilanz gehen die Autoren der Frage nach, warum nur so wenige Verfahren zustande kamen, obwohl die »Täter noch unter uns waren«. Hieran schließt sich ein Kapitel über die sogenannten großen Verfahren an, beginnend mit dem Ulmer Einsatzgruppenprozess 1958, der zur Einrichtung der Zentralen Stelle in Ludwigsburg führte, bis hin zu den Vernichtungslager-Prozessen einschließlich der Frankfurter Auschwitz-Verfahren.

Im vierten Kapitel untersuchen die Autoren die Verfahren in den 1980er Jahren und legen hierbei besonderes Augenmerk auf die Instrumentalisierung der Strafverfolgung des Judenmords durch das

Ministerium für Staatssicherheit in der DDR und das sich quälend lang hinziehende Majdanek-Verfahren in Düsseldorf. Das abschließende Kapitel befasst sich mit den Verfahren gegen Ivan Demjanjuk und Oskar Gröning. Hervorzuheben ist die erhellende Verknüpfung des Demjanjuk-Verfahrens mit dem Urteil im ersten Sobibor-Prozess von 1951, das jede Tätigkeit in einem Vernichtungslager als relevante Beihilfehandlung einstufte. Das Recht wurde durch das Urteil des Landgerichts München 2011 vom Kopf wieder auf die Füße gestellt.

Etwas überraschend mutet die Behauptung der Autoren bei der Besprechung des Urteils des Landgerichts Lüneburg gegen Gröning an, wonach es der Terroranschläge vom 11. September 2001 bedurft habe, um die deutschen Gerichte zu einer Änderung ihrer Rechtsprechung zu bewegen (S. 195). Bedauerlicherweise haben Jasch und Kaiser die Revisionsentscheidung vom 20. September 2016 nicht mehr berücksichtigt. In seiner Urteilsbegründung führte der Bundesgerichtshof (BGH) aus, dass Voraussetzung der »Ungarn-Aktion« ein »organisierter Tötungsapparat« gewesen sei. »Nur weil ihnen eine derart strukturierte und organisierte ›industrielle Tötungsmaschine« mit willigen und gehorsamen Untergebenen zur Verfügung stand, waren die nationalsozialistischen Machthaber überhaupt in der Lage, die ›Ungarn-Aktion« anzuordnen. Gröning sei Teil dieses personellen Apparates und der »Drohkulisse« gewesen, indem er Widerstand oder Fluchtversuche der ankommenden Menschen verhindern sollte«. Ferner betonte der BGH unter Bezugnahme auf die 1969 gegen den Auschwitz-Arzt Willi Schatz formulierten Grundsätze, dass Gröning nicht nur »irgendwie« in Auschwitz tätig gewesen sei. Man habe vielmehr konkrete Handlungen mit Bezug zu den Morden in Auschwitz festgestellt.

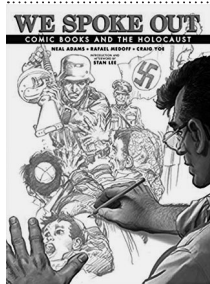
Abschließend ziehen die Autoren eine kritische Bilanz der »Streichelstrafen für Mördernazis« im Hinblick auf die eingeleiteten Ermittlungsverfahren und die erfolgten Verurteilungen. Sie kommen zu dem Schluss, dass Gesellschaft und Justiz in beiden deutschen Staaten der Verdrängung Vorschub geleistet haben und dass mit Hilfe des Gesetzgebers ganze Tätergruppen amnestiert wurden, während man sich bei der Bestrafung auf die »Exzesstäter« konzentriert habe. Dieses Vorgehen sei jedoch für weite Teile der Öffentlichkeit und auch die Justiz ein akzeptabler »versöhnender« Weg gewesen. Eine Aufarbeitung der NS-Verbrechen »durch Wissen« sei der Justiz als »Lehrmeister der Nation« gelungen.

Das Buch ist in seinem Zusammenschnitt von erklärender Darstellung und konkreten Fallbeispielen ein gelungener Beitrag zur Justizgeschichte. Leider blieb in dem umfangreichen Quellen- und Literaturverzeichnis die englischsprachige Literatur unberücksichtigt.

Kirsten Goetze

Karlsruhe

Gesammelte Comics zur Shoah



Neal Adams, Rafael Medoff,
Craig Yoe (Hrsg.)
We Spoke Out.
Comic Books and the Holocaust
 San Diego: IDW Publishing, 2018, 280 S.,
 € 41,64

Um eine wichtige Akteurin des alliierten Widerstands zu befreien, lässt sich der

Comic-Held The Unknown Soldier in das fiktive Konzentrationslager »Totentanz« bringen. Die Ankündigung eines Besuchs von Adolf Eichmann nutzt der Protagonist, ein Meister der Maskierung, um die Widerstandskämpferin zu befreien und mit ihr in einem Schlauchboot zu entkommen. Ein solch abenteuerlicher Handlungsverlauf ist typisch für die vorliegende Textsammlung, bestehend aus 18 Comic-Geschichten, die sich mit dem Holocaust auseinandersetzen. Die Länge variiert zwischen 4 und 25 Seiten. Die Herausgeber geben einen Einblick in den Facettenreichtum der Darstellung deutscher Verbrechen im Comic vor dem Erscheinen des ersten Teils von Art Spiegelmans *Maus* im Jahre 1986. Es handelt sich hier um die erste Zusammenstellung kürzerer Comics mit Bezug zum Holocaust. Bekannte Comic-Helden wie Batman, Captain America oder die X-Men werden ebenso präsentiert wie Geschichten aus eher kurzlebigen Reihen. Dominierende Genres sind Superhelden-, Horror-, Kriegs- und Abenteuercomics.

Mit einer Ausnahme hält sich die Reihenfolge der Geschichten im Buch an das Datum der Erstveröffentlichung. Um der herausragenden Geschichte »Master Race« aus dem Jahr 1955 mehr Gewicht zu verleihen, wurde sie an den Anfang der Sammlung gestellt, wenngleich drei Geschichten folgen, die früher publiziert wurden. Mit der Aufnahme der Geschichte »The Last Outrage« in den Sammelband gibt es einen weiteren konzeptionellen Bruch. Dieser Comic wurde 2008 in der Mini-Serie *X-Men: Magneto Testament* erstveröffentlicht, also lange nach Spiegelmans *Maus*. Mit Medoff und Adams waren jedoch zwei der Herausgeber des vorliegenden Bandes maßgeblich an der Entstehung der Geschichte beteiligt. »The Last Outrage« porträtiert die Cartoonistin und Auschwitzüberlebende Dina Babbitt. Der Comic entstand in Zusammenhang mit einer Kampagne, in der von der Gedenkstätte in Auschwitz gefordert wurde, Babbitt die Porträts zurückzuerstatten, die sie während ihrer Inhaftierung unter dem Zwang der SS von anderen Häftlingen anfertigen musste.

Den Comics vorangestellt ist jeweils eine knappe Einleitung, die den Entstehungskontext und biographische Hintergründe zu den Künstlerinnen und Künstlern erläutert. Die Geschichte »Desert Fox«

beispielsweise, in der es um die Brechung des »Mythos Rommel« geht, wird in den Kontext öffentlicher Diskurse um Rommel in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren gestellt. Neben solchen kontextuellen Informationen wird aber auch der jeweilige historische Rahmen beschrieben, ergänzt oder korrigiert. Quellenangaben werden in diesen kurzen Texten inkonsistent und eher sparsam angeführt. Es kommen immer wieder auch Autorinnen und Autoren sowie Künstlerinnen und Künstler zu Wort, die an der Entstehung der Geschichten beteiligt waren. Hierfür wurden exklusive Interviews geführt. Die Herausgeber betonen wiederholt, dass die Comics ein wichtiger Beitrag zur Information und Aufklärung amerikanischer Jugendlicher waren. Kritisch zu fragen wäre allerdings, ob das Material nicht auch dazu geeignet war, die Geschehnisse während des Nationalsozialismus zu trivialisieren und zu entkontextualisieren.

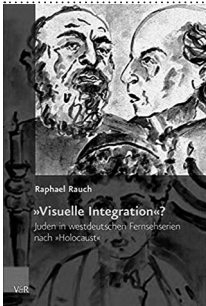
Die Auswahlkriterien für die Aufnahme der einzelnen Geschichten sind insgesamt nicht transparent. Zwar sind einige der bekanntesten Comic-Geschichten enthalten, die sich vor den 1980er Jahren bereits mit NS-Verbrechen auseinandersetzten. Es gibt allerdings einen viel größeren Textkorpus, aus dem man hätte auswählen können. Der vorliegende Band erweckt gerade auch durch die Paratexte den unzutreffenden Eindruck, dass es sich hier um eine vollständige Sammlung aller US-amerikanischen Comics vor *Maus* handelt. Zudem: Entgegen der Behauptung, dass die 1971 erschienene Geschichte »Totentanz« Joe Kuberts erste Auseinandersetzung mit dem Holocaust sei (S. 119), befasste dieser sich bereits 1946 in »The Golem« mit der Vernichtung der Jüdinnen und Juden in Prag. Diese bemerkenswerte Geschichte fehlt leider im vorliegenden Buch.

Die Auswahl der Comics besticht jedoch durch ihren Facettenreichtum und die Zusammenführung verschiedener Genres und unterschiedlicher Stile. Besonders zu betonen ist die hervorragende Qualität der meisten Scans. Gerade bei Sammlungen älterer Comics ist dies nicht immer selbstverständlich. Die Herausgeber verwenden die Kolorierung der Originalausgaben und greifen nicht auf die – zumindest teilweise – vorhandenen Nachdrucke zurück. Hier dürfte sich die Beteiligung von Comic-Künstlern ausgezahlt haben, die gute Kontakte zu den beiden großen US-amerikanischen Comic-Verlagen DC und Marvel besitzen und teilweise selbst an den Geschichten beteiligt waren.

We Spoke Out ist eine sehr gelungene Zusammenstellung bisher kaum bekannter und kaum beforschter Comics über die nationalsozialistischen Verbrechen. Die Comics sind dazu geeignet, den Blick auf frühe Erinnerungsdiskurse innerhalb der US-amerikanischen Gesellschaft zu differenzieren und um eine bisher meist ignorierte Kunstform zu bereichern.

Markus Streb
Gießen

»Jüdische Figuren«



Raphael Rauch
»Visuelle Integration«? Juden in westdeutschen Fernsehserien nach »Holocaust«
 Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2018, 458 S., € 64,99

Die Ausstrahlung der TV-Serie HOLOCAUST im deutschen Fernsehen im Januar 1979 war

ein »Medienereignis«. Die starke Zuschauerresonanz bildete auch den Anstoß dafür, dass westdeutsche Fernsehmacher – oft in direktem Bezug zu der viel kritisierten US-Produktion – begannen, sich ihrerseits mit dem Thema des Judenmords zu befassen. In seiner Dissertationsschrift untersucht Raphael Rauch, wie Juden »nach HOLOCAUST« im westdeutschen Fernsehen, genauer gesagt: in sechs TV-Serien, dargestellt wurden. Die 1980er Jahre fasst er dabei als Transformationszeit der Mediengesellschaft und als Scharnierjahrzehnt im Umgang mit der NS-Vergangenheit auf. Auch für die Juden in der Bundesrepublik bildeten die 1980er Jahre eine entscheidende Umbruchszeit. Rauch stützt sich nicht nur auf Archivquellen, sondern hat zudem über 50 »Expertengespräche« geführt, die die »desolate Überlieferungssituation« (S. 407) ausgleichen sollen.

Zunächst geht es um eine letztlich nicht realisierte Verfilmung von Gustav Freytags Roman *Soll und Haben* (1977), ein Gesellschaftspanorama des mittleren 19. Jahrhunderts. Einige Jahre vor HOLOCAUST handelte die öffentlich geführte Debatte über dieses Projekt vor allem vom Problem einer eindeutig negativ gezeichneten jüdischen Hauptfigur. Weil Rainer Werner Fassbinder als Regisseur für das Filmprojekt vorgesehen war, interpretiert Rauch den Streit als eine weitere, frühe Fassbinder-Kontroverse.

Mit Blick auf HOLOCAUST zeichnet er vor allem detailliert die redaktionsinternen Entscheidungsprozesse vor der Ausstrahlung nach, um in einem dritten Kapitel die Serie EIN STÜCK HIMMEL (1982) zu behandeln. Diese basierte auf der Autobiographie Janina Davids, einem jüdischen Mädchen aus Polen, das das Warschauer Ghetto überlebte. Wesentlich zurückhaltender inszeniert als HOLOCAUST, wurde EIN STÜCK HIMMEL in der deutschen Presse (mit Ausnahme der *Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung*) sehr gut besprochen. Auch Edgar Reitz’ elfteilige Reihe HEIMAT (1984) war ein Gegenentwurf zu HOLOCAUST, wurde allerdings schon zeitgenössisch als revisionistisch kritisiert, weil in der »deutschen Chronik« des Hunsrückdorfes Schabbach der Judenmord kaum thematisiert wurde. Rausch zeigt nun, dass jüdische Figuren in HEIMAT durchaus vorkamen und der Holocaust keineswegs ausgeblendet wurde.

Die Vorabendserie LEVIN UND GUTMAN (1985), die von dem britischen Fernsehspiel BAR MITZVAH BOY (1976) inspiriert war, zeigte erstmals jüdisches Leben in der Nachkriegszeit. Produzent Artur Brauner und Regisseur Peter Deutsch – beide waren Holocaust-Überlebende – strebten an, ein möglichst differenziertes Bild der Juden in der Bundesrepublik zu präsentieren. In einer Folge seiner in München spielenden Serie KIR ROYAL (1986) dagegen zeichnete Helmut Dietl, der seit den 1970er Jahren wiederholt daran gescheitert war, jüdische Themen und Figuren prominent auf den Bildschirm zu bringen, satirisch die Gegenwärtigkeit der NS-Vergangenheit in der »Hauptstadt der Bewegung« nach.

Raphael Rauch versteht seine Arbeit als »Grundlagenforschung, die in akribischer und umfangreicher Archivrecherche Material zugänglich [...] macht« (S. 407). Tatsächlich hat er eine Fülle von interessanten Details zusammengetragen, wie etwa die Debatte über die Besetzung der Hauptrolle in EIN STÜCK HIMMEL, die um die Frage kreiste, ob und wie »jüdisch« die junge Darstellerin aussehen müsste. Anders als der Buchtitel vermuten lässt, geht es über weite Strecken auch keineswegs nur um die Frage, wie jüdische Protagonisten in den TV-Produktionen gezeigt wurden. Rauch verfolgt detailliert, wie die einzelnen Produktionen zustande kamen, diskutiert den Stellenwert der Einschaltquoten (bis zur Recherche der Wetterlage im Ausstrahlungszeitraum von HOLOCAUST) und präsentiert die Zuschauer- und Pressereaktionen.

Die sechs Fallstudien stehen eher für sich, als dass sie sich zu einer durchgehenden Analyse verbinden – nicht zuletzt, weil die betrachteten Serien so verschieden konzipiert sind und ganz unterschiedliche »jüdische Figuren« vom 19. Jahrhundert bis in die 1980er Jahre präsentieren. Rauchs Leitfrage, ob eine verstärkte Bildschirmpräsenz von Juden zu deren »visueller Integration« in die westdeutsche Gesellschaft führte, ist daher kaum zu beantworten. Weil der Untersuchungszeitraum 1986 endet, kommen auch mögliche Veränderungen nicht mehr in den Blick, die nach den Kontroversen um den Besuch von Bundeskanzler Kohl mit US-Präsident Reagan in Bitburg und um Fassbinders Theaterstück *Der Müll, die Stadt und der Tod* in Frankfurt zu konstatieren sein könnten. Rauch bilanziert, dass jüdische Figuren in den 1980er Jahren zwar verstärkt in Fernsehserien auftauchten und die Grenzen des Sagbaren sich verschoben, es aber auch »Beharrungskräfte« gab. Der Judenmord wurde nach wie vor nur sehr vorsichtig dargestellt, und jüdische Figuren blieben »exotisch« (S. 410). Die Serien bildeten in diesem Sinne die »Aushandlungsprozesse um eine neue nationale Selbstverortung« ab (S. 411).

Tobias Freimüller
Fritz Bauer Institut

Figuren jüdischer Gegenwart



Lea Wohl von Haselberg
Und nach dem Holocaust?
Jüdische Spielfilmfiguren im (west-) deutschen Film und Fernsehen nach 1945
Berlin: Neofelis, 2016, 424 S., € 28,–

Für ihre Studie zu jüdischen Figuren im westdeutschen Spielfilm hat Lea Wohl von Haselberg über 150 Fernseh- und Kinoproduktionen analysiert. Dennoch handelt es sich nicht um eine weitere Bestandsaufnahme filmischer »Vergangenheitsbewältigung«. Denn der enorme, doch explizit unvollständige Korpus enthält nur Filme, die nach 1945 spielen. Im Fokus steht also die Minderheit jüdischer Figuren, die in der Gegenwart auftreten.

Das Buch beginnt mit einer Differenzierung verschiedener Stereotypie-Konzepte. Filmfiguren werden in der Regel nur dann als jüdisch erkannt, wenn sie oberflächliches Wissen eines mehrheitlich nicht-jüdischen Publikums bedienen. Dabei sind Darstellungskonventionen und Klischees übliche und notwendige Elemente filmischen Erzählens. Wenn so Fremdbilder des Jüdischen festgeschrieben werden, sind das nicht per se schon die erstarrten Feindbilder des Antisemitismus. Doch hat gerade die Visualisierung jüdischer Differenz eine antisemitische Tradition, in der das Unsichtbarwerden durch Emanzipation und Assimilation revidiert wird. Im postnazistischen Deutschland verdichtet sich dieser Komplex, weil jüdisches Leben weit weniger alltäglich ist als eine Vielzahl anti- und philosemitischer Projektionen.

Man mag vermissen, dass die Autorin nicht mehr positive Aspekte jüdischer Figuren hervorkehrt. Sie ist skeptisch, Sichtbarkeit allein als soziale Anerkennung zu betrachten (S. 353). Was eine gelungene jüdische Figur sein könnte, lässt sich aber auch nicht festschreiben, sondern nur konkret ausdeuten. Gerade wenn neben Filmen von Alexander Kluge oder Thomas Brasch auch Serien wie *LINDENSTRASSE* oder *TATORT* analysiert werden, bestünde sonst die Gefahr, die ästhetischen Dimensionen dieser Extreme zugunsten eines Durchschnittsrealismus auszublenzen. Von der Suche nach der vermeintlich authentischen Darstellung und dem Abgleich mit der Wirklichkeit distanziert sich die Autorin aber glücklicherweise schon einleitend. (S. 17)

Der artifizielle Charakter jüdischer Figuren wird auch daran deutlich, mit welchen Mitteln sie als solche kodiert werden: Dazu zählen auch das »Jiddeln« und Figurennamen, die wegen ihrer standardisierten Aufladung übrigens im Anhang aufgelistet sind.

Die Darstellungen konventionalisierter Requisiten und Spielorte lassen sich – so im Falle des Essens oder des Transitorts Flughafen – immer wieder als Modelle zu einer jüdischen Motivgeschichte des deutschen Kinos lesen, die Lust auf mehr machen. Außerdem ist der kritische Abschnitt zu jüdischem Humor hervorzuheben.

Mit scharfem Blick für Typisches und zugleich großer Sympathie für die Figuren unterscheidet Wohl von Haselberg sieben Grundtypen, wie etwa Nachgeborene, Migrierende oder Lover. Gerade wenn es um stark konventionalisierte Figurentypen wie die Überlebenden geht, hat das Längen. Hier wird die historische Entwicklung besonders deutlich. Es wäre aber spannend gewesen, nicht stets den Korpus voll auszuschöpfen – oft sind hellsichtige Ansätze zu Fallstudien vorhanden, die mit mehr Mut zur Lücke hätten ausgeführt werden können. In anderen Fällen bliebe die Argumentation ohne breite Materialbasis unmöglich: So wird die verblüffende These herausgearbeitet, dass TV-Kommissarinnen wie Rosa Roth oder Lea Sommer zwar nicht eindeutig jüdisch kodiert sind, sich aber auffällige Andeutungen finden. Ohnehin sind gerade jene Figurentypen besonders interessant, deren Jüdischkeit fluide ist, wie im Falle der »Kuckuckskinder«, die erst erfahren, jüdisch/nichtjüdisch zu sein.

In diesem Sinn könnte die Fragestellung auch von den Grenzen her beleuchtet werden. So ließe sich die Verschiebung von Kodierungen analysieren, etwa an dem Phänomen, dass einige Figuren in älteren Filmen heute stärker als jüdisch gelesen werden können. Ein bekanntes Beispiel ist die KZ-Überlebende in *DIE MÖRDER SIND UNTER UNS* (1946). Im Nachkriegskino gibt es ohnehin eine weitere Grenze: Denn die Abwehr der Erinnerung an NS-Verbrechen »spiegelt sich in der Abwesenheit jüdischer Figuren« (S. 361). Das hätte schärfer gefasst werden können, denn wie sich etwa an Synchronfassungen zeigen ließe, wurden sie aktiv zum Verschwinden gebracht. Jüdisches bildete also nicht nur eine alltägliche, sondern auch eine medialisierte Leerstelle. Wohl von Haselberg macht deutlich, dass der Trend in eine andere Richtung weist: Tauchten jüdische Figuren lange nur vereinzelt als hölzerne und moralisch überhöhte »Spiegelfiguren« auf, so sind sie seit den 1990er Jahren viel häufiger und werden zunehmend folkloristisch gezeichnet. Nach wie vor dienen sie dabei mehrheitsdeutscher Selbstbeschreibung – nur repräsentieren sie nicht mehr *die* Minderheit, sondern *eine unter vielen* in der multikulturellen Gesellschaft.

Lea Wohl von Haselbergs Studie stellt eine Pionierleistung dar, weil sie Grundlagen und neue Fragestellungen an der Schnittstelle von Jüdischen Studien und Filmwissenschaft entwickelt. Es ist zu hoffen, dass von dem Buch ein weiterer Anstoß zur interdisziplinären Zusammenarbeit ausgeht – das Potential ist offenbar da.

Johannes Rhein
Frankfurt am Main

Polnische Museen und der Krieg



Monika Heinemann
Krieg und Kriegserinnerung im Museum.
Der Zweite Weltkrieg in polnischen historischen Ausstellungen seit den 1980er-Jahren
Schnittstellen. Studien zum östlichen und südöstlichen Europa, Band 5.
Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2017, 550 S., € 90,–

Der Zweite Weltkrieg als Gründungsmythos beeinflusst Geschichtsbilder und Identitäten in Polen. Nicht erst seit dem sogenannten Museumsboom – beginnend mit der Eröffnung des Museums des Warschauer Aufstands an dessen 60. Jahrestag 2004 – gelten historische Ausstellungen als meinungsbildende geschichtspolitische Instrumente. Monika Heinemann untersucht damit ein umkämpftes Feld, dessen Analyse Souveränität verlangt. Dies gelingt ihr, indem sie zeitliche und thematische Grenzen zieht, relevante Fragen stellt und sinnvolle methodische Überlegungen anstellt.

Heinemann analysiert zehn Museen: historische Stadtmuseen in Łódź, Lublin, Krakau, Warschau und Wrocław; ehemalige Haftstätten der deutschen Besatzer in Radogoszcz/Łódź, Lublin und Warschau; die Ausstellung des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau und das Museum des Warschauer Aufstands. Die zeitliche Begrenzung der Studie bis 2010 gewährleistet Handhabbarkeit, setzt der Aktualität jedoch Grenzen. Im Museum Warschaus (ehemals Historisches Museum von Warschau) und im Jüdischen Historischen Institut gibt es inzwischen neue Dauerausstellungen. In einem Ausblick ordnet Heinemann zwei wichtige Neueröffnungen ein; das Museum der Geschichte der Polnischen Juden in Warschau/POLIN und das Museum des Zweiten Weltkriegs in Gdańsk sind indes nicht Teil ihrer Untersuchung.

In drei großen Kapiteln untersucht Heinemann die Darstellung der Judenverfolgung, von Feindbildern und des polnischen Selbstbildes. Die »inhaltliche[n], symbolische[n] und ästhetische[n] Ausgestaltung musealer Narration« soll Rückschlüsse auf die »Entwicklung polnischer Geschichtsbilder« (S. 11) zulassen. In den Vordergrund rückt sie Themensetzungen, Auslassungen, Formulierungen oder Begrifflichkeiten. Dennoch denkt Heinemann den visuellen, räumlichen, ästhetischen Charakter von Ausstellungen mit, beschreibt Ausstellungsteile detailliert und nutzt Abbildungen. Sie behandelt nicht Museum für Museum, sondern sortiert ihre Kapitel thematisch. Nachteilig ist, dass so chronologische Ordnung und ästhetische Anmutung einzelner Ausstellungen nicht nachvollzogen werden.

Das Kapitel über Feindbilder gegenüber Deutschen und der Sowjetunion überschreibt Heinemann thesenhaft mit dem Zusatz »Abgrenzung nach außen«. Beide Darstellungen sind stereotyp und beschreiben die Aggressoren als das Böse. Das militärische und männliche Bild von den Deutschen wandelte sich kaum, und lediglich der politische Begriff des »Hitleristen« wurde nach 1989 allmählich durch den ethnischen »Deutschen« ersetzt. Nur in der ehemaligen Schindlerfabrik geraten Besatzeralltag und Genderaspekte in den Blick. Die Sowjetunion wurde in Ausstellungen nach 1989 mit Themen wie der Annexion Ostpolens 1939, dem Kriegsverbrechen von Katyń oder mit der Abkehr von der Beschreibung der Roten Armee als Befreier allmählich etabliert. Heinemann stellt vergleichend fest, dass das Bild vom Deutschen emotional vermittelt wird, das der Sowjets zumeist abstrakt bleibt.

Ihre Ergebnisse über die Darstellung von Juden präsentiert Heinemann unter der Überschrift »Abgrenzung nach innen«. Geprägt durch die größte geschichtskulturelle Debatte im postkommunistischen Polen über das Pogrom von Polen an ihren jüdischen Nachbarn in Jedwabne erfuhr die Darstellung von Juden die deutlichste Veränderung. In den 1980er und 1990er Jahren marginalisiert, gelangten polnische Juden nach der Jedwabne-Debatte zum Beispiel im Museum des Warschauer Aufstands als Fremde und aus polnischer Perspektive in die Ausstellungen. Im Stadtmuseum von Łódź wird eine multiethnische Stadtgeschichte ausgestellt, polnische wie jüdische Stadtbewohner sind hier weiterhin – wie auch in Radogoszcz – getrennt behandelt. In der ehemaligen Schindlerfabrik werden jüdische Stimmen zu Gehör gebracht, eine Perspektive, die im Jüdischen Historischen Institut und im POLIN ebenfalls eingehalten wird.

Heinemann kann weiterhin verdeutlichen, wie das polnische museale Selbstbild dauerhaft von Helden- und Märtyrertopoi durchwirkt ist. In der Vergangenheit waren diese Mythen an militärische Tugenden geknüpft, zunehmend werden sie durch Zivilisten besetzt. Nach 1989 wurde eine kommunistische durch eine nationale Heldenerzählung ersetzt, und katholische Motive wurden eingeführt. Moralisch bleiben Polen integer, ambivalente Kontakträume zu Juden oder Besatzern werden kaum ausgestellt. Die Beziehung zu Juden erscheint vor allem durch polnische Hilfeleistungen geprägt.

Insgesamt gelingt Monika Heinemann ein überzeugender und dichter Einblick in historische Ausstellungen und die Geschichtskultur in Polen. Die gegenseitige Beeinflussung zwischen Museen und einer weit gefassten gesellschaftlichen Debatte arbeitet sie deutlich heraus. Museumstheoretisch könnte man lediglich fragen, ob diese Lesart die Institution Museum nicht zu sehr auf seine Ausstellungen verkürzt.

Daniel Logemann
Weimar

Ein internationaler Schulbuchvergleich



Philipp Mitnik

*Holocaust-Darstellung in Schulbüchern.
Deutsche, österreichische und englische
Schulbücher im Vergleich*

Schwalbach: Wochenschau-Verlag, 2017,
282 S., € 29,90

Die von Philipp Mitnik, Professor für Geschichts- und Politikdidaktik an der Pädagogischen Hochschule in Wien, vorgelegte Untersuchung zur Darstellung des Holocaust in deutschen, österreichischen und englischen Schulbüchern fällt in den Bereich der komparativen Studien und enthält sowohl qualitative als auch quantitative Elemente. Letztere bezeichnet der Autor als »empirische Erkundung«, die sich in zahlreichen Tabellen, insgesamt 66, niederschlägt. Die leitende Forschungsfrage lautet: »Wie hat sich die Schulbuchdarstellung zum Thema Nationalsozialismus in den drei Ländern im diachronen Vergleich verändert?« Zudem formuliert Mitnik fünf weitere Fragen, die sich auf inhaltliche, aber auch auf geschichtsdidaktische und allgemein methodische Aspekte beziehen. In der gut zehnteiligen Zusammenfassung geht er explizit und systematisch auf diese Forschungsfragen ein.

Bei der Auswahl der Länder stand im weitesten Sinne ein Vergleich von »Tätarnation« und »Siegernation« und deren Umgang mit dem Holocaust Pate. Das Untersuchungssample besteht aus 30 Schulbüchern, je Land zehn Bücher, wovon wiederum fünf aus den 1980er Jahren stammen. Fünf Schulbücher sind gegenwärtig, seit 2008, in Nutzung befindlich. Die Beschreibung des Samples und die Problematik der Auswahl erfolgt recht kurz. Für Deutschland wurden Werke aus dem gymnasialen Bereich der Sekundarstufe I aus den Bundesländern Bayern, Hamburg und Hessen ausgewählt, da sie »einen stark differierenden Zugang zu dieser Thematik auswiesen« (S. 248). Damit spielt der Autor auf die verschiedenen Kompetenzmodelle an, die in den letzten Jahren in den Lehrplänen Eingang fanden. Curriculare Vorgaben schlagen sich letztlich immer in den Schulbüchern nieder, da diese die Lehrpläne abbilden. Auf ein ostdeutsches Bundesland wurde verzichtet. Die Auswahl der Verlage ist nicht ganz kohärent. Diejenigen, die für die 1980er Jahre und die Gegenwart herangezogen wurden, unterschieden sich zum Teil, was die Aussagekraft des diachronen Vergleichs mindert. Die Auswahl für den Zeitraum der 1980er Jahre begründet der Autor mit bekannten Veränderungen in der Geschichtskultur des jeweiligen Landes: in Deutschland die Ausstrahlung der US-amerikanischen Fernsehserie HOLOCAUST (1979); in Österreich die Waldheim-Affäre (1986) und

in England eine große Aufmerksamkeit für den Film SCHINDLERS LISTE im Jahr 1993.

Das Werk wartet mit einigen interessanten Befunden auf. In England war der Holocaust in den 1980er Jahren kein schulbuchrelevantes Thema, Verfolgung und Genozid fanden kaum Berücksichtigung. Die militärische Geschichte des Zweiten Weltkrieges, die in Österreich und England in den 1980er Jahren noch einen hohen Stellenwert hatte, habe mittlerweile an Bedeutung eingebüßt. Die Frage nach der »Volksgemeinschaft«, ein zentraler Begriff der Forschung, finde in englischen und österreichischen Lehrwerken keine oder nur eine sehr untergeordnete Berücksichtigung. Für Deutschland wiederholt Mitnik die Kritik, wonach Grundlagen der nationalsozialistischen Ideologie »unreflektiert im Autor/innen-text« (S. 251) wiedergegeben werden. Ein Umstand, auf den die Deutsch-Israelische Schulbuchkommission 2015 auch hingewiesen hat, deren Untersuchung in dem umfangreichen Literaturverzeichnis aber keinen Eingang gefunden hat.

Weiterhin enthält das Buch einige interessante Detailanalysen. So widmet sich ein Kapitel dem einzig zugelassenen Lehrwerk in der DDR, ein weiteres den Lehrwerken des Sachunterrichts in der Primarstufe in Österreich und deren Beschäftigung mit dem Holocaust. Mit Blick auf die Darstellung von Opfern und Tätern konstatiert der Autor für Österreich, dass die Darstellung in den Schulbüchern in den 1980er Jahren als »Paradebeispiel einer national gelenkten Geschichtsklitterung« (S. 251) angesehen werden kann. In den neuen Schulbuchdarstellungen werde Österreich nicht mehr in diesem Ausmaß als Opfer dargestellt, jedoch auch nicht als Täter. Lediglich ein Buch aus dem Sample versuche im Autorentext der Schuldfrage nachzugehen. Fragwürdig ist der Befund, wonach die Darstellung in den deutschen Schulbüchern den Schwerpunkt auf die Opfer lege. Die Auflistung von personalisierten Tätern enthält zwar Namen wie Rudolf Höß oder Josef Mengele – Hitler, Goebbels oder andere NS-Prominente kommen in dieser Zusammenstellung jedoch nicht vor (!). Der schematische Vergleich der Täter-Opfer-Kategorien kann schon deshalb nicht überzeugen. In deutschen Schulbüchern herrscht vielmehr noch ein starkes »Täternarrativ« vor, in dem Hitler und weitere Personen aus seinem Umkreis im Mittelpunkt stehen.

Die umfassend angelegte Studie versucht zahlreiche Aspekte der Holocaust-Darstellung zu berücksichtigen, die Bandbreite reicht von Gender Studies über die Frage der Ikonographie bis zu einem Exkurs zum »Unterricht über den Nationalsozialismus in multiethnisch geprägten Klassen«. Dies ist Stärke und Schwäche des Buches zugleich. Etliche Befunde verdienen es, in Detailstudien und auf breiterer, repräsentativer Basis überprüft zu werden.

Martin Liepach

*Pädagogisches Zentrum des Fritz Bauer Instituts
und des Jüdischen Museums*

Datenschutz und Erinnern



**Andreas Nachama,
Uwe Neumärker (Hrsg.)**

Gedenken und Datenschutz.

*Die öffentliche Nennung der Namen
von NS-Opfern in Ausstellungen,
Gedenkbüchern und Datenbanken*
Berlin: Hentrich & Hentrich, 2017,
128 S., € 12,80

Dürfen die Namen von Opfern des Nationalsozialismus – speziell von Opfern der sogenannten »Euthanasie« – in Ausstellungen, Gedenkbüchern oder online öffentlich zugänglich gemacht werden oder widerspricht dies dem deutschen Datenschutzrecht? Dieser hochbrisanten und aktuellen Frage widmet sich der zwölfte Band der Reihe »Notizen« der Stiftung Topographie des Terrors, herausgegeben von Andreas Nachama und Uwe Neumärker. Der Sammelband ist das Ergebnis einer von der Staatsministerin für Kultur und Medien initiierten und finanzierten Fachkonferenz mit dem Titel »Den Opfern einen Namen geben – Gedenken und Datenschutz im Zusammenhang mit der öffentlichen Nennung der Namen von NS-Opfern in Ausstellungen, Gedenkbüchern und Datenbanken«, die im Juni 2016 in Berlin stattfand.

Anlass der Tagung war die seit Jahren kontrovers geführte Debatte um die Zulässigkeit der öffentlichen Namensnennung von »Euthanasie«-Opfern. Befürworter einer Anonymisierung verweisen dabei auf das (postmortale) Persönlichkeitsrecht der Opfer und die »schutzwürdigen Belange Dritter«, also die Interessen der Angehörigen, die vor einer Diskriminierung durch eventuell erkennbare Veranlagungen oder Prädispositionen geschützt werden sollen. Gegner der Anonymisierung sehen in der kompletten Veröffentlichung der Namen eine Möglichkeit, den Opfern ihr »Personsein« zurückzugeben, um an sie als Individuen erinnern zu können.

Es ist eine besondere Stärke des Sammelbandes, dass er die unterschiedlichen Stimmen dieser Debatte einfängt und die betroffenen Akteure mit ihren jeweiligen Blickwinkeln zu Wort kommen lässt. So werden die Perspektiven der Justiz, der Wissenschaft und der Gedenkstätten ebenso dargelegt wie diejenigen von Datenschutzexperten, Archiven und Opferverbänden. Ergänzt werden die Beiträge um einen Exkurs zum Gedenkbuch der »Euthanasie«-Opfer in Hamburg, das nach Meinung der beiden Herausgeber als »richtungsweisend für den heutigen Umgang mit Fragen des Datenschutzes und der Namensnennung von Opfern gelten kann« (S. 15).

Eine Art Minimalkonsens in der Debatte, dem sich fast alle Beiträger des Sammelbandes anschließen, stellt der Aufsatz von

Erhart Körting dar, früherer Vizepräsident des Berliner Verfassungsgerichtshofes sowie ehemaliger Justiz- und späterer Innensenator des Landes Berlin. Körting fertigte bereits im Rahmen der Errichtung eines Gedenk- und Informationsortes für die Opfer der nationalsozialistischen »Euthanasie«-Morde in der Berliner Tiergartenstraße 4 im Jahr 2014 ein Gutachten zur Frage der öffentlichen Namensnennung von »Euthanasie«-Opfern an.¹ In seinem Beitrag fasst er seine damaligen Argumente zusammen und arbeitet heraus, dass eine bloße Namensnennung sowie die Veröffentlichung der Lebensdaten das Persönlichkeitsrecht der Opfer nicht verletze – im Gegenteil ließe sich aus dem postmortalen Achtungsanspruch der Verstorbenen vielmehr sogar ein Anrecht auf die Namensnennung ableiten. Auch die »schutzwürdigen Belange Dritter« würden durch eine Veröffentlichung ausschließlich der Namen und Lebensdaten nicht angegriffen, da das Grundgesetz mit Art. 3 Abs. 3 explizit erkläre, dass niemand aufgrund seiner Behinderung benachteiligt werden dürfe. Behinderung sei also kein Makel der geheim gehalten werden müsse, weshalb die Eigenschaft Angehöriger eines »Euthanasie«-Opfers mit möglicherweise psychischen oder physischen Krankheiten und Behinderungen zu sein, allein auch keinen Anspruch auf Anonymisierung begründe.

Diese Argumentation gelte – so Körting – aber ausdrücklich nur für die bloße Wiedergabe der Namen und Lebensdaten der »Euthanasie«-Opfer, nicht für ihre Krankengeschichte. Die Krankengeschichte in ihrer unter Umständen herabwürdigenden Sprache und mit der Diagnose möglicherweise vererblicher Krankheiten und Dispositionen sei durchaus geeignet, das postmortale Persönlichkeitsrecht der Opfer sowie die »schutzwürdigen Belange« ihrer Angehörigen zu verletzen. Deshalb kommt Körting zu Recht zu dem lapidaren Ergebnis, das als Fazit des gesamten Sammelbandes gelten kann: »Gedenkbuch, auch Online-Gedenkbuch: ja, Veröffentlichung nicht anonymisierter Krankenakten: nein.« (S. 30)

Der Sammelband ist insgesamt eine hervorragende Handlungsempfehlung für Gedenkinitiativen und -projekte. Allein, wer aufgrund des allgemein gehaltenen Titels hofft, darin Auskunft bezüglich der öffentlichen Namensnennung anderer Opfergruppen als der »Euthanasie«-Opfer zu erhalten, wird enttäuscht. Lediglich einer der zwölf Beiträge spricht beispielsweise die nicht minder komplexe Thematik der Veröffentlichung der Lebensdaten von Menschen an, die als »Asoziale« oder »Kriminelle« verfolgt wurden. Eine Präzisierung des Buchtitels wäre wünschenswert gewesen.

Johannes Klaas Beermann

Fritz Bauer Institut

¹ Das Gutachten ist nachzulesen unter <http://www.dasdenkmaldergrauenbusse.de/files/Gutachten-Namensnennung-Copyright-Erhart-Koerting.pdf> [8.8.2018].

Fritz Bauer Institut im Überblick

Das Fritz Bauer Institut

Das Fritz Bauer Institut ist eine unabhängige, zeitgeschichtlich ausgerichtete und interdisziplinär orientierte Forschungs- und Bildungseinrichtung. Es untersucht und dokumentiert die Geschichte der nationalsozialistischen Massenverbrechen – insbesondere des Holocaust – und deren Wirkung bis in die Gegenwart. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit ist die Vermittlung der einschlägigen deutschen und internationalen Forschung durch Publikationen, Vortragsveranstaltungen und Ausstellungen.

Das Institut trägt den Namen Fritz Bauers und ist seinem Andenken verpflichtet. Fritz Bauer (1903–1968), jüdischer Remigrant und radikaler Demokrat, widmete sich seit seiner Rückkehr aus dem Exil in Skandinavien 1949 der Rekonstruktion des Rechtssystems in der Bundesrepublik Deutschland und der strafrechtlichen Verfolgung von NS-Verbrechern. Im Jahr 1956 wurde er Generalstaatsanwalt in Hessen und hat maßgeblich den Frankfurter Auschwitz-Prozess angestoßen, der im Dezember 1963 begann und im August 1965 endete. Dass Adolf Eichmann, der Organisator der Todestransporte in die Vernichtungslager, gefasst und 1961 in Jerusalem vor Gericht gestellt werden konnte, ist ebenfalls wesentlich auf Bauer zurückzuführen, der dem israelischen Geheimdienst Mossad den entscheidenden Hinweis zum Aufenthaltsort Eichmanns in Argentinien gab.

Das Fritz Bauer Institut wurde am 11. Januar 1995 vom Land Hessen, der Stadt Frankfurt am Main und dem Förderverein Fritz Bauer Institut e.V. als Stiftung bürgerlichen Rechts ins Leben gerufen. Als An-Institut ist es seit Herbst 2000 mit der Goethe-Universität Frankfurt am Main assoziiert und hat seinen Sitz im IG Farben-Haus auf dem Campus Westend. Im Stiftungsrat des Instituts sind das Land Hessen, die Stadt Frankfurt am Main, die Goethe-Universität und der Förderverein des Fritz Bauer Instituts e.V. vertreten. Der Förderverein und der Wissenschaftliche Beirat unterstützen und begleiten seine Arbeit. Gemeinsam mit dem Jüdischen Museum Frankfurt am Main betreibt das Fritz Bauer Institut das Pädagogische Zentrum.

Im Jahr 2017 wurde der Lehrstuhl zur Geschichte und Wirkung des Holocaust geschaffen – der erste in der Bundesrepublik Deutschland zu diesem Themenfeld – und am Historischen Seminar der Goethe-Universität angesiedelt. Der Lehrstuhl ist mit der Leitung des Fritz Bauer Instituts verbunden. Seine Einrichtung stärkt die Forschungsarbeit des Instituts und intensiviert seine Kooperation mit der Goethe-Universität.

Die am Institut angesiedelte »Michael Hauck Gastprofessur für interdisziplinäre Holocaustforschung« ermöglicht es Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, für jeweils ein Semester nach Frankfurt zu kommen, um am Historischen Seminar der Goethe-Universität Lehrveranstaltungen anzubieten und am Fritz Bauer Institut ihren Forschungsprojekten nachzugehen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Direktion und Lehrstuhl zur Geschichte und Wirkung des Holocaust
Prof. Dr. Sybille Steinbacher

Verwaltung
Marina Gribanova (Verwaltungsmitarbeiterin)
Hannah Hecker (Wissenschaftliches Sekretariat)
Werner Lott (Technische Leitung/Digital- und Printmedien)
Manuela Ritzheim (Verwaltungsleitung und Projektmanagement)

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
Dr. Tobias Freimüller (stellv. Direktor, Forschung)
Dr. Jörg Osterloh
Dr. Katharina Rauschenberger
Dr. Andrea Rudorff

Archiv und Bibliothek
Johannes Klaas Beermann, M.A. (Archiv und Dokumentation)
Josefine Ruhe (Bibliothek)
Martina Sichelschmidt (Bibliothek, ehrenamtlich)

Wissenschaftliche Mitarbeiter am Lehrstuhl
Dr. des. Niklas Krawinkel
Jason Pollhammer, M.A.

Pädagogisches Zentrum des Fritz Bauer Instituts und des Jüdischen Museums Frankfurt am Main
Dr. Türkân Kanbıçak
Gottfried Köbler (stellv. Direktor, Pädagogik)
Manfred Levy
Dr. Martin Liepach
Sophie Schmidt

Gastwissenschaftler
Samuel J. Miner (University of Maryland), Fulbright- und DAAD-Stipendiat, September 2018 bis November 2019
Dr. Filip Ganczak (Institut für Nationales Gedenken, Warschau), DAAD-Stipendiat, Januar bis Februar 2019

Hilfskräfte
Maximilian Aigner, Vanessa Gelardo

Freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Projekten
Dr. Lena Foljanty, Dr. David Johst,
Dr. Wolf Kaiser, Dagi Knellessen M.A.,
Dr. Christian Schmidtman,
Ingolf Seidel, Dr. Katharina Stengel



Gremien

Stiftungsrat

Für das Land Hessen:
Volker Bouffier, Ministerpräsident
Boris Rhein, Minister für Wissenschaft und Kunst

Für die Stadt Frankfurt am Main:
Peter Feldmann, Oberbürgermeister
Dr. Ina Hartwig, Dezernentin für Kultur und Wissenschaft

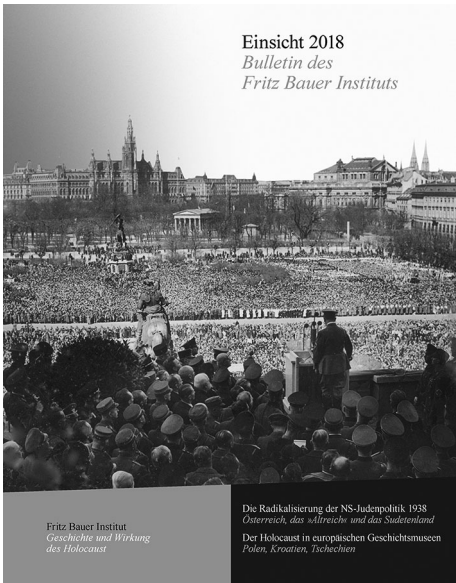
Für den Förderverein Fritz Bauer Institut e.V.:
Jutta Ebeling, Vorsitzende
Herbert Mai, 2. Vertreter des Fördervereins

Für die Goethe-Universität Frankfurt am Main:
Prof. Dr. Birgitta Wolff, Universitätspräsidentin
Prof. Dr. Christoph Cornelißen, Dekan, Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaften

Oben: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fritz Bauer Instituts im Foyer des IG Farben-Hauses, Foto: Helmut Fricke

Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr. Joachim Rückert
Vorsitzender, Goethe-Universität Frankfurt am Main
Prof. Dr. Moritz Epple
Stellv. Vorsitzender, Goethe-Universität Frankfurt am Main
Prof. em. Dr. Wolfgang Benz
Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin (1990–2010)
Prof. Dr. Dan Diner
Hebrew University of Jerusalem
Prof. Dr. Annette Eberle
Katholische Stiftungshochschule München/Benediktbeuern
Prof. Dr. Atina Grossmann
The Cooper Union for the Advancement of Science and Art, New York
Prof. Dr. Klaus Günther
Goethe-Universität Frankfurt am Main
Dr. Jürgen Matthäus
United States Holocaust Memorial Museum, Washington D.C.
Hon.-Prof. Dr. Walter H. Pehle
Institut für Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck
Prof. Dr. Nicholas Stargardt
Magdalen College, Oxford
Prof. em. Dr. Peter Steinbach
Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin



Titelabbildung:
Ansprache von Adolf Hitler am 15. März 1938 auf dem Heldenplatz in Wien. Foto: Scherl/ Bundesarchiv, Bild 183-1987-0922-500



QR-Code:
Link zu allen bisher erschienenen Ausgaben von *Einsicht. Bulletin des Fritz Bauer Instituts* als pdf-Dateien.
[fritz-bauer-institut.de/einsicht.html]

Einsicht 2018 *Bulletin des Fritz Bauer Instituts*

10. Jahrgang, Ausgabe 19, November 2018
ISSN 1868-4211

Kontakt:
Fritz Bauer Institut
Goethe-Universität Frankfurt am Main – Campus Westend
Norbert-Wollheim-Platz 1
D-60323 Frankfurt am Main
Telefon: +49 (0)69.798 322-40
info@fritz-bauer-institut.de
www.fritz-bauer-institut.de
www.facebook.com/fritz.bauer.institut

Bankverbindung:
Frankfurter Sparkasse
SWIFT/BIC: HELADEF1822
IBAN: DE91 5005 0201 0000 3219 01
Steuernummer: 45 250 8145 5 - K19
Finanzamt Frankfurt am Main III

Redaktion:
Sybille Steinbacher (V.i.S.d.P.)
Tobias Freimüller
Werner Lott
Jörg Osterloh
Katharina Rauschenberger

Gestaltung/Layout: Werner Lott
Lektorat: Gerd Fischer
Bildredaktion: Maximilian Aigner und die Redaktion
Anzeigenredaktion: Martina Sichelschmidt

Herstellung: Vereinte Druckwerke, Frankfurt am Main
Erscheinungsweise: einmal jährlich
(bis Ausgabe 18, Herbst 2017, zweimal jährlich)
Auflage: 4.500

Copyright:
© Fritz Bauer Institut, Stiftung bürgerlichen Rechts
An-Institut der Goethe-Universität Frankfurt am Main
Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Dss Bulletin des Fritz Bauer Instituts erscheint mit freundlicher Unterstützung des Fördervereins Fritz Bauer Institut e.V.



*Fördern Sie
mit uns
das Nachdenken
über den
Holocaust*

Das Fritz Bauer Institut

Im Jahr 1995 – fünfzig Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus – wurde in Frankfurt am Main die Stiftung »Fritz Bauer Institut, Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust« gegründet. Das Institut ist ein Ort der Auseinandersetzung unserer Gesellschaft mit der Geschichte des Holocaust und seinen Auswirkungen bis in die Gegenwart. Es trägt den Namen Fritz Bauers, des ehemaligen hessischen Generalstaatsanwalts und maßgeblichen Initiators des Frankfurter Auschwitz-Prozesses (1963–1965). Seit 2002 hat das Institut seinen Sitz auf dem Campus Westend der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Der Förderverein

Der Förderverein des Fritz Bauer Instituts konstituierte sich im Januar 1993 in Frankfurt am Main. Er unterstützt die wissenschaftliche, pädagogische und dokumentarische Arbeit des Fritz Bauer Instituts und hat durch das ideelle und finanzielle Engagement seiner Mitglieder und zahlreicher Spender wesentlich zur Gründung der Stiftung beigetragen. Der Verein sammelt Spenden für die laufende Arbeit des Instituts, er schafft neue Kontakte und stößt gesellschaftliche Debatten an. Für die Zukunft gilt es, die Projekte und den Ausbau des Fritz Bauer Instituts weiter zu fördern, seinen Bestand langfristig zu sichern und seine Unabhängigkeit zu wahren. Ein mitgliederstarker Förderverein setzt ein deutliches Signal bürgerschaftlichen Engagements und kann die Interessen des Instituts wirkungsvoll vertreten. Zu den zahlreichen Mitgliedern des Fördervereins aus dem In- und Ausland gehören engagierte Bürgerinnen und Bürger, bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus Kultur und Politik, aber auch Verbände, Vereine, Institutionen und Unternehmen sowie zahlreiche Landkreise, Städte und Gemeinden.

Der Vorstand

Jutta Ebeling (Vorsitzende und 1. Vertreterin im Stiftungsrat), Gundi Mohr (stellvertretende Vorsitzende und Schatzmeisterin), Prof. Dr. Eike Hennig (Schriftführer), Herbert Mai (2. Vertreter im Stiftungsrat), Dr. Rachel Heuberger, Dr. Nikolaus Meyer, Gabriele Mielcke, Staatsanwalt Dr. Christopher Wenzl (Beisitzerinnen und Beisitzer)

Förderverein *Fritz Bauer Institut e.V.*

Norbert-Wollheim-Platz 1
60323 Frankfurt am Main
Telefon: +49 (0)69.798 322-39
verein@fritz-bauer-institut.de
www.fritz-bauer-institut.de

Werden Sie Mitglied!
Jährlicher Mindestbeitrag: € 60,–
ermäßigt: € 30,–

Unterstützen Sie unsere Arbeit durch eine Spende!
Frankfurter Sparkasse
IBAN: DE43 5005 0201 0000 3194 67
SWIFT/BIC: HELADEF1822

Werben Sie neue Mitglieder!
Informieren Sie Ihre Bekannten, Freunde und Kollegen über die Möglichkeit, sich im Förderverein zu engagieren. Gerne senden wir Ihnen weitere Unterlagen mit Informationsmaterial zur Fördermitgliedschaft und zur Arbeit des Fritz Bauer Instituts zu.

Abbildung: Generalstaatsanwalt Fritz Bauer
Foto: Schindler-Foto-Report



NEUERSCHEINUNGEN HERBST 2018 (AUSWAHL)

METROPOL VERLAG | ANSBACHER STR. 70 | 10777 BERLIN

BESTELLUNGEN UND REZENSIONSEXEMPLARE: DR. NICOLE WARMBOLD

TEL.: (030) 23 00 46 23 | FAX: (030) 2 65 05 18 | E-MAIL: NICOLE.WARMBOLD@METROPOL-VERLAG.DE



WOLFGANG BENZ

GEWALT IM NOVEMBER 1938

Die »Reichskristallnacht«. Initial zum Holocaust
ISBN: 978-3-86331-421-7
232 Seiten · 19,00 €

Mit der »Reichskristallnacht« begann die offene Gewalt gegen Juden, staatlich inszeniert, ausgeübt von fanatischen Nationalsozialisten ebenso wie von Menschen, die einst freundliche Nachbarn und friedliche Mitbürger waren. Es folgten Beraubung, Zwangsarbeit und völlige Rechtlosigkeit, das Verbot der Auswanderung, die Kennzeichnung mit dem »Judenstern«, die Deportation in Ghettos und Vernichtungsstätten im Osten und der systematische Judenmord.



ALINA BOTHE · GERTRUD PICKHAN (HRSG.)

AUSGEWIESEN! BERLIN, 28.10.1938

Die Geschichte der »Polenaktion«
978-3-86331-411-8
288 Seiten · 20,00 €

Während der ersten Massendeportation im Nationalsozialismus Ende Oktober 1938 wurden mehr als 17 000 Jüdinnen und Juden polnischer Staatsangehörigkeit binnen weniger Stunden gewaltsam aus dem Deutschen Reich nach Polen verschleppt. Heute ist die bis dahin beispiellose Verfolgungsmaßnahme, »Polenaktion« genannt, weitgehend vergessen. Der Band zeichnet die Lebenswege von 15 Berliner Familien nach. Essays erläutern den historischen Kontext.



MARTIN CLEMENS WINTER

GEWALT UND ERINNERUNG IM LÄNDLICHEN RAUM

Die deutsche Bevölkerung und die Todesmärsche
ISBN: 978-3-86331-416-3
532 Seiten · 29,90 €

Die Todesmärsche aus den Konzentrationslagern gegen Ende des Zweiten Weltkriegs waren das letzte nationalsozialistische Gesellschaftsverbrechen. Die Studie stellt die Rolle der deutschen Bevölkerung bei den Räumungstransporten ins Zentrum, nimmt aber auch die Nachgeschichte der Gewaltaktion, die unter den Augen der Anwohner stattfand, in den Blick: die juristische Ahndung, die Suche nach den Opfern sowie Formen der Erinnerung in Ost und West.



SUSANNE BEER

DIE BANALITÄT DES GUTEN

Hilfeleistungen für jüdische Verfolgte 1941-1945
ISBN: 978-3-86331-396-8
384 Seiten · 24,00 €

Die Studie, ein innovativer, zugleich provokativer Beitrag zur Widerstandsforschung, befasst sich mit jenen Frauen und Männern im NS-Staat, die bereit waren, jüdische Verfolgte vor der Deportation zu bewahren. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie sich dieser hochriskante Beistand erklären lässt. Neben trivialen Umständen, die zur Hilfe motivierten, zeigt das Verhalten der Helfer aber auch Widersprüche, die unsere Vorstellungen vom Wesen des Guten ins Wanken bringen.



INGE DEUTSCHKRON

AUSCHWITZ WAR NUR EIN WORT

Berichte über den Frankfurter Auschwitz-Prozess
1963-1965
ISBN: 978-3-86331-417-0
328 Seiten · 24,00 €

Inge Deutschkron, bekannt durch ihre Überlebensgeschichte als verfolgte Jüdin im Berliner Untergrund, berichtete als junge Journalistin über den 1. Frankfurter Auschwitz-Prozess. Der Band versammelt einen Großteil ihrer Reportagen, die sie als Korrespondentin der israelischen Zeitung Maariv schrieb. Sie stand vor der nahezu unlösbaren Aufgabe, ihren Lesern das Grauen von Auschwitz und den Versuch der juristischen Aufarbeitung der NS-Verbrechen zu vermitteln.



KERSTIN HOFMANN

»EIN VERSUCH NUR - IMMERHIN EIN VERSUCH«

Die Zentrale Stelle in Ludwigsburg unter der Leitung
von Erwin Schüle und Adalbert Rückerl (1958-1984)
ISBN: 978-3-86331-414-9
488 Seiten · 24,00 €

Die Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen befasst sich seit ihrer Gründung 1958 mit dem dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte. Sie diente oft als Projektionsfläche der bundesdeutschen Erinnerungsdebatte. Den Grundstein für die Ermittlungsbehörde legten ihre ersten beiden Leiter, Erwin Schüle und Adalbert Rückerl. Erstmals werden ihre Lebenswege und ihre Verdienste für die Aufklärung von NS-Verbrechen umfassend dargestellt.



KLAUS BÄSTLEIN

DER FALL GLOBKE

Propaganda und Justiz in Ost und West
ISBN: 978-3-86331-424-8
304 Seiten · 22,00 €

Hans Globke kommentierte die NS-Rassengesetze und verfasste jene Verordnungen, die der Deportation der Juden den Weg bereiteten. Dennoch machte ihn Konrad Adenauer zum Chef des Bundeskanzleramts. Der Name Globke steht für die Integration der NS-Eliten in die westdeutsche Gesellschaft. In der DDR war der Kanzler-Vertraute Ziel wütender Angriffe. Das Oberste Gericht der DDR sprach ihn in Abwesenheit der Mittäterschaft am Judenmord schuldig. Das bemerkenswerte Urteil ist bis heute kaum bekannt.



JÜDISCHE GESCHICHTE & KULTUR MAGAZIN DES DUBNOW INSTITUTS

Heft 2: Museum
ISBN: 978-3-86331-409-5
64 Seiten · 14,00 €

Jüdische Geschichte & Kultur eröffnet Einblicke in die Vielfalt jüdischer Lebenswelten von der Moderne bis zur Gegenwart. Die zweite Ausgabe geht der Entstehung und jüngsten Konjunktur jüdischer Museen nach – in Deutschland, Europa und darüber hinaus. In den ständigen Rubriken Position, Kritik und Archiv werden unter anderem zwei Jubiläen aufgegriffen, die in diesem Jahr begangen werden: der 200. Geburtstag von Karl Marx und das ikonische Jahr 1968.